

**Migrationsbericht
der Beauftragten der Bundesregierung
für Migration, Flüchtlinge und Integration
im Auftrag der Bundesregierung**

(Migrationsbericht 2003)

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|------------|
| Einleitung | 2 |
| 1. Überblick über das gesamte Migrationsgeschehen in Deutschland | 3 |
| 1.1 Herkunfts- und Zielländer | 8 |
| 1.2 Zu- und Fortzüge nach Staatsangehörigkeit | 11 |
| 1.3 Zu- und Fortzüge nach Bundesländern | 14 |
| 1.4 Alters- und Geschlechtsstruktur | 16 |
| 2. Die einzelnen Zuwanderergruppen | 19 |
| 2.1 EU-Binnenmigration von EU-Staatsangehörigen | 21 |
| 2.2 Ehegatten- und Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen | 24 |
| 2.3 Spätaussiedler | 27 |
| 2.4 Jüdische Zuwanderer aus dem Gebiet der ehemaligen UdSSR | 34 |
| 2.5 Asylzuwanderung | 37 |
| 2.6 Kriegs-, Bürgerkriegs- und De-facto-Flüchtlinge | 49 |
| 2.7 Werkvertrags-, Saison-, Gast- und Grenzarbeitnehmer sowie sonstige zeitlich begrenzte Arbeitsmigration aus Nicht-EU-Staaten | 52 |
| 2.8 IT-Fachkräfte | 63 |
| 2.9 Ausländische Studierende | 67 |
| 2.10 Rückkehr deutscher Staatsangehöriger | 70 |
| 3. Unkontrollierte Migration | 71 |
| 4. Zuwanderung im europäischen Vergleich | 77 |
| 5. Abwanderung aus der Bundesrepublik Deutschland | 81 |
| 6. Die Zahl der Ausländer in Deutschland | 83 |
| 7. Mögliche Folgen der EU-Erweiterung für den Migrationsprozess | 87 |
| 7.1 Darstellung des Migrationsgeschehens zwischen Deutschland und den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern | 88 |
| 7.2 Das Migrationsgeschehen in Polen und Ungarn in den 90er Jahren | 96 |
| 7.3 Prognosen auf der Basis der vorhandenen Studien zur EU-Erweiterung | 101 |
| 8. Rechtliche Veränderungen | 104 |
| Anhang: Tabellen und Abbildungen | 108 |
| Literatur | 149 |
| Tabellenverzeichnis | 152 |
| Abbildungsverzeichnis | 156 |

Einleitung

Der Deutsche Bundestag hat die Bundesregierung am 8. Juni 2000 aufgefordert, jährlich einen Migrationsbericht vorzulegen, der unter Einbeziehung aller Zuwanderergruppen einen umfassenden Überblick über die jährliche Entwicklung der Zu- und Abwanderung gibt (Plenarprotokoll 14/108 vom 8. Juni 2000/Drucksache 14/1550 vom 07.09.99).

Hiermit wird der zweite Migrationsbericht vorgelegt.

Da die Migrationspolitik auch künftig weiter an Bedeutung zunimmt, wird es für die Entscheidungsfindung von Politik und Verwaltung immer wichtiger werden, möglichst aktuelles, vollständiges und ausreichend detailliertes statistisches Material über Migration zur Hand zu haben. Dieser Zielsetzung soll der Migrationsbericht der Bundesregierung dienen.

Der Migrationsbericht beinhaltet auch einen europäischen Vergleich zur Zuwanderung sowie eine Darstellung der möglichen Folgen der EU-Erweiterung für den Migrationsprozess.

Auf die Bedeutung der einzelnen Migrationsstatistiken und die Grenzen ihrer Aussagefähigkeit wird in den jeweiligen Kapiteln eingegangen. In Bezug auf die Aktualität der verwendeten Daten ist zu sagen, dass sowohl die Zahlen der allgemeinen Zu- und Fortzugsstatistik als auch sämtliche Statistiken für die einzelnen Zuwanderergruppen für das Jahr 2002 zur Verfügung standen. Lediglich die europäischen Vergleichszahlen zur Zuwanderung (Kapitel 4) waren noch nicht für alle Staaten für das Jahr 2002 verfügbar.

Grundlage für diesen Migrationsbericht sind im wesentlichen Arbeiten am europäischen forum für migrationsstudien (efms) an der Universität Bamberg von Dipl.-Soziologe Stefan Rühl, Dipl.-Geograph Matthias Neske und Dipl.-Politologin Edda Currlle unter Leitung von Prof. Dr. Friedrich Heckmann.

1. Überblick über das Migrationsgeschehen in Deutschland

Von Migration spricht man, wenn eine Person ihren Lebensmittelpunkt über eine sozial bedeutsame Entfernung verlegt, von internationaler Migration, wenn dies über Staatsgrenzen hinweg geschieht. Die internationale Migration von und nach Deutschland beinhaltet die Zu- und Fortzüge über die Grenzen des Landes (Außenwanderung). Wenn im folgenden von Migration die Rede ist, bezieht sich dieser Terminus immer auf internationale Migration, schließt also die Binnenmigration innerhalb Deutschlands aus. Zwischen 1997 und 2002 wurden jährlich rund 850.000 Zuwanderungen nach Deutschland und zwischen 600.000 und 750.000 Abwanderungen aus Deutschland registriert. Ein Problem der Wanderungsstatistik besteht darin, dass nicht davon ausgegangen werden kann, dass hinter diesen Zahlen dieselbe Anzahl an Personen stehen:

Grundlage der Wanderungsstatistik ist die seit 1950 bestehende amtliche Zu- und Fortzugsstatistik. Bei einem Wohnungswechsel über die Grenzen Deutschlands hinweg besteht nach den Meldegesetzen des Bundes und der Länder die Pflicht, sich bei der zuständigen kommunalen Meldebehörde an- bzw. abzumelden. Von dieser Pflicht grundsätzlich befreit sind Mitglieder ausländischer Stationierungstreitkräfte und der diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen.¹ Bei der An- und Abmeldung werden u.a. folgende personenbezogene Merkmale erfragt: Ziel- oder Herkunftsort, Geschlecht, Familienstand, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit und Religion. Mehrstaater, also Personen, die sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit besitzen, gelten als deutsche Staatsangehörige.

Die Statistischen Landesämter werten die Meldescheine aus und melden ihre Ergebnisse an das Statistische Bundesamt, welches die Meldungen zu einer Bundesstatistik aufbereitet. Diese Statistik basiert dementsprechend auf der Zahl der grenzüberschreitenden Umzüge. Personen, die mehrmals pro Jahr zu- oder abwandern, vorausgesetzt, sie melden sich ordnungsgemäß an oder ab, gehen dementsprechend mehrmals in die Statistik ein. Es handelt sich bei der Wanderungsstatistik Deutschlands also um eine fallbezogene und nicht um eine personenbezogene Statistik. Insofern ist die Zahl der Wanderungsfälle stets etwas größer als die Zahl der in diesem Jahr tatsächlich gewanderten Personen.

Auf der anderen Seite gehen all diejenigen, welche eine Meldung unterlassen, nicht in die Zu- und Fortzugsstatistik ein. Einige der Rückkehrer vergessen die Abmeldung, andere, insbesondere Ausländer aus Drittstaaten, das heißt Nicht-EU-Staatsangehörige, unterlassen sie, um sich eine Aufenthaltsoption in Deutschland zu sichern. Insbesondere die Ab- und Rückwanderungszahlen von Ausländern aus Deutschland werden daher von der amtlichen Fortzugsstatistik stets unterschätzt. Gleichzeitig muss jedoch auch festgestellt werden, dass die Zuzugsstatistik eine unbestimmte Anzahl von Personen, die sich ihrer Meldepflicht entziehen oder sich unerlaubt in Deutschland aufhalten, nicht enthält und somit zu niedrige Zahlen widerspiegelt.

Nach einer Empfehlung der Vereinten Nationen sollte von Zuwanderung dann gesprochen werden, sobald eine Person ein Jahr im Zielland lebt. Da das entscheidende Kriterium der

¹ § 15 Abs. 2 des Melderechtsrahmengesetzes ermöglicht den Bundesländern, durch Landesrecht Ausnahmen von der allgemeinen Meldepflicht u.a. für Ausländer bei vorübergehendem Aufenthalt bis zu zwei Monaten zuzulassen. Diese Frist haben Brandenburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen ausgeschöpft, wobei sich Nordrhein-Westfalen auf ausländische „Besucher“ beschränkt. Baden-Württemberg und Sachsen machen für Aufenthalte bis zu einem Monat Ausnahmen von der allgemeinen Meldepflicht. Sowohl Schleswig-Holstein als auch Sachsen-Anhalt sehen in ihren Meldegesetzen Verordnungsermächtigungen vor, die es den Innenministern erlauben, Ausnahmen bis zu zwei Monaten zuzulassen. Beide Bundesländer haben von dieser Möglichkeit jedoch noch keinen Gebrauch gemacht.

Wanderungsstatistik Deutschlands aber die An- oder Abmeldung darstellt, unabhängig davon, wie lange der Aufenthalt dauert, handelt es sich nicht um eine „klassische Migrationsstatistik“, die das Merkmal der Dauer berücksichtigt. In Deutschland ist nicht die Aufenthaltsgenehmigung sondern der Bezug einer Wohnung für den Eingang in die Zu- und Fortzugsstatistik ausschlaggebend. Der Begriff des Zuwanderers (im Sinne des Zugezogenen) impliziert in Deutschland also nicht einen dauerhaften oder längeren Aufenthalt. Oft ist nicht von vornherein auszumachen, ob ein Zuwanderer auf Dauer oder temporär im Land bleibt; dies lässt sich häufig nur im Nachhinein feststellen. Aus einem ursprünglich kurzzeitig geplanten Aufenthalt kann eine dauerhafte Niederlassung im Zielland werden. Asylbewerber werden grundsätzlich als Zuwanderer betrachtet, auch wenn ihr Aufenthalt in den meisten Fällen nur von vorübergehender Dauer ist. Lediglich bei den temporären Aufenthalten aus Beschäftigungsgründen, also bei Werkvertrags-, Gast- und Saisonarbeitnehmern, ist die Befristung des Aufenthalts von Anfang an qua Gesetz gegeben.

Warum ist das Kriterium der Dauerhaftigkeit überhaupt von Relevanz? Integrationspolitisch spielen vor allem diejenigen Gruppen von Zuwanderern eine Rolle, die auf Dauer im Land verbleiben. Spätaussiedler, jüdische Zuwanderer oder im Rahmen des Familiennachzugs ins Land Gekommene stellen andere Anforderungen an die Integrationspolitik eines Landes als Saisonarbeitnehmer, Asylbewerber (nicht: Asylberechtigte) oder Gastarbeitnehmer, die nur kurzzeitig im Land verbleiben. Ein weiteres Beispiel soll die Problematik illustrieren: Ein Werkvertragsarbeitnehmer aus einem Nicht-EU-Staat, der bis zu drei Jahre in Deutschland arbeiten kann, danach das Land aber wieder verlassen muss, geht genauso in die Zuwanderungsstatistik ein wie ein Spätaussiedler, der auf kultureller, sozialer, struktureller und identifikatorischer Ebene dauerhaft in die Gesellschaft integriert werden sollte.

Eine zusätzliche Frage der Wanderungsstatistik besteht darin, dass in ihr nicht differenziert werden kann, um welche Form der Migration es sich bei einem Zuzug handelt. Ein Zuwanderer aus Polen aus dem Jahr 2002 kann z.B. sowohl Werkvertragsarbeitnehmer als auch Spätaussiedler sein², ohne dass dies aus der Zuzugsstatistik des Statistischen Bundesamtes ersichtlich wird.

Eine Zuwanderungsstatistik, die als Grundlage für integrationspolitische Maßnahmen dienen kann, sollte in der Lage sein, quantitative Grundlagen zu den einzelnen Zuwanderergruppen zu liefern, die unterschiedliche Voraussetzungen für ihren Aufenthalt in Deutschland mitbringen. Diese Unterschiede liegen in den verschiedenen rechtlichen Grundlagen, welche die Einreise und den Aufenthalt der Gruppen regeln. Da die deutsche Wanderungsstatistik nicht in der Lage ist, den Zweck der Zuwanderung zu identifizieren, differenziert der vorliegende Migrationsbericht zusätzlich zur Darstellung der allgemeinen Wanderungssituation die einzelnen Formen der Migration auf der Grundlage verschiedener Statistiken (wie z.B. der Statistiken des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, der Bundesanstalt für Arbeit und des Bundesverwaltungsamtes).

Die Probleme der Wanderungsstatistik liegen aber nicht nur darin, die einzelnen Zuwanderergruppen nicht ausweisen zu können. Es ist zudem nicht klar, in welchem quantitativen Ausmaß bestimmte Gruppen in die Statistik eingehen. Asylbewerber gehen grundsätzlich in die Statistik ein, auch wenn ihr Aufenthalt nur von kurzer Dauer sein kann. Auch kurzfristige

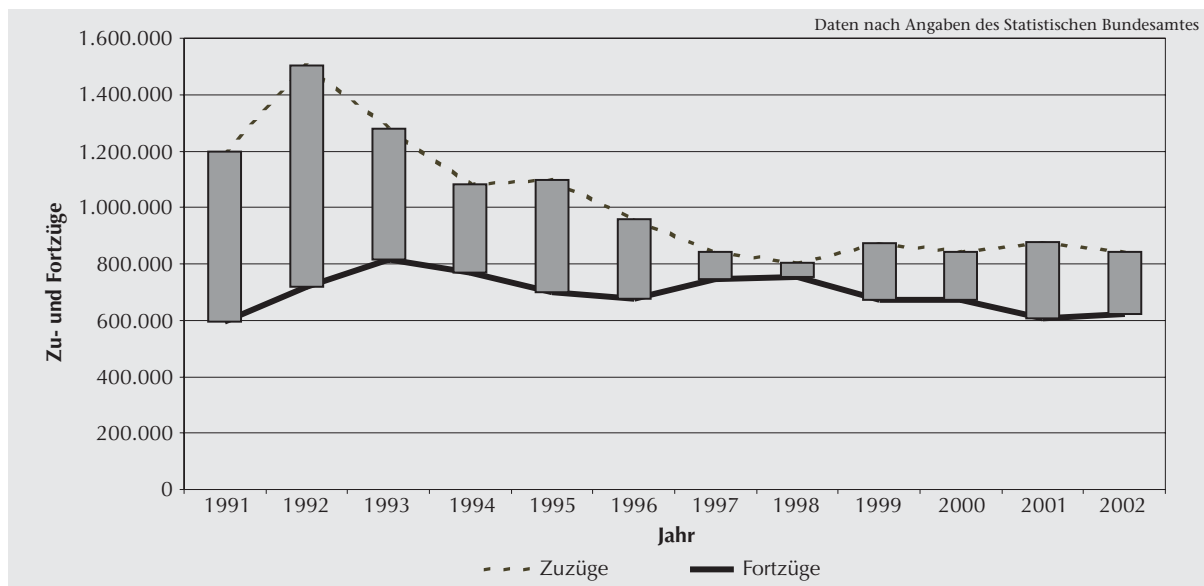
² Allerdings ist es unwahrscheinlich, dass unter den im Jahr 2002 aus Polen eingereisten Personen in großer Zahl Spätaussiedler sind. Denn Antragsteller für die Aufnahme als Spätaussiedler aus anderen Staaten als den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion müssen die im Jahr 1993 mit dem Kriegsfolgenbereinigungsgesetz eingeführte Aufnahmevoraussetzung einer fortwirkenden Benachteiligung wegen deutscher Volkszugehörigkeit erfüllen und finden deshalb nur noch in geringer Zahl Aufnahme.

Aufenthalte wie die bis zu maximal drei Monate dauernden Aufenthalte von Saisonarbeitnehmern sind enthalten, sofern sich die Personen mit einer Wohnung in Deutschland anmelden. Auf die Frage, ob die Saisonarbeitnehmer in vollem Umfang in die Wanderungsstatistik eingehen, wird in Kapitel 2.7 eingegangen.

In diesem Kapitel soll zunächst ein Überblick über das Migrationsgeschehen in Deutschland anhand der allgemeinen Zu- und Fortzugsstatistik gegeben werden. In den Unterkapiteln wird dann eine Differenzierung der Zu- und Fortzüge nach verschiedenen Kriterien (Herkunfts- und Zielland, Staatsangehörigkeit, Bundesländer, Alter, Geschlecht) vorgenommen. Grundlage hierzu sind die Daten des Statistischen Bundesamtes.

Die folgende Abbildung zeigt den Verlauf der Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands für die Jahre 1991 bis 2002:

Abbildung 1: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands von 1991 bis 2002



Von 1991 bis 2002 zogen fast 12,2 Millionen Menschen vom Ausland nach Deutschland. Diese hohen Zuzugszahlen resultieren vor allem aus dem - bis Mitte der 90er Jahre - erhöhten Zuzug von Spätaussiedlern, der bis 1992 gestiegenen Zahl von Asylsuchenden, die seitdem jedoch kontinuierlich gesunken ist, den seit 1991/92 aus dem ehemaligen Jugoslawien geflohenen Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen, von denen die meisten bereits wieder in ihre Heimat zurückgekehrt sind, sowie aus der gestiegenen, aber zeitlich begrenzten Arbeitsmigration aus Nicht-EU-Staaten, insbesondere von Werkvertrags- und Saisonarbeitnehmern. Im gleichen Zeitraum verlagerten fast 8,4 Millionen Bewohner des Bundesgebiets ihren Wohnsitz ins Ausland. Die letzten zwölf Jahre im Saldo betrachtet, ergeben einen Wanderungsüberschuss von etwa 3,8 Millionen. Bestimmend für das Migrationsgeschehen der 90er Jahre in Deutschland waren damit die Öffnung des "Eisernen Vorhangs", die eine erleichterte Ausreise aus den osteuropäischen Staaten ermöglichte sowie die Bürgerkriegssituation in Jugoslawien.

Tabelle 1: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands von 1991 bis 2002

| Jahr | Zuzüge | | | Fortzüge | | | Wanderungssaldo (Zuzugs-/ bzw. Fortzugs- überschuss) | |
|------|------------------|----------------|-------------|----------------|----------------|-------------|--|----------------|
| | Gesamt | dar. Ausländer | Anteil in % | Gesamt | dar. Ausländer | Anteil in % | Gesamt | dar. Ausländer |
| 1991 | 1.198.978 | 925.345 | 77,2 | 596.455 | 497.540 | 83,4 | +602.523 | +427.805 |
| 1992 | 1.502.198 | 1.211.348 | 80,6 | 720.127 | 614.956 | 85,4 | +782.071 | +596.392 |
| 1993 | 1.277.408 | 989.847 | 77,5 | 815.312 | 710.659 | 87,2 | +462.096 | +279.188 |
| 1994 | 1.082.553 | 777.516 | 71,8 | 767.555 | 629.275 | 82,0 | +314.998 | +148.241 |
| 1995 | 1.096.048 | 792.701 | 72,3 | 698.113 | 567.441 | 81,3 | +397.935 | +225.260 |
| 1996 | 959.691 | 707.954 | 73,8 | 677.494 | 559.064 | 82,5 | +282.197 | +148.890 |
| 1997 | 840.633 | 615.298 | 73,2 | 746.969 | 637.066 | 85,3 | +93.664 | -21.768 |
| 1998 | 802.456 | 605.500 | 75,5 | 755.358 | 638.955 | 84,6 | +47.098 | -33.455 |
| 1999 | 874.023 | 673.873 | 77,1 | 672.048 | 555.638 | 82,7 | +201.975 | +118.235 |
| 2000 | 841.158 | 649.249 | 77,2 | 674.038 | 562.794 | 83,5 | +167.120 | +86.455 |
| 2001 | 879.217 | 685.259 | 77,9 | 606.494 | 496.987 | 81,9 | +272.723 | +188.272 |
| 2002 | 842.543 | 658.341 | 78,1 | 623.255 | 505.572 | 81,1 | +219.288 | +152.769 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

1997 und 1998 sind mehr Ausländer aus Deutschland fort- als zugezogen. Insgesamt ergab sich, da ausländische Staatsangehörige den Großteil der Wanderungsbewegungen in Deutschland ausmachen, somit ein Rückgang des Wanderungssaldos (1996: +282.197, 1997: +93.664, 1998: +47.098). Seit 1999 ist der Wanderungssaldo der ausländischen Migranten wieder positiv. Im Jahr 2002 zogen insgesamt 843.000 Personen zu, während 623.000 das Land verließen.

Mehr als drei Viertel des Zuwanderungsgeschehens seit 1991 betrifft Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Auf der anderen Seite bedeutet dies, dass in der amtlichen Statistik immerhin mehr als 20% der Zuwanderung als Zuzug von Deutschen gewertet wird. Dazu werden allerdings auch Personen gezählt, die im Rahmen des Spätaussiedlerzuzugs in Deutschland Aufnahme finden. Diese Personen werden erst mit der Aufnahme Deutsche und haben zu einem erheblichen Teil, insbesondere wegen unzureichender Beherrschung der deutschen Sprache, Integrationsprobleme, die mit denen von Ausländern vergleichbar sind (vgl. hierzu ausführlich Kapitel 2.3).³ Zum anderen handelt es sich bei der Zuwanderung von Deutschen um aus dem Ausland rückwandernde deutsche Staatsangehörige (vgl. dazu Kapitel

³ Ein Spätaussiedler, seine Abkömmlinge und sein Ehegatte (sofern dieser z. Z. des Verlassens des Aussiedlungsgebietes seit mindestens drei Jahren mit ihm verheiratet ist) erwerben nach § 4 Abs. 3 BVFG mit ihrer Aufnahme zunächst die Rechtsstellung eines Deutschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit i. S. v. Art. 116 Abs. 1 GG und anschließend mit der Ausstellung der Bescheinigung nach § 15 BVFG (über ihre Spätaussiedlereigenschaft bzw. ihre Eigenschaft als im Wege der Aufnahme durch Einbeziehung eingereister Ehegatte oder Abkömmling eines Spätaussiedlers) gem. § 7 StAG (i. d. Fassung v. 15. Juli 1999) kraft Gesetzes die deutsche Staatsangehörigkeit. Durch die Neuregelung des Staatsangehörigkeitserwerbs kraft Gesetzes wurde das bis dahin notwendige Einbürgerungsverfahren ersetzt. Für die frühen 90er Jahre gilt, dass Spätaussiedler bisweilen mit ihrer ehemaligen Staatsangehörigkeit in die Statistiken eingingen, eine genaue Bezifferung ist jedoch nicht möglich.

Außerdem ist zu beachten, dass weitere Angehörige von Spätaussiedlern (als die o. g. Ehegatten und Abkömmlinge) ggf. nur unter den Voraussetzungen des Ausländerrechts mit einreisen und nach § 8 Abs. 2 BVFG zusammen mit den aufgenommenen Personen auf ein Land verteilt werden konnten. Diese weiteren Angehörigen von Spätaussiedlern haben also keine Aufnahme nach dem Bundesvertriebenengesetz gefunden und infolgedessen weder durch Aufnahme die Rechtsstellung eines Deutschen, noch anschließend durch Bescheinigung über einen Aufnahmestatus die deutsche Staatsangehörigkeit erworben. Der Zuzug dieser Angehörigen ist deshalb in der Statistik als Zuzug von Ausländern erfasst.

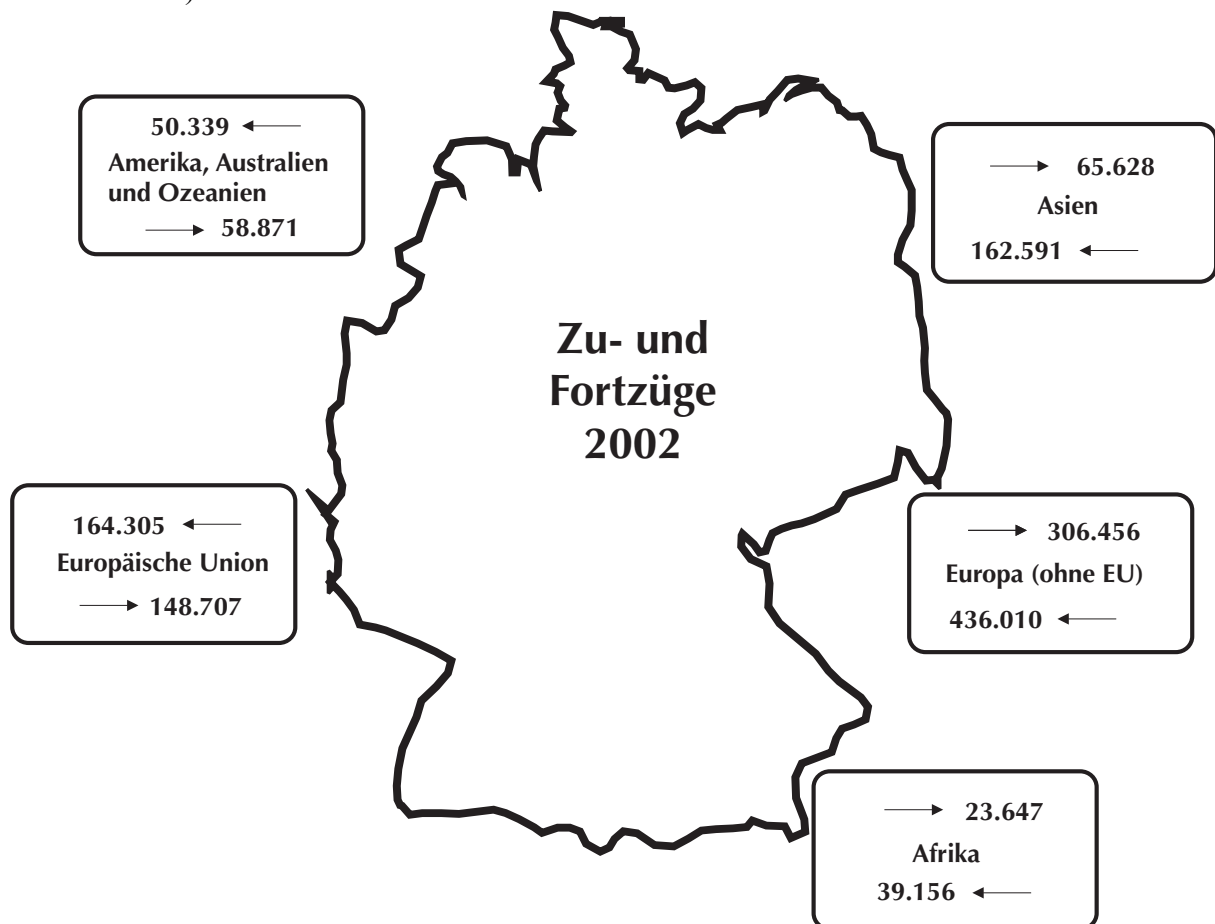
2.10). Seit 1992 verließen jedoch auch mehr als 100.000 Deutsche jährlich für längere Zeit oder für immer das Bundesgebiet. 2002 waren dies 118.000 oder 19% der Fortzüge dieses Jahres. Jedoch spielten die ausländischen Abwanderer während der gesamten 90er Jahre stets die Hauptrolle.

1.1 Herkunfts- und Zielländer

Auch im Jahr 2002 betraf ein Großteil des Migrationsgeschehens in Deutschland Menschen aus europäischen Staaten: Zwei Drittel aller zugezogenen Personen (67,3%) stammten aus Europa⁴. Darunter befanden sich 15,5% aus dem Gebiet der Europäischen Union. Etwas mehr als die Hälfte (51,7%) aller zugezogenen Personen kam aus dem übrigen Europa. Ein weiteres Fünftel der Zugezogenen des Jahres 2002 stammte aus Asien, nur 4,6% zogen aus Ländern Afrikas nach Deutschland, weitere 7% aus Amerika, Australien und Ozeanien. Auch unter den Fortgezogenen aus Deutschland war Europa die Hauptzielregion: Beinahe drei Viertel (72,8%) zogen aus Deutschland in ein anderes europäisches Land. Ein Viertel reiste in einen anderen Staat der Europäischen Union.

Nachdem der Migrationssaldo mit der Europäischen Union seit Ende der neunziger Jahre eher ausgeglichen war, - die Zahl der Zuzüge entsprach in etwa der Zahl der Fortzüge, - fiel dieser im Jahr 2002 leicht negativ aus (-16.639). Dagegen zeigt sich insbesondere bei Asien auch 2002 noch ein starker positiver Wanderungssaldo: 162.591 Zuzügen aus Asien stehen 65.628 Fortzüge gegenüber; der Wanderungsüberschuss gegenüber Asien beträgt so im Jahr 2002: +96.963. Im Jahr 2001 betrug dieser Saldo noch +119.997. Auch aus Europa (ohne die Länder der EU) wanderten mehr Menschen zu als ab, so dass sich hier ein Wanderungssaldo von +129.554 ergab.

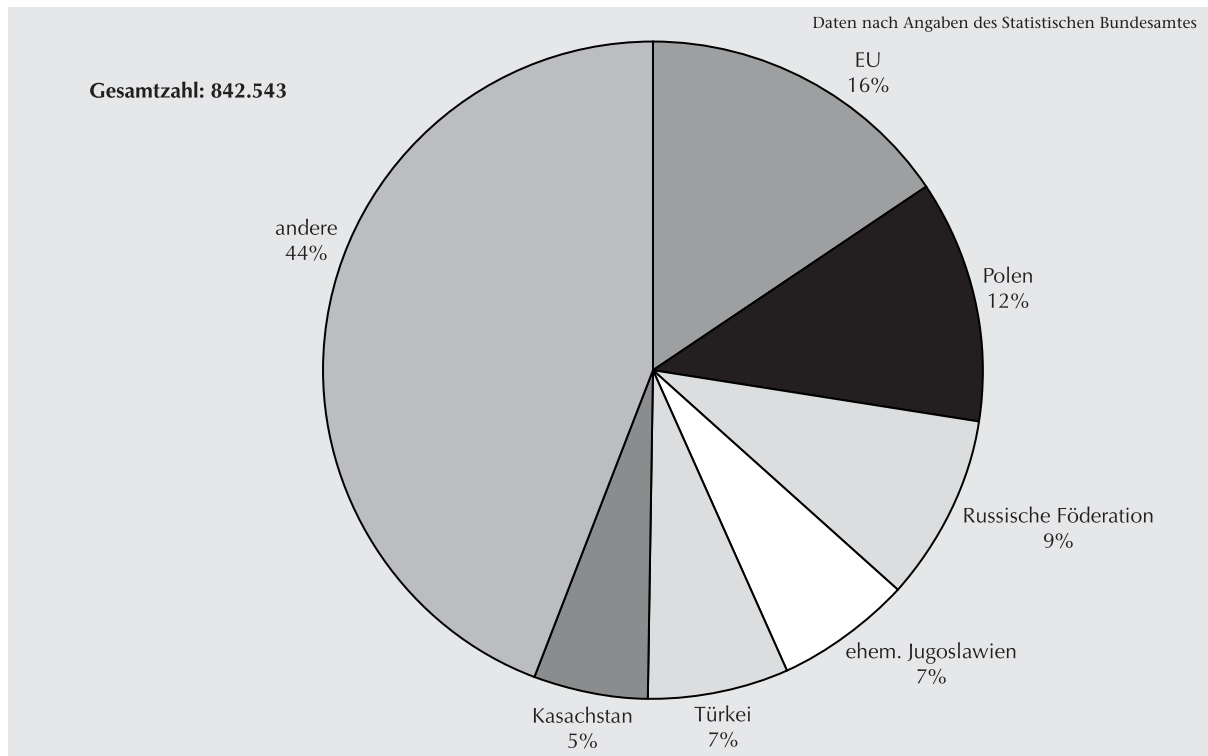
Abbildung 2: Zu- und Fortzüge in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2002 (Ausländer und Deutsche)



⁴ Europäische Union und europäische Drittstaaten inklusive der Türkei. Die Türkei wird in den amtlichen Statistiken als Ganzes zu Europa gezählt.

Einen detaillierten Überblick über die Herkunfts- bzw. Zielstruktur der Zu- bzw. Fortzüge des Jahres 2002 vermitteln die Abbildungen 3 und 4, sowie die Tabellen 25 und 26 im Anhang.

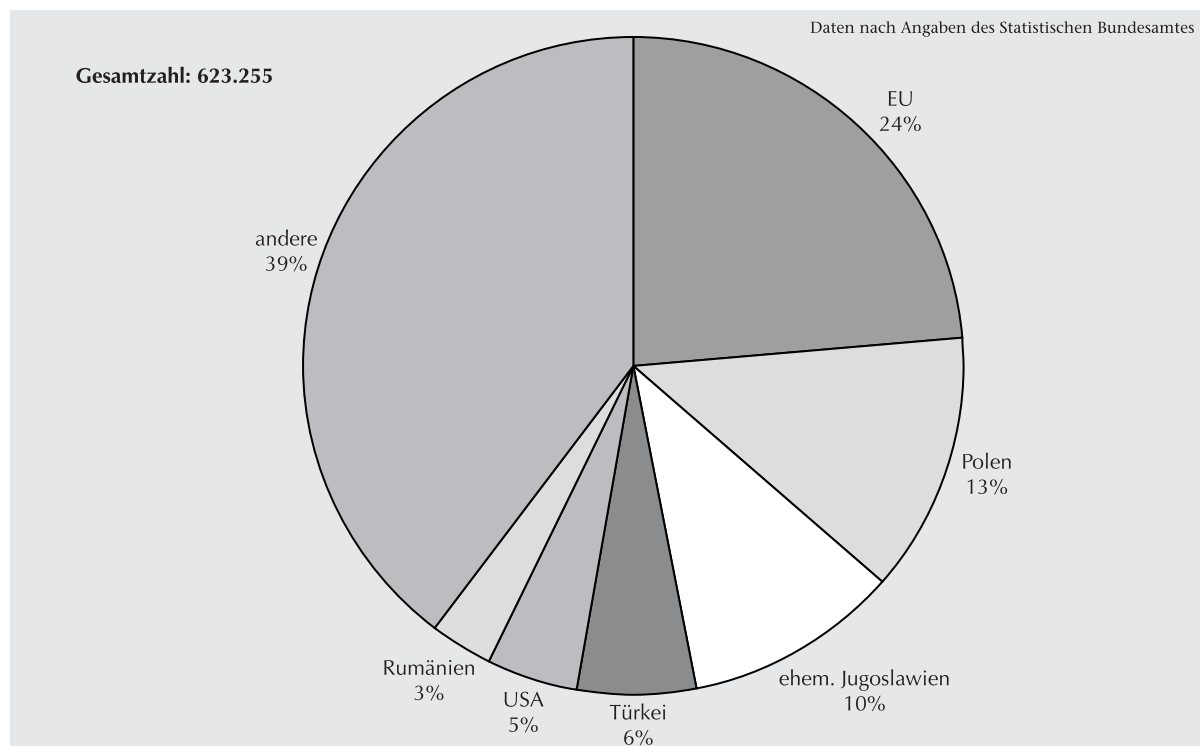
Abbildung 3: Zuzüge im Jahr 2002 nach den sechs häufigsten Herkunftsländern und -regionen



Seit Mitte der 90er Jahre ist die Struktur der Hauptherkunftsländer relativ konstant. Die größte Gruppe bildeten im Jahr 2002 Personen aus dem Gebiet der Europäischen Union mit 16% der Gesamtzuzüge, gefolgt von Menschen aus Polen (12% aller Zuzüge). Hauptherkunftsländ der EU war mit fast 27.000 Personen Italien. Zahlreiche Zugezogene aus Polen kamen als Werkvertrags- oder Saisonarbeitnehmer mit zeitlich limitiertem Aufenthaltsrecht (siehe auch Kapitel 2.7). Aus der russischen Föderation zogen im Jahr 2002 über 77.000 Menschen nach Deutschland, die meisten von ihnen Spätaussiedler mit ihren Familienangehörigen. Ein weiteres Land, aus dem noch viele Spätaussiedler nach Deutschland kommen, ist Kasachstan. Es liegt auf Rang 6 der Hauptherkunftsländer. Knapp 54% der zuziehenden Personen aus Russland sowie etwa 74% der Zugezogenen aus Kasachstan gingen als Deutsche in die Zuzugsstatistik ein (siehe auch Kapitel 2.3 zu Spätaussiedlern). Gesunken ist dagegen in den letzten zwei Jahren der Anteil der Zuzüge aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien. Mit 7% aller Zuzüge gehören Jugoslawien und die heutigen Nachfolgestaaten jedoch nach wie vor zu den Hauptherkunftsstaaten. Der Rückgang der Zuzugszahlen aus dieser Region ist auf die Stabilisierung der politischen Verhältnisse auf dem Balkan seit dem Jahr 2000 zurückzuführen. Dies schlägt sich auch in dem starken Rückgang der Asylbewerberzahlen aus der Bundesrepublik Jugoslawien seit dem Jahr 2000 nieder (siehe Kapitel 2.5). Aus der Türkei (7%) kamen vor allem Zuwanderer im Rahmen des Ehegatten- und Familiennachzugs (siehe Kapitel 2.2) und Asylantragsteller (siehe Kapitel 2.5).

Obwohl nach wie vor die meisten der Zugezogenen aus Europa stammen, nimmt die Diversifizierung hinsichtlich der Herkunft der Migranten, die verstärkt in den 90er Jahre eingesetzt hat, auch in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts weiter zu. 44% der Zugezogenen stammten nicht aus einer der sechs Hauptherkunftsregionen.

Abbildung 4: Fortzüge im Jahr 2002 nach den sechs häufigsten Zielländern und –regionen



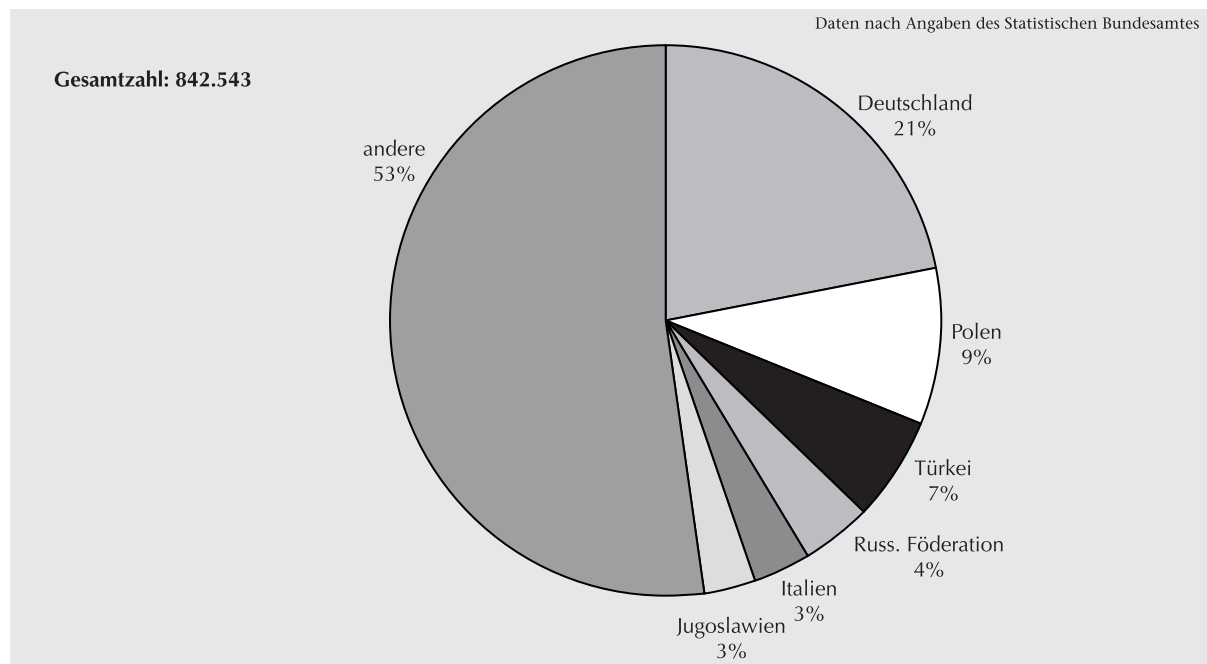
Im Jahr 2002 wurden etwa 623.000 Fortzüge registriert. Mit 24% Anteil an der Gesamtabwanderung waren dabei die Staaten der Europäischen Union Hauptzielgebiet. Innerhalb der EU war Italien wichtigster Zielstaat. 13% aller Fortgezogenen gingen nach Polen, in die Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien reisten weitere 10% aus. In die Türkei und die Vereinigten Staaten zogen 6% resp. 5%. Als Schlusslicht unter den Hauptzielländern folgt Rumänien mit 3%. Weder die Russische Föderation noch Kasachstan als Hauptherkunftsländer, aus denen zum größten Teil Spätaussiedler und ihre Familienangehörigen zuzogen, sind unter den häufigsten Zielländern zu finden: Nur wenige der ehemaligen Spätaussiedler kehren in ihre ursprünglichen Siedlungsgebiete zurück.

Betrachtet man die Migrationsbilanz mit den Nachfolgestaaten Jugoslawiens, so zeigt sich im Jahr 2002 mit Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien jeweils ein beinahe ausgeglichener Wanderungssaldo. Nur im Falle Jugoslawiens (Serbien und Montenegro) lassen sich wesentlich mehr Fort- als Zuzüge feststellen (negativer Wanderungssaldo von 10.843). Dies ist auf die noch anhaltende Rückkehr der Kosovoflüchtlinge zurückzuführen (siehe Kapitel 2.6).

1.2 Zu- und Fortzüge nach Staatsangehörigkeit

Im Gegensatz zur Differenzierung der Zu- und Fortzüge nach Herkunfts- und Zielländern in Kapitel 1.1 wird das Wanderungsgeschehen Deutschlands in diesem Kapitel nach der Staatsangehörigkeit der Migranten aufgeschlüsselt. Es gilt zu beachten, dass sich die Staatsangehörigkeit eines Migranten nicht notwendigerweise mit dem Herkunfts- oder Zielland der Zu- oder Fortzüge deckt.

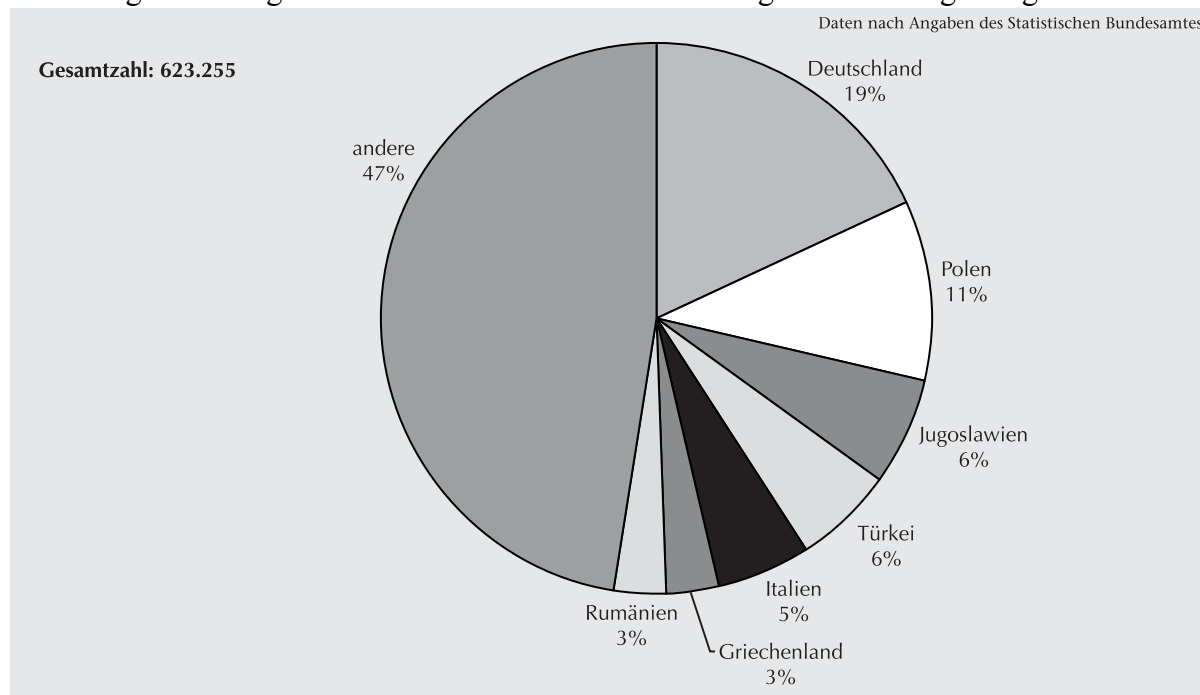
Abbildung 5: Zuzüge im Jahr 2002 nach den sechs häufigsten Staatsangehörigkeiten



Die größte Gruppe der Zugezogenen im Jahr 2002 waren Deutsche (184.202). Diese Gruppe setzte sich zum einen aus Personen zusammen, die im Rahmen der Spätaussiedleraufnahme eingereist waren, obwohl diese Zuwanderer grundsätzlich erst mit ihrer Aufnahme Deutsche geworden sind und die deutsche Staatsangehörigkeit erst mit der Bescheinigung über ihren Aufnahmestatus erworben haben (vgl. hierzu ausführlich oben Fußnote 3 und Kapitel 2.3), zum anderen aus einer beachtlichen Anzahl an deutschen Rückwanderern (siehe Kapitel 2.10). Der Anteil, den die Spätaussiedler an den Deutschen ausmachen, hat im Jahr 2002 weiter abgenommen. Er betrug etwa 43%.⁵ 9% aller Zugezogenen waren Staatsangehörige aus Polen, weitere 7% besaßen die türkische Staatsangehörigkeit, 4% stammten aus der Russischen Föderation. Italiener und Jugoslawen folgten mit jeweils 3% Anteil an der Gesamtzuwanderung.

⁵ Von den 91.416 Personen, die im Jahr 2002 im Rahmen des Spätaussiedlerzuzugs nach Deutschland kamen, wurden etwa 78.500 als Deutsche registriert.

Abbildung 6: Fortzüge im Jahr 2002 nach den sieben häufigsten Staatsangehörigkeiten



Auch bei den Fortzügen stellen deutsche Staatsangehörige im Jahr 2002 mit 19% Anteil an der Gesamtabwanderung die größte Gruppe (117.683) vor Polen (11%) sowie Jugoslawen und Türken mit jeweils 6%. 5% aller Abwandernden besaßen 2002 die italienische Staatsangehörigkeit, 3% waren Griechen, ebenfalls 3% Rumänen. Polnische Staatsangehörige nahmen sowohl bei der Zu- als auch bei der Abwanderung den zweiten Rang nach den deutschen Staatsangehörigen ein – Zeichen einer rege genutzten Migrationsbeziehung zwischen Polen und Deutschland, insbesondere zum Zweck der befristeten Arbeitsaufnahme in Deutschland.

Tabelle 2: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2002

| Land der Staatsangehörigkeit | Zuzüge | Fortzüge | Wanderungssaldo (Zuzugs-/ bzw. Fortzugsüberschuss) |
|------------------------------|---------|----------|--|
| Deutschland | 184.202 | 117.683 | +66.519 |
| Italien | 25.011 | 34.179 | -9.168 |
| Österreich | 10.167 | 9.261 | +906 |
| Türkei | 58.128 | 36.750 | +21.378 |
| Bosnien-Herzegowina | 10.489 | 9.168 | +1.321 |
| Jugoslawien | 26.420 | 37.925 | -11.505 |
| Kroatien | 13.050 | 13.614 | -564 |
| Bulgarien | 13.191 | 8.783 | +4.408 |
| Polen | 81.551 | 67.907 | +13.644 |
| Rumänien | 23.953 | 17.555 | +6.398 |
| Russische Föderation | 36.479 | 14.414 | +22.065 |
| Ukraine | 20.578 | 7.127 | +13.451 |
| Ungarn | 16.506 | 15.688 | +818 |
| Vereinigte Staaten | 15.466 | 14.615 | +851 |
| China | 18.463 | 9.037 | +9.426 |
| Irak | 13.003 | 5.618 | +7.385 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sowohl die Russische Föderation als auch die Türkei wiesen einen relativ hohen positiven Wanderungssaldo auf (+22.065 Personen bzw. +21.378). Die Zuzüge deutscher Staatsangehöriger übertraf deren Fortzüge im Jahr 2002 um +66.519 Personen, was insbesondere auf den Zuzug der Spätaussiedler zurückzuführen ist. Der negative Wanderungssaldo jugoslawischer Staatsangehöriger war Ausdruck der sich fortsetzenden Rückkehr nach der Beendigung des Kosovo-Konflikts. Im Jahr 2002 betrug der Saldo -11.505. Der Wanderungssaldo der bosnischen Staatsangehörigen war von 1998 (-97.301 Personen) bis 2000 (-11.887 Personen) stets negativ und verdeutlicht zum einen die Fortsetzung der Rückkehr der ehemaligen Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge in ihre Heimat, zum anderen ihre Weiterwanderung in andere Länder, vor allem in die USA und Kanada. Seit 2001 jedoch liegt die Zahl der Zuzüge wieder über der Zahl der fortgezogenen Bosnier.

1.3 Zu- und Fortzüge nach Bundesländern

Betrachtet man das Migrationsgeschehen in Deutschland differenziert nach den einzelnen Bundesländern (berücksichtigt werden nur Wanderungen über die Außengrenzen Deutschlands, d.h. Binnenwanderungen zwischen den Bundesländern bleiben unberücksichtigt), so zeigt sich folgendes Bild:

Abbildung 7: Zu- und Fortzüge nach Bundesländern im Jahr 2002



Tabelle 3: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach Bundesländern im Jahr 2002

| Bundesland | Zuzüge | | | Fortzüge | | | Wanderungssaldo (Zuzugs-/ bzw. Fortzugsüberschuss) | | Gesamtbevölkerung (31.12.2002) | Zuzüge pro 1.000 der Bevölkerung | Fortzüge pro 1.000 der Bevölkerung |
|-------------------------------|---------|----------------|-------------|----------|----------------|-------------|--|----------------|-----------------------------------|--|--|
| | Gesamt | dar. Ausländer | Anteil in % | Gesamt | dar. Ausländer | Anteil in % | Gesamt | dar. Ausländer | | | |
| Baden-Württemberg | 135.705 | 118.713 | 87,5 | 118.864 | 100.123 | 84,2 | 16.841 | 18.590 | 10.661.320 | 12,7 | 11,1 |
| Bayern | 141.595 | 122.696 | 86,7 | 119.398 | 100.563 | 84,2 | 22.197 | 22.133 | 12.387.351 | 11,4 | 8,1 |
| Berlin | 43.370 | 37.496 | 86,5 | 33.635 | 27.817 | 82,7 | 9.735 | 9.679 | 3.392.425 | 12,8 | 9,9 |
| Brandenburg | 11.815 | 10.464 | 88,6 | 8.806 | 7.139 | 81,1 | 3.009 | 3.325 | 2.582.379 | 4,6 | 3,4 |
| Bremen | 8.134 | 7.313 | 89,9 | 4.688 | 3.848 | 82,1 | 3.446 | 3.465 | 662.098 | 12,3 | 7,1 |
| Hamburg | 22.361 | 19.006 | 85,0 | 22.103 | 19.312 | 87,4 | 258 | -306 | 1.728.806 | 12,9 | 12,8 |
| Hessen | 72.953 | 61.729 | 84,6 | 63.288 | 53.166 | 84,0 | 9.665 | 8.563 | 6.091.618 | 12,0 | 10,4 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 7.197 | 6.573 | 91,3 | 4.659 | 3.825 | 82,1 | 2.538 | 2.748 | 1.744.624 | 4,1 | 2,7 |
| Niedersachsen | 150.146 | 64.981 | 43,3 | 50.918 | 38.438 | 75,5 | 99.228 | 26.543 | 7.980.472 | 18,8 | 6,4 |
| Nordrhein-Westfalen | 146.151 | 125.082 | 85,6 | 116.975 | 96.561 | 82,5 | 29.176 | 28.521 | 18.076.355 | 8,1 | 6,5 |
| Rheinland-Pfalz | 39.568 | 29.080 | 73,5 | 35.432 | 21.103 | 59,6 | 4.136 | 7.977 | 4.057.727 | 9,8 | 8,7 |
| Saarland | 7.697 | 5.930 | 77,0 | 4.789 | 2.975 | 62,1 | 2.908 | 2.955 | 1.064.988 | 7,2 | 4,5 |
| Sachsen | 20.470 | 18.776 | 91,7 | 13.571 | 11.285 | 83,2 | 6.899 | 7.491 | 4.349.059 | 4,7 | 3,1 |
| Sachsen-Anhalt | 10.416 | 9.438 | 90,6 | 7.754 | 5.581 | 72,0 | 2.662 | 3.857 | 2.548.911 | 4,1 | 3,0 |
| Schleswig-Holstein | 16.928 | 13.937 | 82,3 | 12.628 | 9.368 | 74,2 | 4.300 | 4.569 | 2.816.507 | 6,0 | 4,5 |
| Thüringen | 8.037 | 7.127 | 88,7 | 5.747 | 4.468 | 77,7 | 2.290 | 2.659 | 2.392.040 | 3,4 | 2,4 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Die höchsten Zuzugszahlen (absolut) im Jahr 2002 haben Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg. Bezogen auf die jeweilige Bevölkerungszahl hat im Jahr 2002 Niedersachsen auch den höchsten Pro-Kopf-Zuzug vor Hamburg, Berlin und Baden-Württemberg.

Die Zuwanderung nach Niedersachsen ist gekennzeichnet durch einen hohen Anteil an Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit (56,7% der Zuwanderer). Der Grund hierfür liegt daran, dass viele Spätaussiedler als Deutsche in die Zuzugsstatistik eingehen und für diese Personengruppe die in Niedersachsen liegende Erstaufnahmestelle Friedland die erste Anlaufstelle nach ihrer Einreise nach Deutschland ist. Die Spätaussiedler werden dort registriert und dann auf die einzelnen Bundesländer verteilt (siehe Kapitel 2.3). Dies spiegelt sich auch im stark positiven Wanderungssaldo Niedersachsens von 99.228 wieder.

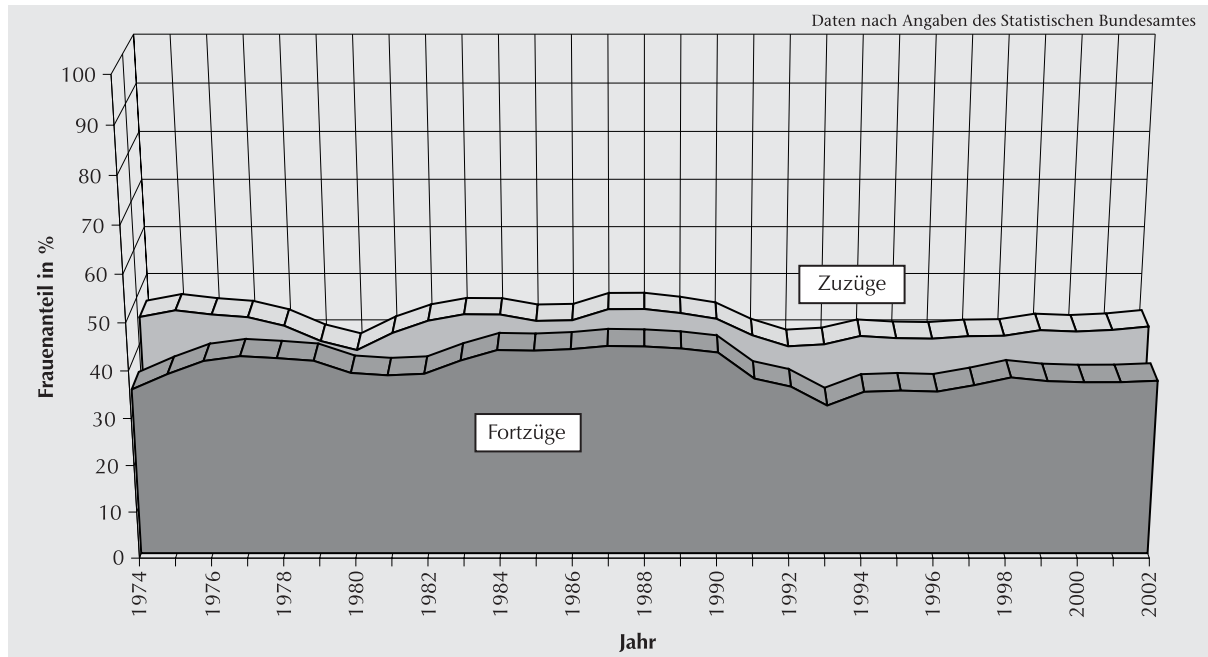
Die niedrigsten Zuzugszahlen bezogen auf die Bevölkerung haben die neuen Bundesländer Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen.

Die höchsten Abwanderungsquoten im Jahr 2002 haben Hamburg, Baden-Württemberg, Hessen und Berlin, die niedrigsten Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Sachsen.

1.4 Geschlechts- und Altersstruktur

Die Bevölkerung einer Gesellschaft konstituiert sich zum einen durch die natürliche Bevölkerungsbewegung (Geburten minus Sterbefälle), zum anderen durch die stattfindende Migration. Dabei sind in demografischer Hinsicht nicht nur die absoluten Zahlen der Zu- und Fortgezogenen von Relevanz, sondern insbesondere deren Altersstruktur. Die drei folgenden Abbildungen zeigen, wie sich die Zu- und Fortzüge zum einen hinsichtlich des Geschlechts und zum anderen hinsichtlich des Alters zusammensetzen.

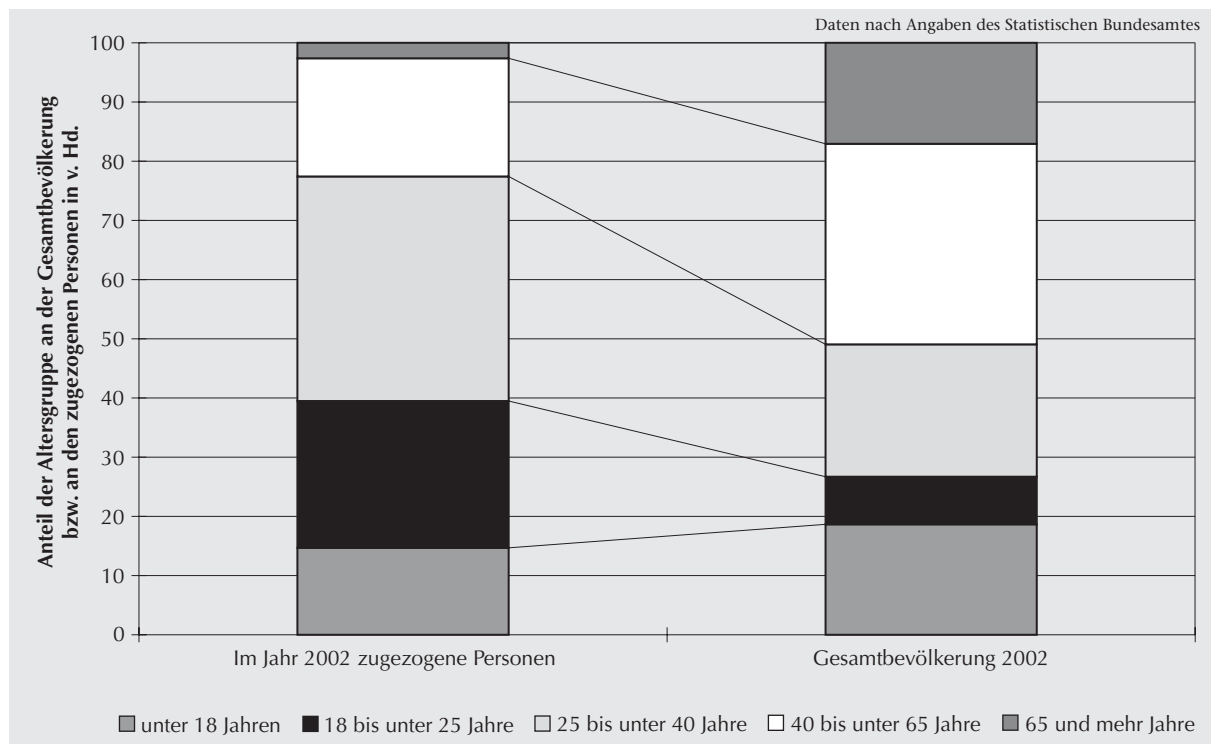
Abbildung 8: Frauenanteile bei den Zu- und Fortzügen in v. Hd. von 1974 bis 2002



Der Anteil der Frauen ist sowohl bei den Zuzügen als auch bei den Fortzügen geringer als der Männeranteil. Dieser Anteilswert bleibt dabei über die Zeit hinweg relativ konstant. Allerdings ist der Frauenanteil bei den Zuzügen (circa 40%) durchgängig höher als bei den Fortzügen (circa 37%).

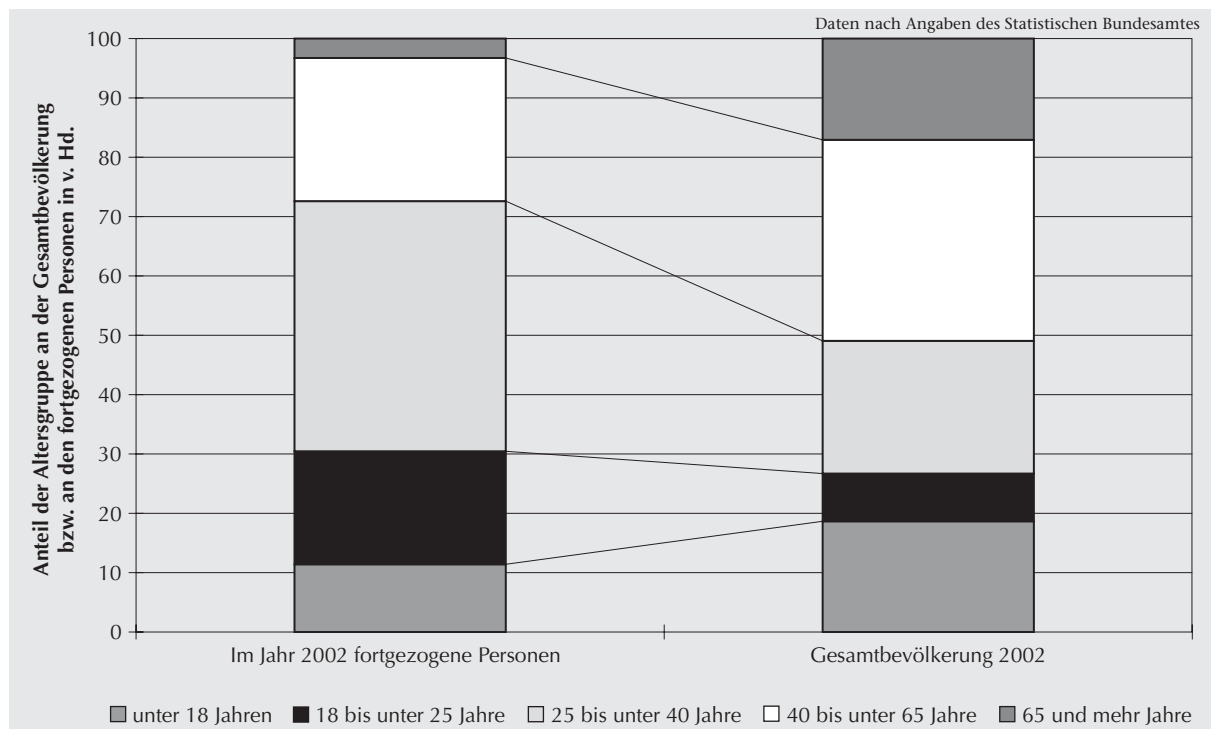
Betrachtet man die Geschlechtsstruktur der Zugezogenen nach Herkunftsländern, so zeigt sich, dass einige Länder durch einen überproportional hohen Frauen- bzw. Männeranteil gekennzeichnet sind. So beträgt der Frauenanteil der ausländischen Zugezogenen aus Thailand im Jahr 2002 etwa 74%, der der Fortgezogenen circa 64%. Grund für diesen hohen Anteil ist u. a. die Heiratsmigration aus diesem Land. Weitere Herkunftsländer mit hohem Frauenanteil an den ausländischen Zugezogenen sind Estland (68%), Peru (67%), Litauen (65%), die Philippinen (64%) sowie Kuba (62%). Ein überproportional hoher Männeranteil an den ausländischen Zugezogenen ist für die Herkunftsländer Algerien (83%), Sierra Leone (81%), Slowenien (78%), Ungarn (77%), Indien (74%), Irak (72%) und Tunesien (72%) zu konstatieren.

Abbildung 9: Zuzüge und Gesamtbevölkerung nach Altersgruppen in v. Hd. im Jahr 2002



Wie die Abbildung zeigt, unterscheidet sich die Altersstruktur der Zuzugsbevölkerung deutlich von derjenigen der Gesamtbevölkerung (Deutsche und Ausländer). Die Zugezogenen sind durch einen hohen Anteil von Personen jüngeren und mittleren Alters (18 bis unter 40 Jahre) gekennzeichnet: Im Jahr 2002 waren über drei Viertel (77,4%) der Zugezogenen unter 40 Jahre; bei der Gesamtbevölkerung lag dieser Anteil dagegen bei nur 48,4%. (62,7% der Zugezogenen fielen in die Altersgruppe der 18 bis unter 40 Jährigen, bei der Gesamtbevölkerung waren dies nur 29,9%). Bei den älteren Jahrgängen, den über 65-jährigen, stellt sich die Situation dementsprechend umgekehrt dar (2,6% der Zugezogenen gegenüber 17,5% in der Gesamtbevölkerung). In der unteren Altersstufe (bis 18 Jahren) fallen die Unterschiede zwischen den beiden Gruppen geringer aus. Einem Anteil von 14,7% bei den Zugezogenen stehen 18,5% der Wohnbevölkerung gegenüber. Es kann hier festgehalten werden, dass die Zugezogenen im Durchschnitt jünger sind als die Gesamtbevölkerung und somit die Altersstruktur der Gesamtbevölkerung derzeit „verjüngen“. Dadurch wirkt die Zuwanderung in der Gegenwart den Problemen der sog. demografischen Alterung entgegen, was bei Integration in den Arbeitsmarkt einen positiven Effekt auf die sozialen Sicherungssysteme haben kann.

Abbildung 10: Fortzüge und Gesamtbevölkerung nach Altersgruppen in v. Hd. im Jahr 2002



Bei den fortziehenden Personen zeigt sich ein ähnliches Bild: Fast drei Viertel (72,6%) der im Jahr 2002 Fortgezogenen waren jünger als 40 Jahre; der entsprechende Anteil in der Gesamtbevölkerung lag bei 48,4%. Damit geht der Effekt der durch die Zuwanderung „verbesserten“ (sich verjüngenden) Altersstruktur teilweise durch die Abwanderung wieder verloren. Bei einem Vergleich der Altersstruktur der Migranten des Jahres 2002 zeigt sich, dass das Durchschnittsalter der Zugezogenen mit 29,8 Jahren⁶ zweieinhalb Jahre unter dem der Fortgezogenen (32,3 Jahre) liegt.

⁶ Dabei beträgt das Durchschnittsalter der ausländischen Zugezogenen 29,4 Jahre, das der deutschen 31,4 Jahre.

2. Die einzelnen Zuwanderergruppen

In diesem Abschnitt wird das Migrationsgeschehen nach den einzelnen (rechtlichen) Formen der Zuwanderung differenziert. Die jeweiligen Migrationsarten unterscheiden sich zum einen hinsichtlich ihres Zugangs nach Deutschland, zum anderen hinsichtlich ihres Aufenthaltsrechts. Diese zuwanderungs- und aufenthaltsrechtlichen Regelungen beeinflussen auch die Lebenslage der einzelnen Migranten. So besteht sowohl rechtlich als auch faktisch (als auch in Bezug auf die Aufenthaltsdauer des Migranten) ein Unterschied, ob jemand beispielsweise als Asylantragsteller, Werkvertragsarbeitnehmer oder Spätaussiedler nach Deutschland kommt. Die folgenden Arten der Zuwanderung sind zu unterscheiden:

- EU-Binnenmigration von EU-Staatsangehörigen (Kap. 2.1),
- Familien- und Ehegattennachzug von Drittstaatsangehörigen (Kap. 2.2),
- Spätaussiedlerzuwanderung (Kap. 2.3),
- Zuwanderung von Juden aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion (Kap. 2.4),
- Zugang von Asylbewerbern und Konventionsflüchtlingen (Kap. 2.5),
- die Aufnahme von Kriegs-, Bürgerkriegs-, und De-facto-Flüchtlingen aus der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (Kap. 2.6),
- Werkvertrags-, Saison-, und Gastarbeitnehmermigration und weitere zeitlich begrenzte Arbeitsmigration aus Nicht-EU-Staaten (Kap. 2.7),
- Zuwanderung von IT-Fachkräften (Kap. 2.8),
- Zuwanderung ausländischer Studierender (Kap. 2.9) sowie
- die Rückkehr deutscher Staatsbürger (Kap. 2.10).

Es ist bereits hier darauf hinzuweisen, dass sich bei einem Vergleich der Gesamtzuzugszahl aus der Wanderungsstatistik mit der aufsummierten Zahl der verschiedenen Zuwanderergruppen auf Basis der jeweiligen Spezialstatistiken eine Differenz ergibt. Diese Inkompatibilität ist vor allem auf die unterschiedlichen Erhebungsgrundlagen (z.B. fall- vs. personenbezogene Erfassung) der einzelnen Statistiken, aber auch auf Erfassungsunterschiede (z.B. der Saisonarbeitnehmer)⁷ zurückzuführen.

⁷ Zu den Erfassungsproblemen der Saisonarbeitnehmer in der allgemeinen Wanderungsstatistik siehe Kapitel 2.7.

Abbildung 11: Formen der Zuwanderung nach Deutschland



Die Abbildung gibt nur sehr grob die Größenordnungen der einzelnen Migrationsarten wieder; zu den genauen Größenordnungen vgl. die folgenden Ausführungen und Tabellen.

2.1 EU-Binnenmigration von EU-Staatsangehörigen

Als EU-Binnenmigration wird die Zu- und Abwanderung von Deutschen und EU-Staatsangehörigen in die und aus den einzelnen Staaten der Europäischen Union bezeichnet. Dies bedeutet, nicht das Herkunfts- oder Zielland des Migranten ist entscheidend, sondern dessen Staatsangehörigkeit. Ein Staatsangehöriger eines EU-Staates kann demnach auch aus einem Nicht-EU-Staat zuziehen, um in die EU-Binnenwanderungsstatistik einzugehen, da er unter die Freizügigkeitsregelungen für EU-Bürger fällt. Dagegen sind Drittstaatsangehörige, die aus einem anderen EU-Staat zuziehen, keine EU-Binnenmigranten im rechtlichen Sinne. Die EU-Binnenmigration kann aus der allgemeinen Zu- und Fortzugsstatistik herausgelesen werden, indem sie nach den entsprechenden EU-Staatsangehörigkeiten der Migranten analysiert wird. Im Folgenden wird die EU-Binnenmigration aus dem Blickwinkel Deutschlands dargestellt – die Zu- und Fortzüge deutscher Staatsangehöriger daher nicht berücksichtigt. Als Ursachen und Motive für die EU-“interne” Migration sind vor allem Arbeitsaufnahme und Ausbildung sowie Familiengründung oder -zusammenführung zu nennen.

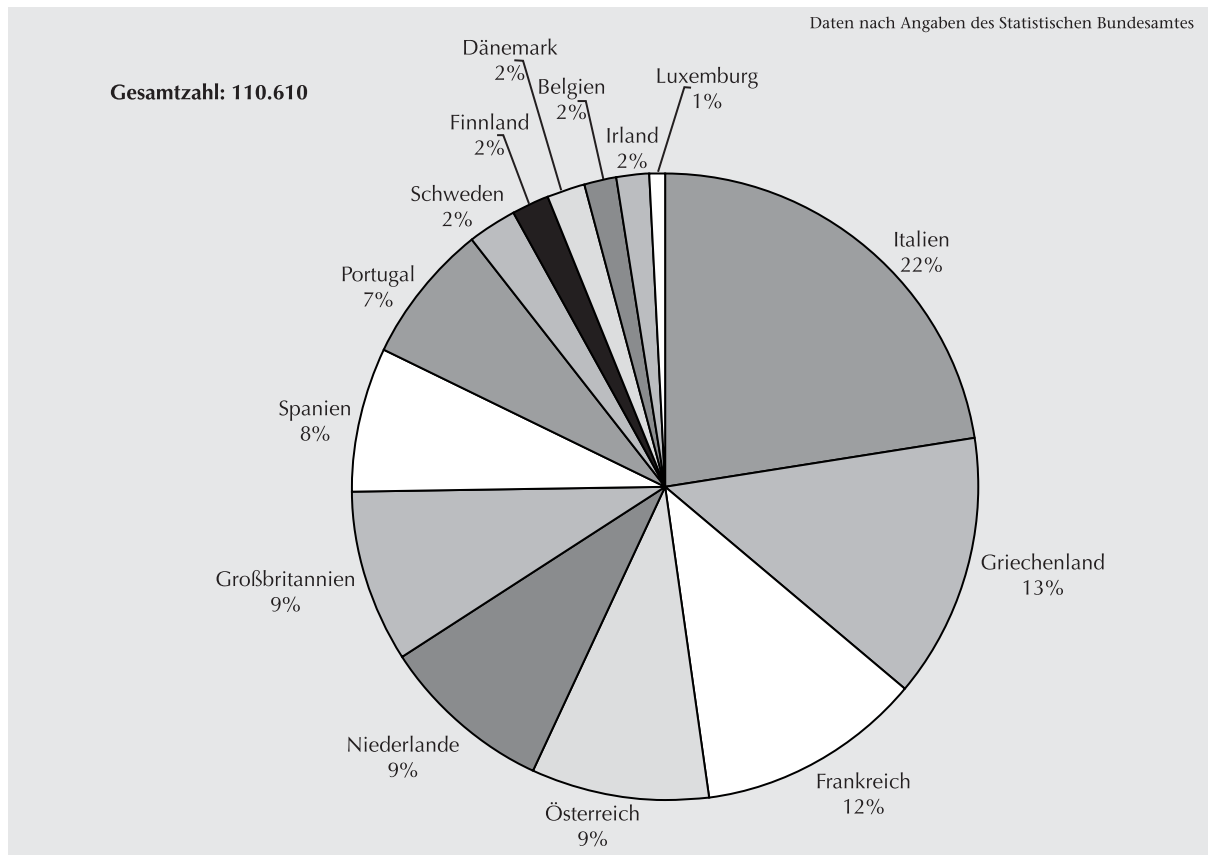
Das Recht der Europäischen Gemeinschaft, umgesetzt in deutsches Recht durch das Aufenthaltsgesetz/EWG vom 31. Januar 1980 und die Freizügigkeitsverordnung/EG vom 17. Juli 1997, gewähren EU-Bürgern unter bestimmten Voraussetzungen Personenfreizügigkeit. Insbesondere Arbeitnehmer, Dienstleister und Selbständige kommen in den Genuss dieses Privilegs. Aufgrund der Fortentwicklung der Europäischen Union zu einer Gemeinschaft, die nicht mehr nur eine Wirtschaftsgemeinschaft ist, genießen heute auch Unionsbürger und ihre Familienangehörigen Freizügigkeit, auch wenn ihr Aufenthalt in erster Linie keinem wirtschaftlichen Zweck dient.

Ebenso erhalten Ehegatten und Kinder bis zum 21. Lebensjahr dieses Recht auf Freizügigkeit. Auch Verwandte in aufsteigender Linie, wie z.B. Großeltern, sowie in absteigender Linie, wie z.B. Kinder, die das 21. Lebensjahr bereits vollendet haben, genießen Freizügigkeit, sofern ihnen Unterhalt gewährt wird.

Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien haben sich am 28. Juli 2000 darauf geeinigt, die Unionsbürger in ihren Ländern von der Aufenthaltserlaubnispflicht zu befreien. Die materiellen Voraussetzungen für die Freizügigkeit, vor allem die eigenständige Existenzsicherung durch nicht erwerbstätige EU-Bürger, entfallen dadurch jedoch nicht.

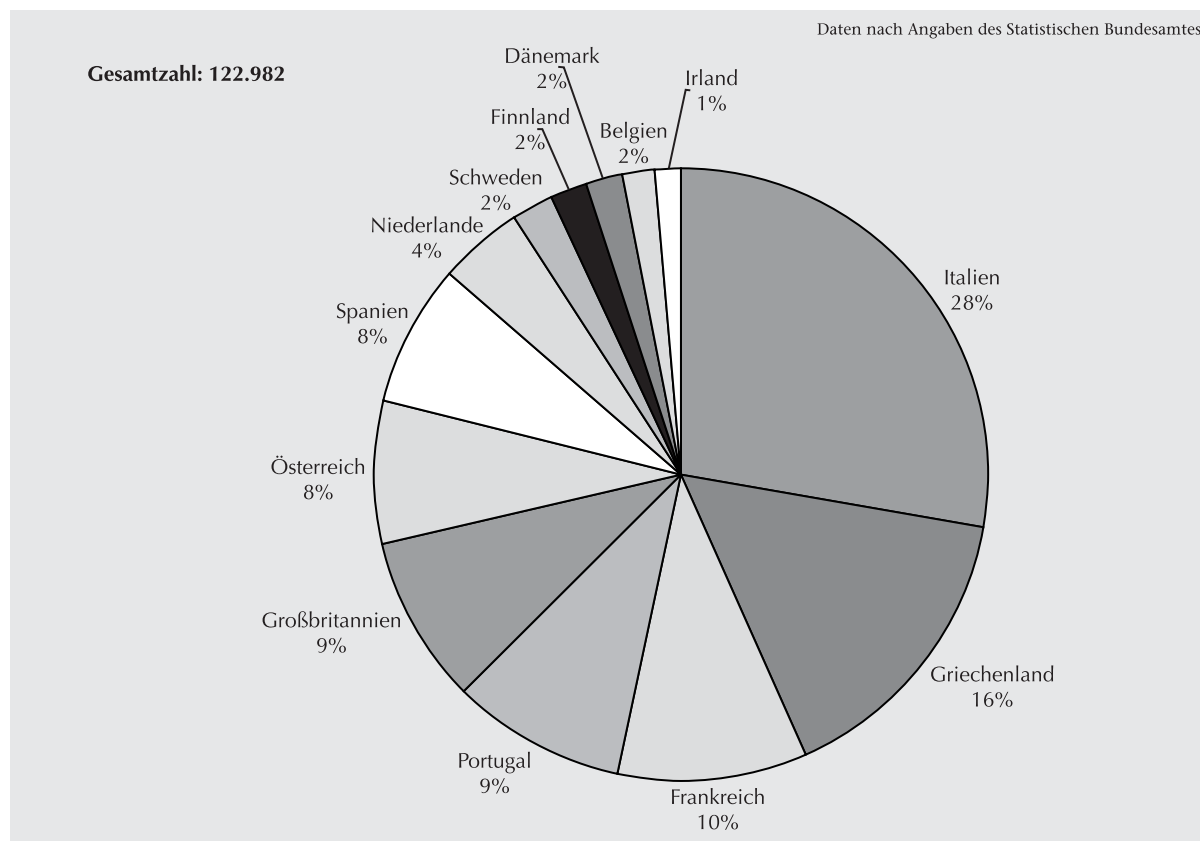
Mit der Erweiterung der EU am 1. Mai 2004 um zehn weitere Länder wird sich sowohl die Struktur als auch die Größenordnung der EU-Binnenmigration ändern (zur EU-Erweiterung siehe Kapitel 7).

Abbildung 12: Zuzüge von EU-Staatsangehörigen (ohne Deutsche) nach Deutschland im Jahr 2002



Im Jahr 2002 zogen insgesamt 110.610 EU-Ausländer nach Deutschland und damit etwa 10.000 weniger als ein Jahr zuvor. Dies entsprach einem Anteil von 13,1% an der Gesamtzuwanderung (s. Tabelle 33 im Anhang). Beinahe ein Viertel aller Zuzüge wurden von italienischen Staatsangehörigen vorgenommen, gefolgt von Griechen (13%) und Franzosen (12%). Nachdem der Wanderungssaldo der EU-Angehörigen in Deutschland im Jahr 2001 ausgeglichen war, überstieg im Jahr 2002 wieder die Zahl der Fortzüge von EU-Ausländer die der Zuzüge aus den anderen EU-Staaten.

Abbildung 13: Fortzüge von EU-Staatsangehörigen (ohne Deutsche) aus Deutschland im Jahr 2002



Unter diesen Fortzügen lagen die Italiener mit 28% aller EU-Ausländer auf dem ersten Rang, gefolgt von Griechen und Franzosen. Luxemburg wurde aufgrund der geringen Anzahl in der Darstellung nicht berücksichtigt.

Die EU-Binnenmigration hat an der Gesamtwanderung nur einen kleinen Anteil. Lediglich 13,1% der Gesamtzuzüge und etwa ein Fünftel (19,7%) der Gesamtfortzüge betrafen im Jahr 2002 Staatsangehörige der anderen vierzehn Staaten der Europäischen Union. Die absolute Zahl der Zuzüge mit EU-Staatsangehörigkeit ist über die letzten Jahre relativ konstant geblieben und schwankte in den letzten zehn Jahren lediglich zwischen 110.610 (2002) und 175.977 (1995). Jedoch sind die Zuzüge aus den anderen Staaten der Europäischen Union seit 1995 kontinuierlich bis auf 110.610 im Jahr 2002 gesunken. Ähnlich verhält es sich bei den Fortzügen von EU-Staatsangehörigen: Sie stiegen bis 1997 auf fast 160.000, sind jedoch bis 2001 wieder kontinuierlich gesunken (auf 120.408 im Jahr 2001). Im Jahr 2002 konnte jedoch wieder ein leichter Anstieg auf 122.982 registriert werden. Nachdem in den Jahren von 1997 bis 1999 die Zahl der Fortzüge von EU-Staatsangehörigen die der Zuzüge überstieg, ist in den beiden Folgejahren wieder ein positiver Wanderungssaldo zwischen Deutschland und den anderen vierzehn EU-Staaten zu verzeichnen. Dieser fiel jedoch im Jahr 2001 nur minimal aus (+ 182), so dass für dieses Jahr von einem ausgeglichenen Saldo gesprochen werden kann. Im Jahr 2002 wurde allerdings ein negativer Wanderungssaldo von 12.372 verzeichnet, der größte seit 1995 (s. Tabelle 33 und Abbildung 43 im Anhang).

2.2 Ehegatten- und Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen

Der Nachzug ausländischer Ehegatten und Kinder von in Deutschland lebenden Personen ist in den §§ 17-23 des Ausländergesetzes geregelt. Er beruht auf Art. 6 Abs. 1 des Grundgesetzes, der den Schutz von Ehe und Familie beinhaltet und auf Art. 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention, welche den Schutz von Privat- und Familienleben kodifiziert. Freizügigkeitsberechtigte Unionsbürger sind auf der Basis von EU-Recht bzw. des daraufhin geschaffenen nationalen Rechts (AufenthG/EWG sowie FreizügV/EG) privilegiert⁸.

Das deutsche Ausländergesetz sieht grundsätzlich als nachzugsberechtigt nur die Kernfamilie an, wobei in Härtefällen Ausnahmen gemacht werden können. Nachzugsberechtigt sind daher im wesentlichen Kinder und Ehegatten von in Deutschland lebenden Deutschen und Ausländern. Das System ist dabei, je nach Rechtsstellung des in Deutschland lebenden Angehörigen, sehr stark in unterschiedliche Ansprüche und Ermessensnormen ausdifferenziert. Grundsätzlich wird zwischen dem Nachzug zu Deutschen und Ausländern unterschieden. So ist beispielsweise der Familiennachzug von ausländischen Kindern zu Deutschen und Asylberechtigten bis zur Volljährigkeit möglich, während der Nachzug zu sonstigen Ausländern - mit Ausnahmen - nur zugelassen wird, wenn die Kinder das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Für den Familiennachzug zu Ausländern gelten die folgenden allgemeinen Voraussetzungen: der Besitz einer Aufenthaltserlaubnis oder -berechtigung des in Deutschland lebenden Familienangehörigen, ausreichender Wohnraum sowie die Sicherung des Lebensunterhalts. Für Ausländer, die lediglich eine Aufenthaltsbewilligung oder Aufenthaltsbefugnis besitzen, gelten teilweise einschränkende Regelungen.

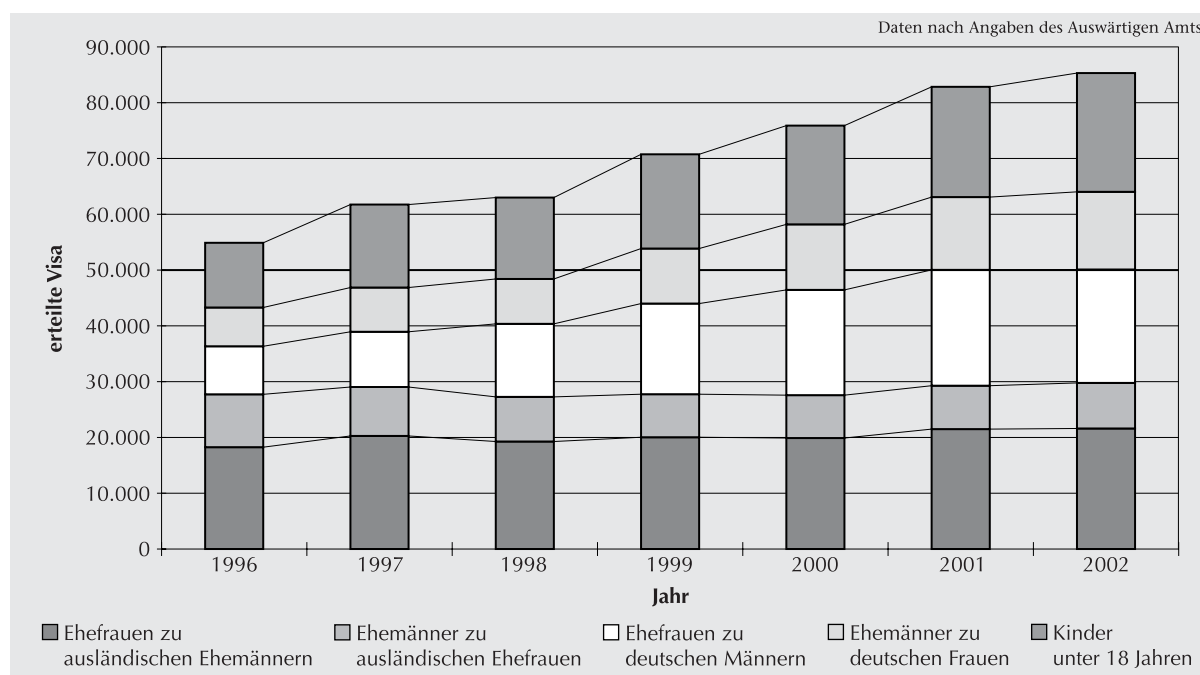
Der Ehegatten- und Familiennachzug kann nicht aus der allgemeinen Zu- und Fortzugsstatistik ersehen werden, da diese nicht nach der Migrationsart differenziert. Einen wichtigen Ansatzpunkt bietet hier die Visastatistik des Auswärtigen Amtes. Sie weist diejenigen Fälle aus, in denen in einer deutschen Vertretung im Ausland ein Antrag auf Nachzug eines Ehegatten oder Familienangehörigen genehmigt wurde.

Im Regelfall ist es erforderlich, dass von der deutschen Auslandsvertretung nach Zustimmung der örtlichen Ausländerbehörde vor der Einreise ein Visum zum Zwecke der Familienzusammenführung erteilt wird. Mit Ausnahme der Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten der EU, der anderen Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums, der Schweiz, der USA, Australiens, Israels, Japans, Kanadas und Neuseelands⁹ gilt dieser Grundsatz für alle Ausländer. Zudem geben die ausländerrechtlichen Regelungen den örtlichen Ausländerbehörden in Einzelfällen die Möglichkeit, im Inland eine Aufenthaltsgenehmigung zu erteilen, auch wenn der Betroffene mit einem Touristenvisum oder zu einem Kurzaufenthalt eingereist ist. Diese Fälle der Familienzusammenführung gehen *nicht* in die Statistik des Auswärtigen Amtes ein. Insofern „unterschätzt“ die Visastatistik den Ehegatten- und Familiennachzug. Angaben zur Größenordnung dieser Ausnahmefallgruppen lassen sich jedoch nicht machen.

⁸ Bei der Ehegatten- und Familienzusammenführung ist grundsätzlich zu unterscheiden zwischen dem Nachzug von EU-Staatsangehörigen und Drittstaatsangehörigen. Die erste Gruppe wird hier als Bestandteil der EU-Binnenmigration betrachtet (siehe Kapitel 2.1).

⁹ Staatsangehörige dieser Länder können eine erforderliche Aufenthaltsgenehmigung auch nach der Einreise einholen.

Abbildung 14: Erteilte Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Deutschland von 1996 bis 2002



Die erst seit 1996 existierende Statistik des Auswärtigen Amtes weist einen kontinuierlichen Anstieg der Zuzugszahlen für den Ehegatten- und Familiennachzug von 54.886 im Jahr 1996 bis auf 85.305 im Jahr 2002 aus (vgl. Tabelle 34 im Anhang). Der Ehegatten- und Familiennachzug ist damit nach wie vor eine wichtige Zuwanderungsform. Die Zahl der Kinder unter 18 Jahren machte dabei im Jahr 2002 genau ein Viertel aus, nachdem dieser Anteil im Jahr 1996 noch ein Fünftel betragen hatte. Absolut stieg die Zahl der nachziehenden Kinder von 11.593 im Jahr 1996 auf 21.284 im Jahr 2002 an. Kontinuierlich angestiegen sind die absoluten Zahlen des Zuzugs von Ehegatten zu *deutschen* Staatsangehörigen (1996: 15.561; 2002: 34.248)¹⁰, während die Zahlen des Nachzugs zu *ausländischen* Ehegatten relativ konstant geblieben sind (1996: 27.732; 2002: 29.773). Die absolute Zahl der Zuwanderung zu deutschen Ehegatten übersteigt seit dem Jahr 2000 diejenige der Zuwanderung zu ausländischen Personen. Bei Betrachtung des Jahres 2002 nach der einzelnen „Familiennachzugsart“ wird deutlich, dass der Ehegattennachzug zahlenmäßig dominierte: drei Viertel des Familiennachzugs betrafen den Ehegattennachzug, ein Viertel betraf Kinder unter 18 Jahren.

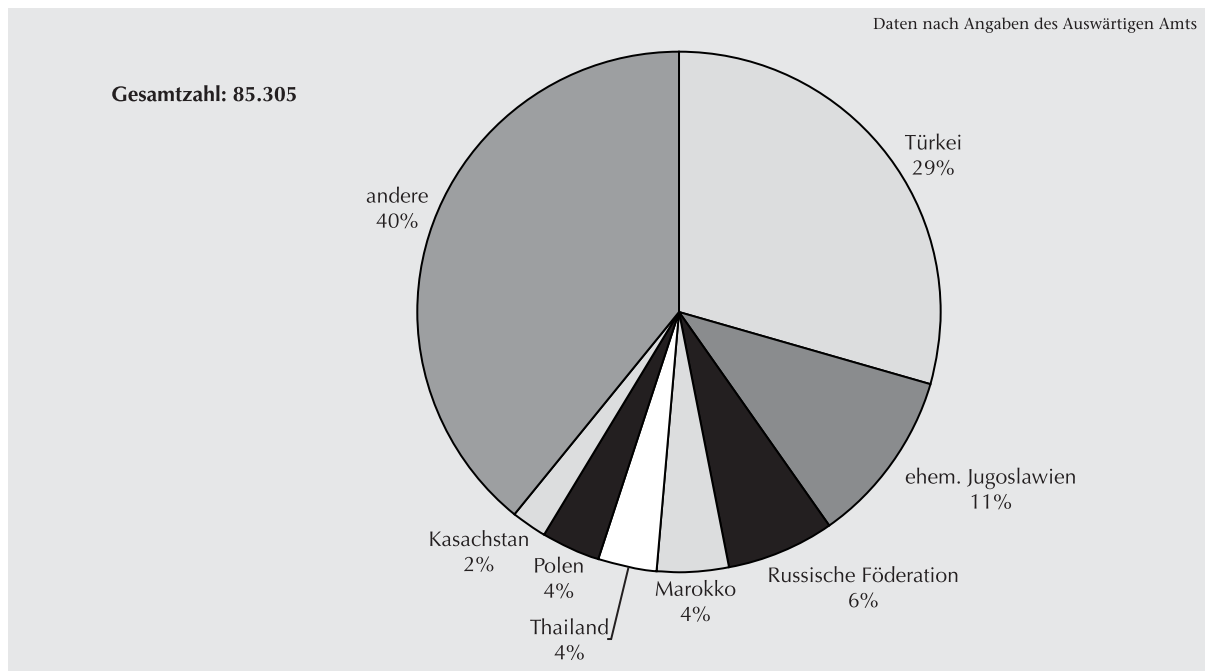
Häufigstes Herkunftsland des Ehegatten- und Familiennachzugs ist die Türkei¹¹. Die in deutschen Vertretungen in der Türkei erfolgreich gestellten Anträge schwankten zwischen 1996 und 2002 zwischen 21.000 und 27.000 (s. Tabelle 34 im Anhang). Dabei zeigt sich, dass der

¹⁰ Dieser Anstieg ist zum Teil auf die steigenden Einbürgerungszahlen zurückzuführen.

¹¹ Die Visastatistik weist nicht die Staatsangehörigkeit des Antragstellers aus, sondern bezieht sich auf den jeweiligen Ort der Antragstellung (z.B. die Botschaft in Ankara). Es ist anzunehmen, dass türkische Staatsangehörige in der Regel bei den deutschen Vertretungen in der Türkei vorstellig werden, um ein Visum für die Familienzusammenführung zu erhalten. Die Statistik weist darüber hinaus aber auch Fälle von Antragstellungen in deutschen Auslandsvertretungen auf, die sich in Ländern befinden, deren Staatsangehörigen kein solches Visum benötigen. Hierbei dürfte es sich um visapflichtige Drittstaatsangehörige handeln, die in diesen Ländern leben und nun Ehegatten- oder Familiennachzug nach Deutschland beantragen (z.B. türkische Staatsangehörige, die in Frankreich leben). Diese Zahlen sind mutmaßlich sehr gering.

Anteil des Ehegatten- und Familiennachzugs aus der Türkei von 43,1% im Jahr 1997 auf 28,3% im Jahr 2000 zurückging. In den Jahren 2001 (28,6%) und 2002 (29,4%) ist dieser Anteil wieder leicht gestiegen. Die absoluten Zahlen des Familiennachzugs aus der Türkei sind jedoch bereits seit 1998 kontinuierlich leicht angestiegen. Auch der Kindernachzug aus der Türkei zeigt im Jahr 2002 im Vergleich zu den Jahren davor einen leichten Anstieg auf 5.638 (von 4.625 bzw. 5.232 in den Jahren 2000 und 2001). Insgesamt lässt sich jedoch eine Diversifizierung der Herkunftsländer des Familiennachzugs feststellen.

Abbildung 15: Erteilte Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Herkunftsländern im Jahr 2002



29% aller Visa für den Ehegatten- und Familiennachzug wurden im Jahr 2002 in deutschen Auslandsvertretungen in der Türkei ausgestellt. 11% wurden im ehemaligen Jugoslawien vergeben, weitere 6% in Ländern der Russischen Föderation. Mit jeweils 4% Anteil folgen Marokko, Thailand und Polen. An siebter Stelle steht Kasachstan mit 2%. Hier handelt es sich zumeist um Familienangehörige von Spätaussiedlern, die den Status eines Spätaussiedlers selbst nicht besitzen.

2.3 Spätaussiedler

Spätaussiedler sowie ihre zusammen mit ihnen aufgenommenen Abkömmlinge und bei Verlassen des Herkunftsgebietes seit drei Jahren mit ihnen verheirateten Ehegatten erwerben zunächst gemäß § 4 Abs. 3 Satz 1 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) die Rechtsstellung eines Deutschen im Sinne von Art. 116 Grundgesetz und nachfolgend nach § 7 StAG mit der Bescheinigung nach § 15 BVFG die deutsche Staatsangehörigkeit¹². Als Spätaussiedler können nur deutsche Volkszugehörige i. S. v. § 6 BVFG aufgenommen werden. Außerdem ist es grundsätzlich erforderlich, dass die Antragsteller ihren Wohnsitz in einem der im BVFG umschriebenen Aussiedlungsgebiete haben.

Seit Inkrafttreten des Kriegsfolgenbereinigungsgesetzes Anfang 1993 kommen die Spätaussiedler ganz überwiegend nur noch aus dem territorialen Bereich der ehemaligen Sowjetunion. Denn seitdem müssen Antragsteller aus anderen Aussiedlungsgebieten (überwiegend osteuropäische Staaten) glaubhaft machen, dass sie am 31.12.1992 oder danach Benachteiligungen oder Nachwirkungen früherer Benachteiligungen auf Grund ihrer deutschen Volkszugehörigkeit ausgesetzt waren (§ 4 Abs. 2 BVFG). Bei Spätaussiedlern aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion wird ein Kriegsfolgenschicksal dagegen gesetzlich vermutet.

Der Spätaussiedlerzuzug ist seit 1993 kontingentiert und nach der Änderung des BVFG durch Art. 6 des Haushaltssanierungsgesetzes vom 22.12.1999 darf das Bundesverwaltungsamt, das für die Aufnahme zuständig ist, nur so viele Aufnahmebescheide pro Jahr erteilen, dass die Zahl der aufzunehmenden Spätaussiedler und deren Ehegatten oder Abkömmlinge die Zahl der 1998 Aufgenommenen (103.080) nicht überschreitet. Von dieser Vorgabe darf um bis zu 10% abgewichen werden.¹³ Als Spätaussiedler kann nicht mehr anerkannt werden, wer nach dem 31.12.1992 geboren wurde (§ 4 Abs. 1 Nr. 3 BVFG). Durch diese Regelung wurde ein langsames Auslaufen des Spätaussiedlerzuzugs eingeleitet.

Die Voraussetzung der deutschen Volkszugehörigkeit für eine Aufnahme als Spätaussiedler ist bei einem vor dem 31. Dezember 1923 geborenen Antragsteller nach § 6 Abs. 1 BVFG erfüllt, wenn er sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat und dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, (deutsche) Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird. Ein nach dem 31. Dezember 1923 geborener Antragsteller (das ist die ganz überwiegende Zahl) ist dagegen nach § 6 Abs. 2 BVFG (i. d. Fassung des Spätaussiedlerstatusgesetzes (SpStatG) vom 30. August 2001) nur dann deutscher Volkszugehöriger, wenn er von einem deutschen Staatsangehörigen oder deutschen Volkszugehörigen abstammt, er sich bis zum Verlassen der Aussiedlungsgebiete zum deutschen Volkstum bekannt hat¹⁴ oder nach dem Recht seines Herkunftsstaates zur deutschen Bevölkerungsgruppe gehört und das Bekenntnis bzw. die Zugehörigkeit durch ihm bereits in der Familie vermittelte ausreichende deutsche Sprachkenntnisse bestätigt wird.

Durch den so neu gefassten § 6 Abs. 2 BVFG wurde insbesondere auch klargestellt, dass ausreichende deutsche Sprachkenntnisse nur festgestellt sind, wenn der Spätaussiedlerbewerber zum Zeitpunkt der Aussiedlung aufgrund dieser Vermittlung zumindest ein einfaches Ge-

¹² Zum Erwerb der Rechtsstellung eines Deutschen i. S. v. Art. 116 GG durch den Spätaussiedler, seinen Ehegatten und seine Abkömmlinge sowie den nachfolgenden Staatsangehörigkeitserwerb vgl. im einzelnen oben Fußnote 3.

¹³ Bis zu dieser Regelung galt eine - 1993 eingeführte - Kontingentierung von 225.000 Personen pro Jahr.

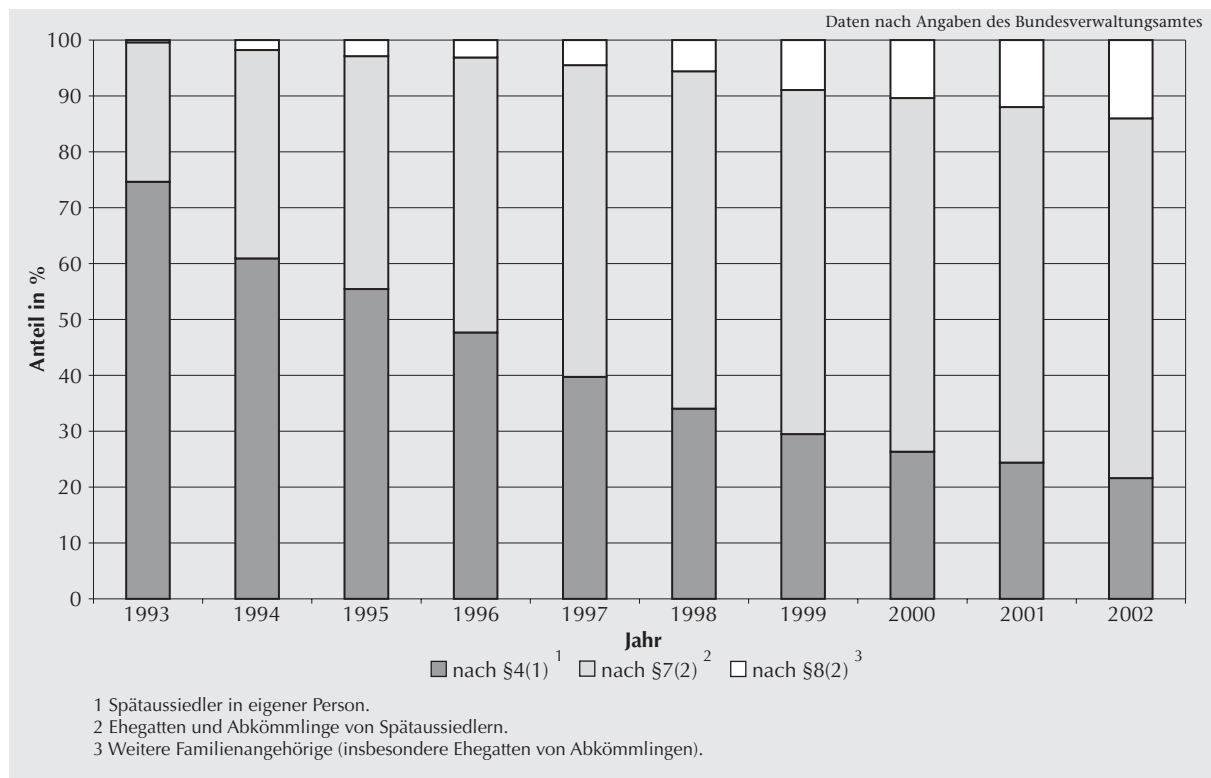
¹⁴ Mit dem Inkrafttreten des Spätaussiedlerstatusgesetzes wird klargestellt, dass ein *exklusives* Bekenntnis zum deutschen Volkstum verlangt wird (§ 6 Abs. 2 Satz 1) (siehe dazu auch Silagi 2001, S. 259 und Peters 2003, S. 194).

sprach auf Deutsch führen kann. Die Sprachanforderungen für Spätaussiedler wurden zum einen durch ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 26. Juli 2002 (Az: S 6 1066/01), zum anderen in zwei Revisionsverfahren des Bundesverwaltungsgerichts vom 4. September 2003 (Az: 5 C 33.02 und 5 C 11.03) präzisiert. Zwar könne von einem Spätaussiedler keine schwierige Grammatik verlangt werden, doch müsse der Antragsteller sich mit einem „einfachen“ Wortschatz im Alltag zurechtfinden und zur Führung eines einigermaßen flüssigen, in ganzen Sätzen erfolgenden Gesprächs in der Lage sein. Ein langsameres Verstehen und ein stockendes Sprechen stehen dem nicht entgegen. Nach Auffassung der Gerichte reicht es jedoch nicht aus, Deutsch lediglich zu verstehen oder nur einzelne Wörter zu kennen.

Ehegatten oder Abkömmlinge von Spätaussiedlerbewerbern können auf Antrag in deren Aufnahmebescheid einbezogen werden. Eine Generationenbegrenzung innerhalb der Kernfamilie kennt das BVFG nicht, so dass etwa auch Enkel in den Aufnahmebescheid einbezogen werden können. Sonstige nichtdeutsche Familienangehörige (z.B. Schwieger- und Stiefkinder des Spätaussiedlers) können nur im Rahmen der ausländerrechtlichen Bestimmungen zum Familiennachzug zu Deutschen aussiedeln.

Aufgrund der steigenden Zahl gemischtnationaler Ehen, vor allem aber, weil viele Aufnahmebewerber die sprachlichen Voraussetzungen für eine Aufnahme als Spätaussiedler nicht mehr erfüllen, hat sich der Anteil der Spätaussiedler in den aussiedelnden Familienverbänden kontinuierlich von etwas über 74% im Jahr 1993 auf circa 22% im Jahr 2002 verringert. Demgegenüber wuchs der Anteil der in den Aufnahmebescheid einbezogenen Ehegatten und Abkömmlinge von Spätaussiedlern, die gemäß § 4 Abs. 3 Satz 2 BVFG mit ihrer Aufnahme in Deutschland gleichfalls Deutsche im Sinne von Art. 116 Abs. 1 GG und nach § 7 Abs. 2 BVFG dem Spätaussiedler in leistungsrechtlicher Hinsicht im wesentlichen gleichgestellt werden, im gleichen Zeitraum von circa einem Viertel auf etwa 64%. Der Anteil der o. g. weiteren Familienangehörigen stieg von unter einem Prozent auf etwa 14% an (siehe dazu auch Tabelle 36 im Anhang). Damit hat sich das Anteilsverhältnis innerhalb eines Jahrzehnts umgekehrt. Diese Umkehrung erschwert die Integration, da der Großteil der nichtdeutschen Familienangehörigen nicht über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügt und deshalb erhöhte Anforderungen an die Integrationsleistungen insbesondere der Kommunen stellt. Dies bedeute „in der Regel schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt und Abhängigkeit von Sozialleistungen. Isolation, Drogenkonsum, Aggression auf allen Seiten sowie mangelnde Akzeptanz in der Gesellschaft seien die direkten Folgen“ (Pressemitteilung des Bundesministeriums des Innern vom 6. Juni 2003). Zudem erschweren neben sprachlichen auch berufliche Defizite den Einstieg in den Arbeitsmarkt.

Abbildung 16: Status von Spätaussiedlern 1993 bis 2002



Die im Rahmen des 1990 gesetzlich angeordneten Aufnahmeverfahrens seit 1997 flächendeckend im Aussiedlungsgebiet durchgeführten Anhörungen der Spätaussiedlerbewerber zur Feststellung insbesondere der sprachlichen Aufnahmevoraussetzung (so genannte Sprachtests) werden inzwischen nur noch von etwa der Hälfte der Antragsteller erfolgreich abgeschlossen.¹⁵ Deutsche Sprachkenntnisse müssen nach derzeitiger Rechtslage jedoch nur die Spätaussiedlerbewerber nachweisen, und nicht diejenigen Antragsteller, die ohne Nachweis deutscher Volkszugehörigkeit als Ehegatte oder Abkömmling eines Spätaussiedlers durch Einbeziehung in dessen Aufnahmebescheid Aufnahme finden wollen. Der Entwurf des Zuwanderungsgesetzes sieht demgegenüber vor, dass die Aufnahme durch Einbeziehung künftig den Nachweis ausreichender deutscher Sprachkenntnisse sogar nicht nur in Wort, sondern auch in Schrift, in einem so genannten Sprachstandstest¹⁶ voraussetzt.¹⁷

¹⁵ So sank die Bestehensquote beim vorgeschriebenen Test von 69,3% im Jahr 1996 kontinuierlich auf 46,5% im Jahr 2000.

¹⁶ Da die Einbeziehung nicht die deutsche Volkszugehörigkeit des Antragstellers und infolgedessen nicht den Spracherwerb bereits in der Familie voraussetzt, wird dieser Test im Gegensatz zu der Anhörung im Verfahren zur Aufnahme von Spätaussiedlern aber wiederholbar sein.

¹⁷ Sofern sie diese Voraussetzungen nicht erfüllen, werden Ehegatten von Spätaussiedlern und ihre minderjährigen ledigen Kinder, zumindest bis zum zwölften Lebensjahr, bei Geltung der sprachlichen Anforderungen des Zuwanderungsgesetzes allerdings im Rahmen des ausländerrechtlichen Familiennachzugs mit nach Deutschland ziehen können, sie können dann jedoch nicht mehr - wie einbezogene Personen - mit der Aufnahme Deutsche werden.

Vor Einführung der „Sprachtests“ waren die Angaben der Antragsteller und der von ihnen benannten Zeugen zu ihren Sprachkenntnissen zu Grunde gelegt worden, die jedoch häufig nach Einreise nicht verifiziert werden konnten. Wurden die Betroffenen wegen fehlender Deutschkenntnisse im Bescheinigungsverfahren (§ 15 BVFG)¹⁸ nicht anerkannt, erhielten sie gleichwohl eine Aufenthaltserlaubnis, sofern der Aufnahmebescheid nicht zurückgenommen wurde oder Rücknahmegründe vorlagen. Insoweit wurde der mit der Einführung des Aufnahmeverfahrens verfolgte Zweck, nur anspruchsberechtigte Personen als Aussiedler bzw. Spätaussiedler nach Deutschland einreisen zu lassen, nicht richtig erfüllt.

Die eingereisten Spätaussiedler werden nach einer gesetzlich festgelegten Quote auf die Bundesländer verteilt.¹⁹ Zudem können Spätaussiedler nach der Aufnahme in Deutschland in einen vorläufigen Wohnort zugewiesen werden, wenn sie nicht über einen Arbeitsplatz oder ein sonstiges den Lebensunterhalt sicherndes Einkommen verfügen (§ 2 Abs.1 Wohnortzuweisungsgesetz). Nur am zugewiesenen Wohnort erhalten sie Eingliederungs- und Sozialhilfe.²⁰

Mit Ausstellung der Bescheinigung nach § 15 Abs. 1 oder 2 BVFG erwerben der Spätaussiedler oder der in den Aufnahmebescheid einbezogene Ehegatte oder Abkömmling seit der Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts ab 1. August 1999 kraft Gesetzes, also automatisch, die deutsche Staatsangehörigkeit (§ 7 StAG). Durch diese Neuregelung wurde das bis dahin notwendige Einbürgerungsverfahren ersetzt. Andere nichtdeutsche Verwandte (z.B. Schwiegerkinder des Spätaussiedlers) bleiben bis zur Einbürgerung nach § 85 AuslG Ausländer.

Die statistische Erfassung des Spätaussiedlerzugangs findet personenbezogen beim Bundesverwaltungsamt in Köln statt. Es ist anzunehmen, dass die überwiegende Mehrheit der Spätaussiedler dauerhaft in Deutschland verbleibt.

¹⁸ Die Aufnahme und die Anerkennung von Spätaussiedlern erfolgen in zwei voneinander unabhängigen Verfahren, dem Aufnahme- und dem Bescheinigungsverfahren. Das Aufnahmeverfahren dient der Steuerung des Spätaussiedlerzuzugs. Spätaussiedler, die nach Deutschland ziehen wollen, benötigen einen Aufnahmebescheid. Im Aufnahmeverfahren erfolgt durch das Bundesverwaltungsamt eine vorläufige Prüfung der Spätaussiedlereigenschaft. Ein Aufnahmebescheid wird allerdings nur mit Zustimmung des Landes erteilt, das den Antragsteller im Verteilungsverfahren aufnehmen soll. Er ist zeitlich nicht befristet.

Das Bescheinigungsverfahren dient der Erteilung einer Bescheinigung über die Spätaussiedlereigenschaft (§ 15 Abs. 1 BVFG) oder über die Eigenschaft als Ehegatte oder Abkömmling eines Spätaussiedlers (§ 15 Abs. 2 BVFG). Die Bescheinigung ist für alle Behörden und Stellen verbindlich, die für die Gewährung von Rechten und Vergünstigungen für Spätaussiedler zuständig sind. Über die Erteilung der Bescheinigung entscheidet die jeweils zuständige Landesbehörde. Diese ist dabei nicht an die Beurteilung des Bundesverwaltungsamts im Aufnahmeverfahren gebunden.

¹⁹ Das Bundesverwaltungsamt bestimmt das aufnehmende Bundesland gemäß § 8 des Bundesvertriebenengesetzes. Dabei stimmt die tatsächliche Verteilungsquote mit der gesetzlich festgelegten weitestgehend überein.

²⁰ Die Bindung an den Wohnort ist auf drei Jahre begrenzt. Allerdings kann der Spätaussiedler jederzeit umziehen, wenn er Wohnung und Arbeit an einem anderen Ort nachweisen kann. Das Wohnortzuweisungsgesetz ist mit Wirkung vom 1. Juli 2000 bis zum 31. Dezember 2009 verlängert worden. Innerhalb Bayerns wird das Wohnortzuweisungsgesetz nicht angewandt (siehe Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen 2002, S. 28); gleiches gilt auch für Rheinland-Pfalz.

Tabelle 4: Zuzug von Spätaussiedlern nach Herkunftsgebieten von 1990 bis 2002

| Herkunftsgebiet | 1990 | 1991 ³ | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 |
|------------------------------|----------------|-------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|---------------|---------------|---------------|
| Polen | 133.872 | 40.129 | 17.742 | 5.431 | 2.440 | 1.677 | 1.175 | 687 | 488 | 428 | 484 | 623 | 553 |
| Ehem. Sowjetunion | 147.950 | 147.320 | 195.576 | 207.347 | 213.214 | 209.409 | 172.181 | 131.895 | 101.550 | 103.599 | 94.558 | 97.434 | 90.587 |
| davon aus: | | | | | | | | | | | | | |
| Estland | - | - | - | 283 | 366 | 363 | 337 | 136 | 69 | 116 | 80 | 77 | 79 |
| Lettland | - | - | - | 266 | 267 | 360 | 248 | 124 | 147 | 183 | 182 | 115 | 44 |
| Litauen | - | - | - | 166 | 243 | 230 | 302 | 176 | 163 | 161 | 193 | 97 | 178 |
| Kasachstan | - | - | - | 113.288 | 121.517 | 117.148 | 92.125 | 73.967 | 51.132 | 49.391 | 45.657 | 46.178 | 38.653 |
| Kirgisistan | - | - | - | 12.373 | 10.847 | 8.858 | 7.467 | 4.010 | 3.253 | 2.742 | 2.317 | 2.020 | 2.047 |
| Moldawien | - | - | - | 1.139 | 965 | 748 | 447 | 243 | 369 | 413 | 361 | 186 | 449 |
| Russische Föd. | - | - | - | 67.365 | 68.397 | 71.685 | 63.311 | 47.055 | 41.054 | 45.951 | 41.478 | 43.885 | 44.493 |
| Ukraine | - | - | - | 2.711 | 3.139 | 3.650 | 3.460 | 3.153 | 2.983 | 2.762 | 2.773 | 3.176 | 3.179 |
| Usbekistan | - | - | - | 3.882 | 3.757 | 3.468 | 2.797 | 1.885 | 1.528 | 1.193 | 920 | 990 | 844 |
| Weißrussland | - | - | - | 176 | 136 | 227 | 186 | 168 | 161 | 172 | 189 | 331 | 313 |
| Jugoslawien ¹ | 961 | 450 | 199 | 120 | 182 | 178 | 77 | 34 | 14 | 19 | 0 | 17 | 4 |
| Rumänien | 111.150 | 32.178 | 16.146 | 5.811 | 6.615 | 6.519 | 4.284 | 1.777 | 1.005 | 855 | 547 | 380 | 256 |
| (Ehem.) CSSR | 1.708 | 927 | 460 | 134 | 97 | 62 | 14 | 8 | 16 | 11 | 18 | 22 | 13 |
| Ungarn | 1.336 | 952 | 354 | 37 | 40 | 43 | 14 | 18 | 4 | 4 | 2 | 2 | 3 |
| Sonstige Länder ² | 96 | 39 | 88 | 8 | 3 | 10 | 6 | 0 | 3 | 0 | 6 | 6 | 0 |
| Insgesamt | 397.073 | 221.995 | 230.565 | 218.888 | 222.591 | 217.898 | 177.751 | 134.419 | 103.080 | 104.916 | 95.615 | 98.484 | 91.416 |

Quelle: Bundesverwaltungsamt, Bundesministerium des Innern

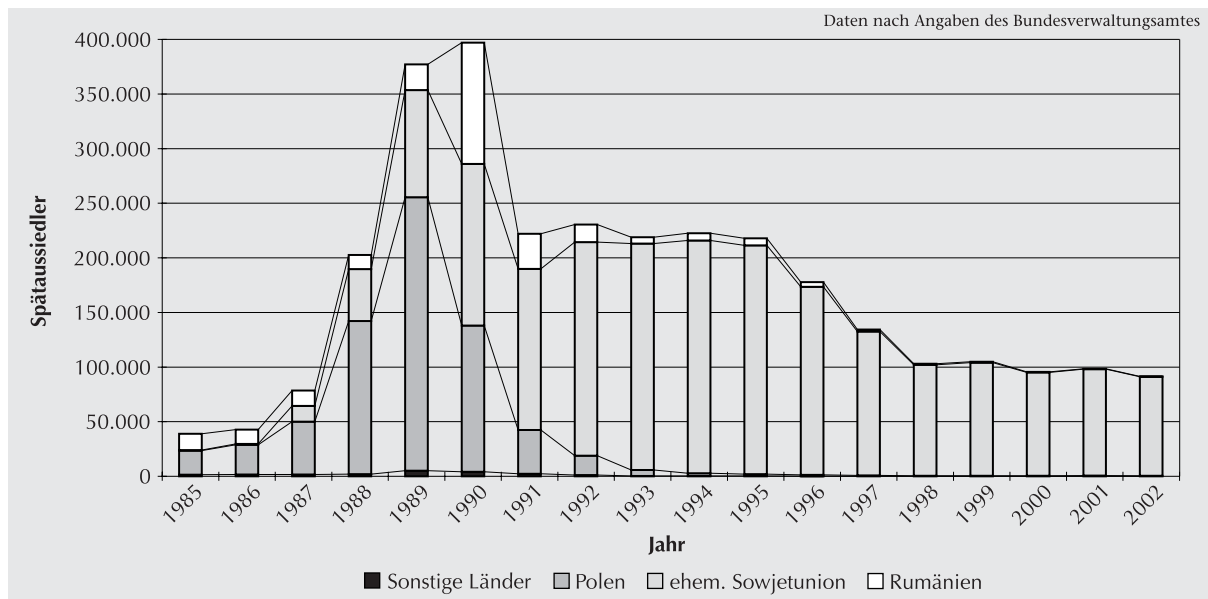
1) Einschl. Kroatien, Slowenien und Bosnien-Herzegowina sowie der ehem. jugosl. Republik Mazedonien, die seit 1992 bzw. 1993 selbständige Staaten sind.

2) "Sonstige Gebiete" sowie einschließlich der Vertriebenen, die über das sonstige Ausland in die BR Deutschland kamen.

3) Ab 1. Januar 1991 Zahlen für Gesamtdeutschland.

Von 1990 bis 2002 wanderten mehr als zwei Millionen Spätaussiedler (2.314.691) zu. Nachdem der Zuzug von Spätaussiedlern im Jahr 1990 seinen Höhepunkt erreicht hatte (397.073), ist der Umfang stetig zurückgegangen und betrug im Jahr 2002 nur noch 91.416. Dies entspricht dem niedrigsten Aussiedlerzuzug seit 1987. (Damals zogen circa 78.000 Aussiedler zu.) Allerdings werden derzeit (Stand: Januar 2003) beim Bundesverwaltungsamt noch Aufnahmeanträge für circa 350.000 Personen, die auf ihre Einreise nach Deutschland warten, bearbeitet. Seit dem Jahr 1999 sank jedoch die Anzahl der neu gestellten Aufnahmeanträge kontinuierlich. So wurden im Jahr 2002 nur noch 66.833 Aufnahmeanträge gestellt, gegenüber 83.812 im Jahr 2001 und 106.895 im Jahr 2000.

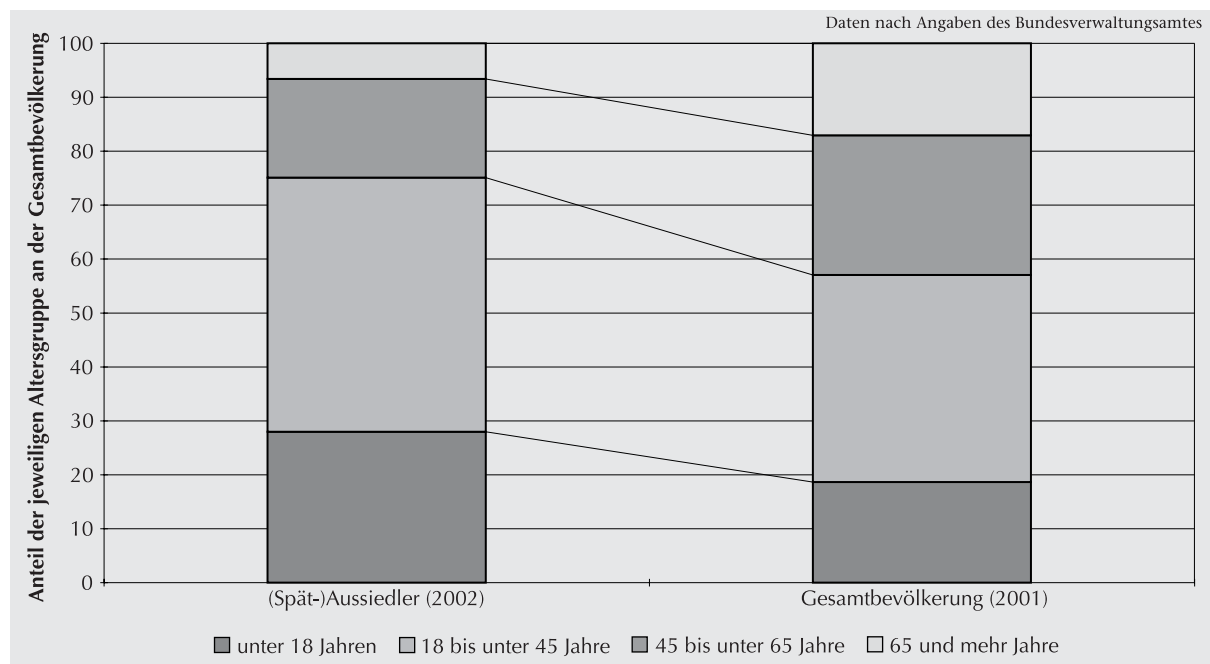
Abbildung 17: Zuzug von Spätaussiedlern in die Bundesrepublik Deutschland nach Herkunftsländern von 1985 bis 2002



Betrachtet man die Zusammensetzung des Spätaussiedlerzuzugs nach Herkunftsländern, so zeigt sich, dass sich diese im Laufe der 90er Jahre in starkem Maße verändert hat: So kamen im Jahr 1990 133.872 Spätaussiedler aus Polen und 111.150 aus Rumänien. Diese bildeten damit die zweit- bzw. drittgrößte Spätaussiedlergruppe. Dagegen kamen im Jahr 2002 lediglich 553 Spätaussiedler aus Polen und 256 aus Rumänien, was einem Anteil von 0,6% bzw. 0,3% des Gesamtspätaussiedlerzuzugs entspricht. Der Rückgang der Zuzugszahlen aus diesen Staaten ist insbesondere auf das Inkrafttreten des Kriegsfolgenbereinigungsgesetzes zurückzuführen.

Wie bereits zu Beginn der 90er Jahre stellten auch im Jahr 2002 Personen aus der ehemaligen Sowjetunion die zahlenmäßig stärkste Gruppe. Im Jahr 2002 kamen etwa 99% aller Spätaussiedler aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion. Hierbei sind die größten Herkunftsländer die Russische Föderation mit 44.493 sowie Kasachstan mit 38.653 Personen. Aus der Ukraine kamen 3.179 Spätaussiedler, aus Kirgisistan 2.047.

Abbildung 18: Altersstruktur der im Jahr 2002 zugezogenen Spätaussiedler und der deutschen Gesamtbevölkerung des Jahres 2001



Wie Abbildung 18 und Tabelle 37 im Anhang zu entnehmen ist, hat die Spätaussiedlerzuwanderung – ebenso wie die Zuwanderung von Ausländern – einen verjüngenden Effekt auf die Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland. So sind 75% der im Jahr 2002 zugezogenen Spätaussiedler unter 45 Jahre, während dies für die Gesamtbevölkerung nur auf 57% zutrifft. Dagegen sind nur 7% der Spätaussiedler über 65 Jahre, hingegen 17% der Gesamtbevölkerung.

Als Ursachen für die Auswanderung der Spätaussiedler sind zu nennen: die schlechte wirtschaftliche und soziale Lage in den Herkunftsgebieten, ethnisch begründete Benachteiligungen in einigen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion sowie der Wunsch nach Familienzusammenführung mit bereits in Deutschland lebenden Verwandten.

Der Rückgang der Aussiedlerzahlen seit Mitte der 90er Jahre ist zum einen auf die Demokratisierungsprozesse in den osteuropäischen Staaten zurückzuführen, die zu einer Stabilisierung - auch auf Basis bilateraler Verträge²¹ - der Lage der deutschen Minderheiten beigetragen haben. Zum anderen auf die seit 1990 ins Leben gerufenen Hilfsprogramme (Bleibehilfen) zugunsten der deutschen Minderheiten in den Siedlungsgebieten, wobei seit 1998 statt „investiver Großprojekte“ Maßnahmen der Hilfe zur Selbsthilfe gefördert werden. Die Programme umfassen Förderungen auf kulturellem, sprachlichem, sozialem, medizinischem und wirtschaftlichem Gebiet.²² Des weiteren hat die Einführung des Sprachtests sowie allgemein die Abnahme des Zuzugspotenzials zu einem Absinken der Zahlen beigetragen.

²¹ In den Jahren 1991 und 1992 hat Deutschland mit Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und Rumänien vertragliche Übereinkommen abgeschlossen, die den Minderheitenschutz in diesen Staaten regeln.

²² Schwerpunkte der Projekte sind dabei u.a. außerschulischer Deutschunterricht und berufliche Qualifizierungsmaßnahmen.

2.4 Jüdische Zuwanderer aus dem Gebiet der ehemaligen UdSSR

Anfang des Jahres 1990 hatte die letzte, demokratisch gewählte Regierung der DDR damit begonnen, jüdische Personen aus der Sowjetunion in einem erleichterten Verfahren einreisen zu lassen. Diese Praxis wurde auch nach der deutschen Einheit vom vereinigten Deutschland fortgeführt. Die Aufnahme jüdischer Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion beruht seitdem auf einem Beschluss der Regierungschefs des Bundes und der Länder vom 9. Januar 1991. Dieser Beschluss sieht vor, dass die Aufnahme der jüdischen Zuwanderer in entsprechender Anwendung des Gesetzes über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge (HumHAG, das so genannte Kontingentflüchtlingengesetz) erfolgen soll. Motiv für dieses Programm war unter anderem der Erhalt und die Stärkung der jüdischen Gemeinden in Deutschland. Begrenzt ist die Aufnahme durch die Aufnahmekapazitäten der Länder. Der Beschluss sieht weiterhin vor, dass die Verteilung der Zuwanderer auf die einzelnen Bundesländer nach dem Königsteiner Schlüssel erfolgt.²³

Seit dem 15. Februar 1991 gilt das so genannte „geregelte Aufnahmeverfahren“.²⁴ Ausreisewillige jüdische Personen stellen einen Aufnahmeantrag in der deutschen Auslandsvertretung ihres Heimatlandes. Nach der geltenden Regelung, die im Erlass des Auswärtigen Amtes an die Auslandsvertretungen vom 25. März 1997 niedergelegt ist, sind Personen zuwanderungsberechtigt, die nach staatlichen Personenstandsunterlagen selbst jüdischer Nationalität sind oder von mindestens einem jüdischen Elternteil abstammen. In den Staaten der ehemaligen Sowjetunion gilt, anders als in Deutschland, jüdisch als Nationalität im Sinne von Volkszugehörigkeit und wurde so auch in Personenstandsdokumente eingetragen. Vor der Einreise findet eine Prüfung der Zugehörigkeit zum berechtigten Personenkreis im jeweiligen Einzelfall statt. Die Prüfung erfolgt durch die zuständigen deutschen Auslandsvertretungen.

Die Aufnahmeanträge werden anschließend an das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (BAFI) in Nürnberg weitergeleitet, das sie unter Berücksichtigung der jeweiligen Länderquoten an die zuständigen Behörden der aufnehmenden Bundesländer weiterreicht (bis Ende 2002 erfüllte diese Funktion das Bundesverwaltungsamt in Köln). Die von den Landesbehörden erteilten Aufnahmezusagen werden wiederum über das BAFI an die Auslandsvertretungen übermittelt, die sie dann den Antragstellern aushändigen. Innerhalb eines Jahres nach Zustellung der Aufnahmezusage können die Antragsteller damit bei der Auslandsvertretung ein Visum zur Einreise nach Deutschland beantragen. In Deutschland wird den jüdischen Zuwanderern durch das jeweilige Bundesland dann eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erteilt.

²³ Der Königsteiner Schlüssel ist ein Finanzierungsschlüssel zur Aufteilung von „Lasten“ auf die einzelnen Bundesländer. Er wird von der Bund-Länderkommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung jährlich aufgestellt und berechnet sich aus dem Steueraufkommen und der Bevölkerungszahl eines Bundeslandes. Die Bezeichnung geht zurück auf das Königsteiner Staatsabkommen der Länder von 1949, mit dem dieser Schlüssel eingeführt worden war.

²⁴ Den von den einzelnen Bundesländern außerhalb des geregelten Verfahrens bereits aufgenommenen jüdischen Emigranten wurde ebenfalls der Rechtsstatus analog Kontingentflüchtlingengesetz gewährt.

Tabelle 5: Zuwanderung jüdischer Personen aus der ehemaligen Sowjetunion von 1993 bis 2002

| Jahr | Zuzug |
|------|--------|
| 1993 | 16.597 |
| 1994 | 8.811 |
| 1995 | 15.184 |
| 1996 | 15.959 |
| 1997 | 19.437 |
| 1998 | 17.788 |
| 1999 | 18.205 |
| 2000 | 16.538 |
| 2001 | 16.711 |
| 2002 | 19.262 |

Quelle: Bundesministerium des Innern, Bundesverwaltungsamt

Insgesamt sind zwischen 1993 und 2002 164.492 jüdische Emigranten aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion nach Deutschland zugewandert (eingereiste Personen). Hinzu kommen 8.535 Personen, die bis Ende 1991 eingereist waren („Altfälle“). Der Zuzug seit 1995 pendelte sich auf 15.000 bis 20.000 Zuwanderer pro Jahr ein. Dabei stammt der größte Teil der jüdischen Zuwanderer aus dem europäischen Teil der ehemaligen Sowjetunion. Hauptherkunftsländer sind die Ukraine und Russland gefolgt von den Baltischen Staaten, Weißrussland und Moldawien.

Als Emigrationsmotiv jüdischer Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion ist, neben der Angst vor Antisemitismus und Bürgerkriegsgefahren in den Anfangsjahren des Programmes, insbesondere auch die prekäre ökonomische Situation, die der Systemwandel hinterlassen hat, zu nennen. Zudem verbinden sich diese negativen Erfahrungszusammenhänge mit der Erwartung einer insbesondere für die Kinder besseren Lebensperspektive im Aufnahmeland.²⁵ Nachdem ein Großteil zunächst in die USA und nach Israel abgewandert war, sind die Zahlen diesbezüglich inzwischen rückläufig. Die USA reduzierten im Jahr 1989 ihre Einwanderungsquote für jüdische Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion auf 50.000 Personen jährlich. Zudem ist eine Ausreise dorthin nur möglich, wenn bereits ein Verwandter ersten Grades im Land lebt. Einige jüdische Emigranten haben bereits Verwandte oder Bekannte in Deutschland, so dass - ähnlich wie im Fall der Spätaussiedler - Migrantennetzwerke auch hier eine immer größere Rolle spielen und die Entscheidung zur Auswanderung nach Deutschland erleichtern.

²⁵ Ausführlicher zu den Emigrationsmotiven siehe Gruber/Rüßler 2002: 13 ff.

Jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion sind keine Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention. Aufgrund der entsprechenden Anwendung des Kontingentflüchtlingsgesetzes auf diese Nichtflüchtlingsgruppe erhalten sie jedoch wie diese eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis einschließlich Arbeitserlaubnis. Sozialhilferechtlich sind sie Deutschen gleichgestellt. Um ihre Eingliederung in Deutschland zu erleichtern bekommen die jüdischen Zuwanderer zu Beginn einen in der Regel sechsmonatigen Intensivsprachkurs. Die Lebenshaltungskosten für die Zeit dieses Kurses werden vom Bund übernommen. Obwohl die jüdische Zuwanderergruppe einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Akademikern ausweist, gestaltet sich ihre berufliche Eingliederung hier jedoch schwierig, denn häufig werden ihre Qualifikationen und Abschlüsse in Deutschland nicht anerkannt bzw. sind auf dem deutschen Arbeitsmarkt nicht unmittelbar verwertbar.

2.5 Asylbewerberzugang

Nach Art. 16a Grundgesetz wird politisch verfolgten Ausländern das Recht auf Asyl in Deutschland gewährt. Damit ist das Asylrecht in Deutschland als individuell einklagbarer Rechtsanspruch mit Verfassungsrang ausgestattet. Für die Prüfung der Asylanträge ist das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (BAFl) zuständig. Ein Asylantragsteller kann eine ablehnende Entscheidung des BAFl durch ein Verwaltungsgericht überprüfen lassen.

Das Grundrecht auf Asyl gilt allein für politisch Verfolgte, d.h. für Personen, die eine an asyl-erhebliche Merkmale anknüpfende staatliche – unter Umständen auch quasi-staatliche – Verfolgung erlitten haben bzw. denen eine solche unmittelbar droht. Zur Begriffsbestimmung der politischen Verfolgung wird dabei auf die Merkmale der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) zurückgegriffen. Entscheidend für die Asylberechtigung ist danach, ob eine Person „wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung“ (Art. 1 A Nr. 2 GFK) Verfolgungsmaßnahmen mit Gefahr für Leib und Leben oder Beschränkungen ihrer persönlichen Freiheit ausgesetzt sein wird oder solche Verfolgungsmaßnahmen begründet befürchtet. Seit der Verfassungsänderung des Art. 16 GG kann ein Flüchtling, der aus einem sicheren Drittstaat nach Deutschland einreist, nicht als Asylberechtigter nach Art. 16a GG anerkannt werden.

Voraussetzung für politische Verfolgung ist darüber hinaus die Staatlichkeit oder Quasi-Staatlichkeit der Verfolgung. Mit Beschluss vom 10. August 2000 hat das Bundesverfassungsgericht (2 BvR 260/98 und 1353/98) die Anforderungen an die Merkmale der Quasi-Staatlichkeit modifiziert und damit zwei Urteile des Bundesverwaltungsgerichtes zur quasi-staatlichen Verfolgung in Afghanistan aufgehoben. In seiner Entscheidung hatte das Bundesverfassungsgericht die vom Bundesverwaltungsgericht zu eng gefasste Begrifflichkeit für die Erscheinungsform der quasi-staatlichen Verfolgung beanstandet. Das Bundesverwaltungsgericht hatte die Existenz staatsähnlicher Herrschaftsbereiche in dem (damals) von den Taliban beherrschten Afghanistan verneint und damit afghanischen Asylsuchenden die Asylberechtigung sowie den Schutz nach der GFK und der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) versagt. Maßgeblich für die Frage, ob in einer Bürgerkriegssituation nach dem Fortfall der bisherigen Staatsgewalt von einer Bürgerkriegspartei politische Verfolgung ausgehen kann, ist nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts die Feststellung, inwieweit die Bürgerkriegspartei zumindest in einem „Kernterritorium“ ein stabiles Herrschaftsgefüge mit einem prinzipiellen Gewaltmonopol errichtet habe. Dies wurde für den Machtbereich der Taliban letztlich bejaht.

Neben dem Recht auf politisches Asyl nach Art. 16a Grundgesetz existiert die Möglichkeit der Gewährung des so genannten „kleinen Asyls“, das sich an die Genfer Flüchtlingskonvention anlehnt. Nach § 51 Abs. 1 AuslG erhält ein Ausländer, dessen „Leben oder Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung“ im Herkunftsland bedroht ist, Abschiebungsschutz. Die Prüfung der Flüchtlingseigenschaft erfolgt durch das BAFl. Der Konventionsflüchtling erhält einen Flüchtlingsspass und eine Aufenthaltsbefugnis für zwei Jahre, die nach Ablauf verlängert werden muss, solange die Verfolgungsgefahr nicht weggefallen und seine Anerkennung nicht rechtskräftig widerrufen worden ist.

Zudem ist Personen nach § 53 AuslG aus anderen Gründen als dem einer drohenden Verfolgung aus den in der GFK aufgeführten Gründen, insbesondere bei drohender Folter, Todesstrafe, unmenschlicher oder erniedrigender Strafe sowie anderen erheblichen konkreten Ge-

fahren für Leib, Leben und Freiheit Abschiebungsschutz zu gewähren. Betroffene erhalten zumindest eine befristete Duldung²⁶. Die Duldung ist zu verlängern, solange eine Abschiebung aus den genannten Gründen nicht erlaubt ist. Dem Betroffenen kann gemäß § 30 Abs. 3 und Abs. 4 AuslG eine Aufenthaltsbefugnis erteilt werden, wenn die ausländerrechtlichen Versagungsgründe – wie etwa Sozialhilfebezug – nicht eingreifen.

Aufgrund der in den Jahren 1987 bis 1992 stark angestiegenen Zahl der Asylanträge (von 57.379 auf 438.191 jährlich) trat am 1. Juli 1993 eine tiefgreifende Änderung des Asylgrundrechts in Kraft. Die Verfassungsänderung in Form der Aufnahme des Art. 16a und die Novellierung des Asylverfahrensgesetzes betrafen im wesentlichen drei Punkte:

1. Sichere Drittstaaten

Eine Berufung auf das Asylgrundrecht ist für Personen ausgeschlossen, die aus sicheren Drittstaaten einreisen. Sichere Drittstaaten sind alle EU-Staaten und per Gesetz festgelegte Staaten, in denen die Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention sowie der Europäischen Menschenrechtskonvention sichergestellt ist. Dies sind Norwegen, Polen, die Tschechische Republik sowie die Schweiz. Somit gelten derzeit alle Nachbarstaaten Deutschlands als sichere Drittstaaten. Damit gelangen Personen, die über die deutschen Landgrenzen in die Bundesrepublik Deutschland einreisen, nicht in das deutsche Asylverfahren, wenn sie in den sicheren Drittstaat zurückgeschoben werden können. Der einstweilige Rechtsschutz ist in diesen Fällen ausgeschlossen.

2. Sichere Herkunftsstaaten

Als „offensichtlich unbegründet“ gilt ein Asylantrag, wenn der Antragsteller aus einem so genannten sicheren Herkunftsstaat stammt. Der Asylantrag wird in einem solchen Fall in einem verkürzten Verfahren geprüft und abgelehnt, es sei denn, der Asylsuchende kann im Einzelfall darlegen, dass er entgegen dieser Annahme doch politisch verfolgt wird. Sichere Herkunftsstaaten sind Staaten, in denen aufgrund der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, dass keine politische Verfolgung stattfindet. Der Gesetzgeber bestimmt, welches Land als sicherer Herkunftsstaat zu gelten hat; Grundlage hierfür sind vor allem die vom Auswärtigen Amt erstellten Lageberichte. Als sichere Herkunftsstaaten gelten derzeit Bulgarien, Ghana, Polen, Rumänien, Senegal, Slowakische Republik, Tschechische Republik und Ungarn.

3. Flughafenregelung

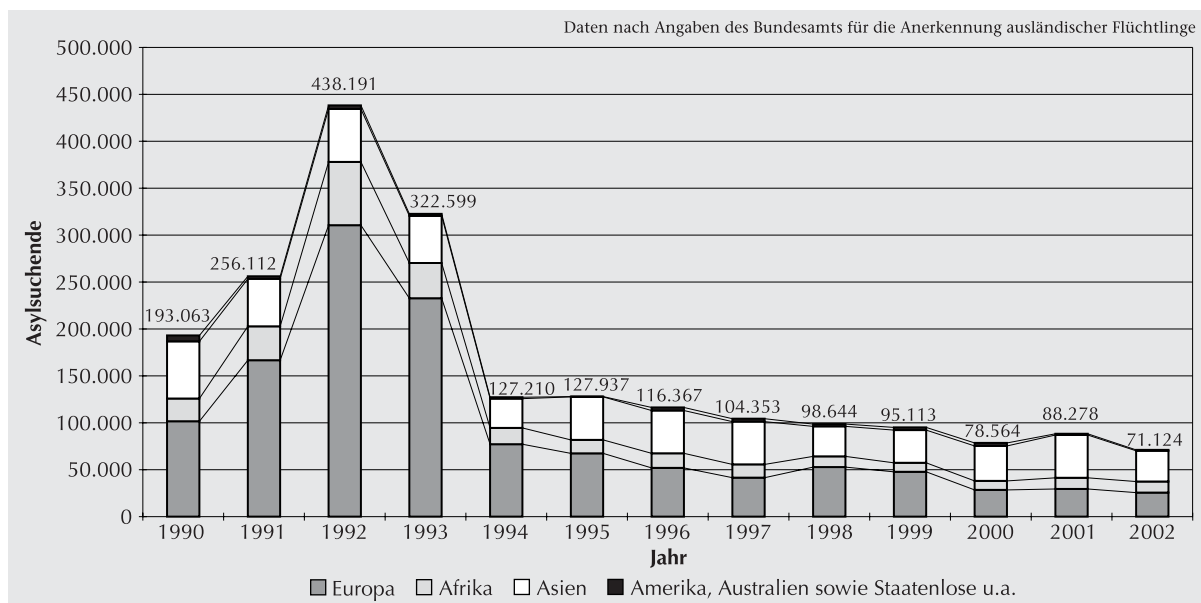
Die so genannte Flughafenregelung gilt für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten sowie für ausweislose Asylbewerber, die über einen Flughafen einreisen wollen, bei der Grenzbehörde um Asyl nachsuchen und am Flughafen untergebracht werden können. Das Verfahren wird dabei vor der förmlichen Einreise in das Bundesgebiet im Transitbereich des Flughafens beschleunigt durchgeführt. Wird der Asylantrag als offensichtlich unbegründet abgelehnt, ist dem Ausländer gem. § 18a Abs. 3 Satz 1 AsylVfG die Einreise zu verweigern. Teilt das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge der Grenzbehörde mit, dass es nicht kurzfristig entscheiden kann bzw. entscheidet es nicht innerhalb von zwei Tagen über einen Asylantrag oder hat das Verwaltungsgericht nicht innerhalb von vierzehn Tagen über einen Antrag entschieden, ist dem Ausländer gem. § 18a Abs. 6 AsylVfG die Einreise zu gestatten.²⁷

²⁶ Die Duldung ist kein Schutzstatus, sondern lediglich die vorübergehende Aussetzung der Abschiebung, d.h. Personen, die eine Duldung erhalten haben, bleiben grundsätzlich ausreisepflichtig.

²⁷ Im Jahr 2002 wurde in 66,2% der insgesamt 882 gestellten Asylanträge die Einreise ins Bundesgebiet gestattet.

Hauptdatenquelle für den Bereich des Asyls sind die Geschäftsstatistiken des BAFl. Es erfasst alle Asylantragsteller in seinen Außenstellen und erstellt so eine personenbezogene Asylbewerberzugangsstatistik. An dieser Stelle sei angemerkt, dass nicht alle Asylsuchenden vor dem Jahr 1993 in die allgemeine Zuzugsstatistik (siehe Kapitel 1) Eingang fanden; so ist erst seit 1993 sichergestellt, dass sie in allen Bundesländern melderechtlich registriert wurden.

Abbildung 19: Asylantragsteller in der Bundesrepublik Deutschland nach Herkunftscontinenten von 1990 bis 2002



Zwischen 1990 bis Ende 2002 haben in Deutschland über 2,1 Millionen Menschen um politisches Asyl nachgesucht.²⁸ Der größte Teil stammte aus Europa, wobei sich in den letzten drei Jahren eine deutliche Verschiebung von europäischen hin zu asiatischen Herkunftsstaaten konstatieren lässt. Die absolute Zahl der Asylbewerber, die nach Deutschland kommen, sinkt derzeit. Als Folge der Stabilisierung in den Staaten Osteuropas sowie dem Ende der Kriegshandlungen im ehemaligen Jugoslawien mit Ausnahme des Kosovo lässt sich seit 1993 ein kontinuierliches Absinken der Asylantragstellerzahlen feststellen. Dabei ist zu erwähnen, dass bereits seit 1992 bosnischen Flüchtlingen, die in einer großen Zahl nach Deutschland kamen, eine vorübergehende Bleibemöglichkeit gewährt worden war, ohne dass sie zuvor ein Asylverfahren durchlaufen mussten. Erhebliche Teile dieser Gruppe waren damit statistisch nicht als Asylbewerber, sondern lediglich als geduldete Ausländer erfasst (siehe Kapitel 2.6). 1998 sank die Zahl der Asylbewerber erstmals seit 1987 auf unter 100.000. Im Jahr 2000 stellten 78.564 Personen einen Antrag auf politisches Asyl. Nach einem Anstieg im darauf folgenden Jahr auf 88.278 Personen sank die Zahl im Jahr 2002 wieder auf 71.127. Dies ist der geringste Stand seit 1987. Dabei ist insbesondere die Zahl der Asylsuchenden aus europäischen Staaten stark gesunken (von ca. 310.000 im Jahr 1992 auf weniger als 26.000 im Jahr 2002). Weniger stark sank im selben Zeitraum die Zahl der Asylbewerber aus asiatischen (1992: 56.480; 2002: 32.746) bzw. afrikanischen Staaten (1992: 67.408; 2002: 11.768). Dabei blieben die Zahlen von Asylbewerbern aus Afrika zwischen 1994 und 2002 relativ konstant und schwankten zwischen 9.593 (2000) und 17.341 (1994) (zu den absoluten Zahlen von Asylan-

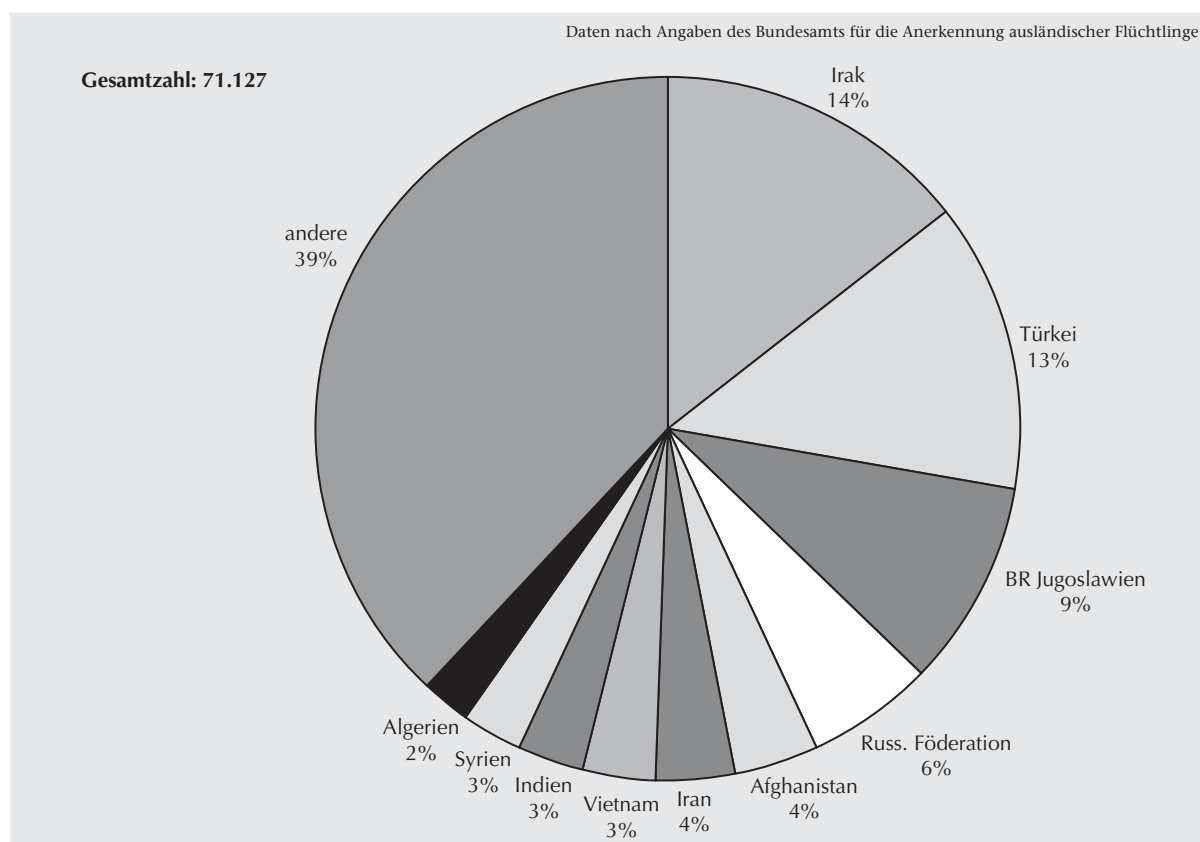
²⁸ Das BAFl unterscheidet in seiner Statistik erst seit dem Jahr 1995 zwischen Erst- und Folgeanträgen. Insofern sind die Asylantragstellerzahlen für den Zeitraum von 1990 bis 1994 etwas überhöht. Für die Jahre nach 1995 wurden in den vorliegenden Statistiken jeweils die Zahlen der Erstanträge verwendet.

tragstellern differenziert nach Herkunftsländern und –kontinenten siehe Tabelle 38 im Anhang).

Stellt ein Asylbewerber “nach Rücknahme oder unanfechtbarer Ablehnung eines früheren Asylantrages” einen so genannten Asylfolgeantrag, wird unter bestimmten Voraussetzungen (z.B. Geltendmachung von Nachfluchtgründen) ein erneutes Asylverfahren durchgeführt. Betrachtet man die Entwicklung der Folgeanträge seit 1995, so zeigt sich, dass deren Quote an allen gestellten Asylanträgen von etwa 23% auf circa 33% im Jahr 2000 gestiegen ist. Diese Quote sank im Jahr 2001 wieder auf 25% und im Jahr 2002 weiter auf etwa 22%. Dabei stellten Personen aus der Bundesrepublik Jugoslawien im Jahr 2002 mit 7.138 mehr Folge- als Erstanträge; ein großer Teil sind Minderheitsangehörige aus dem Kosovo. Für türkische Staatsangehörige wurden 4.438 Folgeanträge verzeichnet. Dagegen stellten afghanische Asylbewerber im Jahr 2002 nur noch 231 Folgeanträge. Ein Jahr zuvor betrug diese Zahl noch 5.584. Ursache hierfür war insbesondere die für die afghanischen Flüchtlinge oben dargelegte Änderung der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts durch das Bundesverfassungsgericht im August 2000 zu quasistaatlicher Verfolgung durch die Taliban. Der durch die Militärintervention herbeigeführte Sturz des Taliban-Regimes Ende 2001 und die Stationierung einer internationalen Schutztruppe sowie die Etablierung einer Übergangsregierung, die für demokratische Verhältnisse in Afghanistan sorgen soll, verringerte dann die Chancen vieler afghanischer Folgeantragsteller auf eine Flüchtlingsanerkennung in Deutschland, die ihnen bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes oft jahrelang versagt worden war.

Hauptherkunftsland für Asylsuchende war im Jahr 2002 wie in den beiden vorangegangenen Jahren der Irak. Die Zahl der irakischen Asylbewerber (im Folgenden handelt es sich allein um Erstanträge) stieg um 48 Prozentpunkte gegenüber 2000 (11.601) auf 17.167 Personen im Jahr 2001 und nahm 2002 um 40% auf 10.242 Personen wieder ab. Die Zahl der Asylsuchenden aus der Türkei betrug im Jahr 2002 9.575. Dabei waren mehr als 80% der türkischen Asylsuchenden kurdischer Volkszugehörigkeit (siehe auch Tabelle 6). Die Zahl der Antragsteller aus der Bundesrepublik Jugoslawien sank im Jahr 2002 weiter auf 6.679 Personen. Das Land nimmt somit den dritten Platz in der Rangfolge des Jahres 2002 ein. Grund für diesen Rückgang dürfte die zunehmende Stabilisierung der Lage im Kosovo sein. Zu den weiteren Hauptherkunftsländern zählten im Jahr 2002 die Russische Föderation (4.058), Afghanistan mit nun deutlich weniger Personen (2.772) als 2001, als noch 5.837 Personen um Asyl nachsuchten sowie der Iran. Auch der Iran verzeichnet mit 2.642 Personen einen deutlichen Rückgang gegenüber 2001 (3.455) und 2000 (4.878). Es folgen Vietnam, Indien, Syrien und Algerien. Es lässt sich festhalten, dass es sich bei den Hauptherkunftsländern von Asylbewerbern, die nach Deutschland kommen, ausnahmslos um Länder handelt, in denen unbestritten schwere Menschenrechtsverletzungen stattfinden oder in jüngster Vergangenheit stattgefunden haben. Gleichwohl ist zu berücksichtigen, dass für die Entscheidung in einem Asylverfahren grundsätzlich das Verfolgungsschicksal des Einzelnen ausschlaggebend ist und nicht in erster Linie die generelle Situation in einem Herkunftsland.

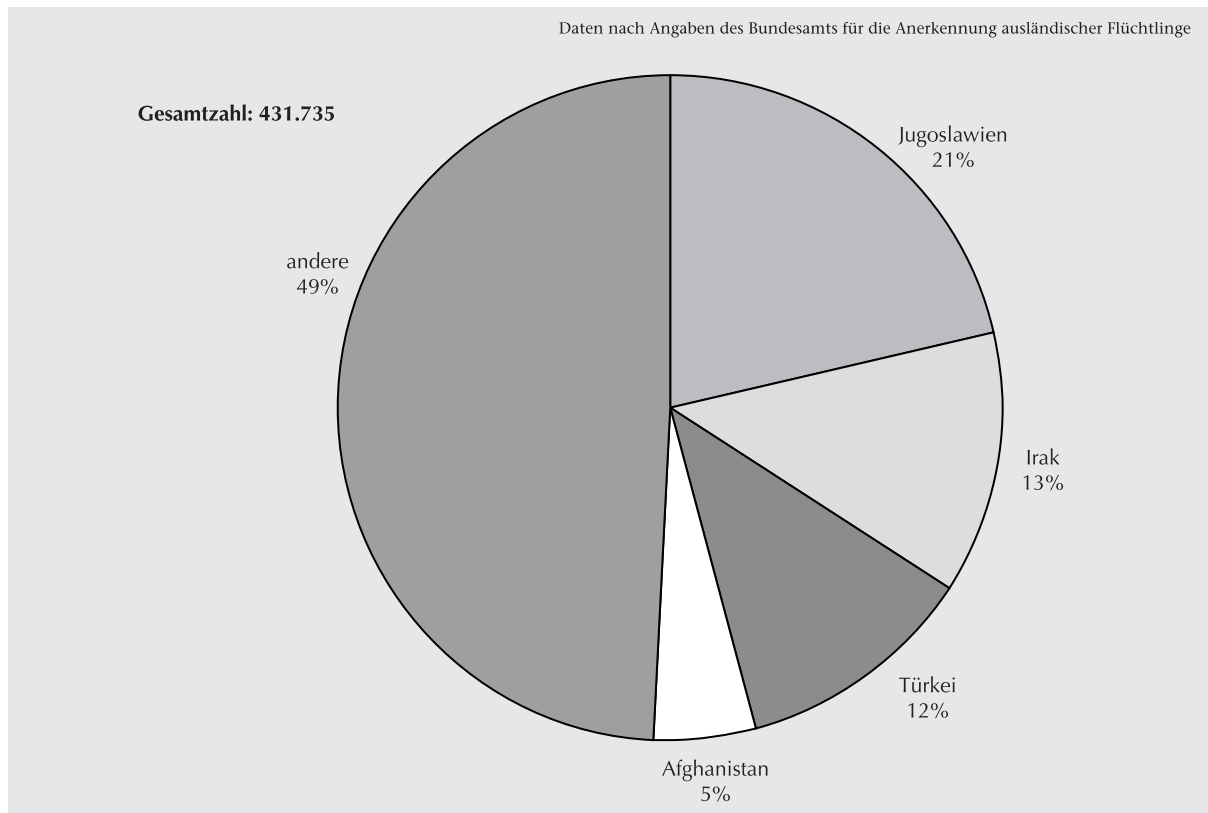
Abbildung 20: Asylantragsteller (Erstanträge) nach den 10 häufigsten Herkunftsländern im Jahr 2002



Betrachtet man nicht nur das vergangene Jahr, sondern den Zeitraum von 1998 bis 2002 – also einen Zeitraum niedriger stabiler und tendenziell sinkender Asylbewerberzahlen –, so ergibt sich hinsichtlich der Herkunftsländerstruktur für die vergangenen fünf Jahre folgendes Bild: Durch die anhaltende Kriegs- und Bürgerkriegssituation im Kosovo stammten auch zwischen 1998 und 2002 noch ein Fünftel der Asylsuchenden aus der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro). Der Irak nahm im Zeitraum der vergangenen fünf Jahre mit 13% aller Erstanträge den zweiten Rang ein, gefolgt von der Türkei (12%) und Afghanistan (5%). Zudem ist eine zunehmende Diversifizierung der Herkunftsländerstruktur festzustellen. So kamen in den letzten fünf Jahren beinahe die Hälfte der Asylantragsteller nicht aus den vier Hauptherkunftsländern, mehr als 30% nicht aus den zehn Hauptherkunftsländern (s. auch Tabelle 38 und Tabelle 39 im Anhang).

Dagegen spielen ehemalige Hauptherkunftsländer wie Rumänien und Bulgarien, aus denen vor allem zu Beginn der 90er Jahre viele Asylsuchende stammten, in den letzten Jahren keine Rolle mehr. Aufgrund demokratischer und rechtsstaatlicher Konsolidierungsprozesse in diesen Ländern, der asylrechtlichen Regelung über sichere Herkunftsstaaten sowie aufgrund von Rückübernahmeabkommen seit Mitte der 90er Jahre sank die Zahl der Asylsuchenden aus Rumänien von 103.787 im Jahr 1992 auf 118 im Jahr 2002, die der Asylbewerber aus Bulgarien im selben Zeitraum von 31.540 auf 66 im Jahr 2001. Im Jahr 2002 stieg die Zahl jedoch wieder auf 814.

Abbildung 21: Asylantragsteller (Erstanträge) nach den 4 häufigsten Herkunftsländern von 1998 bis 2002



Seit Mitte der 90er Jahre weist das BAFl nicht nur die Herkunftsländer der betreffenden Asylantragsteller aus, sondern auch für einige Hauptherkunftsländer deren ethnische Herkunft. Hintergrund ist die Tatsache, dass diese Länder durch einen hohen Anteil von Asylsuchenden einer bestimmten ethnischen Gruppe gekennzeichnet sind.²⁹

²⁹ Die ethnische Zugehörigkeit der Asylantragsteller wird erstmals bei der Aktenanlage abgefragt. Während der Anhörung durch den Entscheider wird versucht, diese Angaben durch gezielte Fragen zu verifizieren. Die BAFl-Statistik erfasst damit im Gegensatz zu allen anderen Zuwanderungsstatistiken das Merkmal „ethnische Zugehörigkeit“, da die ethnische Herkunft eines Antragstellers für die Asylentscheidung relevant sein kann.

Tabelle 6: Hauptvolkszugehörigkeiten von Asylantragstellern der drei zugangsstärksten Herkunftsländer von 1995 bis 2002

| Herkunftsland | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 |
|--------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| BR Jugoslawien | 26.227 | 18.085 | 14.789 | 34.979 | 31.451 | 11.121 | 7.758 | 6.679 |
| dar. Kosovo-Albaner | 21.980 | 15.706 | 12.538 | 30.794 | 20.790 | 3.792 | 3.122 | 2.835 |
| in % | 83,8 | 86,8 | 84,8 | 88,0 | 66,1 | 34,1 | 40,2 | 42,5 |
| dar. Roma ¹ | - | - | - | - | 6.983 | 4.617 | 2703 | 2.003 |
| in % | - | - | - | - | 22,2 | 41,5 | 34,8 | 30,0 |
| dar. Serben ¹ | - | - | - | - | 340 | 390 | 276 | 250 |
| in % | - | - | - | - | 1,1 | 3,5 | 3,5 | 3,7 |
| Türkei | 25.514 | 23.814 | 16.840 | 11.754 | 9.065 | 8.968 | 10.869 | 9.575 |
| dar. Kurden | 20.877 | 19.301 | 13.791 | 9.774 | 7.643 | 7.751 | 9245 | 7822 |
| in % | 81,8 | 81,0 | 81,9 | 83,2 | 84,3 | 86,4 | 85,1 | 81,7 |
| Irak | 6.880 | 10.842 | 14.088 | 7.435 | 8.662 | 11.601 | 17.167 | 10.242 |
| dar. Kurden ² | - | - | 10.017 | 4.137 | 3.398 | 3.287 | 7.085 | 3.664 |
| in % | - | - | 71,1 | 55,6 | 39,2 | 28,3 | 40,0 | 35,8 |

Quelle: Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge

¹ Die zusätzliche Differenzierung der jugoslawischen Asylbewerber wurde erstmals für das Jahr 1999 ausgewiesen.

² Die irakischen Asylbewerber werden in der Statistik erst seit 1997 differenziert.

Waren in den Jahren von 1995 bis 1998 der überwiegende Teil der Asylantragsteller aus der Bundesrepublik Jugoslawien Kosovo-Albaner – der prozentuale Anteil schwankte zwischen 83,8% (1995) und 88,0% (1998) –, so ist in den letzten vier Jahren eine Veränderung in der ethnischen Zusammensetzung der jugoslawischen Asylbewerber festzustellen. Der Anteil der Kosovo-Albaner sank im Jahr 2000 bis auf 34,1%. Trotz eines erneuten Anstieges in den beiden folgenden Jahren (42,5% im Jahr 2002) erreichte er seine früheren Werte nicht mehr. Im Gegensatz dazu stieg der erstmals 1999 ausgewiesene Anteil der Roma auf 41,5% im Jahr 2000. Die Roma stellen damit die größte ethnische Gruppe der jugoslawischen Asylsuchenden in diesem Jahr, wurden aber 2001 und 2002 wieder von den Kosovo-Albanern abgelöst. Der Anteil der Roma lag im Jahr 2002 bei 30%. Das Herkunftsland Türkei fällt durch einen überproportional hohen Anteil von Kurden unter den Asylantragstellern auf. Dabei blieb der prozentuale Anteil der kurdischen Asylsuchenden aus der Türkei von 1995 bis 2002 relativ konstant (zwischen 81,0% und 86,4%). Der Anteil der Kurden an der Gesamtzahl der Asylsuchenden aus dem Irak ging dagegen von 71,1% im Jahr 1997 kontinuierlich bis auf 28,3% im Jahr 2000 zurück und stieg danach wieder an. Im Jahr 2002 betrug der Anteil der Kurden 35,8%.

Betrachtet man die Alters- und Geschlechtsstruktur der Asylantragsteller im Jahr 2002, so zeigt sich, dass mehr als zwei Drittel (69,1%) der Asylantragsteller Männer waren. Etwa drei Viertel (75,1%) der Asylbewerber sind jünger als dreißig Jahre. Circa ein Drittel sind minderjährig.

Entscheidungen

Neben der Asylzugangsstatistik wird beim BAFl eine Asylverfahrensstatistik geführt, die angibt, wie viele Asylfälle jährlich mit welchem Resultat vom Bundesamt bearbeitet wurden (siehe Tabelle 7). Diese Statistik ist nicht kompatibel mit der Asylzugangsstatistik, da die Zugänge nicht im gleichen Zeitraum bearbeitet werden (z.B. Zugang im Jahr 2001, Verfahrens-

abschluss 2002).³⁰

Gegen die Entscheidung des BAFI steht dem Asylbewerber der Rechtsweg zu den Verwaltungsgerichten offen. Ungefähr 60-80% der ablehnenden Entscheidungen des BAFI werden gerichtlich angefochten. Im Jahr 2001 waren 4.764 Klagen von abgelehnten Asylbewerbern in erster Instanz vor den Verwaltungsgerichten erfolgreich (7,3%), 3.787 Klagen wurde teilweise stattgegeben (5,8%), 30.987 wurden abgewiesen (47,4%) und 25.816 anderweitig erledigt (39,5%) (siehe dazu von Pollern 2003, S. 108).

Tabelle 7: Entscheidungen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge von 1990 bis 2002

| Jahr | Gesamtzahl der Entscheidungen über Personen | asylberechtigt nach Art.16/16a | in % | Abschiebungsschutz gemäß § 51(1) AuslG | in % | Abschiebungshindernis gemäß § 53 AuslG ¹ | in % | abgelehnte Anträge | in % | sonstige Verfahrenserledigung ² | in % |
|-------------------|---|--------------------------------|------|--|------|---|------|--------------------|------|--|------|
| 1990 | 148.842 | 6.518 | 4,4 | k.A. | k.A. | - | - | 116.268 | 78,1 | 26.056 | 17,5 |
| 1991 | 168.023 | 11.597 | 6,9 | k.A. | k.A. | - | - | 128.820 | 76,7 | 27.606 | 16,4 |
| 1992 | 216.356 | 9.189 | 4,2 | k.A. | k.A. | - | - | 163.637 | 75,6 | 43.530 | 20,1 |
| 1993 | 513.561 | 16.396 | 3,2 | k.A. | k.A. | - | - | 347.991 | 67,8 | 149.174 | 29,0 |
| 1994 ³ | 352.572 | 25.578 | 7,3 | 9.986 | 2,8 | - | - | 238.386 | 67,6 | 78.622 | 22,3 |
| 1995 | 200.188 | 18.100 | 9,0 | 5.368 | 2,7 | 3.631 | 1,8 | 117.939 | 58,9 | 58.781 | 29,4 |
| 1996 | 194.451 | 14.389 | 7,4 | 9.611 | 4,9 | 2.082 | 1,1 | 126.652 | 65,1 | 43.799 | 22,5 |
| 1997 | 170.801 | 8.443 | 4,9 | 9.779 | 5,7 | 2.768 | 1,6 | 101.886 | 59,7 | 50.693 | 29,7 |
| 1998 | 147.391 | 5.883 | 4,0 | 5.437 | 3,7 | 2.537 | 1,7 | 91.700 | 62,2 | 44.371 | 30,1 |
| 1999 | 135.504 | 4.114 | 3,0 | 6.147 | 4,5 | 2.100 | 1,6 | 80.231 | 59,2 | 42.912 | 31,7 |
| 2000 | 105.502 | 3.128 | 3,0 | 8.318 | 7,9 | 1.597 | 1,5 | 61.840 | 58,6 | 30.619 | 29,0 |
| 2001 | 107.193 | 5.716 | 5,3 | 17.003 | 15,9 | 3.383 | 3,2 | 55.402 | 51,7 | 25.689 | 24,0 |
| 2002 | 130.128 | 2.379 | 1,8 | 4.130 | 3,2 | 1.598 | 1,2 | 78.845 | 60,6 | 43.176 | 33,2 |

Quelle: Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge

¹ Die Feststellung eines Abschiebungshindernisses nach § 53 AuslG wird erst seit 1999 statistisch als eigenständige Entscheidung erfasst. In den Jahren 1995 bis 1998 wurde die Feststellung in die Gesamtzahl der Entscheidungen nicht mit eingerechnet.

² Rubrik beinhaltet u.a. Rücknahmen des Antrags (z.B. wegen Rück- oder Weiterreise).

³ Erst ab dem April 1994 werden Personen, die Abschiebeschutz nach § 51(1) AuslG erhalten, gesondert erfasst. In den vorangegangenen Jahren lag ihr Anteil bei 0,3 bis 0,5% an allen Entscheidungen (Handzählung).

Das BAFI hat zwischen Anfang 1990 und Ende 2002 über 2,59 Millionen Asylanträge entschieden. Die Asylanerkenntnisquote – also das Verhältnis der Anerkennungen durch das BAFI allein nach Art. 16 Abs. 2 Satz 2 GG (a.F.) bzw. Art.16a GG zu sämtlichen inhaltlichen und formellen Entscheidungen des BAFI über Asylanträge – lag dabei in den 90er Jahren durchgängig unter 10%, seit 1997 unter 6%. Der absolute Tiefstand wurde nach einem Ausnahmejahr 2001, als die Asylanerkenntnisquote bei 5,3% lag, 2002 mit 1,3% erreicht.³¹ In den Jahren 1999 und 2000 lag die Quote bei jeweils 3,0%. Hinzu kommen Gewährungen von Abschiebungsschutz nach der GFK gemäß § 51 Abs. 1 AuslG, die seit 1990 zwischen 2,7% und 7,9% pendelten. Auch hier war 2001 ein Ausnahmejahr. Mit 17.000 Gewährungen von

³⁰ Zusätzlich wird die Vergleichbarkeit von der Komplexität der Anerkennungsprozedur mit ihren gerichtlichen Instanzen eingeschränkt. Aufgrund von Kapazitätsproblemen in der Verwaltung und bei den Gerichten kam es zu Beginn der 90er Jahre zu einem erheblichen Antragsstau, der mittlerweile weitgehend abgebaut werden konnte. Zum 31. Dezember 2002 waren beim BAFI noch genau 50.000 Erst- und Folgeanträge anhängig. Bis Ende Juli 2003 sank die Zahl der anhängigen Verfahren weiter auf 36.353. Bei Verwaltungsgerichten waren zum 31. Dezember 2002 noch 111.384 Klageverfahren in erster Instanz anhängig.

³¹ Nach Herkunftsländern betrachtet, ergeben sich jedoch sehr unterschiedlich hohe Asylanerkenntnisquoten für Asylsuchende (siehe dazu die Abbildungen 22 und 23 sowie Tabellen 40 und 41 im Anhang).

Abschiebeschutz gemäß § 51 Abs. 1 AuslG (insbesondere an irakische und afghanische Flüchtlinge) wurde eine Quote von 15,9% erreicht. Die absolute Zahl hat sich im Vergleich zu 2000 mehr als verdoppelt, fiel jedoch 2002 stark ab auf 4.130 Entscheidungen. Dies entspricht einer Quote von 3,2%.

Zusätzlich erhielten im Jahr 2001 3,2% der Antragsteller eine Duldung gemäß § 53 AuslG und damit vorübergehenden Schutz vor Abschiebung. 2002 waren es 1,2%. Addiert man die Entscheidungen des BAFI nach Art. 16a GG, § 51 Abs.1 AuslG und § 53 AuslG, so ergeben sich für die Jahre 2001 und 2002 die Summen von 24,4% und 6,2%. 24,0% (2001) bzw. 33,2% (2002) der Anträge wurden anderweitig erledigt (z.B. durch Rücknahme des Antrags). Der Anteil abgelehnter Anträge an der Gesamtzahl der Entscheidungen lag dementsprechend im Jahr 2001 bei 51,7% und stieg 2002 auf 60,6% an.³²

Von 1990 bis 2002 wurden 131.430 Asylantragsteller vom BAFI als asylberechtigt gemäß Art. 16a Grundgesetz anerkannt (einschließlich Familienasyl nach § 26 AsylVfG). 75.779 Personen erhielten gemäß § 51 Abs. 1 AuslG Abschiebungsschutz. Dazu kamen 19.696 Asylbewerber, bei denen Abschiebungshindernisse gemäß § 53 AuslG festgestellt wurden.³³ Das BAFI hat seit 1990 also 226.905 Personen zwingenden rechtlichen Schutz gewährt.

Die Zuerkennung des Schutzes konnte im Ergebnis in vielen Fällen über die Regelungen zum Familiennachzug (§§ 17ff AuslG) oder zum Aufenthalt für Ehegatten und Kinder aus sonstigen humanitären Gründen (§ 31 AuslG) auf die Ehegatten und Kinder der anerkannten Personen erstreckt werden. Hinzu kommen zahlreiche Asylantragsteller, die nach der Rücknahme des Asylantrages im Rahmen einer Bleiberechtsregelung ein Aufenthaltsrecht erhalten.

Bei vielen anderen Personen war eine Rückkehr in ihr Heimatland aus unterschiedlichen Gründen ausgeschlossen. So erhielt in Deutschland bis 1998 nur eine kleine Zahl von Kosovo-Albanern Abschiebungsschutz aus rechtlich zwingenden Gründen, abgelehnte Asylantragsteller konnten aber wegen der ethnisch bedingten Rücknahmeweigerung Jugoslawiens nicht dorthin abgeschoben werden. Gleiches galt für abgelehnte Asylsuchende aus Afghanistan wegen der fehlenden Flugverbindungen nach Afghanistan. Aktuelle Beispiele sind Minderheitsangehörige aus dem Kosovo (insbesondere Roma und Serben), bei denen die UN-Verwaltung eine zwangsweise Rückkehr ablehnt oder nur in einer kleinen Zahl zulässt³⁴. Im Ergebnis ähnlich verhält es sich derzeit (Stand: September 2003) mit irakischen Asylbewerbern. Bei mehr als zwei Dritteln wurde der Asylantrag im Jahr 2002 abgelehnt. Eine zwangsweise Rückführung kommt jedoch aufgrund der Nachkriegssituation im Irak derzeit noch nicht in Betracht (siehe dazu den Beschluss der Innenministerkonferenz (IMK) am 15. Mai 2003 in Erfurt).

Insgesamt wurden zwischen 1990 und 2002 über 1,7 Millionen Anträge auf Asyl vom BAFI abgelehnt. Im gleichen Zeitraum gab es zudem etwa 665.000 Verfahrenserledigungen aus formalen Gründen (Einstellungen, Rücknahmen). Ist das Asylverfahren rechtskräftig negativ abgeschlossen, so ist der ehemalige Asylsuchende zur Ausreise verpflichtet. Reist die betroffene Person nicht freiwillig aus, kann sie abgeschoben und vorher unter bestimmten zusätzlichen Voraussetzungen in Abschiebungshaft genommen werden. Teilweise entziehen sich die Ausreisepflichtigen dem Zugriff der staatlichen Stellen, indem sie untertauchen. Hinsichtlich der Zahl abgelehnter Asylantragsteller, die nach ihrer Ablehnung in Deutschland illegal verbleiben, herrscht Unklarheit, da ihr Aufenthalt den Behörden häufig unbekannt bleibt (dazu Kapitel 3).

³² Daneben sind noch die Anerkennungen durch Verwaltungsgerichtsentscheidungen zu berücksichtigen, die in der Entscheidungsstatistik des BAFI nicht ausgewiesen sind.

³³ Diese werden jedoch erst seit 1995 gesondert erfasst.

³⁴ Siehe dazu das Memorandum of Understanding zwischen der UN-Verwaltung im Kosovo (UNMIK) und dem Bundesministerium des Innern vom 31. März 2003.

Betrachtet man die Entscheidungen differenziert nach Herkunftsländern der Asylbewerber (vgl. Tabellen 40 und 41 im Anhang), so zeigt sich, dass insbesondere Asylantragsteller aus dem Iran und der Türkei mit 7,6% bzw. 7,1% im Jahr 2002 überdurchschnittlich hohe Asyl- anerkennungsquoten nach Art. 16a GG aufweisen (2001: 8,2% bzw. 8,1%). Im Falle des Irak handelte es sich bei 3,7% aller Entscheidungen um Anerkennungen nach Art. 16a GG (jeweils für die Jahre 2001 und 2002). Darüber hinaus erhielten im Jahr 2001 noch 58,1% der irakischen Asylbewerber Abschiebungsschutz nach § 51 Abs. 1 AuslG zugesprochen. Diese Quote sank im Jahr 2002 stark auf 19,6% ab. Grund hierfür war eine geänderte Spruchpraxis des BAFI.³⁵ Abschiebungshindernisse wurden bei jeweils weniger als ein Prozent festgestellt. Entsprechend dieser Entwicklung stieg die Quote der Ablehnungen von etwa einem Drittel im Jahr 2001 auf circa zwei Drittel im Jahr 2002.

Eine starke Veränderung vollzog sich bei den Entscheidungen über die Anträge von Asylbewerbern aus Afghanistan. Bei den folgenden Zahlen muss jedoch beachtet werden, dass das BAFI von August 2000 (Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts) bis Mai 2001 keine Entscheidungen zu Afghanistan getroffen hat (sog. Entscheidungsstopp). Dasselbe gilt für die Zeit von Beginn der militärischen Intervention im November 2001 bis zum Mai 2003.³⁶ Die Gerichte verfahren ähnlich. Wurden im Jahr 2001 noch 23,7% der afghanischen Antragsteller durch das BAFI als asylberechtigt anerkannt, sank diese Zahl im Jahr 2002 auf 1,0%. Ähnlich verhält es sich mit Gewährungen von Abschiebungsschutz. Konnten im Jahr 2001 noch bei 38,7% der Asylbewerber aus Afghanistan die Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 AuslG festgestellt werden, war dies ein Jahr später nur noch bei einem Prozent der Fall. Dagegen wurden bei knapp 23% Abschiebungshindernisse festgestellt. Grund für das Absinken der Anerkennungen bzw. Schutzgewährungen war die Beendigung der Taliban-Herrschaft Ende des Jahres 2001. Damit entfielen die Voraussetzungen für die Anerkennung wegen staatlicher bzw. quasi-staatlicher Verfolgung durch die Taliban. Im Mai 2003 beschlossen die Innenminister der Länder, dass zwangsweise Rückführungen grundsätzlich erst vorgenommen werden sollen, sobald die Lage vor Ort dies zulasse. Ferner einigte man sich auf einige Grundsätze für die Rückführung. So sollen etwa ausreisepflichtige afghanische Staatsangehörige, die in Deutschland eine Straftat begangen haben oder bei denen es Hinweise auf eine die innere Sicherheit gefährdende Betätigung gibt, mit Vorrang zurückgeführt werden (siehe dazu näher die Sammlung der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse der 172. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder am 15. Mai 2003 in Erfurt). Aufgrund der gegenwärtigen Situation in Afghanistan ist eine geordnete und gefahrlose Rückkehr der ausreisepflichtigen afghanischen Staatsangehörigen aus Deutschland derzeit noch nicht möglich. Die Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder strebt einen Rückführungsbeginn möglichst noch im Frühjahr 2004 an (Beschluss vom 21. November 2003).

³⁵ Bis zum Ende des Jahres 2001 ging das BAFI in seiner Entscheidungspraxis davon aus, dass unverfolgt aus dem Zentralirak ausgereisten Antragstellern bei einer Rückkehr allein wegen einer illegalen Ausreise oder des Betriebens eines Asylverfahrens „mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit“ politische Verfolgung drohte. Von dieser Annahme rückte das BAFI ab Ende 2001 ab. Die geänderte Entscheidungspraxis beruhte im wesentlichen darauf, dass die irakische Regierung in einem Dekret aus dem Jahr 1999 die Aussetzung der Strafverfolgung und Bestrafung von Personen erklärte, die den Irak illegal verlassen haben. Nachdem dieses Dekret vom BAFI zunächst mit Vorsicht betrachtet wurde, stufte man dessen Umsetzung zunehmend als positiv ein, da weder dem UNHCR noch dem Internationalen Roten Kreuz Fälle bekannt wurden, in denen Rückkehrer allein wegen der illegalen Ausreise oder der Asylantragstellung belangt worden wären. Zusätzlich wurde im Jahr 2002 von den Verwaltungsgerichten vermehrt die Auffassung vertreten, dass der Nordirak für Flüchtlinge aus dem Zentralirak eine inländische Fluchtalternative darstelle.

³⁶ Trotz des ganzjährigen Entscheidungsstopps zu Afghanistan wurden im Jahr 2002 1.164 Entscheidungen durch das BAFI getroffen. Dabei handelt es sich zum Großteil um formelle Entscheidungen im Rahmen des Dubliner Übereinkommens. Zudem wurde das BAFI in einigen wenigen Fällen von Gerichten angewiesen, Entscheidungen zu treffen.

Obwohl jugoslawische Staatsangehörige sowohl 2001 als auch 2002 noch unter den Hauptherkunftsländern der Antragsteller zu finden sind, weisen sie einen überdurchschnittlich hohen Anteil an negativen Entscheidungen auf (97,5% im Jahr 2001 und 99% 2002).

Abbildung 22: Entscheidungen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge für irakische, türkische, jugoslawische und afghanische Staatsangehörige im Jahr 2001 in %

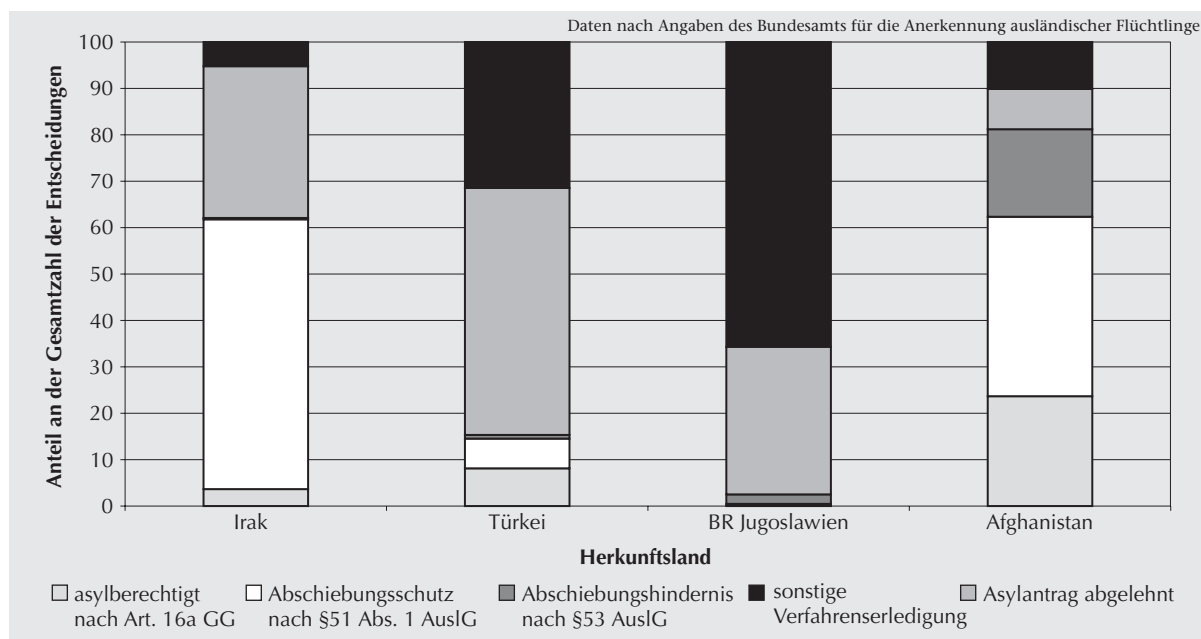
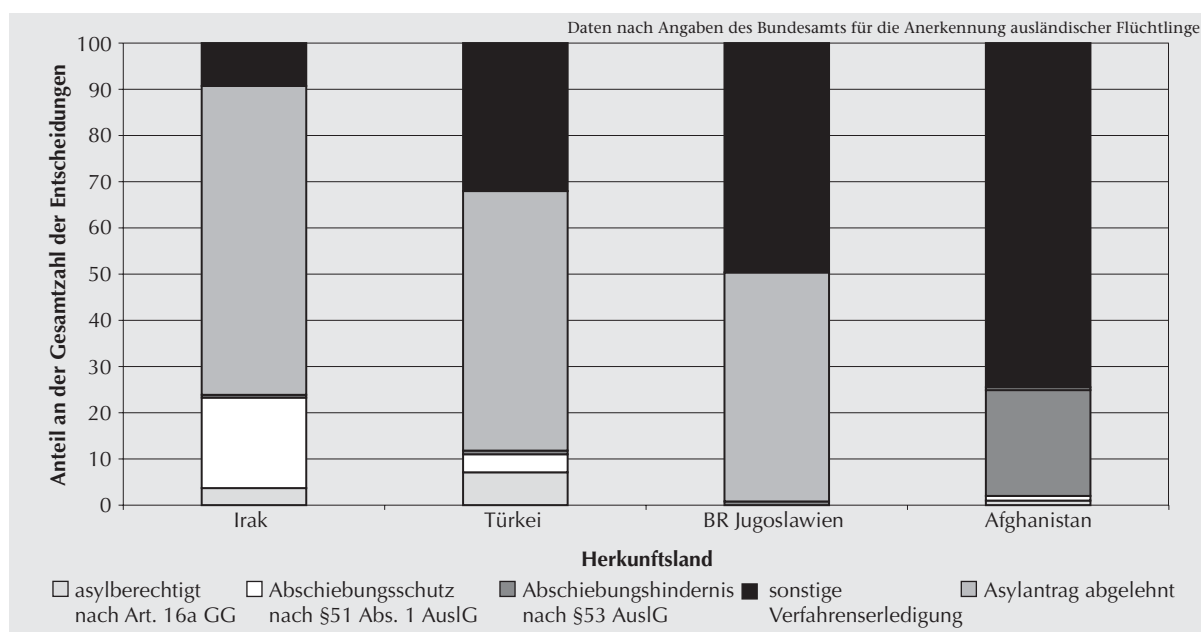


Abbildung 23: Entscheidungen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge für irakische, türkische, jugoslawische und afghanische Staatsangehörige im Jahr 2002 in %



Die Anerkennung als Asylberechtigter bzw. die Gewährung von Abschiebungsschutz nach § 51 Abs. 1 AuslG können widerrufen oder zurückgenommen werden. Die Entscheidungen sind zu widerrufen, wenn die Voraussetzungen (Verfolgungssituation im Herkunftsland) für sie nicht mehr vorliegen. Sie sind zurückzunehmen, wenn sie aufgrund unrichtiger Angaben oder infolge Verschweigens wesentlicher Tatsachen zustande kamen (§ 73 AsylVfG). Im Jahr 2002 hat das BAFI 2.230 Widerrufs- und 87 Rücknahmeentscheidungen getroffen. Anlass für die Durchführung eines Widerrufsverfahrens kann etwa die Reise in das Herkunftsland nach der Anerkennung sein, was der Behauptung, einer dort anhaltenden Verfolgungsgefahr ausgesetzt zu sein, entgegenstehen kann.

Die Dauer von Asylverfahren betrug beim BAFI im Jahr 2002 bei Entscheidungen, Asylanträge als offensichtlich unbegründet abzulehnen, durchschnittlich zwei Wochen, in den anderen Fällen bis zu drei Monaten. Bei Verwaltungsgerichten betrug die durchschnittliche Verfahrensdauer im Jahr 2001 21,4 Monate für Hauptsacheverfahren und 1,2 Monate für Eilverfahren, in zweiter Instanz 8 Monate für Hauptsacheverfahren. Dabei sind zwischen den einzelnen Bundesländern zum Teil beträchtliche Unterschiede zu verzeichnen. Insgesamt nahm die Verfahrensdauer in erster und zweiter Instanz kontinuierlich von durchschnittlich 19 Monaten im Jahr 1995 auf 36,4 Monate im Jahr 2001 zu (vgl. von Pollern 2003, S. 108). Dabei muss berücksichtigt werden, dass es sich bei den Gerichtsstatistiken um „Erledigungsstatistiken“ handelt, d.h. würden vor allem die Neu-Eingänge zeitnah vom Gericht entschieden, bliebe die durchschnittliche Verfahrensdauer kurz. Die Verlängerung der durchschnittlichen Verfahrensdauer hängt also teilweise auch damit zusammen, dass in den letzten Jahren vermehrt arbeitsintensive Altfälle aufgearbeitet wurden.

2.6 Kriegs-, Bürgerkriegs- und De-facto-Flüchtlinge

Im Zusammenhang mit der Reform des Asylrechts wurde im Juli 1993 im Ausländergesetz ein spezieller Rechtsstatus für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge (§ 32a AuslG) außerhalb des Asylverfahrens geschaffen, durch den die rasche Aufnahme von Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen ohne aufwändige Prüfung individueller Verfolgungsgründe ermöglicht werden sollte. Nach § 32a AuslG soll Ausländern aus Kriegs- oder Bürgerkriegsgebieten in Deutschland ein vorübergehender Schutz gewährt werden, bis die Voraussetzungen für die Erteilung des Aufenthaltsrechts entfallen sind. Die Aufnahme der Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge erfordert eine einvernehmliche Verständigung zwischen Bund und Ländern. Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge sollen eine Aufenthaltsbefugnis erhalten. Sie dürfen dann grundsätzlich auch einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Die Aufenthaltsbefugnis wird nur erteilt, wenn der Ausländer keinen Asylantrag stellt bzw. nach einer entsprechenden Anordnung einen vorher gestellten Antrag zurücknimmt oder erklärt, dass ihm keine politische Verfolgung im Sinne von § 51 Abs. 1 AuslG droht. Diese Regelung zwingt den Antragsteller, sich zwischen dem Status eines Bürgerkriegsflüchtlings nach § 32a AuslG und der Stellung eines Asylantrags zu entscheiden.

Der Status des Kriegs- bzw. Bürgerkriegsflüchtlings fand bei den Schutzsuchenden aus Bosnien-Herzegowina aufgrund von Meinungsunterschieden zwischen Bund und Ländern hinsichtlich der Finanzierung keine Anwendung. Ein Einvernehmen kam bisher einmal zustande: Bei Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem Kosovo erhielten Personen, die im April und Mai 1999 aus Mazedonien evakuiert wurden, diesen Status gemäß § 32a AuslG. Der Großteil der Kosovo-Flüchtlinge, die anderweitig nach Deutschland kamen, stellte einen Asylantrag, der zumeist abgelehnt wurde, wenn der Antrag vor dem März 1999 gestellt worden war. Sie galten damit trotz der Bedrohung im Kosovo während des Krieges nur als sog. De-facto-Flüchtlinge, d.h. Personen, denen aus humanitären oder politischen Gründen die Rückkehr ins Heimatland nicht zumutbar ist.

Da die Rückkehr der Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina mittlerweile als abgeschlossen gelten kann³⁷, wird im Folgenden nur auf die Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Kosovo eingegangen.

Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Kosovo

Den Status von Bürgerkriegsflüchtlingen gemäß § 32a AuslG erhielten 14.726 Kosovoflüchtlinge, die bis zum 11.6.1999 im Rahmen der Evakuierungsmaßnahmen aus Mazedonien aufgenommen wurden. Die Verteilung auf die einzelnen Bundesländer erfolgte analog dem für die Erstverteilung von Asylsuchenden geltenden Verteilerschlüssel nach § 45 Asylverfahrensgesetz (AsylVfG). Verantwortlich für die Verteilung und Registrierung war das Bundesamt

³⁷ So hielten sich von den etwa 345.000 Flüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina, die im Jahr 1996 – zumeist mit einer Duldung - in Deutschland lebten, Ende des Jahres 2002 nur noch weniger als 20.000 mit einer Duldung im Bundesgebiet auf (siehe Tabelle 42 im Anhang). Zudem hat die Innenministerkonferenz der Länder im November 2000 sowie Februar und Mai 2001 Beschlüsse gefasst, die ein Bleiberecht für bestimmte Personengruppen aus Bosnien-Herzegowina ermöglicht. Dies betrifft insbesondere schwer Traumatisierte sowie Personen, die sich seit mindestens sechs Jahren in Deutschland aufhalten und seit mehr als zwei Jahren sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Diese Personen erhalten eine auf zwei Jahre befristete Aufenthaltsbefugnis nach § 32 AuslG. Diese kann verlängert werden, soweit die Voraussetzungen weiter erfüllt sind. Einbezogen in das Bleiberecht für diese Personengruppen sind auch deren enge Familienangehörige (vgl. zu den Zahlen den 5. Bericht der Beauftragten vom September 2002, Kap. II.1.4.2 und II.1.4.3).

für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge. Nach Ende des Krieges hat die freiwillige Rückkehr der Bürgerkriegsflüchtlinge begonnen. Mittlerweile sind die im Rahmen des Kontingents aufgenommenen Flüchtlinge wieder in ihre Heimat zurückgekehrt (vgl. BMI 2002, S. 40).

Zusätzlich lebten zur Mitte des Jahres 1999 etwa 180.000 Personen aus dem Kosovo (insbesondere Kosovo-Albaner und Roma)³⁸ in Deutschland, die prinzipiell ausreisepflichtig waren. Nach Beendigung des Kosovo-Konflikts kehrten bis Ende 2001 insgesamt etwa 96.000 Personen (vorwiegend Kosovo-Albaner) in das Kosovo zurück, davon wurden circa 11.000 Personen zwangsweise zurückgeführt. Zum Ende des Jahres 2002 hielten sich noch 93.256 Personen mit jugoslawischer Staatsangehörigkeit (wobei es sich überwiegend um Personen aus dem Kosovo handelte) mit einer Duldung und 45.506 mit einer Aufenthaltsbefugnis in Deutschland auf.³⁹ Von den geduldeten Personen waren mehr als 33.000 Minderheitsangehörige aus dem Kosovo.

Auf ihrer Frühjahrstagung im Mai 2003 in Erfurt hat die Innenministerkonferenz beschlossen, dass ein dauerhaftes Bleiberecht auch für die Minderheiten aus dem Kosovo⁴⁰ ausgeschlossen ist. Dabei habe die freiwillige Rückkehr Vorrang vor zwangsweisen Rückführungen. Die freiwillige Rückkehr werde im Rahmen der bestehenden Rückkehrförderprogramme von Bund und Ländern (REAG und GARP)⁴¹ unterstützt. Das Bundesministerium des Innern solle daher rechtzeitig mit der UN-Verwaltung für das Kosovo (UNMIK) die Fortsetzung und Erweiterung der Rückführungsmöglichkeiten vereinbaren. Mit UNMIK wurde ein vorsichtiger Beginn der zwangsweisen Rückführungen der Minderheitenangehörigen in das Kosovo vereinbart (maximal 1.000 Personen von Mai 2003 bis Mai 2004), bei dem UNMIK individuell prüft, ob im konkreten Fall besondere Sicherheitsbedenken bei Rückkehr bestehen. Angehörige der Minderheiten der Serben und der Roma sind zunächst noch von zwangsweisen Rückführungen ausgenommen.

De-Facto-Flüchtlinge

Bei den De-Facto-Flüchtlingen handelt es sich um Personen, die im Besitz einer Duldung sind und entweder keinen Asylantrag gestellt haben oder deren Asylantrag abgelehnt worden ist. Ihre Abschiebung wurde vorübergehend ausgesetzt, weil dem verbindliche völkerrechtliche Verpflichtungen entgegenstehen, im Herkunftsland eine erhebliche konkrete Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit besteht oder weil dringende humanitäre bzw. persönliche Gründe oder

³⁸ Dabei handelte es sich um Personen, deren Asylanträge zumeist schon vor Jahren abschlägig beschieden wurden bzw. um illegal eingereiste Personen, die keinen Asylantrag gestellt hatten und eine Duldung erteilt bekommen.

³⁹ Auf der Innenministerkonferenz im Mai 2001 wurde Personen aus der Bundesrepublik Jugoslawien (einschließlich Kosovo), die sich seit mindestens sechs Jahren ununterbrochen im Bundesgebiet aufhalten und seit mehr als zwei Jahren in einem dauerhaften Beschäftigungsverhältnis stehen, der weitere Aufenthalt in Deutschland ermöglicht. Auch sie erhielten – ähnlich wie die Bosnien-Flüchtlinge – eine auf zwei Jahre befristete und verlängerbare Aufenthaltsbefugnis.

⁴⁰ Nach Erhebungen der Bundesländer waren im März 2003 etwa 33.000 Angehörige ethnischer Minderheiten aus dem Kosovo ausreisepflichtig. Dabei handelt es sich überwiegend um Serben und Roma.

⁴¹ REAG: Reintegration and Emigration Programme for Asylum-Seekers in Germany; GARP: Government Assisted Repatriation Programme. Das REAG/GARP-Programm ist ein humanitäres Hilfsprogramm. Es fördert die freiwillige Rückkehr bzw. Weiterwanderung und bietet Starthilfen für verschiedene Migrantengruppen (u.a. auch für Bürgerkriegsflüchtlinge), die freiwillig in ihr Heimatland zurückkehren oder in einen aufnahmebereiten Drittstaat weiterwandern. Es wird von der International Organisation for Migration (IOM) im Auftrag des BMI und den zuständigen Ministerien der Bundesländer durchgeführt und von diesen gemeinsam je zur Hälfte finanziert.

tatsächliche Abschiebungshindernisse ihre vorübergehende weitere Anwesenheit im Bundesgebiet erfordern.⁴² Bei den tatsächlichen Abschiebungshindernissen sind insbesondere fehlende, unterdrückte oder auch zerstörte Personaldokumente, mangelnde Kooperationsbereitschaft der Betroffenen und der Herkunftsländer, aber auch fehlende Reisewege in das jeweilige Herkunftsland ursächlich. Im Jahr 2002 hielten sich in Deutschland 415.000 sog. De-Facto-Flüchtlinge auf (2001: 361.000). Diese hohe Zahl von in Deutschland lebenden De-Facto-Flüchtlingen zeigt sich auch bei einer Betrachtung der ausländischen Bevölkerung nach ihrem Aufenthaltsstatus: Zum Jahresende 2002 lebten circa 227.000 Personen mit einer ausländerrechtlichen Duldung in Deutschland (2001: 233.000). Die betreffenden Personen bleiben grundsätzlich zur Ausreise verpflichtet. Betrachtet man die Aufenthaltsdauer dieser Personen, so zeigt sich, dass ein beträchtlicher Teil bereits seit mehreren Jahren mit einer Duldung in Deutschland lebt. So hielten sich im August 2002 146.838 Ausländer (darunter 65.896 Personen aus Jugoslawien, 16.773 aus Bosnien-Herzegowina und 11.361 aus der Türkei) mit einer Duldung in Deutschland auf, die bereits am 1. Januar 1998 in Deutschland lebten.⁴³ Von diesen geduldeten Ausländern lebten 78.487 Personen sogar seit mehr als neun Jahren und 12.531 Personen seit mehr als zwölf Jahren in Deutschland (siehe dazu ausführlicher Tabelle 43 im Anhang).

Tabelle 8: Zahl der De-Facto-Flüchtlinge 1996 bis 2002

| Jahr | Zahl der De-Facto-Flüchtlinge ¹ |
|------|--|
| 1996 | 500.000 |
| 1997 | 360.000 |
| 1998 | 370.000 |
| 1999 | 423.000 |
| 2000 | 370.000 |
| 2001 | 361.000 |
| 2002 | 415.000 |

Quelle: Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

1) Bei den angegebenen Zahlen handelt es sich um Bestandszahlen (nicht um Zuzugszahlen) zum Ende des jeweiligen Jahres.

⁴² Hierunter fallen Personen, die keinen Asylantrag gestellt haben oder deren Asylantrag hinsichtlich Art. 16a GG und § 51 Abs. 1 AuslG abgelehnt worden ist, denen aber aus zwingenden grund- und völkerrechtlichen (umgesetzt durch § 53 Abs. 1, 2, 4 und 6 AuslG), aus humanitären (§ 30 AuslG) oder aus politischen Gründen (§§ 32, 32a, 33, 54 AuslG) die Rückkehr in ihr Heimatland nicht zumutbar ist, sowie Personen, die ursprünglich aus diesen Gründen Aufnahme gefunden haben und die sich noch immer im Bundesgebiet aufhalten (§ 55 AuslG); ausgenommen hiervon waren bis 2001 Bosnier.

⁴³ Stand: 21. August 2002; siehe dazu die Bundestagsdrucksache 14/9926.

2.7 Werkvertrags-, Saison-, Gast- und Grenzarbeitnehmer sowie sonstige zeitlich begrenzte Arbeitsmigration aus Nicht-EU-Staaten

Der am 21. November 1973 in Kraft getretene Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer hat für lange Zeit verhindert, dass Arbeitskräfte aus dem Ausland zugelassen werden konnten. Ausländern aus Drittstaaten war es kaum mehr möglich, zum Zwecke der Arbeitsaufnahme zuzuwandern. Mit dem Ende der 80er Jahre zeigte sich in der deutschen Wirtschaft, trotz hoher allgemeiner Arbeitslosigkeit, in bestimmten Sektoren (z.B. in der Landwirtschaft oder im Hotel- und Gaststättengewerbe) ein Mangel an Arbeitskräften. Dies führte u.a. zur teilweisen Lockerung des Anwerbestopps.

Hinzu traten infolge der Umwälzungen des Jahres 1989 außenpolitische Überlegungen. Ziel der Zulassung befristeter Beschäftigung von Arbeitnehmern aus mittel- und osteuropäischen Staaten (MOE-Staaten) war u.a. die Unterstützung dieser Staaten bei der marktwirtschaftlichen Umgestaltung ihrer Wirtschaftssysteme sowie eine stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit. Bilateral (z.T. durch Regierungsabkommen) seit Ende der 80iger Jahre vereinbarte Beschäftigungsmöglichkeiten von Werkvertrags-, Gast- und Saisonarbeitnehmern sowie die Grenzgängerbeschäftigung spielen dabei eine wichtige Rolle. Diese Maßnahmen sollen dazu beitragen, dass die Arbeitnehmer und Arbeitgeber der Vertragsstaaten Erfahrungen auf dem deutschen und damit auf einem Arbeitsmarkt der Europäischen Union erwerben und nach ihrer Rückkehr einen positiven Beitrag zum Aufbau ihrer Volkswirtschaften leisten können. Deutschen Partnern werden auf diese Weise Kontakte und Entwicklungsmöglichkeiten auf den Märkten der MOE-Staaten eröffnet. Im Übrigen wurde durch diese bilateral eröffneten Beschäftigungsmöglichkeiten seitens Deutschlands schon frühzeitig ein wichtiger Schritt im Hinblick auf die - nach Ablauf von Übergangszeiten - vorgesehene Öffnung der Arbeitsmärkte im Rahmen der Ost-Erweiterung der Europäischen Union getan (siehe dazu Kapitel 7). In diesem Zusammenhang können diese bilateralen Vereinbarungen dazu beitragen, einen Wanderungsdruck zumindest teilweise zu mindern.

Die einzelnen Ausnahmeregelungen für verschiedene Arbeitnehmergruppen sind in der sogenannten Anwerbestoppausnahmereverordnung (ASAV) kodifiziert. Die aufenthaltsrechtliche Seite von Beschäftigungsverhältnissen mit einer Dauer von mehr als drei Monaten ist in der Arbeitsaufenthalteverordnung (AAV) geregelt.

Einen Überblick über die Ausnahmetatbestände der ASAV gibt die folgende Tabelle:

Tabelle 9: Ausnahmetatbestände nach der Anwerbestoppausnahmereverordnung (ASAV)⁴⁴

| | |
|------------------|---|
| § 2 Abs. 1 | Absolventen deutscher oder ausländischer Hoch- oder Fachhochschulen zur Aus- und Weiterbildung; Fach- und Führungskräfte (Regierungspraktikanten); Auszubildende mit Hochschul- oder Fachhochschulreife zur höher qualifizierten Fach- oder Führungskraft; Auszubildende nach anerkanntem Lehr- oder Ausbildungsplan; sonstige Weiterzubildende mit Berufsabschluss |
| § 2 Abs. 2 | Ausländer, die von einem inländischen Unternehmen im Ausland beschäftigt werden zur vorübergehenden Einarbeitung; Fachkräfte zur Einarbeitung oder Aus- und Weiterbildung, die in einem deutsch-ausländischen Gemeinschaftsunternehmen beschäftigt werden; Ausländer zur beruflichen Qualifikation im Rahmen von Exportlieferungs- oder Lizenzverträgen; Au-Pair-Beschäftigte |
| § 2 Abs. 3 | Gastarbeitnehmer; Ausländer zur Einführung in die Geschäftspraxis bei bestehenden Geschäftsbeziehungen |
| § 2 Abs. 4 | Absolventen deutscher Hoch- und Fachhochschulen für ein fachbezogenes Praktikum; Fach- und Führungskräfte zur Aus- und Weiterbildung aufgrund zwischenstaatlicher Vereinbarungen |
| § 3 | Werkvertragsarbeitnehmer |
| § 4 Abs. 1 | Saisonarbeitnehmer |
| § 4 Abs. 2 | Schaustellergehilfen |
| § 4 Abs. 3 | Arbeitnehmer zur Montage von Fertighäusern bzw. -hallen |
| § 4 Abs. 4 | Lehrkräfte zur Erteilung muttersprachlichen Unterrichts an Schulen |
| § 4 Abs. 5 | Lehrkräfte und Lektoren zur Sprachvermittlung an Hochschulen |
| § 4 Abs. 6 | Spezialitätenköche |
| § 4 Abs. 7 und 8 | Fachkräfte in international tätigen Konzernen |
| § 4 Abs. 9 | Ausländische Hausangestellte eines für einen begrenzten Zeitraum von seinem Arbeitgeber im Inland beschäftigten Ausländers |
| § 5 Nr. 1 | Wissenschaftler in Forschung und Lehre |
| § 5 Nr. 2 | Fachkräfte mit Hochschul- oder Fachhochschulausbildung oder vergleichbarer Qualifikation |
| § 5 Nr. 3 | Leitende Angestellte und Spezialisten eines Unternehmens mit Staatsangehörigkeit des Landes, in dem der Hauptsitz des Unternehmens ist |
| § 5 Nr. 4 | Leitende Angestellte eines deutsch-ausländischen Gemeinschaftsunternehmens |
| § 5 Nr. 5 | Fachkräfte bei deutschen Trägern in der Sozialarbeit zur Betreuung ausländischer Arbeitnehmer |
| § 5 Nr. 6 | Seelsorger für ausländische Arbeitnehmer |
| § 5 Nr. 7 | Krankenschwestern und -pfleger |
| § 5 Nr. 8 | Künstler und Artisten mit Hilfspersonal |
| § 5 Nr. 9 | Fotomodelle, Werbetypen, Mannequins und Dressmen |
| § 6 | Grenzgänger |
| § 7 | Beschäftigte auf der Grundlage einer zwischenstaatlichen Vereinbarung |
| § 8 | Beschäftigte auf der Basis einer Ausnahmefugnis im Einzelfall |
| § 9 | Bestimmte Staatsangehörige (Andorra, Australien, Israel, Japan, Kanada, Malta, Monaco, Neuseeland, San Marino, Schweiz, USA und Zypern) |
| § 10 | Ehemalige Deutsche und Kinder ehemaliger Deutscher |

Quelle: efms

⁴⁴ Zahlen zu den jeweils erteilten Arbeitsgenehmigungen für das Jahr 2002 differenziert nach Staatsangehörigkeiten finden sich in Tabelle 43 im Anhang.

Werkvertragsarbeitnehmer

Bei Werkvertragsarbeitnehmern handelt es sich um Beschäftigte von Firmen mit Sitz im Ausland, die auf der Grundlage eines Werkvertrages in Deutschland arbeiten dürfen. Grundlage dafür bilden bilaterale Regierungsvereinbarungen (sog. Werkvertragsarbeitnehmerabkommen) mit mittel- und osteuropäischen Staaten und der Türkei.⁴⁵ Die vereinbarten Beschäftigungskontingente werden jährlich zum Oktober für die Abrechnungszeiträume Oktober bis September des Folgejahres der jeweiligen Arbeitsmarktlage in Deutschland angepasst. Grundlage ist die Arbeitslosenquote am 30. Juni des laufenden Jahres. Für jeden Prozentpunkt, um den sich die Arbeitslosenquote erhöht bzw. verringert, werden die Beschäftigungskontingente um 5% reduziert bzw. angehoben.⁴⁶ Die festgelegten Quoten enthalten zum Teil Unterkontingente für bestimmte Branchen, etwa für den Bereich Bau. Damit soll verhindert werden, dass alle zugelassenen Werkvertragsarbeitnehmer ausschließlich in einem Wirtschaftsbereich eingesetzt werden.

Die Regierungsabkommen eröffnen die Möglichkeit der Kooperation zwischen einem deutschen und einem ausländischen Unternehmen zur Erstellung eines Werkes, das der ausländische Subunternehmer mit eigenen (ausländischen) Arbeitskräften durchführt. Arbeitnehmer aus den Vertragsstaaten dürfen so bis zu zwei, in Ausnahmefällen bis zu drei Jahre in Deutschland arbeiten. Für die Dauer der Durchführung des Auftrages wird dem Werkvertragsarbeitnehmer eine Aufenthaltsbewilligung erteilt (§ 3 Abs. 1 AAV).⁴⁷ Nach Ablauf der vorgesehenen Dauer ist eine anschließende Aufenthaltszeit von gleicher Länge im Heimatland notwendig, um als Werkvertragsarbeitnehmer wiederkehren zu dürfen (§ 3 Abs. 1 ASAV). Die Abkommen gehen als Kontingentvereinbarungen vom Grundsatz einer arbeitsmarktunabhängigen Beschäftigung aus, d.h. eine Arbeitsmarktprüfung findet nicht statt. Sie enthalten jedoch auch Arbeitsmarktschutzklauseln. Danach dürfen ausländische Werkvertragsarbeitnehmer nicht zugelassen werden, wenn in dem Betrieb des deutschen Werkvertragspartners Arbeitnehmer entlassen werden oder Kurzarbeit droht. In Arbeitsamtsbezirken, in denen die Arbeitslosenquote im Durchschnitt der letzten sechs Monate mindestens um 30% über dem Bundesdurchschnitt gelegen hat, ist die Beschäftigung von ausländischen Werkvertragsarbeitnehmern generell ausgeschlossen.⁴⁸

Die Entlohnung der entsandten Arbeitnehmer muss den in Deutschland geltenden Tarifen vergleichbar sein. Die Beiträge zur Sozialversicherung sind in den jeweiligen Heimatländern zu leisten. Für die Zulassung von Werkverträgen und Werkvertragsarbeitnehmern sowie für die laufende Überwachung der Kontingente sind, je nach Herkunftsland, bestimmte Dienststellen der Bundesanstalt für Arbeit zuständig. (Eine festgestellte Überschreitung der Kontingente führt zu einem Annahmestopp weiterer Werkverträge.) Die statistische Registrierung übernimmt die Bundesanstalt für Arbeit; allerdings werden nicht die Zuzüge, sondern nur der

⁴⁵ Zwischen Deutschland und Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, Serbien/Montenegro, Lettland, Mazedonien, Polen, Rumänien, Slowenien, Ungarn und der Türkei wurden bilaterale Abkommen abgeschlossen.

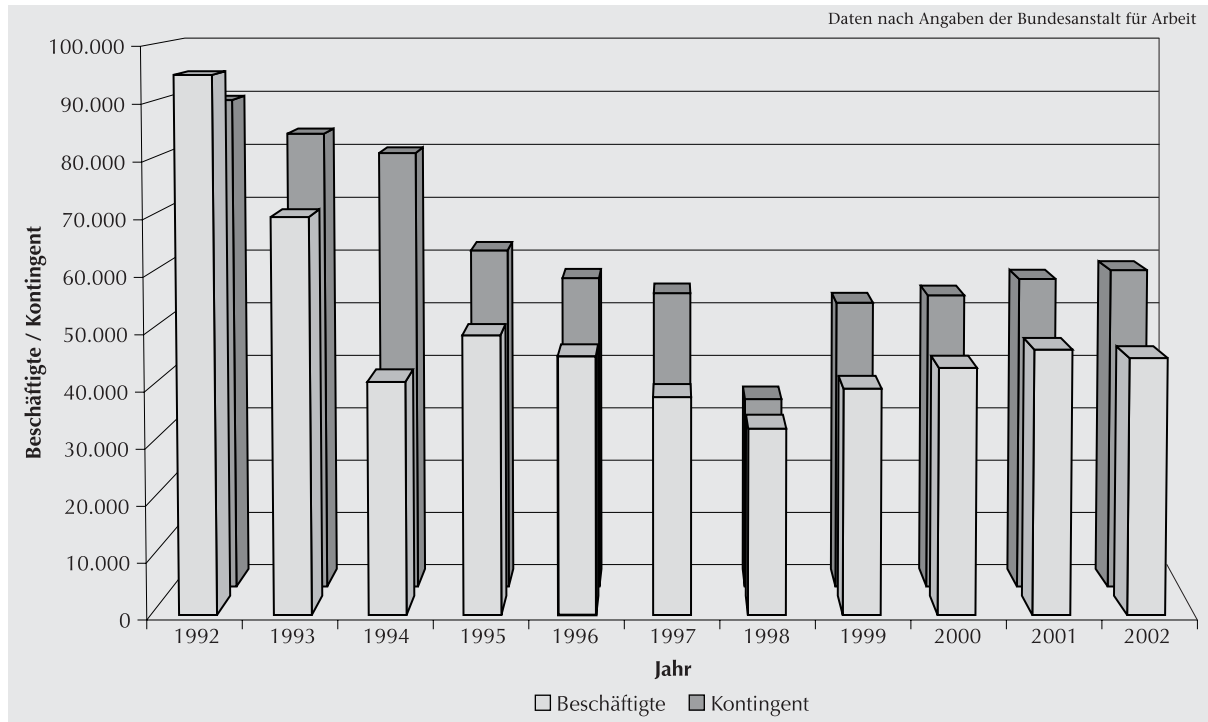
⁴⁶ Ende Juni 2002 lag die Gesamtarbeitslosenquote im Bundesgebiet um 0,6 Prozentpunkte über der des Vorjahres. Das hat dazu geführt, dass das Beschäftigungskontingent um 3% reduziert wurde (auf 56.620 für den Zeitraum Oktober 2002 bis September 2003).

⁴⁷ Für die Einreise zur Arbeitsaufnahme benötigt der ausländische Arbeitnehmer ein Visum, das von der deutschen Auslandsvertretung für längstens drei Monate erteilt wird. Voraussetzung für die Visaerteilung ist die Zusicherung der Arbeitserlaubnis durch das zuständige Arbeitsamt. In Deutschland muss der ausländische Arbeitnehmer dann vor Ablauf des Visums eine Aufenthaltsgenehmigung bei der zuständigen Ausländerbehörde beantragen und die Arbeitserlaubnis beim Arbeitsamt abholen. (Dies gilt grundsätzlich für neu einreisende ausländische Arbeitnehmer, also auch für die weiteren in der ASAV geregelten Beschäftigungsmöglichkeiten.)

⁴⁸ Die Zusammenstellung der Arbeitsamtsbezirke, die unter diese Regelung fallen, wird vierteljährlich aktualisiert. Dabei handelt es sich überwiegend um Arbeitsamtsbezirke in den neuen Bundesländern.

jeweilige Stand der beschäftigten Werkvertragsarbeitnehmer pro Monat erfasst, aus dem dann ein jährlicher Durchschnittswert errechnet wird.⁴⁹

Abbildung 24: Kontingente und tatsächlich beschäftigte Werkvertragsarbeitnehmer von 1992 bis 2002



Nachdem sich bis Mitte der neunziger Jahre die Arbeitsmarktlage in Deutschland verschlechtert hatte, wurden die Kontingente für Werkvertragsarbeitnehmer deutlich gesenkt. Die sich verbessernde Arbeitsmarktsituation hat dann dazu geführt, dass sie ab 1999 wieder jährlich bis auf 58.310 im Jahr 2002 erhöht wurden. Nachdem die Arbeitslosenquote im Juni 2002 wieder höher lag als im Juni 2001, wurde das Beschäftigungskontingent für alle Vertragsstaaten für den Abrechnungszeitraum Oktober 2002 bis September 2003 auf 56.620 gesenkt. Analog zu der Entwicklung der Kontingente sank die Zahl der ausländischen Werkvertragsarbeitnehmer von circa 95.000 im Jahr 1992 auf etwa 33.000 im Jahr 1998 und stieg ab 1999 wieder auf über 40.000 Beschäftigte an. Im Jahr 2002 betrug die Zahl der Werkvertragsarbeitnehmer im Jahresdurchschnitt 45.409. Die zur Verfügung stehenden Kontingente werden je nach Herkunftsland in unterschiedlichem Maße ausgeschöpft. Mit jeweils etwa 46% in den Jahren 2001 und 2002 stellten Werkvertragsarbeitnehmer aus Polen die größte Gruppe. Weitere Hauptherkunftsländer ausländischer Arbeitnehmer im Rahmen von Werkverträgen waren bzw. sind Ungarn (16,4% im Jahr 2002) und Kroatien (10,1% im Jahr 2002).

⁴⁹ Wie viele Personen im Rahmen dieser Werkverträge nach Deutschland jährlich einreisen, ist so nicht exakt zu ermitteln. Eine Umrechnung der Beschäftigten- auf die Zuzugszahlen ist nur sehr bedingt möglich, da aufgrund der unterschiedlichen Aufenthaltsdauer der Werkvertragsarbeitnehmer eine Gleichsetzung von Beschäftigten und Eingereisten nicht möglich ist.

Saisonarbeitnehmer und Schaustellergehilfen

Seit dem Jahr 1991 können ausländische Saisonarbeitnehmer eine Arbeitserlaubnis für eine Beschäftigung von maximal drei Monaten im Kalenderjahr erhalten. Diese Regelung gilt für Arbeitnehmer in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, im Hotel- und Gaststättengewerbe, in der Obst- und Gemüseverarbeitung sowie in Sägewerken (§ 4 Abs. 1 ASAV). Der Zeitraum für die Beschäftigung von Saisonarbeitnehmern ist für einen Betrieb auf sieben Monate im Kalenderjahr begrenzt.⁵⁰ Mit der Saisonbeschäftigung soll ein vorübergehender Arbeitskräftebedarf zu Spitzenzeiten überbrückt werden. Schaustellergehilfen können eine Arbeitserlaubnis von bis zu neun Monaten im Kalenderjahr erhalten (§ 4 Abs. 2 ASAV). Übersteigt die Dauer der Beschäftigung sechs Monate, ist im darauf folgenden Jahr eine erneute Anforderung als Schaustellergehilfe ausgeschlossen. Schaustellergehilfen wird für die Dauer der Beschäftigung eine Aufenthaltsbewilligung erteilt (§ 4 Abs. 1 AAV). Voraussetzung für die Erteilung einer Arbeitserlaubnis an diese sogenannten "kurzzeitgebundenen Beschäftigten" ist eine bilaterale Vermittlungsabspache zwischen der Bundesanstalt für Arbeit und der Arbeitsverwaltung des jeweiligen Herkunftslandes.⁵¹

Um eine Zunahme der Zahl ausländischer Saisonarbeitnehmer zu begrenzen und die Vermittlung inländischer Arbeitskräfte stärker zu fördern, hat das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, den Verbänden der Landwirtschaft, des Gartenbaus sowie der IG Bauen-Agrar-Umwelt 1999 Eckpunkte für die Zulassung der Saisonarbeitnehmer bis zum Ende des Jahres 2003 festgeschrieben. Dabei wurde im wesentlichen festgelegt, dass die Betriebe 85% der Zahl der 1996 als Saisonkräfte tätigen Osteuropäer wieder beschäftigen können. Darüber hinaus sind zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten nur noch im Fall von Betriebserweiterungen oder Neugründungen sowie im Rahmen einer „Kleinbetriebe-Regelung“ (Anforderung von bis zu 4 Saisonkräften) gegeben. Die Eckpunkterege lung zur Saisonkräftezulassung wird bis Ende des Jahres 2005 fortgeführt.

Zudem muss im Einzelfall vom zuständigen Arbeitsamt geprüft werden, ob auf dem lokalen Arbeitsmarkt nicht bevorrechtigte einheimische Arbeitskräfte oder ihnen hinsichtlich der Arbeitsaufnahme rechtlich gleichgestellte ausländische Arbeitnehmer (z.B. EU-Staatsangehörige oder Ausländer mit einer Aufenthaltsberechtigung oder einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis) zur Verfügung stehen. Saisonarbeitnehmer müssen zu den selben tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen beschäftigt werden wie deutsche Arbeitnehmer; ihre Beschäftigung ist grundsätzlich sozialversicherungspflichtig.

Ihre Vermittlung übernimmt die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung der Bundesanstalt für Arbeit (ZAV). Deutschen Arbeitgebern wird dabei die Möglichkeit eingeräumt, ihnen namentlich bekannte Personen zu rekrutieren. (Ein beträchtlicher Teil der Saisonarbeitnehmer arbeitet jedes Jahr im selben Betrieb.) Statistisch erfasst wird von der Bundesanstalt für Arbeit die Zahl der Vermittlungen und nicht die Zahl der Einreisen.⁵²

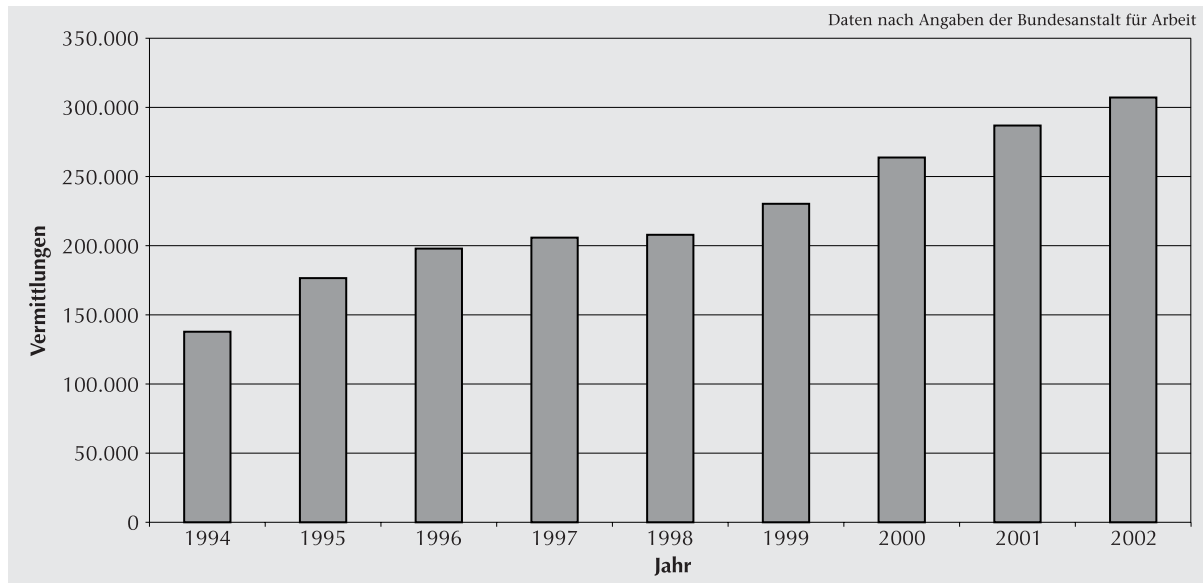
⁵⁰ Dies gilt nicht für Betriebe des Obst-, Gemüse-, Wein-, Hopfen- und Tabakanbaus.

⁵¹ Es wurden entsprechende Übereinkünfte mit Ungarn, Polen, der CSFR bzw. der Tschechischen und Slowakischen Republik, Bulgarien (nur für Berufe des Hotel- und Gaststättengewerbes), Rumänien, Jugoslawien (ab 1993 wegen des UN-Embargos ausgesetzt), Kroatien und Slowenien getroffen.

⁵² Es kann daher nicht unmittelbar auf die Zahl der jährlich nach Deutschland einreisenden Saisonarbeitnehmer geschlossen werden.

Der weitaus größte Teil der Saisonarbeitnehmer unterliegt der Meldepflicht.⁵³ Ausnahmen hiervon bestehen nur in vier Bundesländern. Diese Ausnahmen gelten für Saisonarbeitnehmer in Brandenburg und Niedersachsen, sofern ihr Aufenthalt auf zwei Monate beschränkt bleibt, sowie für Saisonarbeitnehmer in Baden-Württemberg und Sachsen, die nur einen Monat am Stück im Land arbeiten. Dadurch lässt sich nicht eindeutig bestimmen, wie viele der Saisonarbeitnehmer in der allgemeinen Zu- und Fortzugsstatistik erfasst werden.

Abbildung 25: Vermittlungen von Saisonarbeitnehmern und Schaustellergehilfen von 1994 bis 2002



Seit 1991 wurde zunehmend von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, ausländische Saisonarbeitnehmer zu beschäftigen. Die Zahl der Vermittlungen ist von 1994 mit 137.819 vermittelten Saisonarbeitnehmern bzw. Schaustellergehilfen bis zum Jahr 2002 kontinuierlich jedes Jahr angestiegen.⁵⁴ Im Jahr 2002 hat die Nachfrage nach Saisonarbeitnehmern und Schaustellergehilfen erstmals zu mehr als 300.000 Vermittlungen geführt. Obwohl mit der Eckpunkte-Regelung, die von 2000 bis Ende 2003 gilt, einschränkende Regelungen eingeführt wurden, kam es gerade in den letzten drei Jahren, zum Teil bedingt durch Betriebserweiterungen und -umstrukturierungen, zu einem starken Anstieg der Vermittlungen. Hauptherkunftsland der Saisonkräfte ist Polen. Seit Mitte der neunziger Jahre stellen polnische Staatsangehörige weit über 80% aller Saisonarbeitnehmer. Im Jahr 2002 gab es 259.615 Vermittlungen polnischer Saisonarbeitskräfte und Schaustellergehilfen. Stark angestiegen ist auch die Zahl der Vermittlungen rumänischer Saisonarbeitnehmer bzw. Schaustellergehilfen. Sie betrug im Jahr 2002 22.233. Etwa 90% der Saisonarbeitnehmer werden im Bereich der Land- und Forstwirtschaft eingesetzt. Um die 7% arbeiten im Hotel- und Gaststättengewerbe, circa 3% als Schaustellergehilfen.

⁵³ Auch im „Merkblatt für Arbeitgeber zur Vermittlung und Beschäftigung ausländischer Saisonarbeitnehmer und Schaustellergehilfen“ (Stand: Dezember 2002) der Bundesanstalt für Arbeit wird darauf hingewiesen, dass der Saisonarbeitnehmer nach der Einreise bei der Gemeinde, Kreis- oder Stadtverwaltung anzumelden sei.

⁵⁴ Es muss jedoch hinzugefügt werden, dass es sich bei dieser Zahl um die gesamten Vermittlungen handelt. Seit 1994 werden auch Stornierungen ausgewiesen, so dass die Zahl der tatsächlich beschäftigten Saisonarbeitnehmer und Schaustellergehilfen etwas geringer ausfällt.

Gastarbeiternehmer

Rechtsgrundlage für die Beschäftigung von Gastarbeitnehmern ist ebenfalls die Anwerbestoppausnahme-Verordnung vom 17. September 1998 (§ 2 Abs. 3 ASAV). Einzelheiten regeln bilaterale Abkommen (Gastarbeiternehmerabkommen)⁵⁵, die insbesondere die Höchstzulassungszahlen (Kontingente) festlegen. Für deren Durchführung ist die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung zuständig. Abkommen dieser Art wurden mit Ungarn (max. 2.000 Arbeitnehmer), Polen (max. 1.000), der Tschechischen (max. 1.400) und der Slowakischen Republik (max. 1.000), Slowenien (max. 150), Albanien (max. 1.000), Bulgarien (max. 1.000), Estland (max. 200), Lettland (max. 100), Litauen (max. 200), Rumänien (max. 500), der Russischen Föderation (max. 2.000) und Kroatien (max. 500) geschlossen.

Die Gastarbeiternehmer müssen als Voraussetzung eine abgeschlossene Berufsausbildung und Grundkenntnisse in der deutschen Sprache mitbringen. Sie dürfen nicht jünger als 18 Jahre und nicht älter als 40 Jahre sein⁵⁶. Der Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland soll ihnen die Möglichkeit zur beruflichen und sprachlichen Fortbildung bieten. Die Tätigkeit eines Gastarbeitnehmers kann nur in dem von ihm erlernten Beruf erfolgen. Ziel des Programms ist es, diesen Arbeitnehmern fachspezifisches Wissen zu vermitteln. Die Arbeitnehmer arbeiten dabei vorwiegend in der Bau- und Metallindustrie. Eine Zulassung als Gastarbeiternehmer ist nur einmal möglich.

Die Beschäftigten dürfen bis zu 18 Monaten (Zulassung für ein Jahr mit Verlängerungsoption um ein halbes Jahr) in Deutschland arbeiten. Sie erhalten eine Arbeitserlaubnis in Form einer Zulassungsbescheinigung. Eine Arbeitsmarktprüfung findet nicht statt. Gastarbeiternehmer sind deutschen Beschäftigten gleichzustellen; ihnen steht der gleiche tarifliche Lohn zu, wobei die Sozialversicherungsbedingungen des deutschen Gastlandes gelten. Damit werden sie - anders als die Werkvertragsarbeiternehmer - in der deutschen Sozialversicherungsstatistik erfasst.

Die jährlichen Kontingente belaufen sich auf 11.050 Personen. Dieser Rahmen wird bei weitem nicht ausgeschöpft.⁵⁷ Von 1993 (5.771) bis 1998 sank die Zahl der Vermittlungen kontinuierlich. Im Jahr 1998 wurden nur noch circa 3.000 Vermittlungen registriert. In den beiden Folgejahren ist die Zahl der Vermittlungen von Gastarbeitnehmern dann wieder gestiegen und betrug im Jahr 2000 beinahe 5.900 (EXPO-Effekt). Seitdem nahm die Zahl der Vermittlungen wieder ab. Im Jahr 2002 wurden 4.864 Vermittlungen von Gastarbeitnehmern registriert. Hauptherkunftsländer im Jahr 2002 waren Ungarn (1.072), die Slowakische Republik (851) und Polen (786). Schwierigkeiten bei der Durchführung der Abkommen zeigen sich häufig in der fehlenden beruflichen und sprachlichen Qualifikation auf Seiten der Bewerber sowie einer vielfach nur begrenzten Bereitschaft von Arbeitgebern, Gastarbeiternehmer zum Zwecke der Fortbildung zu beschäftigen.

Haushaltshilfen in Haushalten mit Pflegebedürftigen

Anfang des Jahres 2002 wurden die Anwerbestoppausnahmeverordnung und analog die Arbeitsaufenthalteverordnung durch entsprechende Änderungsverordnungen⁵⁸ modifiziert.

⁵⁵ Bei diesen Gastarbeiternehmervereinbarungen handelt es sich um Austauschprogramme, von denen deutsche Arbeitnehmer jedoch kaum Gebrauch machen.

⁵⁶ Für Bulgarien und Rumänien gilt eine Altershöchstgrenze von 35 Jahren.

⁵⁷ Insbesondere die Kontingente der Russischen Föderation und Albanien werden so gut wie nicht genutzt.

⁵⁸ Dabei handelt es sich um die Erste Verordnung zur Änderung der Anwerbestoppausnahmeverordnung vom 30. Januar 2002 sowie um die Zweite Verordnung zur Änderung der Arbeitsaufenthalteverordnung vom 4. Februar 2002.

Durch die neu eingefügten § 4 Abs. 9a ASAV und § 4 Abs. 4a AAV wurde die Möglichkeit geschaffen, von Februar 2002 bis 31. Dezember 2002⁵⁹ ausländische Haushaltshilfen zur Aufnahme einer versicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung in Haushalte mit Pflegebedürftigen zu vermitteln, wenn eine Absprache der Bundesanstalt für Arbeit mit der Arbeitsverwaltung des Herkunftslandes getroffen wurde. Entsprechende Vermittlungsabsprachen wurden mit Polen, Slowenien, Ungarn, der Slowakischen sowie der Tschechischen Republik vereinbart. Damit können Arbeitserlaubnisse bzw. Aufenthaltbewilligungen mit einer Dauer von bis zu drei Jahren erteilt werden. Die ausländischen Haushaltshilfen dürfen jedoch nur „haushaltswirtschaftliche“ Tätigkeiten verrichten, die nicht als „Pflegearbeiten“ im Sinne der Pflegeversicherung anzusehen sind.⁶⁰

Anlass für die Einführung dieser Regelung waren Berichte über einen starken Anstieg illegaler Beschäftigung in diesem Bereich. Die illegal beschäftigten Pflegekräfte, insbesondere aus Polen und der Slowakischen Republik, sind zumeist als Touristinnen eingereist und arbeiteten dann ohne die erforderliche Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung. So durchsuchte die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main in einer bundesweiten Aktion im Juni 2001 350 Privathaushalte wegen des Verdachts der illegalen Beschäftigung von ausländischen Pflegekräften. In 214 Fällen bestätigte sich der Verdacht (vgl. Tießler-Marenda 2002, S. 233).

Von Februar 2002 bis Ende Dezember 2002 wurden insgesamt 1.102 Haushaltshilfen in Haushalte mit Pflegebedürftigen vermittelt, darunter 862 aus Polen, 103 aus der Slowakischen Republik, 90 aus Ungarn, 43 aus der Tschechischen Republik und 4 aus Slowenien.

Da in den nächsten Jahrzehnten die Zahl und der Anteil der über 65-Jährigen in Deutschland und damit auch die Zahl der Pflegebedürftigen weiter ansteigen wird, wird auch der Bedarf an Arbeitskräften im Bereich der häuslichen Pflege stark zunehmen.

Grenzarbeitnehmer (Grenzgängerbeschäftigung)

Grenzgänger fallen nach der verwendeten Definition nicht unter den Begriff der Migranten, da sie ihren Lebensmittelpunkt nicht über die Grenzen ihres Heimatstaates hinaus verlagern. Die gewohnte räumliche und damit auch soziale Umgebung bleibt erhalten. Da Grenzgänger ihren Wohnsitz nicht über die Grenze verlagern, gehen sie nicht in die Wanderungsstatistik ein.⁶¹

Die rechtliche Grundlage für die Grenzgängerbeschäftigung findet sich in § 6 der Anwerbestoppausnahmereverordnung. Ausländischen Arbeitnehmern aus angrenzenden Drittstaaten kann eine Arbeitserlaubnis erteilt werden, wenn sie Staatsangehörige dieses Staates sind, dort keine Sozialleistungen beziehen, täglich in ihren Heimatstaat zurückkehren oder eine auf längstens zwei Tage in der Woche begrenzte Beschäftigung ausüben wollen. Im Rahmen dieser Regelung können polnische und tschechische Arbeitnehmer eine Beschäftigung in Deutschland in einem in der Anlage zur ASAV aufgelisteten Grenzbereich aufnehmen. Arbeitnehmer aus der Schweiz benötigen seit dem Inkrafttreten des Freizügigkeitsabkommens zwischen der EU bzw. deren Mitgliedstaaten und der Schweiz am 1. Juni 2002 für eine Beschäftigung in Deutschland keine Arbeitsgenehmigung mehr. Die Regelung zur Grenzgängerbeschäftigung hat daher nur noch für die Bundesländer Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-

⁵⁹ Die Zulassung ausländischer Haushaltskräfte wurde bis Ende 2002 befristet, da das Zuwanderungsgesetz diese Regelung mit Beginn des Jahres 2003 ablösen sollte.

⁶⁰ Eine Abgrenzung dieser Tätigkeiten voneinander dürfte in der Praxis schwierig sein.

⁶¹ Auf die Grenzgängerbeschäftigung wird hier trotzdem kurz eingegangen, da in dem jährlich von der Bundesregierung vorzulegenden Migrationsbericht auch Angaben zu Grenzgängern enthalten sein sollen (BT-Drucksache 14/2389 vom 15.12.1999).

Vorpommern und Sachsen Bedeutung. Grenzgänger erhalten eine Aufenthaltsgenehmigung in Form einer Grenzgängerkarte.

Die Beschäftigung erfolgt zu deutschen Lohn- und Sozialversicherungsbedingungen; eine Arbeitsmarktprüfung findet statt. Die Größenordnung ist angesichts der auch weiterhin angespannten Arbeitsmarktlage in den neuen Bundesländern gering. Die Gesamtzahl der erteilten Grenzgänger-Arbeitserlaubnisse bewegte sich in den Jahren von 1999 bis 2002 jeweils zwischen 8.000 und 10.000 (8.964 im Jahr 2002), wobei die meisten Arbeitserlaubnisse auf das Bundesland Bayern entfielen. Jeweils etwa ein Viertel der Grenzgänger nahmen erstmalig eine Beschäftigung auf (2.292 im Jahr 2002). Etwa 70% der Arbeitserlaubnisse im Jahr 2002 wurden Grenzarbeitnehmern aus der Tschechischen Republik erteilt.

Unabhängig von § 6 ASAV gibt es im Rahmen der Freizügigkeit Grenzgänger zwischen Deutschland und den benachbarten EU-Staaten. Offizielle statistische Daten zu EU-interner Grenzgängerbeschäftigung existieren jedoch nicht.

Kranken- und Altenpflegepersonal

Ein in quantitativer Hinsicht deutlich kleineres Segment der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte betrifft die Kranken- und Altenpflege. Gem. § 5 Nr. 7 der Anwerbestoppausnahmemverordnung (ASAV) kann Krankenschwestern und -pflegern sowie Altenpflegern aus europäischen Staaten mit beruflicher Qualifikation und ausreichenden deutschen Sprachkenntnissen eine Arbeitserlaubnis erteilt werden, sofern der Ausländer von der Bundesanstalt für Arbeit auf Grund einer Absprache mit der Arbeitsverwaltung des Herkunftslandes vermittelt worden ist. Der genannte Personenkreis erhält eine Aufenthaltserlaubnis gemäß § 5 Nr. 8 Arbeitsaufenthalte-Verordnung (AAV). Eine Arbeitsmarktprüfung, d.h. die Prüfung, ob ein bevorrechtigter Bewerber für die angebotene Stelle zur Verfügung steht, findet statt. Zudem muss die tarifliche Gleichstellung mit den deutschen Arbeitnehmern gewährleistet sein. Eine zahlenmäßige und zeitliche Befristung der Beschäftigungsverhältnisse ist dagegen nicht vorgesehen.⁶² Vermittlungsabsprachen wurden bisher nur mit Slowenien und Kroatien getroffen. Die Zahl der Vermittlungen sank von 412 im Jahr 1994 auf 74 im Jahr 1999 und stieg seitdem wieder kontinuierlich bis auf 358 im Jahr 2002. Dabei gingen fast alle Arbeitserlaubnisse an Kranken- und Altenpflegekräfte aus Kroatien.

Sonstige zeitlich begrenzte Arbeitsmigration aus Nicht-EU-Staaten

Neben den oben genannten existieren noch weitere, in der Anwerbestoppausnahmemverordnung wie auch der Arbeitsgenehmigungsverordnung (ArGV) aufgeführte Regelungen für bestimmte Arbeitsmarktsegmente:

Aufenthalte zur Aus- und Weiterbildung nach § 2 ASAV

Darunter fallen beispielsweise Absolventen von Hochschulen, die an Universitäten oder wissenschaftlichen Instituten zum Zwecke ihrer Aus- und Weiterbildung beschäftigt werden (Abs. 1), ausländische Arbeitnehmer, die für ein Unternehmen mit Sitz im Inland im Ausland

⁶² Allerdings müssen vermittelte Krankenpflegekräfte innerhalb des ersten Jahres das Anerkennungsverfahren zur examinierten Fachkraft absolvieren. Sollte die Anerkennung nach einem Jahr nicht vorliegen bzw. begonnen worden sein, wird die Arbeitserlaubnis nicht verlängert.

arbeiten und zur Einarbeitung vorübergehend (bis zu einem Jahr) im Inland beschäftigt werden sowie Au-Pair-Beschäftigte unter 25 Jahren (Abs. 2)⁶³ und Hochschulabsolventen, die nach Abschluss ihrer Ausbildung ein fachbezogenes Praktikum ableisten (Abs. 4). Der letztgenannten Gruppe kann eine Arbeitserlaubnis mit einer Dauer von bis zu zwei Jahren erteilt werden. Die Zahl der erteilten Arbeitserlaubnisse für den genannten Personenkreis (nach § 2 Abs. 1, 2 und 4 ASAV) betrug im Jahr 2001 18.356, im Jahr 2002 18.305. Dabei fielen allein auf den Personenkreis nach § 2 Abs. 2 für das Jahr 2002 15.422 Arbeitserlaubnisse, darunter 13.396 an Frauen. Die meisten Arbeitserlaubnisse nach § 2 Abs. 2 wurden im Jahr 2002 an Personen aus Polen (2.335), der Ukraine (2.032), der Russischen Föderation (1.340), Rumänien (1.200), der Slowakischen Republik (1.113) und Georgien (1.020) erteilt.

Arbeitnehmer zur Montage von Fertighäusern bzw. -hallen

Ausländische Arbeitnehmer, die zur Montage von Fertighäusern bzw. -hallen von ihrem ausländischen Arbeitgeber ins Inland entsandt werden, können eine Arbeitserlaubnis von bis zu zwölf Monaten erhalten (§ 4 Abs. 3 ASAV). Nachdem die Zahl der hierzu erteilten Arbeitserlaubnisse im Jahr 1999 noch bei fast 20.000 lag, sank die Zahl bis zum Jahr 2002 auf 883. Dabei gingen mehr als 80% der Arbeitserlaubnisse an polnische Arbeitskräfte.

Bestimmte Berufsgruppen mit speziellen Qualifikationen

Ausnahmen gelten in engen Grenzen auch für einige bestimmte Berufsgruppen mit speziellen Qualifikationen; beispielsweise für Lehrkräfte zur Erteilung muttersprachlichen Unterrichts bzw. zur Sprachvermittlung an Hochschulen (§ 4 Abs. 4, 5 ASAV), Spezialitätenköche (§ 4 Abs. 6 ASAV) und Fachkräfte zum konzerninternen Austausch (§ 4 Abs. 7, 8 ASAV). Die Größenordnung der erteilten Arbeitserlaubnisse für die Jahre 2001 und 2002 lag bei etwa 3.800 bzw. 3.200.

Wissenschaftler und Fachkräfte mit Hochschulabschluss sowie Künstler, Artisten und Fotomodelle

Eine Arbeitserlaubnis kann ebenfalls erteilt werden an Wissenschaftler und Fachkräfte mit Hochschulabschluss, wenn wegen ihrer fachlichen Kenntnisse ein öffentliches Interesse besteht, leitende Angestellte, Seelsorger, Kranken- und Altenpflegepersonal (siehe oben) sowie Künstler, Artisten, Fotomodelle und Mannequins (§ 5 ASAV). Die Größenordnung der erteilten Arbeitserlaubnisse bewegt sich zwischen etwa 6.000 und 7.000 pro Jahr, davon gehen 4.000 bis 5.000 an Künstler und Artisten nach § 5 Abs. 8.

Bestimmte Staatsangehörige

Bestimmte Staatsangehörige können, soweit für die betreffenden Arbeitsplätze keine bevorrechtigten inländischen Arbeitskräfte vorhanden sind, eine Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung erhalten, ohne dass die Ausnahmeregelungen der AAV bzw. der ASAV vorliegen müssen, d.h. sie sind vom Anwerbestopp ausgenommen (vgl. § 9 AAV und § 9 ASAV). Dies trifft

⁶³ Au-Pair-Beschäftigte sind von einer Arbeitsmarktprüfung ausgenommen.

zu auf Bürger aus Andorra, Australien, Israel, Japan, Kanada, Malta, Monaco, Neuseeland, San Marino, Schweiz, den USA und aus Zypern.

2.8 IT-Fachkräfte (Green Card)

In der ersten Hälfte des Jahres 2000 hat die Bundesregierung in Abstimmung mit der Wirtschaft ein Sofortprogramm zur Deckung des IT-Fachkräftebedarfs verabschiedet. Dieses knüpfte an die "Offensive zum Abbau des IT-Fachkräftemangels" des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit vom Juli 1999 an und sieht vor, bis zum Jahr 2005 zusätzlich 250.000, überwiegend inländische Arbeitnehmer für den IT-Bereich zu qualifizieren. Da der kurzfristige Bedarf an Fachkräften noch nicht allein mit inländischen Bewerbern gedeckt werden kann, wurde gleichzeitig die Zulassung ausländischer IT-Experten vorgesehen. Der Beschäftigungsaufenthalt sollte zunächst 10.000 Fachkräften gestattet werden. Da weitergehender Bedarf bestand, wurde das Kontingent auf höchstens 20.000 erhöht.⁶⁴ Die dazu notwendigen Verordnungen⁶⁵ sind am 1. August 2000 in Kraft getreten. Diese - auch als "Green Card" bekannten - Regelungen ermöglichen es ausländischen, aus Ländern außerhalb des europäischen Wirtschaftsraumes stammenden Fachkräften der Informationstechnologie, in Deutschland zeitlich befristet (bis zu 5 Jahre) zu arbeiten. Voraussetzung für die Erteilung einer Arbeitserlaubnis ist, dass die IT-Fachkraft entweder eine Hoch- bzw. Fachhochschulausbildung mit Schwerpunkt auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologie abgeschlossen hat, oder dass deren Qualifikation auf diesem Gebiet durch eine Vereinbarung mit dem Arbeitgeber über ein Bruttojahresgehalt von mindestens 51.000 EUR nachgewiesen wird. Eine Arbeitserlaubnis konnte zunächst bis zum 31. Juli 2003 beantragt werden. Nachdem das Zuwanderungsgesetz, durch das die Green Card ersetzt werden sollte, nicht am 1. Januar 2003 in Kraft treten konnte, hat das Bundeskabinett am 9. Juli 2003 beschlossen, die Green Card-Regelung bis 31. Dezember 2004 zu verlängern⁶⁶.

Vor der Einreise ist - wie generell bei einer Einreise zur Beschäftigungsaufnahme - ein Visumverfahren durchzuführen, das jedoch im Falle der IT-Experten durch Vorwegnahme der Beteiligung der Ausländerbehörden und deutliche Verkürzung der Prüfung seitens der Arbeitsverwaltung erheblich beschleunigt wird. Voraussetzung für die Erteilung eines Einreisevisums ist die Zusicherung einer Arbeitserlaubnis. Nach der Einreise erhält die IT-Fachkraft durch die Ausländerbehörde am Wohnort eine Aufenthaltserlaubnis für die Dauer der Beschäftigung, maximal jedoch für fünf Jahre.

Eine Arbeitserlaubnis kann auch ausländischen IT-Fachkräften, insbesondere fachlich einschlägigen ausländischen Absolventen deutscher Hochschulen erteilt werden, die sich im Zusammenhang mit einem Hoch- oder Fachhochschulstudium auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologie bereits in Deutschland aufhalten und eine Beschäftigung als IT-Fachkraft im Anschluss an den erfolgreichen Abschluss des Studiums aufnehmen wollen.⁶⁷

Die Statistik weist, differenziert nach verschiedenen Nationalitäten, die Zusicherung sowie die Erteilung der Arbeitserlaubnis u.a. aufgeschlüsselt nach Geschlecht und Herkunft sowohl

⁶⁴ Dies geschah durch einen Kabinettsbeschluss am 31. Oktober 2001.

⁶⁵ Dabei handelt es sich zum einen um eine Verordnung über die Arbeitsgenehmigung für hoch qualifizierte ausländische Fachkräfte der Informationstechnologie (IT-ArGV), zum anderen um eine Verordnung über die Aufenthaltsgenehmigungen für hoch qualifizierte ausländische Fachkräfte der Informations- und Kommunikationstechnologie (IT-AV).

⁶⁶ Die Verlängerung wurde dann wirksam durch die Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Arbeitsgenehmigung für hoch qualifizierte ausländische Fachkräfte der Informations- und Kommunikationstechnologie vom 16. Juli 2003. Durch diese Änderungsverordnung konnte auf die Begrenzung der Arbeitserlaubnisse von höchstens 20.000 verzichtet werden.

⁶⁷ Bei den IT-Fachkräften mit Hochschulabschluss ist im Arbeitsgenehmigungsverfahren zu prüfen, ob diese zu vergleichbaren Gehalts- und Arbeitsbedingungen beschäftigt werden, wie sie für inländische Fachkräfte gelten.

aus dem Ausland eingereister Arbeitnehmer als auch ausländischer Studienabgänger an deutschen Hochschulen aus.

Tabelle 10: Zusicherung von Arbeitserlaubnissen für ausländische IT-Fachkräfte im Zeitraum vom 1.8.2000 bis 31.12.2002

| Staatsangehörigkeit | Insgesamt | Männer | Frauen | aus dem Ausland eingereist | ausländische Studienabgänger an deutschen Hoch-/Fachhochschulen |
|--|---------------|---------------|--------------|----------------------------|---|
| Indien | 3.165 | 2.918 | 247 | 2.989 | 176 |
| Russland, Weißrussland, Ukraine, Baltische Staaten | 1.789 | 1.572 | 217 | 1.635 | 154 |
| Rumänien | 976 | 830 | 146 | 922 | 54 |
| Tschechische/Slowakische Republik | 927 | 878 | 49 | 890 | 37 |
| Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien | 701 | 576 | 125 | 595 | 106 |
| Ungarn | 487 | 445 | 42 | 453 | 34 |
| Bulgarien | 403 | 326 | 77 | 342 | 61 |
| Algerien, Marokko, Tunesien | 402 | 370 | 32 | 144 | 258 |
| Südamerika | 355 | 275 | 80 | 292 | 63 |
| Pakistan | 193 | 190 | 3 | 158 | 35 |
| Sonstige | 3.975 | 3.337 | 638 | 2.937 | 1.038 |
| Gesamt | 13.373 | 11.717 | 1.656 | 11.357 | 2.016 |

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Von August 2000 bis zum Jahresende 2002 wurden insgesamt 13.373 Arbeits- und Aufenthaltserlaubnisse ausländischen IT-Fachkräften zugesichert. Als Folge des vorläufigen Ende des Booms in der IT-Branche ist auch die Zahl der Zusicherungen von Green Cards gesunken. So wurden im Jahr 2002 noch etwa 2.600 Green Cards zugesichert. Im Jahr 2001 waren es noch circa 6.400.

Die Zahl der tatsächlich zugewanderten IT-Fachkräfte liegt niedriger als die Zahl der Zusicherungen. Die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit weist neben den zugesicherten auch die für eine Erstbeschäftigung tatsächlich erteilten Arbeitsgenehmigungen aus. Im genannten Zeitraum wurden 9.614 Arbeitserlaubnisse für eine erstmalige Beschäftigung erteilt. „Die Diskrepanz zwischen den beiden Statistiken hängt damit zusammen, dass zwischen Zusicherung und Erteilung bis zu sechs Monate liegen können. Betriebe können zwischenzeitlich ihren Bedarf, Green Card-InteressentInnen ihre Migrationspläne revidiert haben. Auch können mehrere Betriebe für dieselbe Fachkraft Zusicherungen beantragt haben“ (Schreyer 2003, S. 2).

Tabelle 11: Erteilung von Arbeitserlaubnissen (Erstbeschäftigung) für ausländische IT-Fachkräfte im Zeitraum vom 1.8.2000 bis 31.12.2002

| Staatsangehörigkeit | Erteilte Arbeitserlaubnisse insgesamt | aus dem Ausland eingereist | ausländische Studienabgänger an deutschen Hoch-/Fachhochschulen |
|-----------------------|---------------------------------------|----------------------------|---|
| Indien | 2.008 | 1.941 | 67 |
| Rumänien | 771 | 741 | 30 |
| Russische Föderation | 695 | 645 | 50 |
| Polen | 572 | 546 | 26 |
| Slowakische Republik | 400 | 392 | 8 |
| China | 398 | 269 | 129 |
| Ungarn | 377 | 366 | 11 |
| Türkei | 367 | 339 | 28 |
| Ukraine | 363 | 342 | 21 |
| Tschechische Republik | 305 | 299 | 6 |
| Bulgarien | 297 | 270 | 27 |
| Jugoslawien | 229 | 219 | 10 |
| Vereinigte Staaten | 198 | 191 | 7 |
| Kroatien | 176 | 165 | 11 |
| Weißrussland | 158 | 155 | 3 |
| Marokko | 153 | 60 | 93 |
| Indonesien | 119 | 80 | 39 |
| Pakistan | 112 | 99 | 13 |
| Brasilien | 111 | 101 | 10 |
| Südafrika | 100 | 98 | 2 |
| Sonstige | 1.705 | 1.360 | 345 |
| Gesamt | 9.614 | 8.678 | 936 |

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Die meisten Arbeits- und Aufenthaltserlaubnisse („Green Cards“) gingen an Fachkräfte aus Indien (2.008), vor Bewerbern aus Rumänien (771), der Russischen Föderation (695) und Polen (572). Etwa 87% der IT-Spezialisten sind Männer (8.349). Knapp 90% der Fachkräfte (8.678) sind aus dem Ausland eingereiste Arbeitnehmer, während sich die restlichen 10% als ausländische Studienabgänger deutscher Hoch- bzw. Fachhochschulen bereits im Inland aufhielten.

Betrachtet man die Verteilung der „Green Cards“ differenziert nach Bundesländern, so zeigt sich, dass mehr als 95% der erteilten Arbeitserlaubnisse für ausländische IT-Fachkräfte in die alten Bundesländer vergeben wurden (9.156), vor allem an Bayern (2.462), Hessen (2.189), Baden-Württemberg (1.896) und Nordrhein-Westfalen (1.488). Auf die neuen Bundesländer entfielen 458 erteilte Arbeitserlaubnisse (4,8%).

Einer Studie des Marktforschungsunternehmens Wimmex AG, München zufolge (Wimmex 2001), sind in der IT-Branche in den ersten sechs Monaten seit Inkrafttreten der Green-Card-Regelung mit jedem Green-Card-Arbeitnehmer durchschnittlich 2,5 neue Arbeitsplätze für Inländer geschaffen worden. Die Ergebnisse dieser Studie wurden in einer Zwischenbilanz einer Monitoring-Gruppe des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung im Sommer 2001 bestätigt.

Da die IT-Branche sich seit Mitte des Jahres 2001 auch in einer Krise befindet, lässt sich allerdings nicht sagen, inwieweit es noch zutrifft, dass mit jedem Green-Card-Inhaber im Schnitt zweieinhalb neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Von dieser Krise, die mit steigender Arbeitslosigkeit verbunden ist, bleiben auch Green Card-Inhaber nicht verschont.⁶⁸ Eine

⁶⁸ Wie jedoch eine aktuelle Studie belegt, ist trotz der derzeitigen Krise im IT-Sektor auf mittlere Sicht mit einem Fachkräftemangel zu rechnen (siehe dazu Reinberg/Hummel 2003).

Studie in München, der Stadt – neben Frankfurt am Main – mit den meisten Green Card-Inhabern, ergab, dass etwa sieben Prozent der Personen, denen in München eine Green Card erteilt wurde, später als arbeitslos registriert waren (vgl. Schreyer/Gebhardt 2003). In der Regel bedeutete der Verlust des Arbeitsplatzes für den Green Card-Inhaber auch den Verlust der Aufenthaltserlaubnis, da diese an die Dauer der Beschäftigung geknüpft ist. Auf Initiative der Bundesanstalt für Arbeit und des (damaligen) Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung bat das Bundesministerium des Innern in einem Schreiben vom 18. Juli 2002 die Innenministerien der Länder, auf die jeweiligen Ausländerbehörden so einzuwirken, dass zumindest bei arbeitslosen Green Card-Fachkräften, die Arbeitslosengeld beziehen, der Aufenthalt großzügiger genehmigt wird. Nach den Erkenntnissen der Studie von Schreyer/Gebhardt haben daraufhin viele Ausländerbehörden ihre Praxis geändert und gewähren nun einen Aufenthalt von sechs Monaten, wenn ein Anspruch auf Arbeitslosengeld vorliegt und drei Monate, wenn ein solcher Anspruch noch nicht erworben wurde. Die eingeräumte Frist ermöglichte vielfach die erfolgreiche Suche nach einer neuen Stelle. Die Verwaltungspraxis ist jedoch nach wie vor uneinheitlich.

Über den Verbleib der Green Card-Inhaber, die arbeitslos wurden oder deren Beschäftigung regulär endete, ist in der Regel wenig bekannt, da das Merkmal „Green Card“ nicht in den Statistiken der Ausländerbehörden erfasst wird. Deshalb können Aussagen über eine eventuelle Rückkehr in die jeweiligen Herkunftsländer oder eine mögliche Weiterwanderung etwa in die USA nicht getroffen werden.

2.9 Ausländische Studierende

Im Zusammenhang mit der politischen Debatte um den Mangel an Fachkräften und um die Zulassung von ausländischen Fachkräften in der IT-Branche ist auch das Studium von Ausländern in Deutschland in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Im Hinblick auf den weltweiten „Wettbewerb um die besten Köpfe“ ist es Ziel der Bundesregierung, das Studium für ausländische Studierende in Deutschland attraktiver zu machen („brain gain“).⁶⁹

Ausländische Studenten, die nicht aus den Staaten der Europäischen Union, Island, Norwegen, der Schweiz, Liechtenstein, Monaco, San Marino, Honduras, Australien, Israel, Japan, Kanada, Neuseeland oder den USA stammen, benötigen vor der Einreise ein Visum der zuständigen deutschen Auslandsvertretung. Für ein Visum zu Studienzwecken ist der Zulassungsbescheid einer deutschen Hochschule oder eine anerkannte Hochschulzugangsberechtigung zusammen mit einer vollständigen Bewerbung sowie ein Nachweis über die Finanzierung des ersten Studienjahrs vorzulegen. Ausländische Studienbewerber sind im Visaverfahren eine privilegierte Gruppe, da sie ihre Visa in der Regel in einem beschleunigten Verfahren, dem sogenannten Schweigefristverfahren, erhalten. Das Visum bedarf zwar grundsätzlich der Zustimmung der für den künftigen Aufenthaltsort zuständigen Ausländerbehörde. Sofern jedoch innerhalb einer Frist von 3 Wochen und 2 Arbeitstagen (Schweigefrist) diese Behörde gegenüber der Auslandsvertretung, bei der das Visum beantragt wurde, keine Bedenken erhebt, wird das Visum erteilt. Nach der Einreise wird dem Bewerber eine auf ein Jahr befristete Aufenthaltserlaubnis ausgestellt (§ 28 AuslG). Danach wird die Aufenthaltserlaubnis um jeweils zwei Jahre verlängert bis der Zweck des Aufenthalts durch die Beendigung des Studiums oder der Promotion erfüllt ist, soweit ausreichende Mittel zur Sicherung des Lebensunterhalts für diesen Zeitraum nachgewiesen werden und ein ordnungsgemäßes Studium vorliegt.⁷⁰

Zu unterscheiden sind zwei Kategorien von ausländischen Studierenden. Zum einen die sogenannten Bildungsinländer, die über eine deutsche Hochschulzugangsberechtigung verfügen, zu einem großen Teil in Deutschland geboren sind, aber nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und in diesem Sinne keine Migranten sind. Zum anderen die sogenannten Bildungsausländer, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben haben und zum Zwecke des Studiums nach Deutschland einreisen. Deren Anteil liegt relativ konstant bei etwa zwei Drittel an allen Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit (zwischen 64% und 72%)⁷¹. Im weiteren wird nur noch auf die Bildungsausländer, insbesondere auf die bildungsausländischen Studienanfänger eingegangen.

⁶⁹ Um diese „Internationalisierung“ voranzutreiben, wurde etwa die Konzertierte Aktion „Internationales Marketing für den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland“ ins Leben gerufen, die getragen wird von allen wichtigen Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft (vgl. Pressemitteilung der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) bzw. des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Auftaktveranstaltung der Konzertierten Aktion am 22. Juni 2001). Ein Ergebnis dieser Aktion ist beispielsweise die Kampagne „Hi Potentials! International Careers made in Germany“.

⁷⁰ Der Entwurf des Zuwanderungsgesetzes sieht vor, dass Hochschulabsolventen der Aufenthalt in Deutschland nach Beendigung des Studiums für ein weiteres Jahr zur Suche eines Arbeitsplatzes gewährt werden kann. Damit soll verhindert werden, dass gut ausgebildete Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit nach Abschluss ihres Studiums in Deutschland in andere Länder abwandern.

⁷¹ Dabei ist insbesondere in den letzten drei Jahren ein kontinuierlicher Anstieg dieses Anteils festzustellen (vgl. Tabelle 12).

Tabelle 12: Ausländische Studierende an deutschen Hochschulen vom Wintersemester 1993/94 bis zum Wintersemester 2002/2003

| Semester | Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit | davon Bildungsausländer | in % |
|--------------|---|-------------------------|------|
| WS 1993/94 | 134.391 | 86.750 | 64,6 |
| WS 1994/95 | 141.460 | 92.609 | 65,5 |
| WS 1995/96 | 146.472 | 98.389 | 67,2 |
| WS 1996/97 | 152.206 | 100.033 | 65,7 |
| WS 1997/98 | 158.474 | 103.716 | 65,4 |
| WS 1998/99 | 165.994 | 108.785 | 65,5 |
| WS 1999/2000 | 175.140 | 112.883 | 64,5 |
| WS 2000/2001 | 187.027 | 125.714 | 67,2 |
| WS 2001/2002 | 206.141 | 142.786 | 69,3 |
| WS 2002/2003 | 227.026 | 163.213 | 71,9 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 13: Ausländische Studienanfänger an deutschen Hochschulen vom Sommersemester 1993 bis zum Wintersemester 2002/2003

| Semester ¹ | Ausländische Studienanfänger | davon Bildungsausländer | in % |
|-----------------------|------------------------------|-------------------------|------|
| SoSe 1993 | 8.095 | 6.791 | 83,9 |
| WS 1993/94 | 26.891 | 19.380 | 72,1 |
| SoSe 1994 | 8.983 | 7.736 | 86,1 |
| WS 1994/95 | 27.858 | 20.192 | 72,5 |
| SoSe 1995 | 9.131 | 7.760 | 85,0 |
| WS 1995/96 | 27.655 | 20.463 | 74,0 |
| SoSe 1996 | 9.444 | 8.090 | 85,7 |
| WS 1996/97 | 28.829 | 21.303 | 73,9 |
| SoSe 1997 | 9.894 | 8.431 | 85,2 |
| WS 1997/98 | 30.241 | 22.694 | 75,0 |
| SoSe 1998 | 10.999 | 9.476 | 86,2 |
| WS 1998/99 | 33.198 | 25.299 | 76,2 |
| SoSe 1999 | 12.798 | 11.228 | 87,7 |
| WS 1999/2000 | 36.902 | 28.677 | 77,7 |
| SoSe 2000 | 14.131 | 12.553 | 88,8 |
| WS 2000/2001 | 40.757 | 32.596 | 80,0 |
| SoSe 2001 | 16.562 | 14.925 | 90,1 |
| WS 2001/2002 | 46.945 | 38.250 | 81,5 |
| SoSe 2002 | 18.970 | 17.153 | 90,4 |
| WS 2002/2003 | 49.596 | 41.327 | 83,3 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

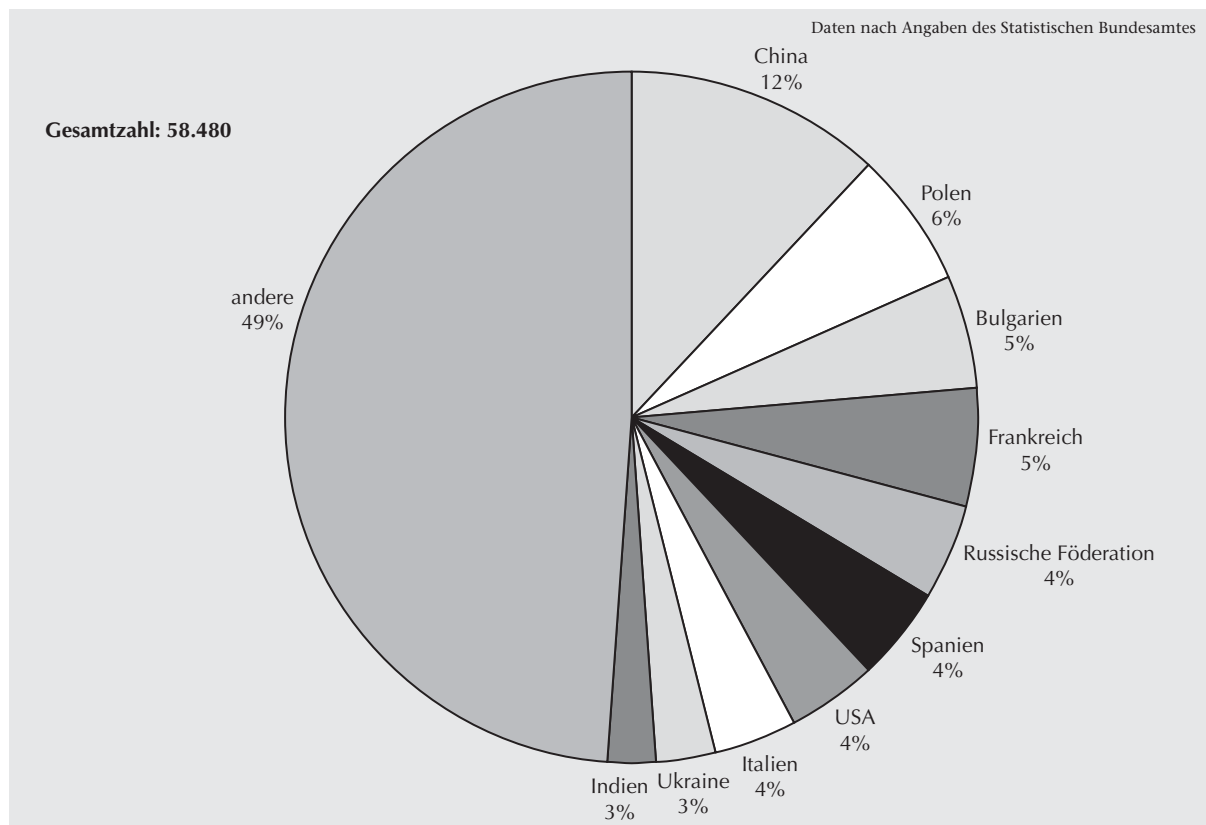
1) SoSe = Sommersemester, WS = Wintersemester.

Es zeigt sich, dass der Anteil der Bildungsausländer an den ausländischen Studienanfängern höher ist als der Anteil der Bildungsausländer an allen ausländischen Studierenden. Dies muss im Zusammenhang mit der europäischen Mobilität gesehen werden. Dabei handelt es sich zum Teil um ausländische Studierende, die nur für ein vorübergehendes Teilstudium nach Deutschland kommen (Auslandssemester). In der Regel werden diese ausländischen Studierenden in Deutschland im ersten Hochschulsesemester eingeschrieben und nicht nach dem Studienstand in der Heimathochschule.

Im Wintersemester 2002/2003 betrug der Anteil der Bildungsausländer an den ausländischen Studienanfängern 83,3% (absolut: 41.327 von 49.596 ausländischen Studienanfängern), im Sommersemester 2002 90,4% (absolut: 17.153 von 18.970 ausländischen Studienanfängern). D.h., dass insgesamt mehr als vier Fünftel (85,3% bzw. in absoluten Zahlen 58.480 von 68.566) aller Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die im Jahr 2002 ihr Studium an einer deutschen Hochschule begonnen haben, Bildungsausländer waren.

Betrachtet man die Entwicklung der Zahl der Bildungsausländer insgesamt, so lässt sich feststellen, dass diese vom Wintersemester 1993/94 bis zum Wintersemester 2002/2003 kontinuierlich von etwa 87.000 auf circa 163.000 angestiegen ist. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der bildungsausländischen Studienanfänger mehr als verdoppelt (von 19.380 auf 41.327). Diese Entwicklung ist Ausdruck einer gestiegenen Bildungsmobilität.

Abbildung 26: Studienanfänger (Bildungsausländer) im Jahr 2002 nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten



Betrachtet man die Gruppe der Bildungsausländer, die im Jahr 2002 ihr Studium an einer deutschen Hochschule begonnen haben differenziert nach Staatsangehörigkeiten, so zeigt sich folgendes Bild (siehe Abbildung 26 und Tabellen 51 und 52 im Anhang): Die größte Gruppe bildeten Studierende mit chinesischer Staatsangehörigkeit (6.985). Zu den weiteren Hauptherkunftsländern im Jahr 2002 zählen Polen (3.699), Bulgarien (3.172), Frankreich (3.128), die Russische Föderation (2.627) und Spanien (2.619). Dabei lässt sich feststellen, dass in den letzten Jahren insbesondere die Zahl der Studienanfänger aus China stark angestiegen ist. Diese hat sich im Zeitraum von 1999 bis 2002 mehr als verdreifacht. Ebenfalls stark angestiegen ist die Zahl der Studienanfänger aus den meisten osteuropäischen Staaten (Bulgarien, Russische Föderation, Ukraine, Rumänien, Polen, Tschechische Republik) und aus Indien.

2.10 Rückkehr deutscher Staatsangehöriger

Deutsche bildeten in den Jahren von 1990 bis 2002 jeweils die größte Gruppe der Zugezogenen (siehe Kapitel 1.2). So gingen im Jahr 2002 184.202 Personen als Deutsche in die Zuzugsstatistik ein. Ein erheblicher Teil hiervon waren allerdings Spätaussiedler mit ihren Familienangehörigen (außer diejenigen nach § 8 Abs. 2 BVFG)⁷² (siehe dazu Kapitel 2.3), d.h. Migranten, die zum ersten Mal nach Deutschland kamen, um hier ein neues Leben zu beginnen.

Den anderen Teil der deutschen Zuwanderer bilden Rückkehrer mit deutscher Staatsangehörigkeit, die jederzeit das Recht auf Rückkehr nach Deutschland haben.⁷³ Hierbei handelt es sich überwiegend um Personen, die nach "temporärem" Aufenthalt im Ausland nach Deutschland zurückkehren wie z.B. Techniker, Manager, Kaufleute, Rentner, Studenten⁷⁴ sowie deren Angehörige. Man kann jedoch annehmen, dass sich ein hoher Anteil von aus dem Ausland zurückkehrenden Personen vor ihrer Ausreise aus Deutschland nicht bei den Behörden abmeldet, da bei nur kurzzeitigem Auslandsaufenthalt der inländische Wohnsitz häufig beibehalten wird, so dass eine Anmeldung bei der Rückkehr nach Deutschland ebenfalls unterbleibt. Dennoch ist die Zahl und der Anteil der deutschen Rückkehrer an den deutschen Zuwanderern kontinuierlich von circa einem Viertel im Jahr 1994 auf etwa 57% im Jahr 2002 angestiegen. Dabei übersteigt die Zahl der Fortgezogenen mit deutscher Staatsangehörigkeit die der deutschen Rückkehrer in jedem Jahr, im Jahr 2002 um etwa 12.000.

Ein Blick auf die Regionen bzw. Länder, aus denen deutsche Staatsangehörige nach Deutschland zurückkehren, zeigt folgendes Bild: Im Jahr 2002 zogen 27.779 Deutsche aus den anderen Staaten der Europäischen Union zurück nach Deutschland. Aus den Vereinigten Staaten wanderten 11.268 Deutsche zurück nach Deutschland. Aus Polen zogen 19.502 Deutsche zu. Ein Großteil hiervon besitzt vermutlich die doppelte Staatsangehörigkeit. Dies ist Ausdruck einer seit mehreren Jahren festzustellenden Pendelmigration zwischen Deutschland und Polen, die sich mit der Erweiterung der EU im nächsten Jahr weiter verstärken dürfte (siehe dazu Kapitel 7).

⁷² Im Jahr 2002 erhielten 78.276 Personen, die im Rahmen des Spätaussiedlerzuzugs nach Deutschland zogen, mit der Ausstellung der Spätaussiedlerbescheinigung nach dem Bundesvertriebengesetz die deutsche Staatsangehörigkeit.

⁷³ Unter Abzug derjenigen Personen, die im Rahmen des Spätaussiedlerzuzugs als Deutsche in die Zuzugsstatistik eingingen, waren dies im Jahr 2002 etwa 106.000 Personen.

⁷⁴ Im Jahr 2000 waren etwa 50.000 deutsche Studierende an ausländischen Hochschulen eingeschrieben. Insgesamt ist die Zahl der Deutschen, die für ein Studium ins Ausland zogen, seit 1991 kontinuierlich angestiegen. Im Jahr 1991 studierten etwa 34.000 Deutsche an einer ausländischen Hochschule. Die begehrtesten Studienländer im Jahr 2000 waren die USA und das Vereinigte Königreich. An den Universitäten dieser Länder waren jeweils etwa 10.000 deutsche Studenten eingeschrieben (vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) 2002).

3. Unkontrollierte Migration

In diesem Kapitel wird die unkontrollierte Migration nach Deutschland insbesondere hinsichtlich ihrer quantitativen Messbarkeit betrachtet und auf die Personen beschränkt, die weder einen asyl- oder ausländerrechtlichen Aufenthaltsstatus besitzen, noch eine ausländerrechtliche Duldung vorweisen können.

Die Illegalität von Ausländern in Deutschland ist nicht nur Folge einer unerlaubten Einreise, sondern kann auch im Land entstehen. Folgende Formen der Illegalität hinsichtlich der Einreise, des Aufenthalts und der Beschäftigung im Inland können unterschieden werden: Einerseits die unkontrollierte Zuwanderung in Gestalt eines unbemerkten Grenzübertritts ohne Einreisegenehmigung oder die Einreise mit gefälschten Papieren, gefolgt von unerlaubtem Inlandsaufenthalt und illegaler Arbeitsaufnahme, unangemeldet oder mit Hilfe gefälschter Papiere. Andererseits Illegalisierung nach legaler Einreise zu befristetem Aufenthalt (z.B. als Tourist, Saisonbeschäftigter, Geschäftsreisender, Asylbewerber) durch rechtswidrigen Verbleib nach Überschreiten der gewährten Aufenthaltsfrist (Untertauchen in die Illegalität nach Eintreffen der Ausreiseaufforderung, um drohender Abschiebung zu entgehen).

Die Wanderungsmotive der einzelnen Migranten können zum einen ökonomisch bedingt sein, insbesondere durch den Wunsch nach Verbesserung der materiellen Lebenssituation durch Arbeitsaufnahme in Deutschland. Zum anderen können familiäre und verwandtschaftliche Motive eine Rolle spielen, insbesondere bei Personen, deren Status nicht zum Familiennachzug berechtigt. Als weiteres Motiv ist die Möglichkeit des Schutzes vor politischer Verfolgung oder vor erheblicher Gefahr für Leib und Leben zu nennen.

In diesem Zusammenhang ist zum einen auf die Bedeutung der durch Herkunftsgemeinschaften und besonders durch familiäre Bezüge geprägten Migrationsnetzwerke hinzuweisen, zum anderen auf die wachsende Inanspruchnahme von kommerziellen und kriminellen Organisationen zumindest bis zur Einreise nach Deutschland (Transport, Versorgung mit gefälschten Pässen).

In der öffentlichen Debatte werden häufig Schätzungen zur Größenordnung unerlaubter Aufenthalte in der Bundesrepublik Deutschland genannt. Diesen Schätzungen ist mit großer Skepsis zu begegnen, da zumeist nicht dargelegt wird, auf welchen Annahmen die genannten Zahlen basieren.

Sowohl die unerlaubte Einreise als auch der unerlaubte Aufenthalt sind strafrechtlich relevante Tatbestände. Deshalb sind unerlaubt in Deutschland lebende Ausländer – auch wegen drohender Abschiebung – bestrebt, ihren Aufenthalt vor den deutschen Behörden zu verbergen. Diese sind grundsätzlich verpflichtet, die Illegalität des betreffenden Migranten anzuzeigen. Folglich wird jegliche staatliche Registrierung – z.B. bei den Meldebehörden und in der Sozialversicherung – unterlassen. Die unerlaubt in Deutschland lebenden Migranten entziehen sich somit weitgehend der statistischen Erfassung.

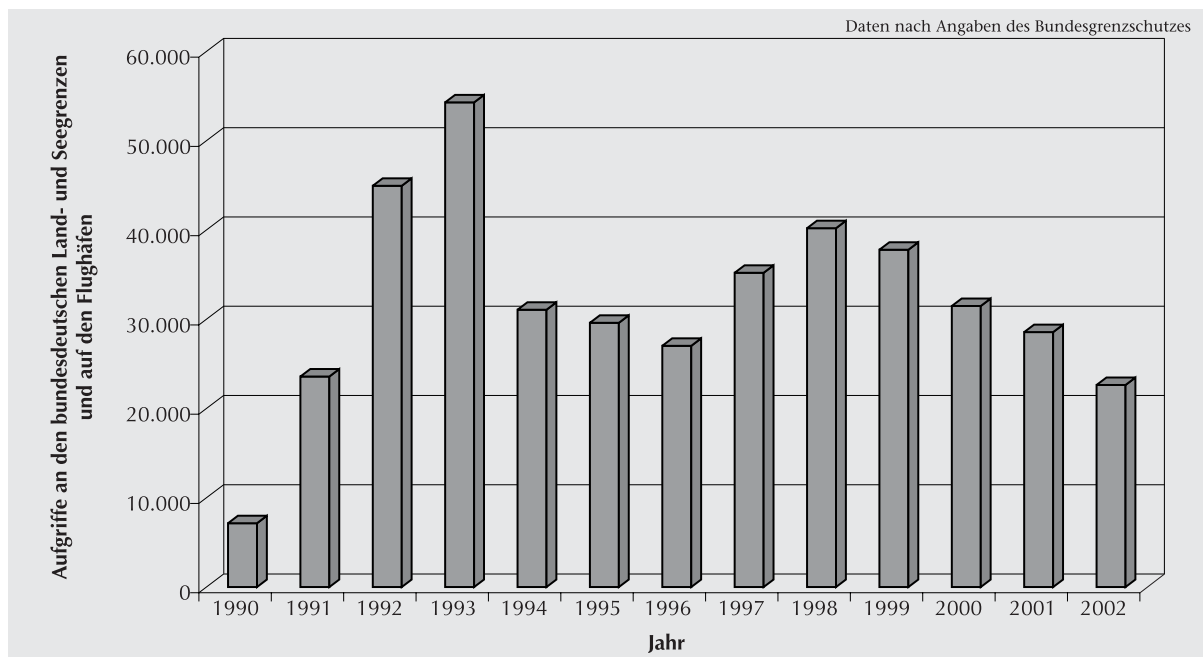
Es bleibt also zu fragen, ob und in welchem Maße sich das Phänomen der Illegalität zahlenmäßig verändert hat. Die folgenden Indikatoren (Aufgriffe an den Grenzen, Aufgriffe wegen unerlaubten Aufenthalts, Aufgriffe wegen illegaler Ausländerbeschäftigung) können die unerlaubte Migration als solche nicht messen, sondern können sehr eingeschränkt Hinweisgeber bezüglich einer längerfristigen Entwicklung sein. Indikatoren, die auf Entwicklungstendenzen bei der unkontrollierten Migration hinweisen, finden sich etwa in der vom Bundesgrenzschutz (BGS) erstellten Statistik über die Anzahl der unerlaubten Einreisen von Ausländern sowie

über die Zahl der Aufgriffe von Geschleusten und Schleusern an den bundesdeutschen Land- und Seegrenzen und auf den Flughäfen. Die im Folgenden aufgeführten Zahlen geben nur das Hellfeld der dargestellten Delikte wieder. Hierbei sind auch Fälle erfasst, in denen der festgestellte unerlaubt eingereiste wiederholt nach Deutschland unerlaubt eingereist ist.

Aufgriffe an den deutschen Grenzen:

Aufgriffe von unerlaubt eingereisten Ausländern an den deutschen Grenzen

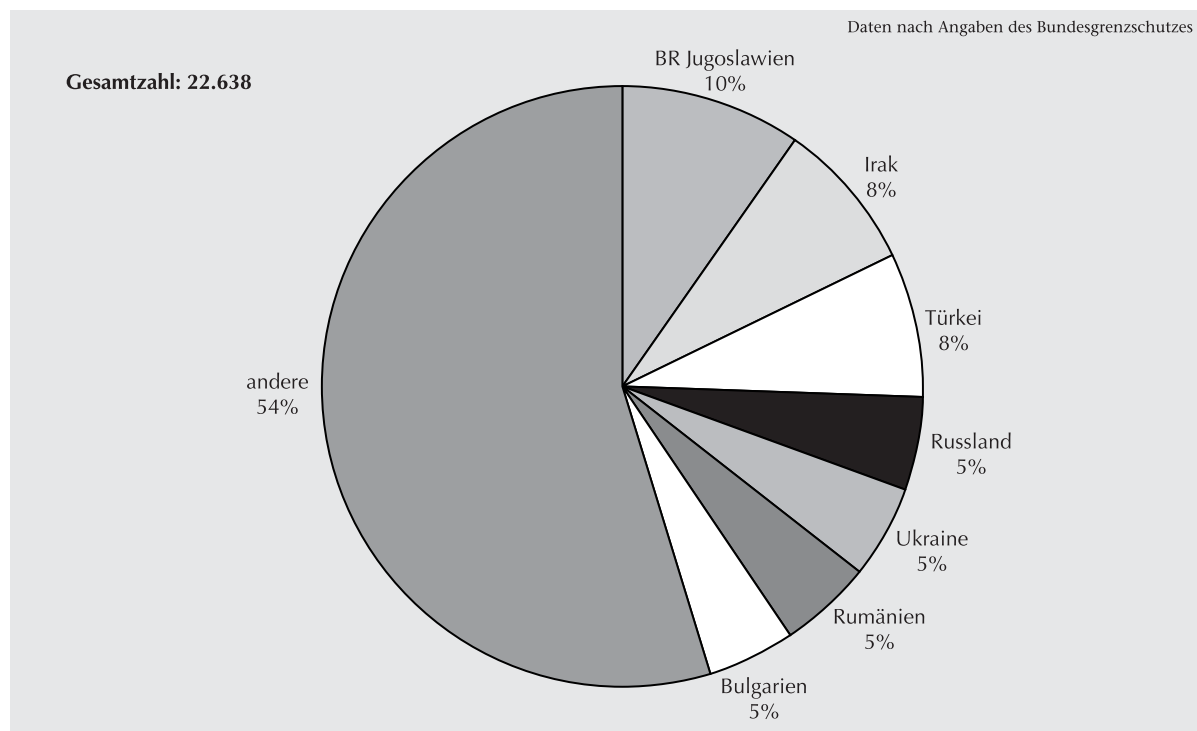
Abbildung 27: Aufgriffe von unerlaubt eingereisten Ausländern an den deutschen Grenzen von 1990 bis 2002



Im Jahr 2002 wurden 22.638 Aufgriffe an den deutschen Grenzen wegen unerlaubter Einreise verzeichnet. Dies sind 20,7% weniger als im Vorjahr, wobei die Zahl seit 1998 in jedem Jahr erneut gesunken ist.

Die meisten Aufgriffe von unerlaubt eingereisten Personen wurden wie schon im Vorjahr auch im Jahr 2002 an der Grenze zu Österreich verzeichnet (2002: 7.518; 2001: 8.210). An allen deutschen Schengengrenzen zusammen sind im Jahr 2002 15.679 Aufgriffe zu verzeichnen gewesen (2001: 16.377). Im Vergleich zu 2001 sehr stark gesunken sind jedoch die Aufgriffe an der deutschen EU-Außengrenze zu Polen (von 2.592 auf 1.974) und insbesondere zur Tschechischen Republik (von 7.141 auf 2.500). Teilweise ist der Rückgang damit zu erklären, dass die Visumpflicht für rumänische Staatsangehörige zum 1. Januar 2002 aufgehoben worden ist. Hierdurch sanken die Aufgriffe rumänischer Staatsbürger von 2.916 auf 1.118 Personen. Weitere Ursachen für die Entwicklung sind im verstärkten Ausbau der Grenzsicherung durch die beiden östlichen Anrainerstaaten sowie die stetige Intensivierung der Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen des Bundesgrenzschutzes und der Anrainerstaaten zu sehen.

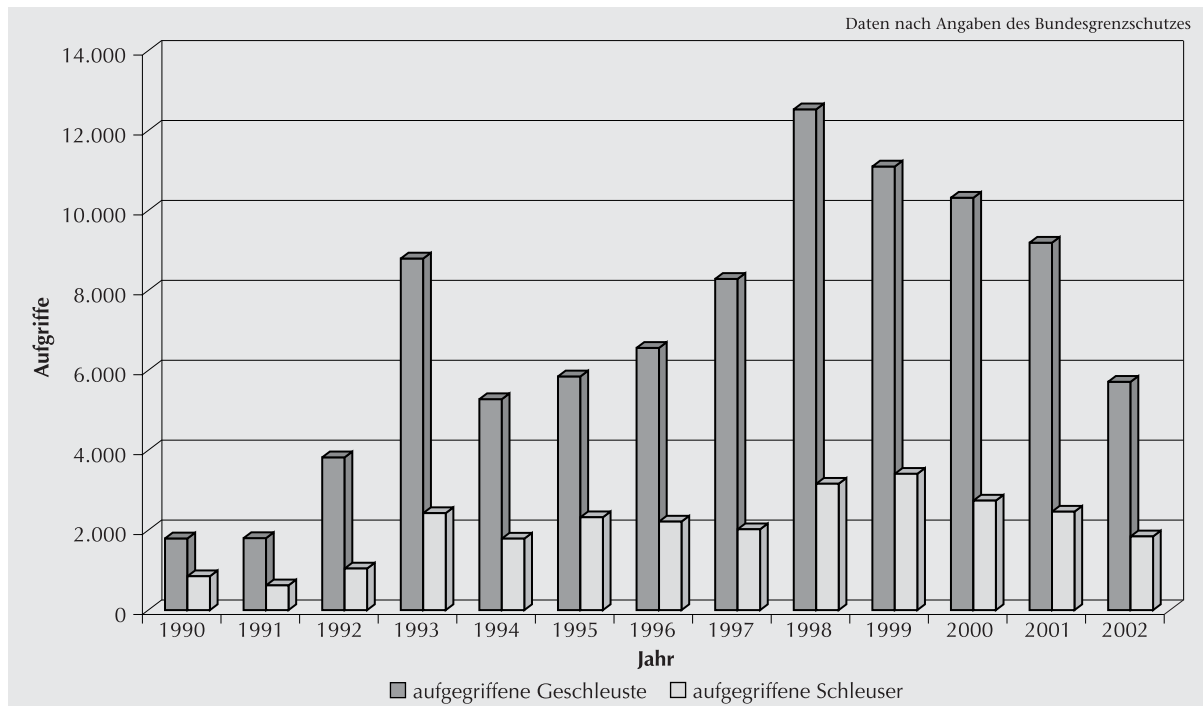
Abbildung 28: Aufgriffe von unerlaubt eingereisten Ausländern an den deutschen Grenzen nach Staatsangehörigkeiten im Jahr 2002



Am häufigsten wurden Staatsangehörige der BR Jugoslawien nach einer unerlaubten Einreise aufgegriffen (2002: 2.172). Die Zahl ist allerdings seit der Beendigung des Kosovo-Konflikts Mitte 1999 kontinuierlich rückläufig. An zweiter Stelle bei den Aufgriffen stehen irakische (1.835) vor türkischen (1.809) Staatsangehörigen, wobei sich die Zahl gegenüber 2001 jeweils um 17% verringerte. Der Rückgang der Gesamtzahl festgestellter unerlaubter Einreisen spiegelt sich auch hier wider. Unter den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten im Bezug zu den Gesamtfeststellungen bei unerlaubten Einreisen verzeichneten lediglich die Russische Föderation (+ 37% auf 1.129), Bulgarien (+34% auf 1.091) und vor allem China (+116% auf 1.017) einen Anstieg der Aufgriffszahlen. Im Gegensatz zum allgemeinen Trend an der deutschen EU-Außengrenze wurde gerade hier der Anstieg bei chinesischen (Grenze zu Tschechien) und russischen (Grenze zu Polen) Staatsangehörigen verzeichnet.

Aufgriffe von Geschleusten und Schleusern an den deutschen Grenzen

Abbildung 29: An deutschen Grenzen aufgegriffene Geschleuste⁷⁵ und Schleuser von 1990 bis 2002



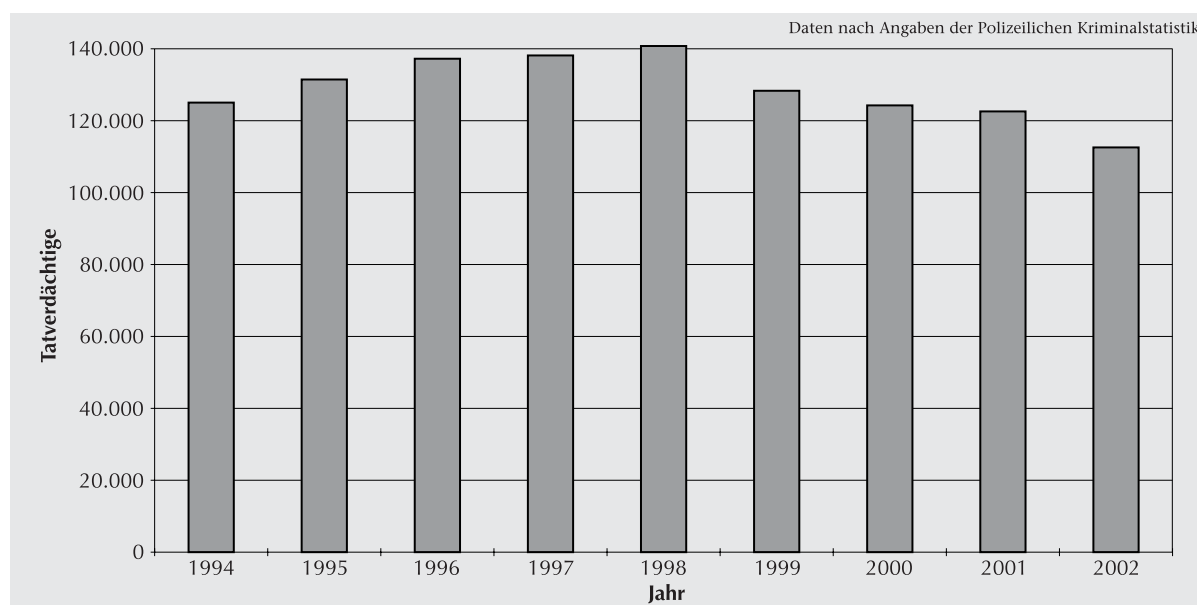
Die Zahl der an den deutschen Grenzen aufgegriffenen Schleuser sank im Jahr 2002 im Vergleich zum Vorjahr stark von 2.463 auf 1.844 Personen (Rückgang um 25%), womit der niedrigste Stand seit 1994 erreicht wurde. Auch bei den Geschleusten setzte sich der Rückgang von 9.194 (2001) auf 5.713 Aufgriffe im Jahr 2002 fort (Rückgang um 38%). Eine niedrigere Zahl wurde ebenfalls letztmalig im Jahr 1994 verzeichnet. Nach ihrem Höhepunkt in den Jahren 1998 und 1999 scheint sich die Situation hier also insgesamt deutlich entspannt zu haben. Dieser Rückgang korreliert mit dem Absinken der Zahl festgestellter unerlaubter Einreisen.

⁷⁵ Es handelt sich um Personen, die zusammen mit Schleusern aufgegriffen wurden. Die Zahl der geschleusten Personen ist so nicht identisch mit der Zahl der Aufgegriffenen in Abbildung 15.

Aufgriffe wegen unerlaubten Aufenthalts im Land

Aufgriffe wegen unerlaubten Aufenthalts sind in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) erfasst.⁷⁶ In dieser Statistik werden alle einer Tat verdächtigen Ausländer auch nach der Art des Aufenthalts unterschieden. Im Folgenden werden die Personen ohne Aufenthaltsrecht betrachtet.

Abbildung 30: Unerlaubt (illegal) aufhältige Tatverdächtige in der Bundesrepublik Deutschland von 1994 bis 2002

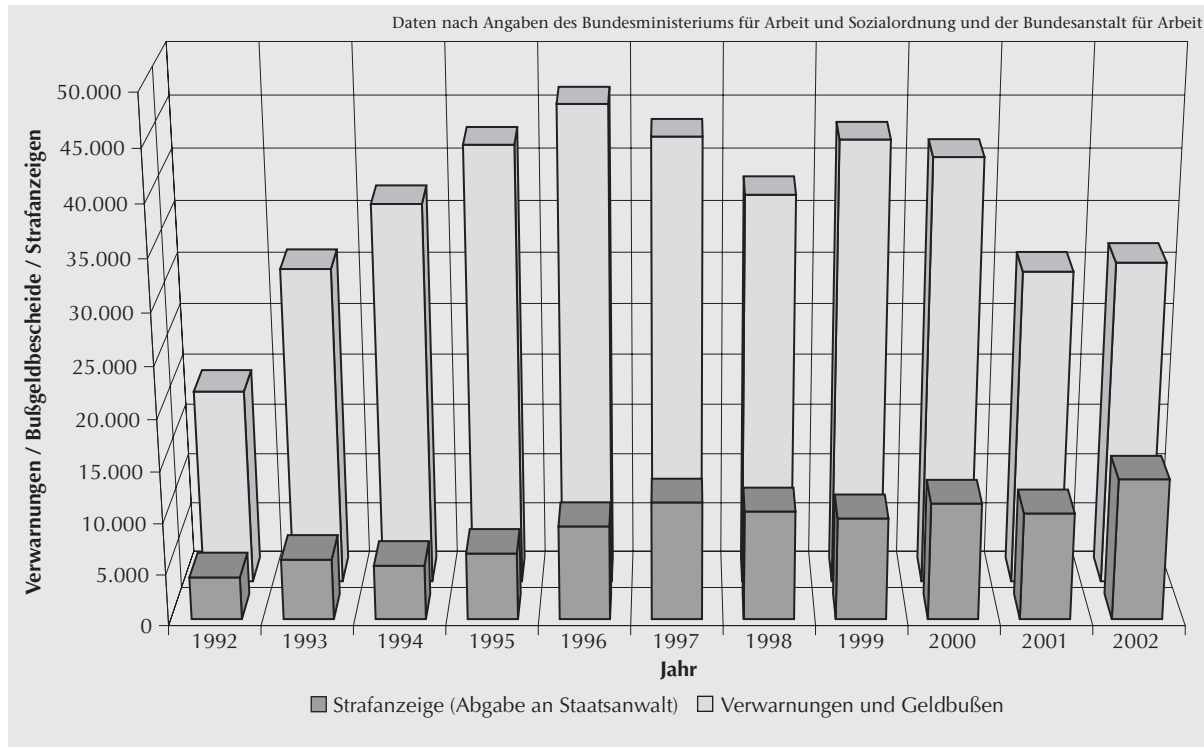


Im Jahr 2002 wurden in Deutschland insgesamt 112.573 Aufgriffsfälle wegen unerlaubten Aufenthalts registriert (darunter etwa 103.000 Aufgriffsfälle wegen Verstoßes gegen das Ausländergesetz bzw. das Asylverfahrensgesetz). Zieht man hiervon die 22.638 Aufgriffe an der Grenze ab (die auch in die PKS eingehen), so ergibt sich eine Größenordnung von rund 90.000 Aufgriffen innerhalb des Bundesgebiets. Diese Zahl könnte gewissermaßen die Untergrenze des "Bestandes" an unerlaubt aufhältigen Personen für das Jahr 2002 darstellen. Die Zahl der Aufgriffe wegen unerlaubten Aufenthalts ist seit 1998 kontinuierlich gesunken, von 2001 auf 2002 um etwa 8%.

⁷⁶ In Deutschland ist der unerlaubte Aufenthalt außerhalb einer Duldung strafbar (§ 92 AuslG).

Aufgriffe wegen illegaler Ausländerbeschäftigung

Abbildung 31: Verwarnungen, Geldbußen und Strafanzeigen wegen illegaler Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland von 1992 bis 2002 (Arbeitgeber und Arbeitnehmer)



Im Jahr 2002 wurden 13.728 Fälle illegaler Ausländerbeschäftigung von der Bundesanstalt für Arbeit an die Staatsanwaltschaft übergeben. Damit ist die Zahl der Strafanzeigen gegen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Zusammenhang mit illegaler Ausländerbeschäftigung im Vergleich zu den Vorjahren angestiegen. Die Zahl der Verwarnungen und Geldbußen ist zwischen 2000 und 2001 jedoch deutlich zurückgegangen und hat sich im Jahr 2002 auf einem niedrigen Niveau stabilisiert.

Einschränkend zu dieser Statistik der Bundesanstalt für Arbeit ist zu bemerken, dass sie als Fallstatistik die Verstöße von Arbeitnehmern und Arbeitgebern beinhaltet. Liegt ein offensichtlicher Fall von illegaler Ausländerbeschäftigung vor, so wird dieser doppelt - als Rechtsbruch des Arbeitgebers und des ausländischen Arbeitnehmers - registriert. In der Statistik wird auch nicht der Aufenthaltsstatus der betreffenden Person erfasst; insofern werden Personen ohne gültigen Aufenthaltstitel nicht explizit ausgewiesen. D.h. es geht nicht hervor, wie viele der in der Statistik erfassten Personen sich unerlaubt in Deutschland aufhalten. Zudem reflektiert dieser Indikator auch die zunehmende Intensität und Effektivität der Kontrollen der Bundesanstalt für Arbeit.

4. Zuwanderung im europäischen Vergleich

Die westlichen Industrienationen sind vor allem in den neunziger Jahren verstärkt das Ziel von Zuwanderung geworden. Alle Staaten der Europäischen Union haben spätestens seit Mitte der neunziger Jahre einen positiven Wanderungssaldo. Häufig wird diese Zuwanderung in quantitativer Hinsicht verglichen. Die Vergleichbarkeit der Zahlen ist jedoch aus folgenden Gründen erheblich eingeschränkt:

Die Definitionskriterien, wer als Migrant zu gelten hat, sind international nicht einheitlich. In einigen Staaten wird beispielsweise eine Aufenthaltsdauer von mindestens einem Jahr im Zielland vorausgesetzt. Manche Staaten nehmen die faktische Aufenthaltsdauer, andere die beabsichtigte Dauer des Aufenthalts zum Maßstab. In Deutschland werden dagegen ausschließlich die Wohnortwechsel über die Grenzen registriert. Zusätzlich problematisch für die Vergleichbarkeit der Daten ist die Tatsache, dass die eingehenden Zuwanderungsformen nicht einheitlich sind, was unmittelbar mit den unterschiedlichen Definitionskriterien zusammenhängt. So gehen z.B. Asylbewerber in Deutschland in die Zuzugsstatistik ein, sobald eine Anmeldung bei einer Meldebehörde erfolgt, während in der Schweiz erst anerkannte Asylberechtigte verzeichnet sind.

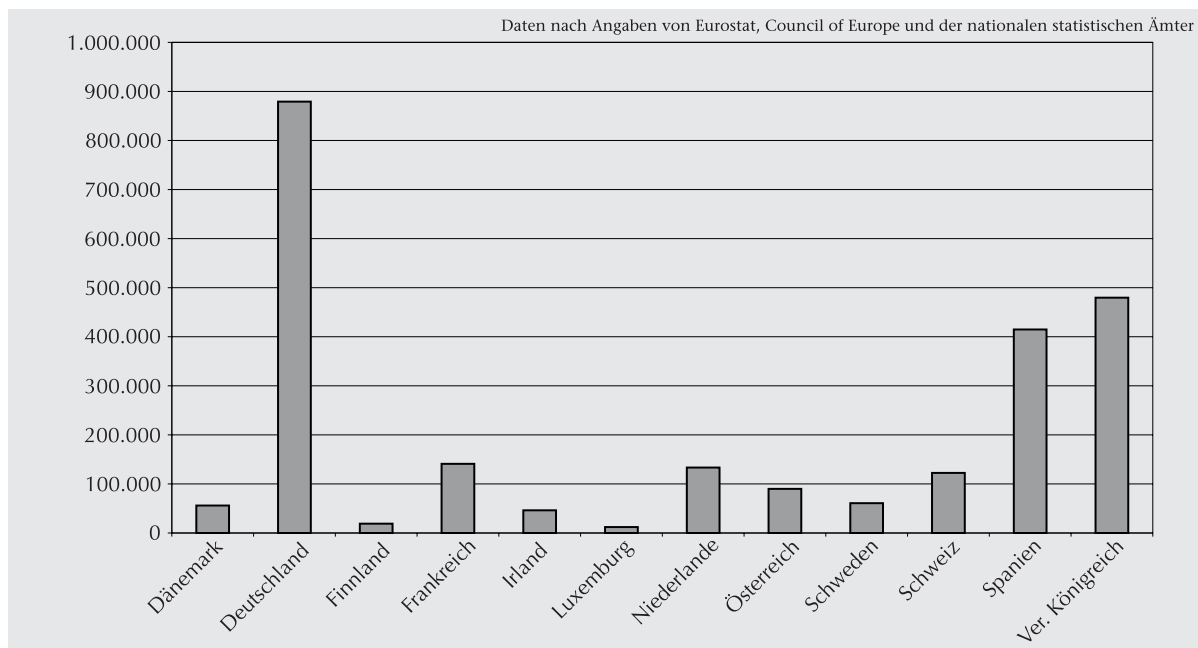
Einige Staaten, wie z.B. Frankreich, führen keine eigene Migrationsstatistik, so dass in diesem Fall auf andere Quellen zurück gegriffen werden muss (in Frankreich etwa auf Daten des Arbeits- und des Außenministeriums). Frankreich, Portugal und Griechenland weisen nur die zuwandernden Ausländer, nicht jedoch zuziehende eigene Staatsangehörige aus. Zudem ist die internationale Vergleichbarkeit der Wanderungsstatistiken durch die unterschiedliche Datenqualität in den einzelnen Ländern erschwert.

Trotz der eingeschränkten Vergleichbarkeit der Zuwanderungszahlen auf europäischer Ebene ist ein Vergleich zwischen den einzelnen Ländern der EU sinnvoll. Die Schweiz wird als an Deutschland angrenzendes, weiteres bedeutendes Zuwanderungsland in Europa für den Vergleich zusätzlich herangezogen. In diesem Kapitel werden im folgenden sowohl die absoluten Zuwanderungszahlen der einzelnen Länder, als auch die Zuzüge im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße dargestellt.

Betrachtet man – immer unter dem Vorbehalt der eingeschränkten Vergleichbarkeit – die absoluten Zuwanderungszahlen der einzelnen europäischen Länder, so hat Deutschland ohne Berücksichtigung der Abwanderung die weitaus höchsten Zuwanderungszahlen in Europa mit über 800.000 Zuzügen in den Jahren 2000 und 2001. Von 1991 bis 2000 verzeichnete Deutschland 10.459.095 Zuzüge. Das Vereinigte Königreich, dessen Zuwanderungszahlen zwischen 1995 und 2000 kontinuierlich angestiegen sind, ist das zweitwichtigste Zielland mit etwa 3,4 Millionen Zuwanderern im gleichen Zeitraum. Zudem kann festgestellt werden, dass innerhalb der EU insbesondere Spanien einen starken Anstieg der Zuwanderungszahlen seit dem Jahr 1999 zu verzeichnen hat: So wurden im Jahr 2002 über 483.000 Zuwanderer in Spanien gezählt, nachdem diese Zahl im Jahr 1999 noch bei etwa 127.000 lag (siehe Abbildung 50 und Tabelle 60 im Anhang).

Die folgende Abbildung gibt die Größenordnung der Zuwanderung im Jahr 2001 in ausgewählten Staaten der Europäischen Union und in der Schweiz in absoluten Zahlen wieder:

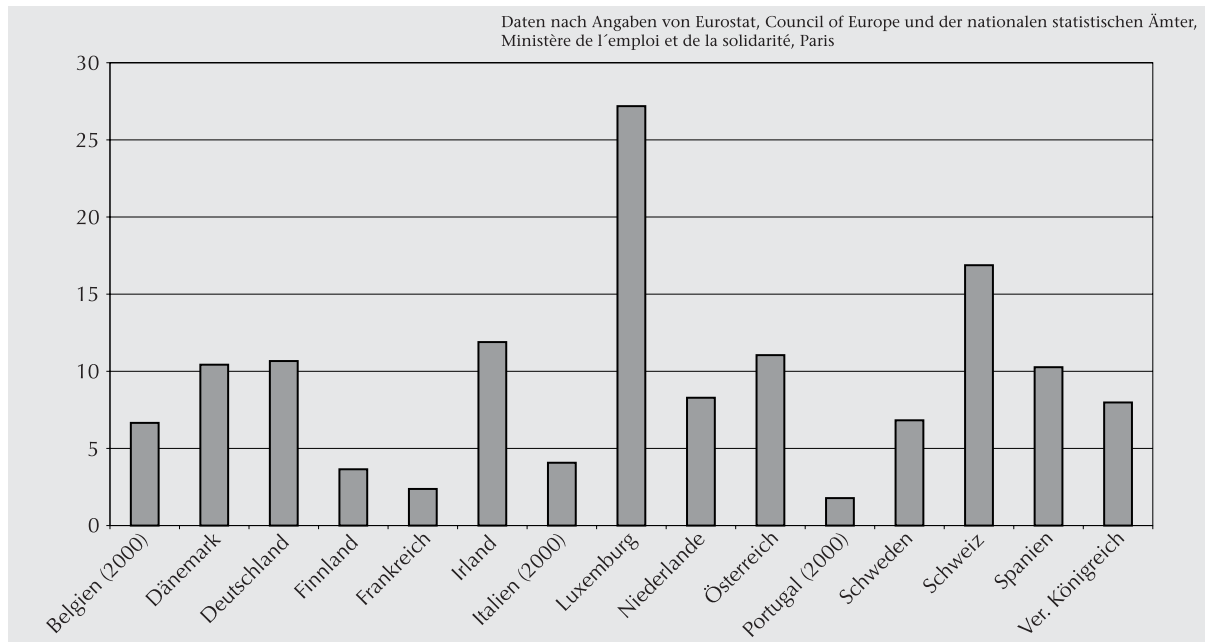
Abbildung 32: Zuwanderung im Jahr 2001 in ausgewählten Staaten der Europäischen Union und in der Schweiz



Bei einem Vergleich der Zuwanderungszahlen der einzelnen Staaten im Verhältnis zur jeweiligen Bevölkerungsgröße⁷⁷ zeigt sich für 2001, dass - bezogen auf die Gesamtbevölkerung - neben Luxemburg (vor allem Zuzüge von EU-Bürgern), die Schweiz, Irland und Österreich einen höheren Zuzug pro Kopf zu verzeichnen hatten als Deutschland. Während Dänemark einen nahezu gleichen Wert erreichte, lagen die Werte der EU-Staaten Spanien, Niederlande, Vereinigtes Königreich, Schweden, Belgien, Italien, Finnland, Frankreich, Portugal (in dieser Reihenfolge) unter demjenigen Deutschlands (siehe Abbildung 33).

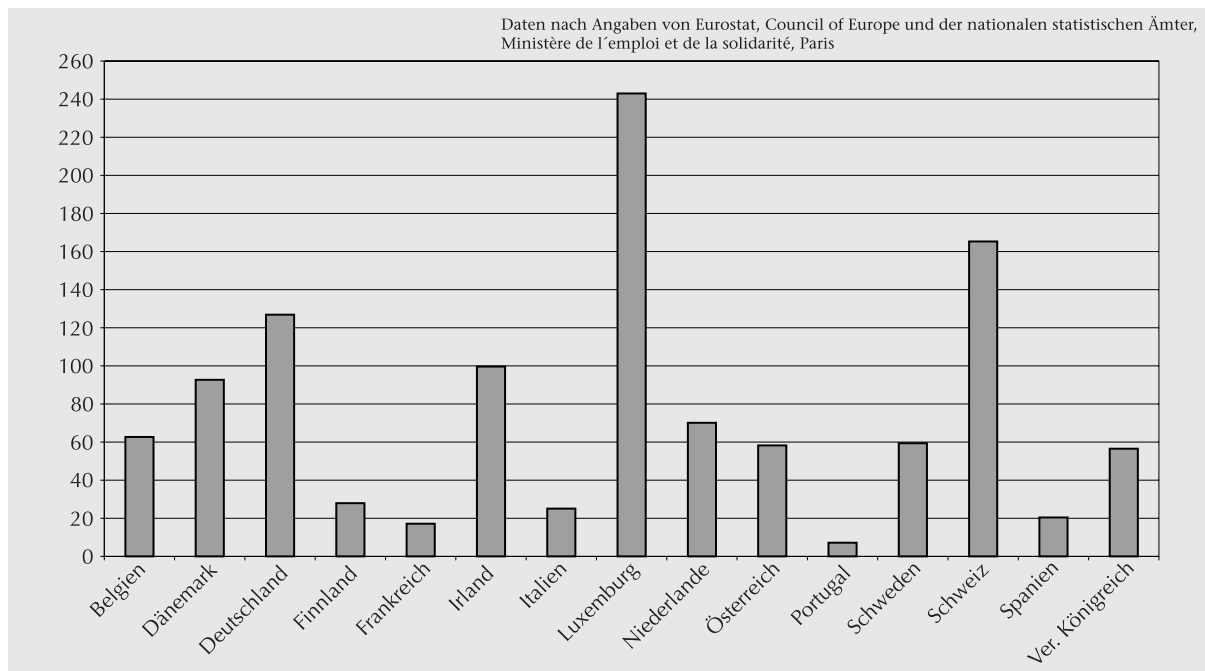
⁷⁷ Dieser Indikator wird in der Demografie auch als Immigrationsrate bezeichnet.

Abbildung 33: Zuwanderung im Jahr 2001 in die EU und in die Schweiz pro 1.000 der Gesamtbevölkerung



Mittelfristige Entwicklungen lassen sich bei einer Betrachtung der Zuwanderung über mehrere Jahre hinweg aufzeigen. Im Folgenden wurde daher die Zuwanderung der Jahre 1991 bis 2000 summiert und zur jeweiligen Gesamtbevölkerungszahl des Landes in Beziehung gesetzt (siehe Abbildung 34).

Abbildung 34: Kumulierte Zuwanderung der Jahre 1991 bis 2000 in die Europäische Union und in die Schweiz pro 1.000 der Gesamtbevölkerung



Mit den genannten Einschränkungen zeigt Abbildung 34, dass Deutschland nach Luxemburg und dem Nicht-EU-Staat Schweiz im europäischen Vergleich die höchste Pro-Kopf-Zuwanderung in den 90er Jahren zu verzeichnen hatte. Auffällig ist hier auch, dass das ehemalige klassische Auswanderungsland Irland nun selbst zu einem Zuwanderungsland wurde.

Hinsichtlich der Herkunft der Zuwanderer lassen sich in den jeweiligen europäischen Staaten bestimmte Muster feststellen. Zwischen den Herkunfts- und Zielländern der Migration bestehen häufig historisch gewachsene Migrationsbeziehungen; so lebt beispielsweise ein Großteil der nach Europa ausgewanderten Algerier, Tunesier und Marokkaner in Frankreich. In Großbritannien findet man die Mehrzahl der in Europa lebenden Inder, Pakistani und Bangladeschi. Bestimmte historische Migrationsbeziehungen gelten auch für Deutschland: Spätaussiedler aus Südost- und Osteuropa und Zentralasien zogen zu; hinzu kommen Türken, Griechen und Bürger aus dem ehemaligen Jugoslawien, die als Flüchtlinge infolge der Kriegshandlungen in hohem Maße auch nach Österreich und nach Schweden zuzogen. Neu ist allerdings überall in Europa, dass sich auch außerhalb der traditionellen Bahnen ethnische Gruppen in für sie „untypischen Ländern“ niederlassen (zur Diversifizierung der Zuwanderung in Deutschland siehe Kapitel 1).

5. Abwanderung aus Deutschland

Wenn von Migration die Rede ist, wird häufig nur von Zuwanderung gesprochen. Dass es Abwanderung in beträchtlichem Umfang gibt, wird dabei häufig nicht berücksichtigt. Parallel zum Anstieg der Zuwanderung in Deutschland Ende der 80er Jahre zogen – mit einer zeitlichen Verzögerung – auch vermehrt Menschen aus Deutschland fort. So zogen zwischen 1990 und 2002 zwar fast 13,5 Millionen Menschen aus dem Ausland nach Deutschland, im gleichen Zeitraum verließen jedoch beinahe 9 Millionen Menschen das Bundesgebiet, darunter etwa 7,5 Millionen Ausländer. Während Spätaussiedler, jüdische Kontingentflüchtlinge und Personen, die im Rahmen des Familiennachzugs nach Deutschland kamen, eher dauerhaft im Land bleiben, sind andere Migrantengruppen häufig durch einen temporären Aufenthalt gekennzeichnet. So stellen insbesondere rückkehrende Arbeitsmigranten, überwiegend aus osteuropäischen Staaten, die für eine kurzfristige Beschäftigung nach Deutschland kamen, EU-Binnenmigranten, rückkehrende Studenten und abgelehnte Asylbewerber einen beachtlichen Anteil an den jährlichen Fortzügen. Zudem ist auch die Rückkehr von Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem Kosovo⁷⁸ noch nicht abgeschlossen. Aber auch ehemalige Gastarbeiter und ihre Familienangehörigen wandern zwischen den Heimatländern und Deutschland hin und her, zum Teil auch mehrmals.⁷⁹ Ob sich hier neue Migrationsmuster, die in der wissenschaftlichen Diskussion als „transnationale Migration“⁸⁰ bezeichnet werden, dauerhaft etablieren, bleibt abzuwarten. Als Resultat all dieser vielfältigen Abwanderungsprozesse sind in den Jahren 1997 und 1998 mehr Ausländer aus Deutschland weg- als zugezogen. Seit 1999 ist dieser Wanderungssaldo wieder positiv (siehe Kapitel 1). Nicht unerwähnt bleiben sollen hier die Abschiebungen aus Deutschland. Sie bewegten sich in diesem Jahrzehnt in Größenordnungen zwischen 10.850 (1990) und 53.043 (1994) pro Jahr; 2001 waren es 27.902 (siehe Tabelle 61 im Anhang).

Auch deutsche Staatsangehörige verlassen Deutschland für längere Zeit oder für immer in nicht unbeträchtlichem Ausmaß. Die Abwanderung Deutscher bewegte sich konstant seit den 70er Jahren zwischen 50.000 und 65.000, bis sie ab 1989 auf über 100.000 pro Jahr anwuchs; 2002 haben fast 118.000 Deutsche das Bundesgebiet verlassen. Davon zogen etwa 39.000 in einen anderen Staat der Europäischen Union. Bei den fortziehenden Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit handelt es sich zum einen um „klassische Auswanderer“ (z.B. in die USA), aber auch um „temporäre“ Abwanderer, wie z.B. Techniker, Manager, Kaufleute, Ärzte, Rentner⁸¹ und Studenten sowie deren Angehörige.⁸²

⁷⁸ Im Jahr 2002 wanderten circa 11.000 Personen mehr nach Jugoslawien (Serbien und Montenegro) ab als von dort zuzogen.

⁷⁹ Da der Grund des Fortzugs bei der Abmeldung nicht erfasst wird (oder eine Abmeldung gänzlich unterbleibt) sind Größenordnungen zu den einzelnen Migrantengruppen nur schwer anzugeben.

⁸⁰ Im Gegensatz zu internationaler Migration im Sinne eines unidirektionalen Wanderungsprozesses und eines einmaligen Wohnortwechsels von einem Land in ein anderes ist transnationale Migration durch soziale Strukturen bzw. Räume gekennzeichnet, die von Migranten zwischen ihrem Herkunfts- und dem Aufnahmeland gebildet werden, so dass sich die Lebenspraxis dieser „Transmigranten“ zwischen verschiedenen Wohnorten aufspannt (vgl. Pries 1997).

⁸¹ Verlässliche Zahlen über ältere Menschen, die mit Eintritt in den Ruhestand ihren Wohnsitz endgültig oder vorübergehend (saisonal) ins Ausland (z.B. Mallorca, Kanarische Inseln) verlagern, gibt es nicht. Zwar sind EU-Bürger bei einem Aufenthalt von mehr als sechs Monaten etwa in Spanien und Italien verpflichtet, sich bei den dortigen Behörden anzumelden. Allerdings kommen die meisten ausländischen „Rentner-Residenten“ ihrer Meldepflicht nicht nach, sondern behalten ihren Wohnsitz im Heimatland (tatsächlich oder formal) bei, so dass auch eine Abmeldung am Wohnsitz des Heimatlandes unterbleibt. Aus diesem Grund greifen Schätzungen über die Größenordnung ausländischer Rentner in den europäischen Mittelmeerstaaten häufig auf Hilfsindikatoren zurück (z.B. Rentenüberweisungen). Diese Indikatoren erlauben jedoch keine wirklich verlässliche Schätzung (vgl. hierzu Breuer 2002, S. 22). Dennoch erwähnen Kaiser/Friedrich Schätzungen, „denen zufolge zwischen 50.000 und 80.000 Deutsche mindestens für drei Monate im Jahr auf Mallorca leben. Darunter sind etwa die Hälfte ältere Personen über 50 Jahre“ (Kaiser/Friedrich 2002, S. 15). Die Wanderungsstatistik des Statistischen Bun-

Wissenschaftlich ist die Abwanderung aus Deutschland ein vernachlässigter Bereich der Migrationsforschung; es existieren nur sehr wenige Untersuchungen zur Abwanderung und ihren Motiven. Allerdings ist das Interesse an der Abwanderung in den letzten Jahren gestiegen, insbesondere im Zusammenhang mit der Diskussion um die Abwanderung Hochqualifizierter und der Frage, wie diese Personengruppe im Land gehalten werden kann.

desamtes registriert für das Jahr 2002 6.767 Deutsche, die nach Spanien zogen. Aufgrund der demographischen Alterung der Gesellschaft wird das Thema Altersmigration bzw. „Ruhesitzwanderung“ in Zukunft an Bedeutung gewinnen.

⁸² Die genannten Gruppen dürften insgesamt in der Fortzugsstatistik untererfasst sein, da sich wahrscheinlich zahlreiche Abwanderer nicht abmelden oder in Deutschland einen zusätzlichen Wohnsitz behalten.

6. Die Zahl der Ausländer in Deutschland

Im Rahmen der Bevölkerungsstatistik weist die amtliche Statistik (des Statistischen Bundesamtes) nicht nur Daten für die Gesamtbevölkerung, sondern auch für die deutsche und ausländische Bevölkerung getrennt nach. Dabei basiert die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer auf der Ermittlung des Bevölkerungsbestandes zu einem bestimmten Zeitpunkt.⁸³ Grundlage dieser Ausländerstatistik ist der rechtliche Ausländerbegriff und nicht der Begriff des Migranten wie in Kapitel 1 definiert. Als Ausländer gelten alle Personen, die nicht Deutsche i. S. v. Art. 116 Abs. 1 GG sind. Dies können direkt zugezogene Personen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit sein oder auch deren im Land geborene Nachkommen, die keine Migranten sind⁸⁴; so sind von den 7.335.592 Millionen Ausländern 1.532.193 (20,9%) im Inland geboren (Stand 31. Dezember 2002). Der Anteil der in Deutschland geborenen Ausländer sinkt jedoch seit einigen Jahren. Im Jahr 2000 betrug er noch etwa 22,1% (absolut: 1.613.778). Von den Ausländern unter 18 Jahren sind etwa 68% in Deutschland geboren. Allerdings war auch in dieser Altersgruppe der Anteil der in Deutschland Geborenen im Jahr 2000 noch höher und lag bei nahezu drei Viertel (72,9%).⁸⁵

In den Zahlen der ausländischen Staatsangehörigen in Deutschland spiegelt sich jedoch – neben anderen Faktoren – auch die Zuwanderung in kumulierter Form wider. Allerdings hängt die Zahl der Ausländer in Deutschland nicht nur von der Zu- und Abwanderung, sondern auch von der Geburtenentwicklung und der Sterblichkeit der ausländischen Bevölkerung sowie von der jeweiligen Einbürgerungspraxis⁸⁶ ab. In Deutschland war bis Ende 1999 die Einbürgerungsregelung für Ausländer eher restriktiv, was zu einer im europäischen Vergleich unterdurchschnittlichen Einbürgerungsquote geführt hat. Entsprechend hoch ist der Anteil der ausländischen Staatsangehörigen, die trotz langer Aufenthaltsdauer nicht über einen deutschen Pass verfügen. Dagegen erhalten Spätaussiedler, ihre Abkömmlinge und ihre bei Verlassen des Herkunftsgebietes seit drei Jahren mit ihnen verheirateten Ehegatten, die unzweifelhaft zu den Migranten zu rechnen sind, seit dem Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsrechts mit der Ausstellung der Bescheinigung nach § 15 des Bundesvertriebenengesetzes über ihren Aufnahmestatus automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit (§§ 7, 40a Satz 2 StAG).⁸⁷ Das bedeutet, dass die Ausländerzahlen zum einen die Migration durch die Nichteinbeziehung der zuwandernden Spätaussiedler unterschätzen, sie zum anderen aber aufgrund der im Inland geborenen ausländischen Kinder auch überschätzen. Bis zum Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsrechts wurden jährlich etwa 100.000 Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland geboren (1998: 100.057, 1999: 95.216). Seit dem 1. Januar 2000 ist jedoch die Zahl der im Inland geborenen Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit (statistisch) gesunken (2000: 49.776, 2001: 44.173). Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass ein Teil der in Deutschland geborenen Kinder ausländischer Eltern nunmehr automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit (§ 4 Abs. 3 StAG) erhält.

Ausländische Staatsangehörige werden zusätzlich zur kommunalen melderechtlichen Registrierung auch im Ausländerzentralregister (beim Bundesverwaltungsamt in Köln) erfasst. Dort werden Informationen über Ausländer gesammelt, die sich drei Monate oder länger in Deutschland aufhalten. Dabei liefern die einzelnen lokalen Ausländerbehörden die entspre-

⁸³ Die Zu- und Abwanderungsdaten beziehen sich dagegen auf einen bestimmten Zeitraum (z.B. ein Jahr).

⁸⁴ Die Ausländerbestandszahlen sind somit nicht identisch mit den Migrationszahlen.

⁸⁵ Das Sinken des Anteils der in Deutschland Geborenen in dieser Altersgruppe liegt zum Teil daran, dass seit dem 1. Januar 2000 etwa 60% der jährlich in Deutschland geborenen Kinder, die vor diesem Zeitpunkt als Ausländer in die Bevölkerungsstatistik eingingen, nun als deutsche Staatsangehörige erfasst werden.

⁸⁶ Zur Entwicklung der Einbürgerungszahlen siehe Tabelle 63 im Anhang.

⁸⁷ Vor der Verabschiedung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts wurden Spätaussiedler in einem formellen Verfahren zügig eingebürgert.

chenden Personenstandsdaten an das Ausländerzentralregister. Das Statistische Bundesamt erhält zum Jahresende anonymisierte Daten für ausgewählte Merkmale aus dem Ausländerzentralregister, bereitet diese auf und veröffentlicht diese.⁸⁸

Tabelle 14: Ausländer und Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland von 1991 bis 2002

| Jahr | Gesamtbevölkerung | Ausländische Bevölkerung ¹ | Ausländeranteil in v.H. | Veränderung der ausl. Bev. in v. Hd. ² |
|-------------------|-------------------|---------------------------------------|-------------------------|---|
| 1991 ³ | 80.274.600 | 5.882.267 | 7,3 | - |
| 1992 | 80.974.600 | 6.495.792 | 8,0 | +10,4 |
| 1993 | 81.338.100 | 6.878.117 | 8,5 | +5,9 |
| 1994 | 81.538.600 | 6.990.510 | 8,6 | +1,6 |
| 1995 | 81.817.500 | 7.173.866 | 8,8 | +2,6 |
| 1996 | 82.012.200 | 7.314.046 | 8,9 | +2,0 |
| 1997 | 82.057.400 | 7.365.833 | 9,0 | +0,7 |
| 1998 | 82.037.000 | 7.319.593 | 8,9 | -0,6 |
| 1999 | 82.163.500 | 7.343.591 | 8,9 | +0,3 |
| 2000 | 82.259.500 | 7.296.817 | 8,9 | -0,6 |
| 2001 | 82.440.400 | 7.318.628 | 8,9 | +0,3 |
| 2002 | 82.536.700 | 7.335.592 | 8,9 | +0,2 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Stichtag: 31.12., Ausländerzentralregister.

2) Jährliche Veränderung, d.h. Bezug auf das Vorjahr.

3) Zahlen ab dem 31.12.1991 für den Gebietsstand seit dem 03.10.1990.

Am Ende des Jahres 2002 lebten insgesamt 7,336 Millionen Menschen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit in Deutschland. Das entspricht einem Anteil von 8,9% an der Gesamtbevölkerung; dieser Anteil ist damit seit 1998 gleich geblieben. Gegenüber dem letzten Jahr hat die Ausländerzahl um 0,2% leicht zugenommen.

⁸⁸ Deutsche, die zusätzlich eine oder mehrere weitere Staatsangehörigkeiten besitzen, gehen nur als deutsche Staatsangehörige in die Statistik ein. Sie zählen nicht als Ausländer.

Tabelle 15: Aufenthaltsstatus der ausländischen Wohnbevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten (Drittstaatsangehörige) am 31. Dezember 2002

| Staatsangehörigkeit | Davon haben den Aufenthaltsstatus ³ | | | | | | |
|-----------------------------|--|---------------------------|------------------|------------------------------|-----------------------------|--------------------------|----------------|
| | Insgesamt ² | Aufenthalts- erlaubnis | | Aufenthalts- berechtigung | Aufenthalts- bewilligung | Aufenthalts- befugnis | Duldung |
| | | befristet | unbefristet | | | | |
| Türkei | 1.912.169 | 634.920 | 652.176 | 450.830 | 10.298 | 31.244 | 15.032 |
| BR Jugoslawien ¹ | 591.492 | 110.427 | 151.598 | 89.060 | 4.115 | 45.506 | 93.256 |
| Kroatien | 230.987 | 40.398 | 93.347 | 77.414 | 7.819 | 1.455 | 1.830 |
| Bosnien-Herzegowina | 163.807 | 38.900 | 41.177 | 26.536 | 3.591 | 23.453 | 16.607 |
| Mazedonien | 58.250 | 19.628 | 19.452 | 11.229 | 1.211 | 1.488 | 1.590 |
| Slowenien | 20.550 | 1.995 | 9.640 | 6.765 | 1.285 | 45 | 54 |
| Polen | 317.603 | 89.382 | 89.077 | 8.531 | 56.483 | 5.735 | 1.170 |
| Russische Föderation | 155.583 | 53.536 | 62.852 | 482 | 11.581 | 2.502 | 3.340 |
| Iran | 88.711 | 17.452 | 29.946 | 7.097 | 2.599 | 9.114 | 3.425 |
| Rumänien | 88.679 | 22.333 | 18.350 | 740 | 15.989 | 2.156 | 931 |
| Ukraine | 116.003 | 22.357 | 73.735 | 129 | 8.212 | 959 | 815 |
| Vietnam | 87.207 | 27.025 | 22.649 | 5.896 | 1.820 | 9.575 | 8.795 |
| Marokko | 79.838 | 29.560 | 24.352 | 8.986 | 7.712 | 324 | 454 |
| Afghanistan | 69.016 | 9.630 | 14.123 | 256 | 297 | 21.675 | 9.606 |
| Sri Lanka | 43.634 | 14.432 | 9.753 | 3.353 | 353 | 4.996 | 2.359 |
| Ungarn | 55.953 | 10.986 | 15.220 | 4.317 | 17.422 | 276 | 74 |
| Libanon | 47.827 | 12.268 | 7.588 | 374 | 900 | 13.037 | 5.282 |
| China | 72.094 | 17.308 | 5.822 | 1.088 | 33.905 | 1.634 | 3.177 |
| Tunesien | 24.243 | 8.555 | 7.469 | 2.588 | 1.929 | 182 | 160 |
| Bulgarien | 42.419 | 7.498 | 5.805 | 1.077 | 16.490 | 226 | 170 |
| Indien | 41.246 | 13.657 | 7.040 | 3.334 | 4.902 | 324 | 2.085 |
| Irak | 83.299 | 4.341 | 10.782 | 82 | 158 | 43.079 | 3.952 |
| Kasachstan | 53.551 | 31.851 | 12.459 | 9 | 928 | 1.362 | 713 |
| Pakistan | 34.937 | 11.047 | 7.613 | 1.886 | 1.092 | 1.459 | 2.767 |
| Syrien | 28.679 | 5.210 | 4.465 | 173 | 1.340 | 4.224 | 4.491 |
| Thailand | 45.457 | 18.310 | 18.718 | 2.449 | 1.982 | 81 | 125 |
| Gesamt | 7.335.592 | 1.648.949 | 1.996.799 | 783.048 | 325.061 | 264.032 | 226.547 |

Quelle: Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, Statistisches Bundesamt (aufgrund Daten des Ausländerzentralregisters)

1) Nachgewiesen werden alle Personen, die im Ausländerzentralregister am Auszählungstichtag mit jugoslawischer Staatsangehörigkeit geführt wurden.

2) Die Differenz zwischen der Summe der einzelnen Aufenthaltsstatus und der Angabe "Gesamt" lässt sich teilweise damit erklären, dass EU-Staatsangehörige kaum den Einschränkungen des Aufenthaltsrechts unterliegen. Eine befristete Aufenthaltserlaubnis-EU hatten 423.603, eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis-EU 637.400 Personen inne.

3) Die Ausländergesetzgebung in Deutschland kennt folgende Formen der Aufenthaltsgenehmigung:

- Die *Aufenthaltsberechtigung* kann einem Ausländer – unter weiteren Voraussetzungen (z.B. Sicherung des Lebensunterhalts aus eigenen Mitteln) – nach achtjährigem Besitz einer Aufenthaltserlaubnis auf Antrag erteilt werden. Sie ist zeitlich und räumlich unbeschränkt und damit im Rahmen des Ausländergesetzes der sicherste Aufenthaltsstatus.
- Die *befristete Aufenthaltserlaubnis* ist Grundlage für einen späteren Daueraufenthalt. Mit Zunahme der Aufenthaltsdauer verfestigt sich der Aufenthalt. Die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis ist an keinen bestimmten Aufenthaltswert gebunden.
- Die *unbefristete Aufenthaltserlaubnis* ist die erste Stufe der Verfestigung des Aufenthalts. Unter weiteren Voraussetzungen muss sie nach fünfjährigem Besitz der befristeten Aufenthaltserlaubnis auf Antrag erteilt werden.
- Die *Aufenthaltsbewilligung* beschränkt den Aufenthalt in Deutschland auf einen ganz bestimmten Zweck, womit auch die Aufenthaltsdauer im Voraus begrenzt ist (z.B. Studierende, Werkvertragsarbeitnehmer).
- Die *Aufenthaltsbefugnis* wird erteilt, wenn aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen der Aufenthalt im Bundesgebiet erlaubt werden soll. Die Verlängerung der Aufenthaltsbefugnis hängt grundsätzlich davon ab, dass die humanitären Gründe weiterbestehen. In der Praxis erhalten etwa Konventions- und Bürgerkriegsflüchtlinge eine Aufenthaltsbefugnis.

Neben diesen Aufenthaltstiteln gibt es noch die Aufenthaltsgestattung und die Duldung, die beide nicht als Aufenthaltstitel gelten. Eine Aufenthaltsgestattung erhalten Asylbewerber für die Dauer ihres Asylverfahrens. Sie ist räumlich auf den Bezirk der für den Asylbewerber zuständigen Ausländerbehörde beschränkt. Die Duldung ist der Verzicht, eine bestehende Ausreisepflichtung im Wege der Abschiebung zu vollziehen.

Die Mehrzahl dieser in Deutschland lebenden Ausländer hat dabei einen festen Aufenthaltstitel. Wie aus der Tabelle 15 zu entnehmen ist, haben fast 4,5 Millionen einen relativ sicheren Aufenthaltstitel (Aufenthaltserlaubnis und -berechtigung). Hinzuzurechnen sind circa 1,9 Millionen EU-Staatsangehörige mit einem eigenständigen, sicheren Aufenthaltsrecht.

7. Mögliche Folgen der EU-Erweiterung für den Migrationsprozess

Die Grenzöffnungen von 1989 bedeuteten das Ende der politischen Teilung Europas. Mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Systeme wurde eine Einbeziehung der mittel- und osteuropäischen Länder in den europäischen Einigungsprozess möglich. Die Erweiterung der Europäischen Union markiert den Beginn einer neuen Ära in Europa. Neben Ungarn, Polen, der Tschechischen und der Slowakischen Republik werden Slowenien, Estland, Lettland und Litauen sowie Malta und Zypern ab Mai 2004 zu den Mitgliedstaaten der EU gehören, 2007 sollen Rumänien und Bulgarien hinzukommen.

Seit Anfang der 90er Jahre existieren zwischen Deutschland und Mittel- und Osteuropa starke Migrationsbeziehungen. Aufgrund dieser Beziehungen und seiner geographischen Lage wird Deutschland wahrscheinlich auch nach dem Beitritt der Kandidaten Hauptzielland sein. Migrationspolitik und -geschehen in Mittel- und Osteuropa nehmen dabei unmittelbar Einfluss auf das Migrationsgeschehen zwischen Deutschland und den Beitrittsländern. Das Migrationsgeschehen in diesen Ländern ist deshalb für Deutschland von unmittelbarem Interesse. Im folgenden werden daher nach einer Darstellung des aktuellen Migrationsgeschehens zwischen Deutschland und den acht mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern (Malta und Zypern werden dabei nicht berücksichtigt) Migrationspolitik und -geschehen in Mittel- und Osteuropa anhand zweier ausgewählter Beispiele konkretisiert. Polen und Ungarn werden als diejenigen zwei Beitrittskandidaten mit den höchsten Zuzugszahlen nach Deutschland und als unmittelbare Nachbarstaaten von Ländern der Europäischen Union im Hinblick auf die Migrationssituation seit den 90er Jahren analysiert. Es ergeben sich folgende Fragen: Wie hat sich die Migrationspolitik im Hinblick auf den kommenden EU-Beitritt entwickelt? Sind verstärkte Abwanderungstendenzen auszumachen? Welche Migrationsgruppen kommen in diese Länder und damit zukünftig in die EU?

Von besonderem Interesse sind für die jetzigen Mitglieder der EU Fragen der zukünftigen Einwanderung aus den Beitrittsländern. Hierzu liegen verschiedene Studien vor, die in einer Übersicht vorgestellt und diskutiert werden.

Als Folge dieser Diskussion und mit dem Ziel, den Migrationsdruck aus den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern abzufedern, werden die Staatsbürger der neuen EU-Staaten mit Ausnahme Maltas und Zyperns, auch nach dem Beitritt zur EU im Mai 2004 zunächst auf die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit verzichten müssen. Die bis zu siebenjährige Übergangsfrist beruht dabei auf einem so genannten 2+3+2-Modell. In den ersten zwei Jahren bleibt es den alten EU-Mitgliedstaaten vorbehalten, ihren Arbeitsmarkt für die Arbeitnehmer der neuen Mitglieder voll oder zum Teil zu öffnen. Nach der ersten Phase finden Überprüfungen statt: eine automatische Überprüfung vor Ablauf des zweiten Jahres sowie eine weitere auf Verlangen der Beitrittsstaaten. Noch vor Ablauf dieser ersten Phase müssen die Mitgliedstaaten, welche die Freizügigkeit nicht gewährt haben, mitteilen, ob sie die Beschränkung während der nächsten drei Jahre aufrecht erhalten oder gegebenenfalls ihren Arbeitsmarkt unter Einschluss von Schutzklauseln öffnen werden. Die Übergangsphase sollte nach fünf Jahren beendet sein, kann jedoch in denjenigen Mitgliedsstaaten, in denen schwerwiegende Störungen des Arbeitsmarktes oder die Gefahr derartiger Störungen bestehen, für weitere zwei Jahre verlängert werden.

Sollen die Beschränkungen weitere zwei Jahre aufrecht erhalten werden, ist im Anschluss an die zweite Phase eine förmliche Mitteilung an die Kommission erforderlich. Schutzmaßnahmen können bis zum Ablauf des siebten Jahres angewendet werden, jedoch dürfen die Ar-

beitsmärkte nicht über die Regelungen hinaus weiter beschränkt werden, die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Beitrittsvertrages gegolten haben (Stillstandsklausel). Während der gesamten sieben Jahren müssen die derzeitigen Mitgliedstaaten Staatsangehörigen der Beitrittsstaaten Vorrang gegenüber Arbeitnehmern aus Nicht-EU-Ländern gewähren. Spätestens nach sieben Jahren gilt jedoch für alle neuen EU-Staatsangehörigen dann die Arbeitnehmerfreizügigkeit in *allen* EU-Mitgliedstaaten. Deutschland wird die Öffnung seines Arbeitsmarktes im Rahmen der mit verschiedenen mittel- und osteuropäischen Staaten geschlossenen Vereinbarungen über Werkvertrags- und Gastarbeitnehmer, Grenzgänger und Saisonarbeitnehmer für die Staatsangehörigen der Beitrittsländer also beibehalten. Weitere Öffnungen sind zunächst nicht geplant, während Schweden, die Niederlande, das Vereinigte Königreich und Irland in Erwägung ziehen, ihren Arbeitsmarkt von Beginn an zu öffnen.

Auch im Bereich der Dienstleistungsfreiheit gilt das 2+3+2-Modell, insofern als Deutschland die Möglichkeit hat, in den Bereichen Baugewerbe einschließlich verwandter Wirtschaftszweige, bei der Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln sowie bei der Tätigkeit von Innendekorateuren vom freien Dienstleistungsverkehr abzuweichen, um die zeitweilige grenzüberschreitende Beschäftigung von Arbeitnehmern durch im Beitrittsland niedergelassene Unternehmen einzuschränken.⁸⁹ Ähnliches gilt auch für Österreich. Ziel ist, schwerwiegenden Störungen in bestimmten Dienstleistungssektoren zu begegnen. Diese Abweichung kann nur solange aufrecht erhalten werden, wie die Arbeitnehmerfreizügigkeit eingeschränkt wird.

Von der EU-Erweiterung zum 1. Mai 2004 bleiben die polizeiliche Überwachung der Grenzen und die polizeiliche Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs unberührt. Erst mit dem Beitritt zum Schengen-Acquis fallen die regelmäßigen grenzpolizeilichen Kontrollen weg. Dem endgültigen Wegfall der Grenzkontrollen ist eine gründliche Evaluierung der Anwendung des Schengener Besitzstandes vorgeschaltet. Nach erfolgreicher Evaluierung muss der Rat der Europäischen Union einstimmig die volle Schengen-Mitgliedschaft beschließen. Erst nach diesem Beschluss können die Kontrollen an den deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Grenzübergängen eingestellt werden.

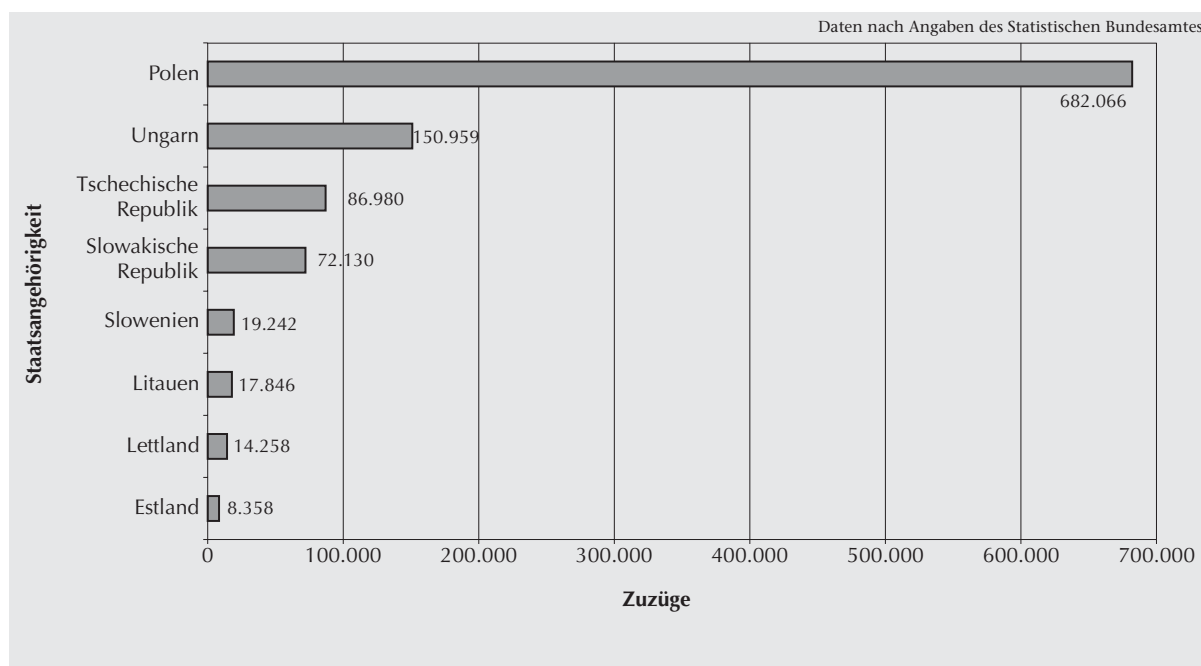
7.1 Darstellung des Migrationsgeschehens zwischen Deutschland und den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern

Die folgenden Darstellungen berücksichtigen die Zu- und Fortzüge nach und aus Deutschland von Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen und beruhen auf dem Zeitraum zwischen 1993 und 2001.⁹⁰ In diesem Zeitraum kamen insgesamt 1.062.124 Personen aus diesen Ländern nach Deutschland. Dies entspricht 12,3% an der Gesamtzuwanderung.

⁸⁹ Die Niederlassungsfreiheit für Unternehmen und Selbständige aus den mittel- und osteuropäischen Ländern in der EU ist auf der Basis der Europaabkommen (bilaterale Abkommen zwischen der EU und den einzelnen Beitrittskandidaten) bereits jetzt möglich. Jedoch gilt auch nach dem EU-Beitritt während der Dauer der Beschränkung der Freizügigkeit, dass die in diesen Unternehmen unselbständig Beschäftigten weiterhin nur vom inländischen Arbeitsmarkt rekrutiert werden dürfen.

⁹⁰ Die Entscheidung, diese Zeitreihen 1993 beginnen zu lassen, liegt zum einen darin begründet, dass seit 1993 getrennte Zahlen für die aus der Tschechoslowakei hervorgegangenen Staaten Tschechische Republik und Slowakei vorliegen. Zusätzlich gaben 10.285 Personen in diesem Zeitraum an, *tschechoslowakischer* Staatsangehörigkeit zu sein. Sie werden in den Gesamtzahlen berücksichtigt, sind jedoch in den Einzeldarstellungen nicht enthalten. Zum anderen beinhalten die Daten für Polen bis 1992 sehr viele Spätaussiedler, die in diesem Kontext nicht von Interesse sind. An dieser Stelle sei zudem angemerkt, dass Zu- und Abwanderungszahlen für die Staatsangehörigkeiten Estlands, Lettlands und Litauens vom Statistischen Bundesamt für die Jahre 2000 und 2001 nicht geliefert werden können.

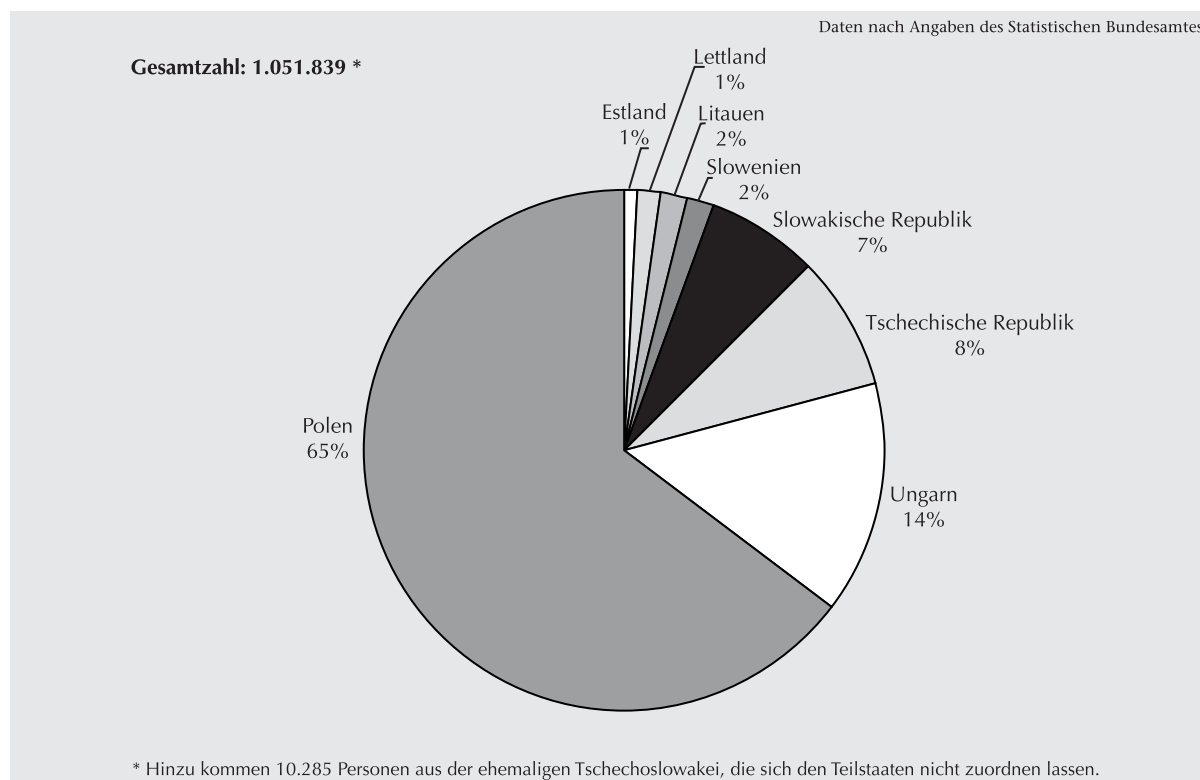
Abbildung 35: Zuzüge von Staatsangehörigen aus den mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsländern nach Deutschland von 1993 bis 2001 ¹



1) Hinzu kommen 10.285 Staatsangehörige der Tschechoslowakei, die sich den Teilstaaten nicht eindeutig zuordnen lassen. Für Estland, Lettland und Litauen liegen keine Angaben für die Jahre 2000 und 2001 vor.

Die eindeutige Spitzenposition unter diesen Ländern besitzt Polen: Über 680.000 Personen reisten zwischen 1993 und 2001 nach Deutschland ein. Dies entspricht rund zwei Drittel der Zuzugszahlen aller mittel- und osteuropäischen Herkunftsländer. Die Mehrheit der Personen aus Polen kam zum Zwecke der temporären Arbeitsaufnahme. Dies spiegelt sich auch in den Fortzugszahlen: Im gleichen Zeitraum wurden etwa 626.000 Fortzüge aus Deutschland nach Polen registriert. Zweites Hauptherkunftsländ unter den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern ist Ungarn, insgesamt 151.000 Personen kamen zwischen 1993 und 2001 nach Deutschland, was einen Gesamtanteil von 14% ausmacht. Dahinter folgen die Tschechische und die Slowakische Republik mit 87.000 bzw. 72.000 Personen (8% bzw. 7%), gefolgt von Slowenien (19.000 Personen). Aus den baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland wanderten hingegen vergleichsweise wenige Personen zu (aus allen drei Ländern insgesamt rund 40.000 Personen). Slowenien und Litauen nehmen je zwei Prozent der Zuzüge ein, Lettland und Estland jeweils 1 Prozent (s. Abbildung 35 und 36).

Abbildung 36: Zuzüge aus den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern nach Deutschland von 1993 bis 2001 (Angaben in %)



Es hat jedoch auch ein Abwanderungsprozess aus Deutschland von Staatsangehörigen dieser Länder stattgefunden. Insgesamt wanderten zwischen 1993 und 2001 976.957 Menschen mit der Staatsangehörigkeit eines der mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer aus Deutschland aus, was einem Prozentsatz von 15,2 an der Gesamtabwanderung *aller* Staatsangehörigkeiten entspricht. Das Gesamtwanderungssaldo betrug +85.167. Insgesamt lässt sich feststellen, dass zwischen Deutschland und den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern zwar ein hohes Wanderungsvolumen (viele Zu- und Fortzüge) zu verzeichnen ist, daraus aber nur ein relativ geringer Wanderungssaldo resultiert. Dies zeigt, dass das Migrationsgeschehen zwischen diesen Ländern durch starke Pendelmigration, zumeist aufgrund temporärer Arbeitsaufnahme von Staatsangehörigen der Beitrittsländer in Deutschland, gekennzeichnet ist. Die Entwicklungen der Jahre 1993 bis 2001 für die einzelnen Staatsangehörigkeiten zeigt die folgende Tabelle 16:

Tabelle 16: Zu- und Fortzüge von Staatsangehörigen aus den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern nach und aus Deutschland von 1993 bis 2001

| | 1993 | | | 1994 | | | 1995 | | |
|-----------------------|--------|----------|------------------|--------|----------|------------------|--------|----------|------------------|
| | Zuzüge | Fortzüge | Wanderungs-saldo | Zuzüge | Fortzüge | Wanderungs-saldo | Zuzüge | Fortzüge | Wanderungs-saldo |
| Polen | 75.195 | 101.904 | -26.709 | 78.745 | 66.037 | 12.708 | 87.305 | 71.001 | 16.304 |
| Ungarn | 24.164 | 24.849 | -685 | 19.186 | 21.826 | -2.640 | 18.627 | 18.662 | -35 |
| Slowakische Republik | 6.740 | 6.277 | 463 | 6.513 | 4.350 | 2.163 | 7.685 | 7.043 | 642 |
| Tschechische Republik | 10.951 | 13.716 | -2.765 | 9.613 | 9.024 | 589 | 10.026 | 8.730 | 1.296 |
| Slowenien | 2.563 | 1.756 | 807 | 2.112 | 2.252 | -140 | 2.315 | 2.101 | 214 |
| Estland | 1.333 | 605 | 728 | 1.243 | 835 | 408 | 1.470 | 926 | 544 |
| Lettland | 2.329 | 971 | 1.358 | 1.860 | 1.551 | 309 | 1.835 | 1.143 | 692 |
| Litauen | 2.293 | 1.070 | 1.223 | 2.573 | 1.778 | 795 | 2.994 | 1.989 | 1.005 |
| | 1996 | | | 1997 | | | 1998 | | |
| | Zuzüge | Fortzüge | Wanderungs-saldo | Zuzüge | Fortzüge | Wanderungs-saldo | Zuzüge | Fortzüge | Wanderungs-saldo |
| Polen | 77.545 | 71.824 | 5.721 | 71.322 | 70.180 | 1.142 | 66.263 | 60.778 | 5.485 |
| Ungarn | 16.571 | 16.946 | -375 | 11.140 | 15.065 | -3.925 | 13.283 | 12.175 | 1.108 |
| Slowakische Republik | 6.513 | 6.230 | 283 | 6.922 | 6.185 | 737 | 6.504 | 5.985 | 519 |
| Tschechische Republik | 8.888 | 8.073 | 815 | 7.677 | 7.886 | -209 | 7.746 | 6.680 | 1.066 |
| Slowenien | 2.091 | 2.258 | -167 | 1.818 | 2.135 | -317 | 1.989 | 2.094 | -105 |
| Estland | 1.349 | 854 | 495 | 1.142 | 881 | 261 | 1.004 | 763 | 241 |
| Lettland | 2.075 | 1.183 | 892 | 2.048 | 1.385 | 663 | 2.157 | 1.356 | 801 |
| Litauen | 2.919 | 1.990 | 929 | 2.508 | 1.857 | 651 | 2.215 | 1.631 | 584 |
| | 1999 | | | 2000 | | | 2001 | | |
| | Zuzüge | Fortzüge | Wanderungs-saldo | Zuzüge | Fortzüge | Wanderungs-saldo | Zuzüge | Fortzüge | Wanderungs-saldo |
| Polen | 72.402 | 59.352 | 13.050 | 74.256 | 60.727 | 13.529 | 79.033 | 64.262 | 14.771 |
| Ungarn | 14.893 | 12.560 | 2.333 | 16.056 | 14.407 | 1.649 | 17.039 | 14.828 | 2.211 |
| Slowakische Republik | 9.074 | 6.825 | 2.249 | 10.805 | 8.708 | 2.097 | 11.374 | 9.703 | 1.671 |
| Tschechische Republik | 9.945 | 7.076 | 2.869 | 11.148 | 8.735 | 2.413 | 10.986 | 8.526 | 2.460 |
| Slowenien | 1.917 | 1.866 | 51 | 1.848 | 1.886 | -38 | 2.589 | 2.368 | 221 |
| Estland | 817 | 841 | -24 | k.A. | k.A. | k.A. | k.A. | k.A. | k.A. |
| Lettland | 1.954 | 1.926 | 28 | k.A. | k.A. | k.A. | k.A. | k.A. | k.A. |
| Litauen | 2.344 | 1.647 | 697 | k.A. | k.A. | k.A. | k.A. | k.A. | k.A. |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Staatsangehörige der Beitrittsländer reisen zu einem Großteil zum Zweck der Arbeitsaufnahme, die unter bestimmten Voraussetzungen möglich ist, nach Deutschland ein. Nach den Ausnahmetatbeständen der ASAV wurden im Zeitraum von 1999 bis 2002 jährlich zwischen rund 308.000 und 374.000 – überwiegend befristete – Arbeitsgenehmigungen erteilt, wobei die Anzahl stetig angewachsen ist (s. Tabelle 17).⁹¹ Die weitaus meisten der erteilten Arbeitserlaubnisse gingen an Staatsangehörige der EU-Beitrittsländer der ersten Erweiterungsrunde. Ihr Anteil lag zwischen 1999 und 2002 stets über 80% (s. Abbildung 54 im Anhang). Als weiteres Land mit nennenswertem Umfang an Arbeitserlaubnissen ist lediglich noch Rumänien, dessen Beitritt zur EU zusammen mit Bulgarien in einer zweiten Etappe für 2007 vorgesehen ist, zu nennen⁹². Unter den Beitrittsländern liegt Polen durchgängig an erster Stelle. Die Zahl der an polnische Staatsbürger erteilten Arbeitserlaubnisse wuchs dabei stetig an und lag im Jahr 2002 bei knapp 268.000. Dies entsprach 71,6% der in diesem Jahr ausgestellten Erlaubnisse. Weitaus weniger Erlaubnisse werden ungarischen, slowakischen und tschechischen Staatsangehörigen ausgestellt. Die Zahlen für die baltischen Länder und Slowenien sind marginal (s. auch Abbildung 55 im Anhang).

⁹¹ Es ist darauf hinzuweisen, dass die Arbeitsgenehmigungsstatistik keine Personenstatistik darstellt. Sie gibt also keine Auskunft darüber, für wie viele Personen Arbeitsgenehmigungen erteilt wurden.

⁹² Rumänische Staatsangehörige erhielten im Jahr 2002 7% aller Arbeitserlaubnisse gemäß ASAV.

Tabelle 17: Erteilte Arbeitsgenehmigungen nach den Ausnahmetatbeständen der ASAV für die mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer von 1999 bis 2002

| Staatsangehörigkeit | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 |
|---------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| Polen | 208.551 | 230.599 | 253.337 | 267.717 |
| Ungarn | 13.404 | 11.819 | 16.971 | 15.050 |
| Slowakische Republik | 11.946 | 13.304 | 14.443 | 14.636 |
| Tschechische Republik | 20.673 | 11.333 | 10.634 | 9.016 |
| Slowenien | 1.820 | 1.587 | 2.247 | 831 |
| Estland | 348 | 269 | 256 | 219 |
| Lettland | 786 | 751 | 710 | 697 |
| Litauen | 735 | 892 | 758 | 706 |
| Summe der Beitrittsländer | 258.263 | 270.554 | 299.356 | 308.872 |
| andere Länder | 50.070 | 65.268 | 72.964 | 64.997 |
| insgesamt | 308.333 | 335.822 | 372.320 | 373.869 |

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Der größte Teil der insgesamt 267.717 im Jahr 2002 erteilten Arbeitsgenehmigungen an polnische Arbeitnehmer war für Saisonarbeit bestimmt. Dies trifft auch auf die Arbeitsgenehmigungen für Arbeitnehmer aus der Slowakischen Republik zu. Der Großteil der tschechischen, ungarischen, slowenischen und lettischen Arbeitnehmer kam gemäß § 3 der ASAV als Werkvertragsarbeitnehmer nach Deutschland, während estnische und litauische Staatsbürger zu einem Großteil aufgrund von § 2 Abs. 2 einreisten. Dieser Paragraph betrifft vor allem Fachkräfte zur vorübergehenden Einarbeitung, Aus- oder Weiterbildung oder beruflichen Qualifikation sowie Au-Pair-Beschäftigte (s. dazu auch Kapitel 2.7).

Das mit Abstand größte Kontingent an Werkvertragsarbeitnehmern wurde seit 1992 polnischen Staatsbürgern eingeräumt: Im Jahr 2002 lag das Kontingent bei 22.950, die Zahl der vermittelten Personen belief sich auf 21.193. Weitaus weniger Werkvertragsarbeitnehmer stammen aus Ungarn (7.466 im Jahr 2002), der Tschechischen und der Slowakischen Republik (je rund 1.300 Personen, wobei die diesen Ländern für das Jahr 2002 zustehenden Kontingente von 3.010 bzw. 1.590 bei weitem nicht ausgeschöpft wurden). Die Beitrittsländer werden bereits seit 1992 gegenüber den übrigen Ländern bevorzugt, denn mehr als zwei Drittel aller Werkvertragsarbeitnehmer stammte seit 1992 durchgängig aus einem EU-Beitrittsland (s. Tabelle 18 und Abbildung 56 im Anhang).

Tabelle 18: Werkvertragsarbeitnehmer in Deutschland nach Herkunftsländern von 1992 bis 2002 ¹

| Herkunftsland | 1992 | | 1993 | | 1994 | | 1995 | |
|--------------------------------|---------------|---------------------------|---------------|---------------------------|---------------|---------------------------|---------------|---------------------------|
| | Kontingent | Beschäftigte ² | Kontingent | Beschäftigte ² | Kontingent | Beschäftigte ² | Kontingent | Beschäftigte ² |
| Polen | 35.170 | 51.176 | 33.180 | 19.771 | 31.710 | 13.774 | 22.560 | 24.499 |
| Ungarn | 14.000 | 12.432 | 13.664 | 14.449 | 13.220 | 8.890 | 12.870 | 9.165 |
| Tschechische Rep. ³ | 8.250 | 10.701 | 7.880 | 4.113 | 4.970 | 1.693 | 2.890 | 2.150 |
| Slowakische Rep. | - | - | - | 414 | 2.690 | 1.427 | 1.570 | 2.036 |
| Slowenien | 1.000 | 321 | 930 | 1.805 | 2.010 | 1.350 | 1.920 | 1.184 |
| Lettland | 400 | 0 | 400 | 181 | 380 | 236 | 370 | 146 |
| Summe der Beitrittsländer | 58.820 | 74.630 | 56.054 | 40.733 | 54.980 | 27.370 | 42.180 | 39.180 |
| übrige Länder | 30.520 | 20.272 | 27.160 | 29.404 | 24.710 | 13.846 | 19.740 | 10.232 |
| Gesamt | 89.340 | 94.902 | 83.214 | 70.137 | 79.690 | 41.216 | 61.920 | 49.412 |

| Herkunftsland | 1996 | | 1997 | | 1998 | | 1999 | |
|--------------------------------|---------------|---------------------------|---------------|---------------------------|---------------|---------------------------|---------------|---------------------------|
| | Kontingent | Beschäftigte ² | Kontingent | Beschäftigte ² | Kontingent | Beschäftigte ² | Kontingent | Beschäftigte ² |
| Polen | 22.900 | 24.423 | 21.790 | 21.184 | 14.817 | 16.942 | 21.030 | 18.243 |
| Ungarn | 6.990 | 8.993 | 6.650 | 5.813 | 5.261 | 5.036 | 6.430 | 6.429 |
| Tschechische Rep. ³ | 2.940 | 1.947 | 2.810 | 1.439 | 2.000 | 1.060 | 2.730 | 1.366 |
| Slowakische Rep. | 1.600 | 1.250 | 1.500 | 1.206 | 750 | 943 | 1.460 | 1.348 |
| Slowenien | 1.960 | 974 | 1.870 | 680 | 1.100 | 660 | 1.820 | 657 |
| Lettland | 380 | 179 | 370 | 274 | 240 | 167 | 360 | 178 |
| Summe der Beitrittsländer | 36.770 | 37.765 | 34.990 | 30.596 | 24.168 | 24.808 | 33.830 | 28.221 |
| übrige Länder | 20.080 | 7.988 | 19.110 | 7.952 | 10.470 | 8.181 | 18.510 | 11.814 |
| Gesamt | 56.850 | 45.753 | 54.100 | 38.447 | 34.638 | 32.882 | 52.340 | 40.035 |

| Herkunftsland | 2000 | | 2001 | | 2002 | | 2003 | |
|--------------------------------|---------------|---------------------------|---------------|---------------------------|---------------|---------------------------|---------------|---------------------------|
| | Kontingent | Beschäftigte ² | Kontingent | Beschäftigte ² | Kontingent | Beschäftigte ² | Kontingent | Beschäftigte ² |
| Polen | 21.550 | 18.537 | 22.710 | 21.797 | 22.950 | 21.193 | 22.290 | - |
| Ungarn | 6.600 | 6.705 | 6.980 | 7.263 | 7.060 | 7.466 | 6.870 | - |
| Tschechische Rep. ³ | 2.810 | 1.445 | 2.970 | 1.398 | 3.010 | 1.353 | 2.940 | - |
| Slowakische Rep. | 1.500 | 1.543 | 1.570 | 1.488 | 1.590 | 1.268 | 1.540 | - |
| Slowenien | 1.870 | 536 | 1.980 | 716 | 1.210 | 655 | 1.970 | - |
| Lettland | 370 | 195 | 400 | 217 | 410 | 236 | 400 | - |
| Summe der Beitrittsländer | 34.700 | 28.961 | 36.610 | 32.879 | 36.230 | 32.171 | 36.010 | - |
| übrige Länder | 19.000 | 14.721 | 20.080 | 14.023 | 22.080 | 13.238 | 20.610 | - |
| Gesamt | 53.700 | 43.682 | 56.690 | 46.900 | 58.310 | 45.411 | 56.620 | - |

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, eigene Berechnungen

¹ Im Gegensatz zu den Beschäftigtenzahlen, die Jahresdurchschnitte sind, werden die Kontingente vom 01.10. des Vorjahres bis zum 30.09. des Berichtsjahres erfasst.

² Beschäftigte im Jahresdurchschnitt.

³ Von 1992 bis Juli 1993 noch Zahlen für die CSFR, ab August 1993 erfolgt die Aufgliederung nach Tschechischer und Slowakischer Republik.

Obwohl die Zahlen insgesamt nicht hoch sind, - im Jahr 2002 kamen insgesamt nur rund 4.800 Gastarbeitnehmer ins Land, - liegen die mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer auch hier an der Spitze der Vermittlungszahlen. Ungarn ist das Land mit den höchsten Zahlen an Vermittlungen von Gastarbeitnehmern. Im letzten Berichtsjahr waren es über 1.000 ungarische Gastarbeitnehmer. Insgesamt stellen die Beitrittsländer knapp 74% aller Vermittlungen.

Tabelle 19: Vermittlungen von Gastarbeitnehmern in Deutschland nach Herkunftsländern von 1991 bis 2002

| Herkunftsland | jährliches Kontingent | Vermittlungen | | | | | | | | | | | |
|-----------------------------------|-----------------------|---------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| | | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 |
| Ungarn ¹ | 2.000 | 1.172 | 1.996 | 1.370 | 1.450 | 1.289 | 1.072 | 829 | 790 | 922 | 1.226 | 1.134 | 1.072 |
| Polen | 1.000 | 398 | 750 | 943 | 1.002 | 967 | 722 | 654 | 576 | 592 | 654 | 858 | 786 |
| Slowakische Republik ² | 1.000 | - | - | 837 | 711 | 812 | 675 | 525 | 465 | 700 | 983 | 964 | 851 |
| Tschechische Republik | 1.400 | - | - | 1.577 | 1.209 | 1.224 | 754 | 381 | 330 | 422 | 701 | 796 | 652 |
| Slowenien | 150 | - | - | - | - | - | - | 3 | 8 | 18 | 15 | 16 | 24 |
| Estland ³ | 200 | - | - | - | - | - | 1 | 2 | 1 | 1 | 2 | 7 | 4 |
| Lettland | 100 | - | 13 | 57 | 16 | 7 | 9 | 14 | 23 | 31 | 48 | 85 | 72 |
| Litauen ⁴ | 200 | - | - | 2 | 89 | 105 | 82 | 29 | 49 | 34 | 57 | 110 | 126 |
| Summe der Beitrittsländer | 6.050 | 1.570 | 2.759 | 4.786 | 4.477 | 4.404 | 3.315 | 2.437 | 2.42 | 2.720 | 3.686 | 3.970 | 3.587 |
| übrige Länder | 5.000 | 0 | 321 | 985 | 1.052 | 1.074 | 1.020 | 728 | 841 | 985 | 2.205 | 1.368 | 1.277 |
| Gesamt | 11.050 | 1.570 | 3.080 | 5.771 | 5.529 | 5.478 | 4.335 | 3.165 | 3.083 | 3.705 | 5.891 | 5.338 | 4.864 |

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit (auf Anfrage), eigene Zusammenstellung

¹ Bis zum Jahr 1992 war das Kontingent 1.500, ab 1993 2.000.

² Die Vereinbarung mit der Slowakischen Republik ist vom März 1996.

³ Der Vertrag mit Estland ist erst am 21.8.1995 in Kraft getreten.

⁴ Vertrag galt erst ab Dezember 1993.

Saisonarbeiter in Deutschland stammen zumeist aus Polen. Im Jahr 2002 wurden allein knapp 260.000 Vermittlungen von polnischen Saisonararbeitern in deutsche Betriebe für eine maximale Arbeitszeit von drei Monaten vorgenommen (s. Tabelle 20). Durch die hohe Anzahl polnischer Staatsbürger kommen die EU-Beitrittsländer seit 1993 auf durchgängig über 90% aller in Deutschland arbeitenden Saisonarbeiter (s. Abbildung 57 im Anhang).

Tabelle 20: Vermittlungen von Saisonararbeitern und Schaustellergehilfen in der Bundesrepublik Deutschland nach Herkunftsländern von 1993 bis 2002

| Herkunftsland | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 ¹ | 1999 ² | 2000 ³ | 2001 ⁴ | 2002 ⁵ |
|---------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| Polen | 143.861 | 136.659 | 170.576 | 196.278 | 202.198 | 209.398 | 205.439 | 229.135 | 243.405 | 259.615 |
| Slowakische Rep. | 7.781 | 3.465 | 5.443 | 6.255 | 6.365 | 5.534 | 6.158 | 8.375 | 10.054 | 10.654 |
| Tschechische Rep. | 12.027 | 3.939 | 3.722 | 3.391 | 2.347 | 2.182 | 2.031 | 3.235 | 2.913 | 2.791 |
| Ungarn | 5.346 | 2.458 | 2.841 | 3.516 | 3.572 | 3.200 | 3.485 | 4.139 | 4.783 | 4.227 |
| Slowenien | 1.114 | 601 | 600 | 559 | 466 | 359 | 302 | 311 | 264 | 257 |
| Summe der Beitrittsländer | 170.129 | 147.122 | 183.182 | 209.999 | 214.948 | 220.673 | 217.415 | 245.195 | 261.419 | 277.544 |
| Gesamt | 181.037 | 155.217 | 192.766 | 220.894 | 225.951 | 231.810 | 230.345 | 263.805 | 286.940 | 307.182 |
| Stornierungen | nicht erfasst | -17.398 | -16.176 | -22.970 | -20.085 | -23.883 | bereits abgezogen | bereits abgezogen | bereits abgezogen | bereits abgezogen |
| Nettovermittlungen | | 137.819 | 176.590 | 197.924 | 205.866 | 207.927 | 230.345 | 263.805 | 286.940 | 307.182 |

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, eigene Berechnungen

¹ Darunter 6.348 Nettovermittlungen von Schaustellergehilfen.

² Darunter 6.987 Nettovermittlungen von Schaustellergehilfen.

³ Darunter 8.290 Nettovermittlungen von Schaustellergehilfen.

⁴ Darunter 9.002 Nettovermittlungen von Schaustellergehilfen.

⁵ Darunter 9.080 Nettovermittlungen von Schaustellergehilfen.

Im Jahr 2002 wurden zusätzlich insgesamt 1.102 Haushaltshilfen aus mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern nach Deutschland vermittelt. Die weitaus meisten Arbeitserlaubnisse für Grenzgänger erhalten seit 1999 Staatsangehörige der Tschechischen Republik. Polen machen hier nur einen kleinen Anteil aus.

Von August 2000 bis zum Jahresende 2002 wurden insgesamt 9.614 Arbeitserlaubnisse für IT-Fachkräfte erteilt. Mit Polen, der Slowakischen und der Tschechischen Republik liegen drei der Beitrittsländer auf einem der ersten zehn Plätze (s. Tabelle 21). An Polen gingen insgesamt 572 Erlaubnisse (dies entspricht knapp 6% aller Erlaubnisse), 546 von ihnen sind aus dem Ausland eingereist. 400 Erlaubnisse (4,2%) wurden Staatsangehörigen der Slowakischen Republik ausgestellt. Nur 8 darunter waren ausländische Studienabgänger einer deutschen Hochschule. An 10. Stelle folgt die Tschechische Republik mit 305 Einreisen (3,2%). Diese Daten verdeutlichen, dass sich unter den Inhabern der so genannten „Green Card“ relativ wenige Personen aus den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern befinden.

Tabelle 21: Erteilte Arbeitserlaubnisse für ausländische IT-Fachkräfte im Zeitraum vom 1.8.2000 bis 31.12.2002

| Staatsangehörigkeit | Erteilte Arbeitserlaubnisse insgesamt | in % der gesamten Erlaubnisse | aus dem Ausland eingereist | ausländische Studienabgänger an deutschen Hoch-/Fachhochschulen |
|-----------------------|---------------------------------------|-------------------------------|----------------------------|---|
| Indien | 2.008 | 20,9 | 1.941 | 67 |
| Rumänien | 771 | 8,0 | 741 | 30 |
| Russische Föderation | 695 | 7,2 | 645 | 50 |
| Polen | 572 | 5,9 | 546 | 26 |
| Slowakische Republik | 400 | 4,2 | 392 | 8 |
| China | 398 | 4,1 | 269 | 129 |
| Ungarn | 377 | 3,9 | 366 | 11 |
| Türkei | 367 | 3,8 | 339 | 28 |
| Ukraine | 363 | 3,8 | 342 | 21 |
| Tschechische Republik | 305 | 3,2 | 299 | 6 |
| Sonstige | 3.358 | 34,9 | 2.798 | 560 |
| Gesamt | 9.614 | 100,0 | 8.678 | 936 |

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Für eine Analyse der Bedeutung der EU-Erweiterung für die Migrationssituation in Deutschland scheint es nicht nur interessant, zu berücksichtigen, welche Ausmaße die Migration aus diesen Ländern nach Deutschland bereits haben oder zu prognostizieren, welche Ausmaße sie annehmen können. Die Entscheidung auszuwandern wird denn auch nicht nur von der Situation im Zielland („push-Faktoren“), sondern auch von den Gegebenheiten im Herkunftsland („pull-Faktoren“) erklärt. Es ist daher relevant, wie sich die Migrationssituation in den Beitrittsländern selbst entwickelt hat. Welche Tendenzen, von dort abzuwandern, gibt es? Und was sind die Gründe? Von der Situation in den Herkunftsländern hängt es in entscheidendem Maße auch ab, ob sich die Formen der Zuwanderung in die alten EU-Länder ändern werden. Bleibt die temporäre Arbeitsmigration vorrangig oder wird die dauerhafte Zuwanderung ein neues Migrationsmuster bilden? Und: Welche Zuwanderergruppen kommen in diese Länder und in den zukünftigen Schengen-Raum? Wie hat sich die dortige Migrationspolitik im Hinblick darauf entwickelt? Aus diesen Überlegungen heraus wird im folgenden exemplarisch Polens und Ungarns Migrationssituation der 90er Jahre dargestellt. Als unmittelbare Nachbarstaaten von EU-Ländern sind sie diejenigen Staaten mit den höchsten Zuwanderungszahlen unter den Beitrittsländern nach Deutschland.

7.2 Das Migrationsgeschehen in Polen und Ungarn in den 90er Jahren

Ungarn und Polen waren als Teil des Ostblocks lange Zeit von Fragen und Problemen der Migration gewaltsam abgeschnitten. Strenge Grenzkontrollen, strikte Reisebestimmungen und Visaanforderungen ließen einen freien Grenzverkehr nicht zu. Die wiedergewonnene Reisefreiheit im Zuge der Grenzöffnungen nutzten viele Menschen vor allem für Formen temporärer Migration: die Arbeitsmigration auf der Basis zwischenstaatlicher Verträge und den kurzfristigen Aufenthalt als Tourist, um Kleinhandel zu betreiben oder im Baugewerbe zu arbeiten. Die Migranten wurden so zu „Pionieren einer für Polen neuen Form der Mobilität, nämlich der 'unvollständigen Migration' und der transnationalen Pendelwanderung“ (Okólski 2000, S. 144). Repräsentative Studien, die in den frühen 90er Jahren Motive und Arten der Migration aus Polen untersuchten, kamen bereits zu diesem Zeitpunkt zu dem Schluss, dass nur ein sehr geringer Prozentsatz der Befragten noch die Absicht hatte, dauerhaft auszuwandern (Okólski 1994, S. 57).

Tabelle 22: Zu- und Abwanderung von In- und Ausländern in Polen von 1990 bis 2001

| | Zuwanderung | Abwanderung | Wanderungssaldo |
|------|-------------|-------------|-----------------|
| 1990 | 2.626 | 18.440 | -15.814 |
| 1991 | 5.040 | 20.977 | -15.937 |
| 1992 | 6.512 | 18.115 | -11.603 |
| 1993 | 5.924 | 21.376 | -15.452 |
| 1994 | 6.907 | 25.904 | -18.997 |
| 1995 | 8.121 | 26.344 | -18.223 |
| 1996 | 8.186 | 21.297 | -13.111 |
| 1997 | 8.426 | 20.222 | -11.796 |
| 1998 | 8.916 | 22.177 | -13.261 |
| 1999 | 7.525 | 21.536 | -14.011 |
| 2000 | 7.331 | 26.999 | -19.668 |
| 2001 | 6.625 | 23.368 | -16.743 |

Quelle: Central Statistical Office

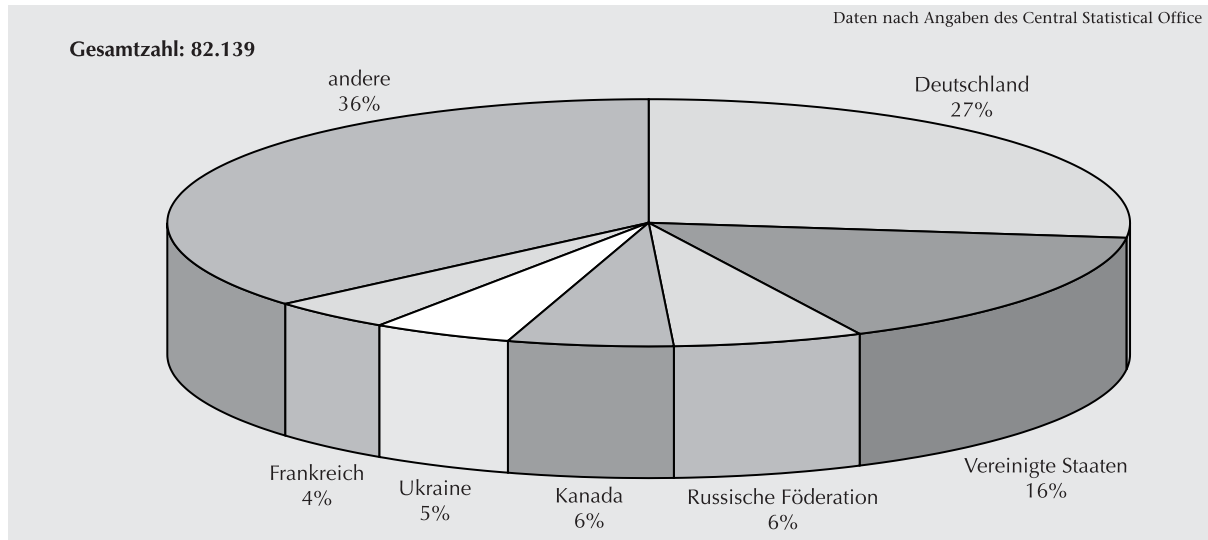
Im Gegensatz zu anderen mittel- und osteuropäischen Ländern wie etwa Ungarn waren die Abwanderungszahlen aus Polen in den 90er Jahren konstant hoch (s. Tabelle 22 und Abbildung 58 im Anhang). Seit Beginn der 90er Jahre ist Polen jedoch gleichzeitig Ziel von Zuwanderung aus anderen mittel- und osteuropäischen Ländern, wobei es sich vor allem um die Zuwanderung unqualifizierter Arbeitskräfte aus der Ukraine handelt. Und zum Ende des Jahrhunderts fand zudem eine verstärkte Rückkehrmigration aus westlichen Ländern statt. Die Abwanderungszahlen lagen im Verlauf des letzten Jahrzehnts jedoch durchgängig und eindeutig über den Zuwanderungszahlen.⁹³

Ein Hinweis auf den regen Pendelverkehr zwischen Westeuropa und Polen gibt die 1995 im Mikrozensus erhobene Frage nach der vorübergehenden Abwesenheit von Polen, die mehr als zwei Monate dauert. Die Berechnung ergab, dass sich zum Stichtag 17. Mai 1995 mehr als 900.000 Personen im Ausland aufhielten, wobei diese Angabe die tatsächliche Anzahl eher unterschätzt, da ganze Familien nicht mitgezählt wurden aufgrund der Tatsache, dass niemand im Land geblieben war, um Auskunft zu geben. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung zum 31.12.1994 ergibt sich daraus der Schluss, dass sich rund 2,5% der gesamten Bevölkerung

⁹³ Die Validität der offiziellen Migrationsstatistik wird von Experten jedoch entschieden angezweifelt. Insbesondere die Abwanderungsstatistiken unterschätzen die tatsächliche Zahl der abwandernden Personen enorm, was ein einfacher Vergleich mit den Zuwanderungszahlen Deutschlands zeigt (s. Kapitel 1.1). Der Grund liegt in der oft fehlenden Abmeldung der Personen. Auch die Rückkehrmigration ist sehr schlecht bestimmbar, da oftmals bereits die Ausreise nicht registriert wurde und somit auch die Meldung der Wiedereinreise unterbleibt.

Polens zumindest vorübergehend außer Landes aufhielten. Viele von ihnen arbeiteten als Saison- bzw. Werkvertragsarbeitnehmer oder aber illegal in Deutschland.

Abbildung 37: Zuwanderung nach Polen nach den sechs häufigsten Herkunftsländern von 1990 bis 2001



Es wird vermutet, dass sich unter diesen Zuwanderern der 90er Jahre neben den zahlenmäßig stärksten Rückkehrern aus Deutschland auch viele Auswanderer aus Polen befinden, die, entweder angezogen von Polens wirtschaftlichem Fortschritt oder aufgrund mangelnder Integrationserfolge im Zielland, nun aus anderen Staaten Westeuropas, aus den USA (16% der Gesamtzuwanderung der 90er Jahre) oder aus Kanada (6%) in das ehemalige Heimatland zurückkehrten (s. Abbildung 37 und Tabelle 64 im Anhang). Gründe für die steigenden Zuwanderungszahlen aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion liegen nicht nur darin, dass viele zum Zweck der Arbeitsaufnahme einreisen. Ein weiterer Grund ist sicherlich die Präsenz polnischer Minderheiten in diesen Ländern. Die Mehrheit lebt in den alten Gebieten Polens in Litauen (260.000), in Weißrussland (420.000) und in der Ukraine (220.000), wobei es sich bei diesen Angaben um Schätzungen handelt. Die polnische Regierung versuchte bereits zu Beginn der 90er Jahre mittels Hilfen und Abkommen mit den betroffenen Ländern, diese Wanderungsbewegungen abzuschwächen (Morokvasic/de Tinguy 1993, S. 247 ff.).

In Ungarn waren die Abwanderungszahlen hingegen nie signifikant hoch. Diese geringe Abwanderungsneigung hat sich überraschend bis in die Gegenwart erhalten. Die liberaleren Einreisebedingungen, die relativen Erfolge Ungarns bei der Transformation des Wirtschaftssystems und der daraus resultierende, im Vergleich zu anderen mittel- und osteuropäischen Ländern höhere Lebensstandard und nicht zuletzt seine geographische Lage haben sogar dazu geführt, dass Ungarn im Verlauf der 90er Jahre zum Transitland der Ost-West-Migration und - das bedeutet einen Ausnahmestatus unter den Ländern Mittel- und Osteuropas - selbst zum Zuwanderungsland geworden ist.

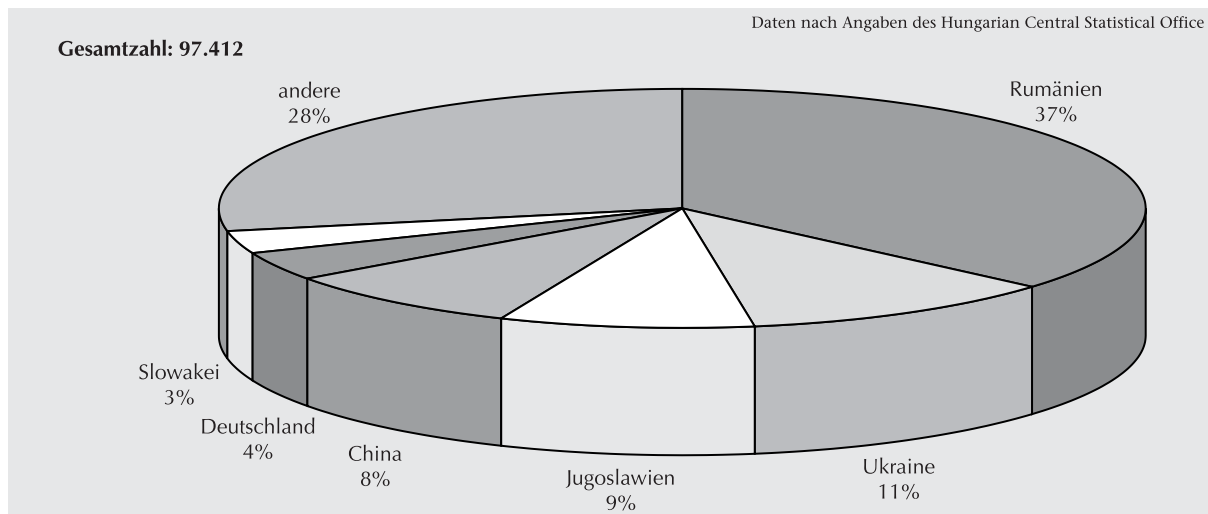
Tabelle 23: Zu- und Abwanderung von Ausländern in Ungarn von 1990 bis 2000

| | Zuwanderung | Abwanderung | Wanderungssaldo |
|-------------|-------------|-------------|-----------------|
| 1990 | 32.242 | 11.271 | +25.971 |
| 1991 | 22.974 | 5.376 | +17.598 |
| 1992 | 15.113 | 4.594 | +10.519 |
| 1993 | 16.397 | 2.901 | +13.496 |
| 1994 | 12.752 | 2.378 | +10.374 |
| 1995 | 14.008 | 2.401 | +11.607 |
| 1996 | 13.734 | 2.833 | +10.901 |
| 1997 | 13.283 | 1.928 | +11.355 |
| 1998 | 16.052 | 2.343 | +13.709 |
| 1999 | 20.151 | 2.460 | +17.691 |
| 2000 | 20.184 | 2.208 | +17.976 |

Quelle: Central Statistical Office nach Angaben des Innenministeriums

Obwohl die Zuwanderungszahlen von Ausländern nach Ungarn bis 1997 stetig sanken, hatte das Land stets einen positiven Migrationssaldo von jährlich über 10.000, es unterscheidet sich in diesem Punkt also eindeutig von Polen. Die internationale Migration der 90er Jahre zeigt in Ungarn dabei ein Muster, das in Europa vorherrschend war: Nach dem Höhepunkt zu Beginn des Jahrzehnts hat sich, insgesamt gesehen, das Migrationsgeschehen in Ungarn im weiteren Verlauf des Jahrzehnts beruhigt. Zur Abwanderung *ungarischer* Staatsangehöriger lassen sich anhand offizieller Daten keine Aussagen treffen. Untersuchungsergebnisse sprechen jedoch für ein relativ *geringes* Migrationspotenzial unter der ungarischen Bevölkerung: In Ungarn gab es laut einer Untersuchung über die Migrationsabsichten der ungarischen Bevölkerung 1993 anhand einer Auswertung des Haushaltspanels ein relativ geringes Migrationspotenzial von ca. 6%. Junge Leute dachten jedoch zunehmend über eine zeitlich begrenzte Migration nach (Berencsi/Sik 1995). Weder 1994 noch 1997 haben sich die Ergebnisse von 1993 wesentlich geändert. Während 1994 ein Gesamtmigrationspotenzial von 5,3% festgestellt wurde, lag dieser Wert 1997 bei 5,9% (Hárs/Sik/Tóth 2000, S. 238 ff.). Trotz Reisefreiheit, stellt auch Dövényi fest, sei die Zahl der dauerhaften Auswanderer in den 90er Jahren nach Schätzungen kaum gestiegen (Dövényi 1997, S. 31 f.).

Abbildung 38: Zuwanderung von Ausländern nach Ungarn nach den sechs häufigsten Staatsangehörigkeiten von 1995 bis 2000



Bis 1994 waren die meisten Zuwanderer nach Ungarn rumänische Staatsangehörige aufgrund der dortigen desolaten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse; sie machten mehr als die Hälfte *aller* zuwandernden Ausländer aus, die meisten unter ihnen ethnische Ungarn. In erwähnenswertem Umfang kamen ferner Staatsangehörige der Nachfolgestaaten der Sowjetunion und aus Jugoslawien in Folge des dortigen Bürgerkrieges. Wie auch im Fall von Polen, wird unter den Zuwanderern aus OECD-Ländern eine Vielzahl von Rückkehrern vermutet, die aufgrund der ökonomischen Erfolge Ungarns oder aber in Folge mangelnder eigener Integrationserfolge im Zielland nun in das ehemalige Heimatland zurückkehren (Wallace/Stola 2000, S. 28). Jüngeren Umfragen zufolge steigt die Abwanderungsneigung der ethnischen Ungarn im Ausland - von Land zu Land unterschiedlich - stetig an, wobei ein Großteil nicht nach Ungarn, sondern in andere EU-Länder ausreisen will (Dövényi 2000, S. 193). Wenn eine Einreise in die EU-Mitgliedsländer nicht möglich sein wird, ist es wahrscheinlich, dass die ausreisewilligen Personen ungarischer Herkunft doch nach Ungarn ausweichen werden, sollten sie den Entschluss zur Emigration gefasst haben. Auch die ungarische Regierung versucht, diesem Trend durch entsprechende gesetzliche Maßnahmen zu begegnen.⁹⁴

Polen und Ungarn sind beide aufgrund verbesserter ökonomischer Aussichten im Verlaufe des vergangenen Jahrzehnts zum Ziel von Wanderungsbewegungen weiter östlich gelegener Länder geworden. Polen ist jedoch im Gegensatz zu Ungarn ein Abwanderungsland geblieben. Vor allem die temporäre Arbeitsmigration bestimmt das Bild seiner Migrationsbeziehung mit Deutschland, die dauerhafte Emigration scheint nur wenigen polnischen Staatsangehörigen erstrebenswert. In Ungarn übertrafen hingegen im vergangenen Jahrzehnt die Zuwanderungszahlen stets die Abwanderungszahlen. Die Abwanderungstendenzen der ungarischen Staatsangehörigen sind als sehr gering einzustufen. Von der Lage der nach wie vor zahlenmäßig starken polnischen und ungarischen Minderheiten in anderen mittel- und osteuropäischen Ländern hängt die Zuwanderungssituation beider Länder in den kommenden Jahren entschei-

⁹⁴ Seit 2002 genießen Personen, die einer ungarischen Minderheit zugerechnet werden und ihre Angehörigen in anderen Ländern Ostmitteleuropas das Vorrecht, ohne spezielle Arbeitserlaubnis jährlich bis zu drei Monate lang in Ungarn arbeiten zu dürfen. Zusätzlich erhalten sie den gleichen Zugang wie die in Ungarn lebenden Einheimischen zu allen Institutionen der Bildung, der Kultur und der Wissenschaft (Gesetz Nr. LXII (2001) über in Nachbarländern lebende ungarische Staatsangehörige).

dend ab. Beide Regierungen versuchen, den Trend der Zuwanderung ethnischer Polen bzw. Ungarn mittels entsprechender gesetzlicher Maßnahmen abzuschwächen.

Der Blick auf das Migrationsgeschehen zweier ausgewählter mittel- und osteuropäischer Länder verdeutlicht, dass es Analysen je spezifisch nationaler Bedingungen bedarf, um Migrationspotenziale einzuschätzen.

7.3 Prognosen auf der Basis der vorhandenen Studien zur EU-Erweiterung

Im Zusammenhang mit der Erweiterung der Europäischen Union wird häufig die Befürchtung geäußert, dass mit dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder eine verstärkte Zuwanderung auf den ohnehin belasteten deutschen Arbeitsmarkt stattfinden werde. In diesem Unterkapitel soll ein Überblick über das mögliche Ausmaß der Ost-West-Wanderung nach der EU-Erweiterung auf der Basis bisher vorliegender Prognosen gegeben werden.

Die bisher vorhandenen Schätzungen basieren auf unterschiedlichen Methoden. Diese lassen sich im wesentlichen in drei Kategorien einteilen:

- Schätzungen auf der Basis ökonomischer Modelle. Dabei werden insbesondere ökonomische Indikatoren, die das wirtschaftliche Gefälle zwischen den EU-Staaten und den Beitrittsländern anzeigen wie z.B. Einkommensunterschiede oder die Arbeitsmarktsituation, zur Berechnung des Migrationspotenzials herangezogen. Unter Rückgriff auf die Ergebnisse von Wanderungsbewegungen in der Vergangenheit (z.B. Süderweiterung der Europäischen Union in den achtziger Jahren, innerdeutsche Ost-West-Wanderung nach der Wiedervereinigung) wird dann auf die potenzielle Zuwanderung im Rahmen der Osterweiterung geschlossen.
- Prognose des Zuwanderungspotenzials auf der Basis demographischer Entwicklungen. Dabei werden historische Wanderungsverläufe in Beziehung gesetzt mit demographischen Faktoren der Herkunfts- und Zielländer.
- Prognosen auf der Basis von Befragungen von Einzelpersonen in den Beitrittsländern zu ihren Wanderungsabsichten. Dabei wird nicht die jährlich zu erwartende Zuwanderung ermittelt, sondern ein Bestand an prinzipiell abwanderungsbereiten Personen, die ihre Migrationsabsicht über mehrere Jahre verteilt realisieren könnten.

Dabei ergeben sich je nach den zugrundegelegten Berechnungsvariablen und den einbezogenen Ländern unterschiedliche Vorhersagen des Wanderungspotenzials. Einig sind sich alle Studien darin, dass Deutschland (sowie Österreich), insbesondere aufgrund der geographischen Lage und der bereits bestehenden Migrationsbeziehungen, auch nach der Ost-Erweiterung das Hauptzielland für Arbeitsmigranten aus den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern sein wird.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die am stärksten rezipierten Studien⁹⁵ zur potenziellen Ost-West-Wanderung als Folge der EU-Erweiterung. Dabei muss berücksichtigt

⁹⁵ Berücksichtigt werden folgende Untersuchungen:

Franzmeyer, Fritz/Brücker, Herbert: Europäische Union: Osterweiterung und Arbeitskräftemigration, in: DIW-Wochenbericht 5/1997.

Fassmann, Heinz/Hintermann, Christiane: Migrationspotential Ostmitteleuropa. Struktur und Motivation potentieller Migranten aus Polen, der Slowakei, Tschechien und Ungarn. ISR-Forschungsbericht 15, Wien 1997.

Bauer, Thomas/Zimmermann, Klaus: Assessment of Possible Migration Pressure and its Labour Market Impact Following EU Enlargement to Central and Eastern Europe. IZA Research Report No. 3, Bonn 1999.

European Integration Consortium: The Impact of Eastern Enlargement on Employment and Labour Markets in the EU Member States. Final Report, Berlin/Milano 2000 (Consortium leader: DIW, Hauptautoren: Böri, Tito/Brücker, Herbert).

Brücker, Herbert/Trübswetter, Parvati/Weise, Christian: EU-Osterweiterung: Keine massive Zuwanderung zu erwarten, in: DIW-Wochenbericht 21/2000.

Sinn u.a.: EU-Erweiterung und Arbeitskräftemigration: Wege zu einer schrittweisen Annäherung der Arbeitsmärkte. Ifo-Institut München 2000.

Fertig, Michael/Schmidt, Christoph: Aggregate-Level Migration Studies as a Tool for Forecasting Future Migration Streams. IZA Discussion Paper No. 183, Bonn 2000.

Straubhaar, Thomas: Ost-West-Migrationspotential: Wie groß ist es? HWWA Discussion Paper 137, Hamburg 2001

werden, dass der Termin für die Erweiterung und die Zahl der Beitrittsländer der ersten Erweiterungsrunde sowie die Übergangsfristen bis zur vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit zum Zeitpunkt der Abfassung der Studien noch nicht feststanden.

Tabelle 24: Tabellarische Übersicht zu Schätzungen des Migrationspotenzials nach der EU-Erweiterung

| Autoren/Jahr | Geschätztes Migrationspotenzial | Berücksichtigte Beitrittsländer | Methode/Annahme |
|---|--|--|--|
| Franzmeyer/ Brücker (1997) | 340.000-680.000 jährlich in die EU 590.000-1.180.000 jährlich in die EU | Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien MOEL-10 ¹ | Schätzung auf der Basis ökonomischer Indikatoren, insbesondere der Einkommensdifferenz |
| Fassmann/ Hintermann (1997) | 711.000 mit konkreter und 4.066.000 mit allgemeiner Wanderungsabsicht in die EU; etwa 260.000 nach Deutschland (37% der Befragten nannten Deutschland als Migrationsziel) | Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn | Befragung von insgesamt 4.392 Personen in den vier Ländern im Jahr 1996 |
| Bauer/ Zimmermann (1999) | Bruttozuwanderung in die EU von 2-3 Millionen innerhalb von 15 Jahren, davon 1,3-2 Millionen nach Deutschland; jährliche Zuwanderung von etwa 200.000, davon nach Deutschland 160.000 | Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien | Berechnung von Auswanderungsraten (jeweils bei eingeschränkter und bei voller Arbeitnehmerfreizügigkeit) basierend auf den Erfahrungen mit der Süderweiterung der EU |
| European Integration Consortium (DIW u.a.) (2000) | im Jahr 2002 335.000 in die EU, kontinuierlich fallend auf 150.000 im Jahr 2010 und auf 2.400 im Jahr 2030; im Jahr 2002 220.000 nach Deutschland, kontinuierlich fallend bis auf 96.000 im Jahr 2010 und auf 1.600 im Jahr 2030 (Nettowerte) (mittlere von drei Varianten) | MOEL-10 | Schätzung auf der Basis von Zeitreihenanalysen der Migration nach Deutschland von 1967-1998 unter Einbeziehung verschiedener Variablen (Pro-Kopf-Einkommen, Beschäftigungsrate in den Herkunfts- und Zielländern); Annahme: Arbeitnehmerfreizügigkeit ab dem Jahr 2002 |
| Brücker/ Trübswetter/ Weise (2000) | Nettozuwanderung bis 2030 nach Deutschland von 2 Millionen; im ersten Jahr der Freizügigkeit Zuwanderung von etwa 220.000 Personen, bis zum Ende des Jahrzehnts auf 95.000 fallend; Zuwanderung von 130.000 Personen nach Deutschland im ersten Jahr, bis zum Ende des Jahrzehnts auf 65.000 fallend | MOEL-10 MOEL-8 ¹ | ökonometrische Analyse auf der Basis von Einkommens- und Beschäftigungsunterschieden; Annahme: Freizügigkeit für alle 10 MOE-Länder ab dem Jahr 2002 |
| Sinn u.a. (ifo- Institut) (2000) | 193.000-273.000 jährlich in den ersten fünf Jahren nach Deutschland (ohne Rumänien 122.000-174.000), danach Absinken der jährlichen Zuwanderung; 3,2-4 Millionen in den ersten 15 Jahren nach Deutschland | Polen, Rumänien, Tschechien, Slowakei, Ungarn | ökonometrische Analyse auf der Basis von Einkommensdifferenzialen unter Berücksichtigung der Erfahrungen bei der Süderweiterung der EU; Annahme: volle Freizügigkeit von Beginn an |
| Fertig/Schmidt (2000) | je nach zugrunde gelegtem Szenario 14.000-63.000 jährlich bzw. 293.000-1.250.000 bis 2017 insgesamt nach Deutschland | Polen, Tschechien, Ungarn, Estland | Prognose auf der Basis demographischer Entwicklungen |

| | | | |
|----------------------|---|---------|--|
| Straubhaar (2001) | 199.000-419.000 brutto bzw. 63.000-157.000 netto (unter Berücksichtigung der Rückwanderung) jährlich in die EU; | MOEL-10 | Berechnung von Auswanderungsraten unter Verwendung eines ökonometrischen Modells auf der Basis der Erfahrungen der Süderweiterung (in Abhängigkeit von verschiedenen Variablen wie z.B. Einkommensdifferenzen, Beschäftigungslagen, Netzwerkeffekte) |
| | 141.000-296.000 brutto bzw. 44.000-111.000 netto jährlich in die EU | MOEL-8 | |

- 1) MOEL-8: Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Ungarn, Estland, Lettland, Litauen
MOEL-10: MOEL- 8 plus Rumänien und Bulgarien
MOEL = mittel- und osteuropäische Länder

Die Übersicht zeigt, dass die Prognosen des Migrationspotenzials pro Jahr bezogen auf Deutschland zwischen 14.000 und etwa 300.000 schwanken. Die neueren Prognosen, die auch die Erfahrungen aus der Süderweiterung der EU berücksichtigen, gehen jedoch von eher moderaten Zuwanderungszahlen aus. Dabei kommen die meisten Studien zu dem Ergebnis, dass die Zuwanderung kurz nach Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit am höchsten sein wird und sich dann im Laufe der nächsten Jahrzehnte auf niedrigerem Niveau einpendeln wird. Zudem wird nach Fassmann und Münz (2002) auch die demographische Entwicklung mit ihrem Rückgang der Fertilität und der Erwerbsbevölkerung in den mittel- und osteuropäischen Ländern⁹⁶ dazu beitragen, dass mittel- und langfristig das Migrationspotenzial in diesen Staaten eher zurückgehen wird.

Da ab dem Jahr 2010 in Deutschland mit einem deutlichen Rückgang des inländischen Arbeitskräfteangebots zu rechnen ist, kann mittel- bzw. langfristig von eher positiven Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit auf die deutsche Wirtschaft bzw. den deutschen Arbeitsmarkt und zum Teil auch auf die demographische Entwicklung in Deutschland ausgegangen werden. Zudem gehen die meisten Studien – unabhängig von der Größenordnung der potenziellen Zuwanderung – davon aus, dass die künftigen Migranten aus den Beitrittsstaaten jung und gut ausgebildet sind. Demgegenüber sieht das ifo-Institut eher eine Zuwanderung weniger qualifizierter Arbeitnehmer aus den Beitrittsländern⁹⁷, was vor allem in Arbeitsmarktbereichen für weniger qualifizierte Arbeitnehmer in Deutschland für erhöhten Lohn- druck sorgen werde.

Die große Bandbreite der Schätzungen des Migrationspotenzials zeigt, dass eine verlässliche Prognose des Ausmaßes der Zuwanderungen als Folge der EU-Erweiterung äußerst schwierig ist. Letztlich hängen die konkreten Wanderungszahlen davon ab, wann die Freizügigkeit eingeführt wird und wie sich die wirtschaftlichen Verhältnisse und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sowohl in den Beitrittsländern als auch in den EU-Ländern bis dahin entwickeln werden (vgl. Hönekopp 2000, S. 134).

⁹⁶ Der seit einigen Jahren anhaltende Geburtenrückgang wird ähnlich wie in den Staaten der EU zu einem Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung spätestens ab dem Jahr 2010 führen.

⁹⁷ Das ifo-Institut sieht nicht nur die Lohndifferenz, sondern auch die attraktiveren sozialen Sicherungssysteme in Deutschland als wichtiges Wanderungsmotiv an.

8. Rechtliche Veränderungen

In diesem Kapitel werden die Gesetzesänderungen, Verordnungen und weiteren rechtlichen Änderungen, die im Bereich der Zuwanderung ab dem Jahr 2001 in Kraft getreten sind, kurz dargestellt und erläutert.

- EU-Visumverordnung vom 15. März 2001⁹⁸

Der EU-Rat hat mit der EU-Visumverordnung (VisumVO/EU) von seiner im EG-Vertrag geregelten Kompetenz Gebrauch gemacht, die Visumpflicht bzw. -freiheit für Drittstaatsangehörige (Staatsangehörige aus Nicht-EU-Staaten), die in die EU einreisen wollen, zu bestimmen. In der EU-Visumverordnung sind nur Einreisen zum Zwecke kurzfristiger Aufenthalte (z.B. zu touristischen Zwecken oder Besuchsaufenthalten), die eine Dauer von drei Monaten pro Halbjahr nicht überschreiten, erfasst. Die Verordnung gilt verbindlich und unmittelbar in allen Mitgliedstaaten der EU (außer Großbritannien und Irland), selbst wenn nationale Gesetze und Verordnungen andere Regelungen vorsehen (Anwendungsvorrang nach Art. 249 EG-Vertrag). Die Entscheidung über die Zulässigkeit längerfristiger oder dauerhafter Aufenthalte von Drittäusländern obliegt auch weiterhin den national zuständigen Behörden der einzelnen EU-Mitgliedstaaten.

Seit dem Inkrafttreten der Visumverordnung am 10. April 2001 können – abweichend von der bisherigen ausländergesetzlichen Regelungslage – auch bulgarische Staatsangehörige, die nach deutschem Recht zuvor generell visumpflichtig waren, zu kurzzeitigen Aufenthalten visumfrei einreisen. Umgekehrt benötigen seitdem kolumbianische Staatsangehörige für die Einreise nach Deutschland ein Visum. Durch eine Änderung der Verordnung im Dezember 2001⁹⁹ ist die Befreiung von der Visumpflicht auf Staatsangehörige aus Rumänien ausgedehnt worden (Visumfreiheit seit 1. Januar 2002). Durch eine weitere Änderung der Visumverordnung¹⁰⁰ sind ecuadorianische Staatsangehörige, die nach deutschem Recht bis dahin für einen kurzfristigen Aufenthalt visumfrei einreisen konnten, seit dem 1. Juni 2003 der Visumpflicht unterworfen.

Zu den Voraussetzungen für eine visumfreie Einreise zählt insbesondere, dass die Drittstaatsangehörigen neben einem gültigen Pass ausreichende finanzielle Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhaltes nachweisen und im Schengener Informationssystem (SIS) nicht zur Einreiseverweigerung ausgeschrieben sind.

- Änderung des Ausländergesetzes und des Asylverfahrensgesetzes durch das Terrorismusbekämpfungsgesetz vom 9. Januar 2002

Mit dem zum 1. Januar 2002 in Kraft getretenen Gesetz zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus (Terrorismusbekämpfungsgesetz)¹⁰¹ wurden einige Änderungen im Ausländergesetz vorgenommen. So wurde dem Ausländergesetz mit dem neuen § 8 Abs. 1 Nr. 5 ein weiterer Versagungsgrund hinzugefügt. Danach wird Ausländern die Aufenthaltsgenehmigung auch wenn die Voraussetzungen eines Anspruchs nach dem Ausländergesetz vorliegen versagt, wenn sie die freiheitlich demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährden, sich bei der Verfolgung politischer Ziele an Gewalttätigkei-

⁹⁸ Verordnung (EG) Nr. 539/2001 des Rates vom 15. März 2001 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind.

⁹⁹ Verordnung (EG) Nr. 2414/2001 des Rates vom 7. Dezember 2001 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 539/2001....

¹⁰⁰ Verordnung (EG) Nr. 453/2003 des Rates vom 6. März 2003 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 539/2001....

¹⁰¹ Das Gesetz wurde erst am 11. Januar 2002 im Bundesgesetzblatt verkündet und somit rückwirkend in Kraft gesetzt.

ten beteiligen, öffentlich zur Gewaltanwendung aufrufen oder mit Gewaltanwendung drohen oder wenn Tatsachen belegen, dass sie einer Vereinigung angehören, die den internationalen Terrorismus unterstützt, oder sie eine derartige Vereinigung unterstützen. Dieser Versagungsgrund gilt zugleich als neuer Regelausweisungsgrund (§ 47 Abs. 2 Nr. 4 AuslG). Zudem kann ein Ausländer nun ausgewiesen werden, wenn er im Verfahren zur Erlangung einer Aufenthaltsgenehmigung oder einer Duldung bzw. im Visumverfahren falsche Angaben gemacht hat (Neufassung des § 46 Nr. 1 AuslG). Zudem werden durch das Terrorismusbekämpfungsgesetz verschiedene fälschungssichere Aufenthaltsdokumente (Aufenthaltsgenehmigung, Ausweiser-satz, Aufenthaltsgestattung, Duldung) eingeführt.¹⁰² Zusätzlich können neben dem Lichtbild und der Unterschrift des Inhabers weitere biometrische Merkmale von Fingern, Händen oder Gesicht in das Dokument integriert werden. Die im Visumverfahren erhobenen Daten des Antragstellers sowie derjenigen Person, die den Antragsteller eingeladen hat, können an Sicherheitsbehörden und Geheimdienste übermittelt werden.¹⁰³ Dabei bestimmt das Bundesministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt, in welchen Fällen gegenüber Staatsangehörigen bestimmter Staaten von dieser Vorschrift Gebrauch gemacht wird. Im Asylverfahrensgesetz wurde eine gesetzliche Grundlage für eine Sprachaufzeichnung außerhalb der förmlichen Asylanhörnung zur Bestimmung des Herkunftsstaates oder der Herkunftsregion des Asylbewerbers geschaffen (§ 16 Abs. 1 AsylVfG).

- Änderung des Bundesvertriebenengesetzes durch das Spätaussiedlerstatusgesetz (Gesetz zur Klarstellung des Spätaussiedlerstatus (Spätaussiedlerstatusgesetz – SpStatG) vom 30. August 2001

Durch das Spätaussiedlerstatusgesetz (SpStatG), das am 7. September 2001 in Kraft trat, wurden die Voraussetzungen der deutschen Volkszugehörigkeit geändert. Gemäß des durch dieses Gesetz neu gefassten § 6 Abs. 2 BVFG muss nunmehr das Bekenntnis zum deutschen Volkstum durch die familiäre Vermittlung der deutschen Sprache bestätigt werden. Diese ist nur festgestellt, wenn der Spätaussiedlerbewerber zum Zeitpunkt der Aussiedlung aufgrund dieser Vermittlung zumindest ein einfaches Gespräch auf Deutsch führen kann.

Anlass für diese Klarstellung war ein Urteil vom 19. Oktober 2000, in dem das Bundesverwaltungsgericht die bis dahin gängige Verwaltungs- und Rechtspraxis geändert hat. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden im Aufnahmeverfahren für die Anerkennung als Spätaussiedler familiär vermittelte Sprachkenntnisse, die durch Sprachtests nachzuweisen waren, festgestellt. Das Bundesverwaltungsgericht hatte diese Voraussetzung in seinem Urteil erheblich relativiert, indem es das Ergebnis des Sprachtests nur als Indiz für eine früher erfolgte Vermittlung von Deutschkenntnissen wertete. Dadurch hätte der Antragsteller die Möglichkeit, eine früher erfolgte Vermittlung von Sprachkenntnissen auch auf andere Art nachzuweisen, etwa aufgrund von Zeugenaussagen „vorzugsweise aus dem familiären Bereich“ (siehe dazu die Begründung zum Gesetz, Bundestagsdrucksache 14/6573, S. 5). Da aufgrund der bis zu diesem Urteil gängigen Auslegung des § 6 Abs. 2 BVFG mehr als 50% der Aufnahmeanträge wegen fehlender Deutschkenntnisse abgelehnt wurden, wäre die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts auf eine „erhebliche Erweiterung der Zuwanderungsmöglichkeit für Spätaussiedler“ und damit auf eine Belastung für „die Sozialverträglichkeit und Akzeptanz der Spätaussiedlerzuwanderung“ hinausgelaufen (ebenda, S. 5). Ziel des Spätaussiedlerstatusgesetzes war daher im wesentlichen die Rückkehr zur Rechtslage, wie sie vor dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 19. Oktober 2000 in der Verwaltungspraxis von Bund und Ländern sowie in der Rechtsprechung gesehen wurde.

¹⁰² Diese Dokumente erhalten eine Seriennummer und eine maschinenlesbare Zone.

¹⁰³ Genannt in dem neu eingefügten § 64a AuslG sind in Abs. 1 der Bundesnachrichtendienst, das Bundesamt für Verfassungsschutz, der Militärische Abschirmdienst, das Bundeskriminalamt und das Zollkriminalamt.

- Änderung der ASAV durch die Erste Verordnung zur Änderung der Anwerbestoppausnahmereverordnung vom 30. Januar 2002 sowie der AAV durch die Zweite Verordnung zur Änderung der Arbeitsaufenthalteverordnung vom 4. Februar 2002 (Zulassung ausländischer Haushaltshilfen)

Anfang des Jahres 2002 wurden die Anwerbestoppausnahmereverordnung sowie (analog) die Arbeitsaufenthalteverordnung durch entsprechende Änderungsverordnungen¹⁰⁴ geändert. Durch die neu eingefügten § 4 Abs. 9a ASAV und § 4 Abs. 4a AAV wurde die Möglichkeit geschaffen, von Februar 2002 bis 31. Dezember 2002 ausländische Haushaltshilfen zur Aufnahme einer versicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung in Haushalten mit Pflegebedürftigen zu vermitteln, wenn eine Absprache der Bundesanstalt für Arbeit mit der Arbeitsverwaltung des Herkunftslandes getroffen wurde. Entsprechende Vermittlungsabsprachen wurden mit Polen, Slowenien, Ungarn, der Slowakischen sowie der Tschechischen Republik vereinbart. Dafür konnten Arbeitserlaubnisse bzw. Aufenthaltsbewilligungen mit einer Dauer von bis zu drei Jahren erteilt werden.

- Freizügigkeitsabkommen zwischen der EU bzw. deren Mitgliedstaaten und der Schweiz (Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft sowie ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21. Juni 1999, in Kraft getreten am 1. Juni 2002)

Ziel des Freizügigkeitsabkommens ist es, den Staatsangehörigen der EU-Mitgliedstaaten und der Schweiz, sowie deren Familienangehörigen¹⁰⁵ ein Recht auf Einreise, Aufenthalt und Aufnahme einer unselbständigen und selbständigen Erwerbstätigkeit sowie des Rechts auf Verbleib im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien einzuräumen. Zudem sind Erleichterungen bei der Erbringung von Dienstleistungen¹⁰⁶ und ein Aufenthaltsrecht für Personen, die keine Erwerbstätigkeit im Aufnahmestaat ausüben, vorgesehen. Diese müssen den Nachweis erbringen, dass sie für sich selbst und ihre Familienangehörigen über ausreichende finanzielle Mittel verfügen, so dass sie während ihres Aufenthalts keine Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen. Gleichzeitig werden den Staatsangehörigen der Vertragsparteien die gleichen Lebens-, Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen eingeräumt.

Das Freizügigkeitsabkommen ist zunächst auf sieben Jahre geschlossen worden. Ohne gegenteilige Entscheidung verlängert es sich danach auf unbestimmte Zeit. Zudem sind im Freizügigkeitsabkommen verschiedene Übergangsbestimmungen¹⁰⁷ bis zur vollständigen Freizügigkeit vorgesehen. So können Schweizer Staatsangehörige spätestens nach zwei Jahren nach dem In-Kraft-Treten des Freizügigkeitsabkommens, also ab Juni 2004, die volle Freizügigkeit in den EU-Staaten genießen; die Bundesrepublik Deutschland macht von der Möglichkeit keinen Gebrauch. Dagegen wird für die Staatsangehörigen aus den Mitgliedstaaten der EU die volle Freizügigkeit in der Schweiz in mehreren Schritten über einen Zeitraum von zwölf Jahren verwirklicht. Nach zwei Jahren, in denen die heute geltenden Zulassungsbeschränkungen aufrecht erhalten werden¹⁰⁸, werden die Schranken des Inländervorrangs und der Kontrolle

¹⁰⁴ Dabei handelt es sich um die Erste Verordnung zur Änderung der Anwerbestoppausnahmereverordnung vom 30. Januar 2002 sowie um die Zweite Verordnung zur Änderung der Arbeitsaufenthalteverordnung vom 4. Februar 2002.

¹⁰⁵ Berechtigte Familienangehörige sind, und zwar unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, die Ehegatten und die Kinder bis zum 21. Lebensjahr sowie Verwandte in aufsteigender Linie, denen Unterhalt gewährt wird.

¹⁰⁶ Dienstleistungserbringern kann das Recht eingeräumt werden, Dienstleistungen bis zu 90 Arbeitstagen pro Kalenderjahr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zu erbringen. Im Rahmen dieser Regelung sind auch Drittstaatsangehörige freizügigkeitsberechtigt, soweit sie Arbeitnehmer eines Dienstleistungserbringers sind, im regulären Arbeitsmarkt einer Vertragspartei integriert sind und zur Erbringung der Dienstleistung in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei entsandt werden.

¹⁰⁷ Die Übergangsbestimmungen gelten nicht für Arbeitnehmer und Selbständige, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit in der Schweiz berechtigt sind.

¹⁰⁸ Die Beschränkungen gelten nicht für Dienstleistungserbringer.

der Lohn- und Arbeitsbedingungen für EU-Arbeitskräfte in der Schweiz aufgehoben. Ab dem sechsten Jahr werden zusätzlich die Höchstzahlen (Kontingente) für EU-Bürger gestrichen. Allerdings gewährt das Abkommen der Schweiz ab dem sechsten bis zum zwölften Jahr eine einseitige Schutzklausel, die ihr die Wiedereinführung der Kontingente während zwei Jahren erlaubt, falls die Zahl der neuen Arbeitskräfte aus der EU in einem Jahr um 10% höher ist als der Durchschnitt der vergangenen drei Jahre. Nach zwölf Jahren gilt die volle Freizügigkeit.

- Verordnung (EG) Nr. 343/2003 des Rates vom 18. Februar 2003 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist („Dublin-II-Verordnung“; in Kraft getreten am 17. März 2003)

Die Verordnung ersetzt das im September 1997 in Kraft getretene Dubliner Übereinkommen. Sie legt die Kriterien und Verfahren fest, nach denen der für das jeweilige Asylverfahren zuständige Mitgliedstaat bestimmt werden kann. Ziel ist zum einen die Sicherstellung des effektiven Zugangs zu einem Asylverfahren in einem Mitgliedstaat der EU. Zum anderen soll verhindert werden, dass ein Asylbewerber parallel oder sukzessive in mehreren Mitgliedstaaten einen Asylantrag stellt (sog. „asylum-shopping“).¹⁰⁹ Stärker als im Dubliner Übereinkommen soll durch diese Verordnung bei der Festlegung des für die Prüfung des Asylantrags zuständigen Staates auf die Wahrung der Einheit der Familie geachtet werden. Insofern sind bei der Rangfolge der anzuwendenden Kriterien zur Bestimmung des zuständigen Mitgliedstaates (geregelt in Kapitel III der Verordnung) die Kriterien, die sich auf die Familieneinheit beziehen, an erster Stelle genannt. So ist etwa bei der Prüfung eines Asylantrags eines unbegleiteten Minderjährigen derjenige Mitgliedstaat zuständig, in dem sich ein Angehöriger seiner Familie rechtmäßig aufhält, sofern dies im Interesse des Minderjährigen liegt.¹¹⁰

¹⁰⁹ Als Hilfsmittel zur besseren Durchführung dieser Verordnung soll das im Januar 2003 in Betrieb genommene EURODAC-System dienen, das computergestützt den europaweiten Abgleich von Fingerabdrücken von Asylbewerbern und illegal eingereisten bzw. aufhältigen Ausländern ermöglicht. Seit dem 15. Januar 2003 ist jeder Mitgliedstaat der EU verpflichtet, von jedem mindestens 14 Jahre alten Asylbewerber bzw. Ausländer, der in Verbindung mit dem unerlaubten Überschreiten der Außengrenze aufgegriffen und nicht zurückgewiesen wird, die Fingerabdrücke abzunehmen und an EURODAC weiterzuleiten. Die Rechtsgrundlage für EURODAC bilden zwei Verordnungen: die Verordnung (EG) Nr. 2725/2000 des Rates vom 11. Dezember 2000 über die Einrichtung von „Eurodac“ für den Vergleich von Fingerabdrücken zum Zwecke der effektiven Anwendung des Dubliner Übereinkommens sowie die Verordnung (EG) Nr. 407/2002 des Rates vom 28. Februar 2002 zur Festlegung von Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 2725/2000 über die Einrichtung von „Eurodac“ für den Vergleich von Fingerabdrücken zum Zwecke der effektiven Anwendung des Dubliner Übereinkommens.

¹¹⁰ Zu den Kriterien im Einzelnen wie etwa Zuständigkeit des Ersteinreisestaates siehe z.B. Schröder 2003.

Anhang: Tabellen und Abbildungen

1. Überblick über das Migrationsgeschehen in Deutschland

Abbildung 39: Zuzüge von Deutschen und Ausländern von 1990 bis 2002

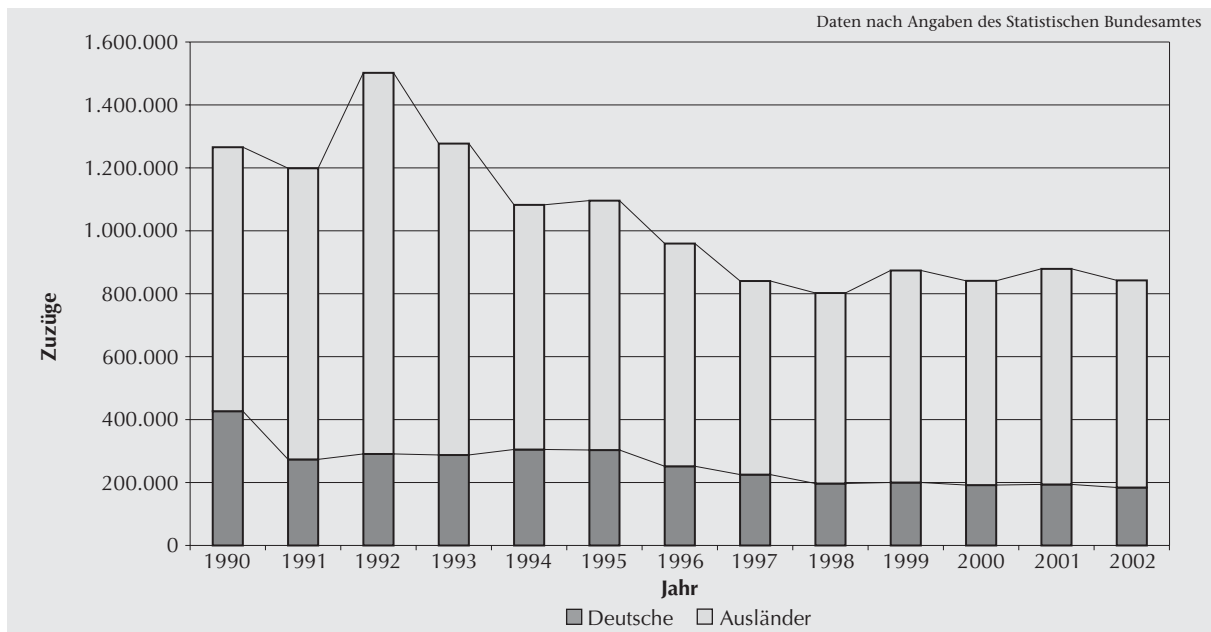
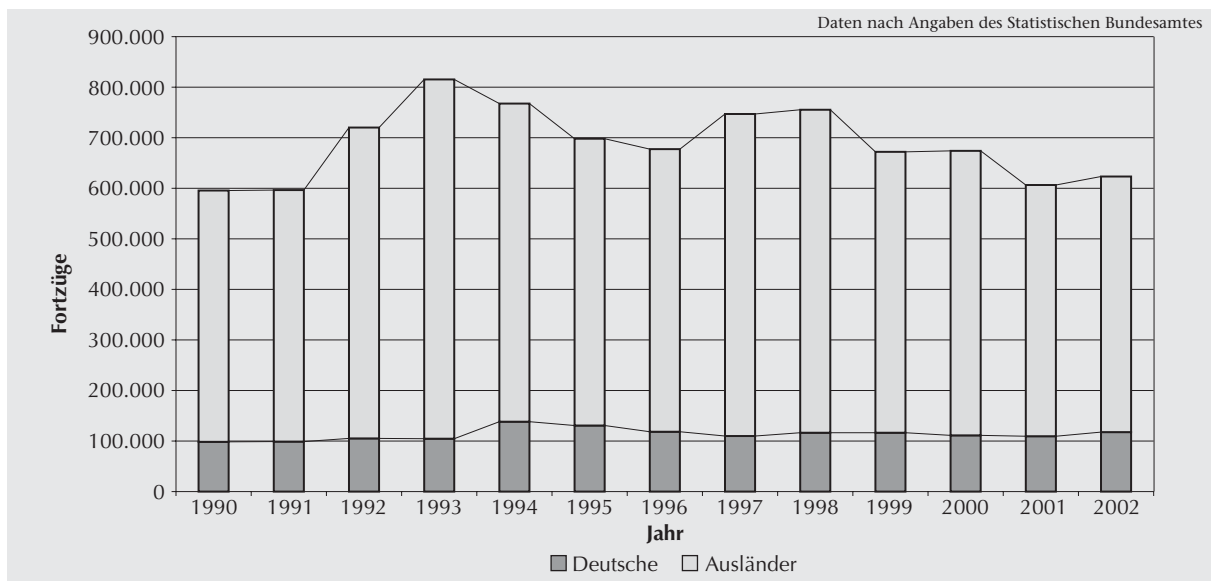


Abbildung 40: Fortzüge von Deutschen und Ausländern von 1990 bis 2002



1.1 Herkunfts- und Zielländer

Tabelle 25: Zuzüge über die Grenzen Deutschlands nach Herkunftsländern von 1991 bis 2002

| Herkunftsland | 1991 ¹ | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 |
|-------------------------------|-------------------|------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| Europa² | 985.870 | 1.114.579 | 942.518 | 755.936 | 762.772 | 644.373 | 553.772 | 550.638 | 611.545 | 566.406 | 583.567 | 567.014 |
| <i>dar. Deutsche</i> | <i>230.801</i> | <i>121.564</i> | <i>153.773</i> | <i>148.034</i> | <i>152.792</i> | <i>126.343</i> | <i>114.905</i> | <i>108.204</i> | <i>112.852</i> | <i>106.595</i> | <i>109.985</i> | <i>108.285</i> |
| EG-Staaten³ | 150.543 | 143.516 | 140.721 | 163.118 | 204.613 | 201.417 | 180.432 | 167.197 | 169.267 | 165.203 | 157.709 | 131.004 |
| Belgien | 4.521 | 4.445 | 4.386 | 4.395 | 4.518 | 4.688 | 4.742 | 4.587 | 4.675 | 4.583 | 4.703 | 4.439 |
| Bosnien-Herzeg. | - | 75.678 | 107.422 | 68.698 | 55.473 | 11.185 | 6.971 | 8.484 | 10.459 | 10.498 | 12.941 | 10.566 |
| Bulgarien | 17.420 | 31.523 | 27.350 | 10.478 | 8.165 | 6.433 | 6.485 | 5.336 | 8.199 | 10.461 | 13.472 | 13.230 |
| Dänemark | 3.534 | 4.104 | 4.354 | 4.266 | 3.765 | 3.373 | 3.087 | 3.071 | 3.312 | 3.235 | 3.236 | 2.889 |
| Estland (ab 1992) | - | 1.236 | 1.683 | 1.684 | 1.852 | 1.598 | 1.329 | 1.126 | 990 | 1.071 | 1.032 | 991 |
| Finnland | 2.271 | 3.087 | 3.144 | 4.025 | 4.146 | 3.392 | 3.227 | 2.869 | 2.913 | 3.014 | 2.733 | 2.203 |
| Frankreich | 17.701 | 18.715 | 18.590 | 19.055 | 20.374 | 21.157 | 20.458 | 20.222 | 21.516 | 21.486 | 19.862 | 18.619 |
| Griechenland | 29.332 | 24.599 | 19.093 | 19.796 | 21.200 | 19.840 | 17.305 | 16.855 | 18.497 | 18.358 | 17.529 | 15.913 |
| Großbr.u.Nordirl. | 20.174 | 21.110 | 19.826 | 19.833 | 20.065 | 19.016 | 16.477 | 15.953 | 16.904 | 17.130 | 16.178 | 14.703 |
| Irland | 5.837 | 6.389 | 4.914 | 4.725 | 5.485 | 5.426 | 4.130 | 3.299 | 3.075 | 2.725 | 2.705 | 2.230 |
| Italien | 38.372 | 32.801 | 34.238 | 41.249 | 50.642 | 48.510 | 41.557 | 37.660 | 37.212 | 35.385 | 31.578 | 26.882 |
| Jugoslawien ⁴ | 222.824 | 267.000 | 141.924 | 63.481 | 54.418 | 43.148 | 31.425 | 60.144 | 88.166 | 33.326 | 28.637 | 25.773 |
| Kroatien | - | 38.839 | 26.177 | 16.831 | 15.127 | 12.486 | 10.219 | 10.056 | 12.552 | 14.365 | 14.108 | 12.990 |
| Lettland (ab 1992) | - | 1.534 | 2.800 | 2.389 | 2.443 | 2.546 | 2.433 | 2.516 | 2.270 | 2.199 | 2.322 | 2.195 |
| Litauen (ab 1992) | - | 1.436 | 2.495 | 2.860 | 3.290 | 3.201 | 2.686 | 2.423 | 2.554 | 3.384 | 3.764 | 4.135 |
| Luxemburg | 1.111 | 1.132 | 1.064 | 1.052 | 1.138 | 1.190 | 1.233 | 1.316 | 1.348 | 1.439 | 1.522 | 1.739 |
| Moldau (ab 1992) | - | 1.270 | 2.131 | 2.436 | 2.810 | 2.776 | 2.010 | 2.027 | 2.065 | 2.234 | 2.545 | 2.675 |
| Niederlande | 9.949 | 10.444 | 11.185 | 11.613 | 12.328 | 12.232 | 10.941 | 10.597 | 10.431 | 11.007 | 12.495 | 13.976 |
| Norwegen | 1.702 | 1.705 | 1.930 | 2.046 | 1.605 | 1.365 | 1.360 | 1.238 | 1.286 | 1.352 | 1.388 | 1.534 |
| Österreich | 16.898 | 16.490 | 15.543 | 14.190 | 14.308 | 13.802 | 13.822 | 14.432 | 15.886 | 15.964 | 15.820 | 14.401 |
| Polen | 145.663 | 143.709 | 81.740 | 88.132 | 99.706 | 91.314 | 85.615 | 82.049 | 90.168 | 94.105 | 100.522 | 100.968 |
| <i>dar. Deutsche</i> | <i>17.276</i> | <i>11.983</i> | <i>6.623</i> | <i>9.486</i> | <i>12.468</i> | <i>13.909</i> | <i>14.401</i> | <i>15.943</i> | <i>17.958</i> | <i>19.961</i> | <i>20.872</i> | <i>19.502</i> |
| Portugal | 11.489 | 10.825 | 13.799 | 27.708 | 31.355 | 32.864 | 27.205 | 19.509 | 15.451 | 12.086 | 10.293 | 8.806 |
| Rumänien | 84.165 | 121.291 | 86.559 | 34.567 | 27.217 | 19.263 | 16.509 | 18.491 | 20.149 | 25.270 | 21.145 | 24.560 |
| <i>dar. Deutsche</i> | <i>22.752</i> | <i>11.475</i> | <i>4.953</i> | <i>3.187</i> | <i>2.403</i> | <i>2.194</i> | <i>2.262</i> | <i>1.459</i> | <i>1.346</i> | <i>1.079</i> | <i>817</i> | <i>757</i> |
| Rußland (ab 1992) | - | 84.509 | 85.451 | 103.408 | 107.377 | 83.378 | 67.178 | 58.633 | 67.734 | 72.152 | 78.979 | 77.403 |
| <i>dar. Deutsche</i> | <i>-</i> | <i>59.901</i> | <i>56.362</i> | <i>69.965</i> | <i>74.391</i> | <i>51.496</i> | <i>42.363</i> | <i>37.297</i> | <i>39.957</i> | <i>40.081</i> | <i>42.425</i> | <i>41.587</i> |
| Schweden | 3.478 | 3.817 | 3.735 | 4.109 | 4.378 | 4.088 | 4.074 | 4.136 | 4.068 | 3.907 | 3.706 | 3.481 |
| Schweiz | 8.027 | 8.823 | 8.417 | 7.612 | 7.943 | 7.938 | 7.696 | 7.687 | 7.810 | 8.010 | 8.284 | 8.533 |
| Slowakische Rep. | - | - | 6.953 | 6.687 | 7.830 | 6.587 | 7.000 | 6.580 | 9.131 | 10.879 | 11.556 | 11.600 |
| Slowenien (ab 1992) | - | 2.860 | 2.960 | 2.534 | 2.591 | 2.253 | 1.913 | 2.098 | 2.002 | 1.950 | 2.684 | 2.379 |
| UdSSR (bis 1991) | 195.272 | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| <i>dar. Deutsche</i> | <i>156.299</i> | <i>-</i> | <i>-</i> | <i>-</i> | <i>-</i> | <i>-</i> | <i>-</i> | <i>-</i> | <i>-</i> | <i>-</i> | <i>-</i> | <i>-</i> |
| Spanien | 8.523 | 8.952 | 9.272 | 9.426 | 10.911 | 11.839 | 12.174 | 12.691 | 13.979 | 14.884 | 15.349 | 15.426 |
| Tschechische Rep. | - | - | 11.602 | 10.377 | 10.832 | 9.596 | 8.448 | 8.632 | 10.326 | 12.252 | 12.206 | 11.150 |
| CSSR/CSFR ⁵ | 24.438 | 37.295 | 3.523 | 1.252 | 1.623 | 1.380 | 1.116 | 950 | 856 | - | - | - |
| Türkei | 82.818 | 81.404 | 68.618 | 64.811 | 74.558 | 74.344 | 57.148 | 49.091 | 48.383 | 50.499 | 56.101 | 58.648 |
| Ukraine (ab 1992) | - | 9.018 | 15.112 | 17.568 | 18.514 | 16.707 | 15.486 | 16.562 | 17.713 | 21.193 | 23.877 | 24.047 |
| Ungarn | 25.676 | 28.652 | 24.853 | 19.803 | 19.487 | 17.333 | 11.942 | 14.036 | 15.677 | 16.872 | 18.187 | 17.211 |
| Weißrußl. (ab 1992) | - | 2.402 | 2.105 | 1.998 | 2.352 | 2.174 | 2.082 | 2.036 | 2.740 | 3.466 | 4.272 | 4.369 |

| Herkunftsland | 1991² | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 |
|--------------------------|-------------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| Afrika | 52.761 | 74.012 | 57.657 | 38.113 | 36.680 | 39.734 | 36.767 | 34.731 | 33.381 | 35.029 | 38.936 | 39.156 |
| Marokko | 6.094 | 6.596 | 5.317 | 3.997 | 3.782 | 4.304 | 4.142 | 4.513 | 5.004 | 5.545 | 6.095 | 6.407 |
| Amerika | 52.174 | 53.363 | 45.639 | 43.764 | 45.506 | 48.111 | 46.578 | 49.039 | 52.186 | 54.839 | 55.875 | 54.663 |
| USA | 31.614 | 33.743 | 27.606 | 25.687 | 26.177 | 27.225 | 26.168 | 27.322 | 28.821 | 28.729 | 28.949 | 27.956 |
| Asien⁶ | 83.539 | 189.086 | 213.820 | 224.035 | 228.549 | 206.593 | 183.068 | 144.907 | 152.491 | 165.110 | 181.714 | 162.591 |
| China | 5.560 | 6.698 | 8.745 | 5.787 | 5.530 | 6.264 | 7.450 | 7.888 | 10.913 | 15.592 | 20.752 | 19.120 |
| Indien | 8.079 | 7.676 | 6.370 | 5.183 | 6.301 | 6.735 | 5.556 | 4.964 | 5.279 | 6.718 | 9.252 | 9.413 |
| Irak | 1.503 | 1.415 | 1.308 | 2.036 | 6.577 | 12.661 | 14.747 | 8.040 | 9.162 | 12.306 | 18.191 | 12.511 |
| Iran | 8.143 | 5.842 | 5.942 | 6.585 | 6.846 | 7.815 | 6.300 | 5.547 | 5.968 | 7.629 | 6.684 | 6.089 |
| Israel | 2.555 | 1.684 | 1.368 | 1.205 | 1.246 | 1.246 | 1.289 | 1.256 | 1.418 | 1.560 | 1.959 | 2.236 |
| Japan | 6.209 | 6.017 | 5.694 | 5.068 | 5.278 | 5.535 | 5.290 | 5.519 | 5.703 | 5.915 | 6.433 | 6.159 |
| Kasachstan | | 86.864 | 107.076 | 131.469 | 123.277 | 98.137 | 83.242 | 56.128 | 54.054 | 54.906 | 53.149 | 45.865 |
| dar. Deutsche | | 80.476 | 85.501 | 105.968 | 100.217 | 79.723 | 68.604 | 46.126 | 42.444 | 42.657 | 41.212 | 33.964 |
| Thailand | 3.815 | 4.406 | 4.481 | 4.828 | 4.553 | 4.422 | 4.349 | 5.054 | 5.589 | 6.405 | 7.393 | 7.547 |
| Vietnam | 8.732 | 10.275 | 11.819 | 6.091 | 4.749 | 3.482 | 3.255 | 5.902 | 6.076 | 5.830 | 7.917 | 6.890 |
| Australien u. | | | | | | | | | | | | |
| Ozeanien | 3.779 | 3.854 | 3.109 | 2.921 | 3.122 | 3.332 | 3.101 | 3.347 | 3.278 | 3.603 | 4.269 | 4.208 |
| Unbek. Ausland | 4.804 | 5.596 | 5.261 | 5.268 | 5.547 | 6.235 | 6.542 | 6.897 | 6.632 | 5.408 | 1.563 | 1.327 |
| Insgesamt | 1.182.927 | 1.489.449 | 1.268.004 | 1.070.037 | 1.096.048 | 959.691 | 840.633 | 802.456 | 874.023 | 841.158 | 879.217 | 842.543 |
| dar. Deutsche | 262.436 | 281.847 | 281.132 | 296.108 | 303.347 | 251.737 | 225.335 | 196.956 | 200.150 | 191.909 | 193.958 | 184.202 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland ab dem 03.10.1990.

2) Ab 1992 einschließlich "Gebiet der ehemaligen Sowjetunion ohne nähere Angabe" (1992: 48.959; 1993: 60.397; 1994: 34.878; 1995: 26.457).

3) Summe einschl. Griechenland (ab 1981 zur EG), Spanien, Portugal (ab 1986 zur EG); d.h. EU der 12. Ab 1995 einschl. Finnland, Österreich, Schweden; d.h. EU der 15.

4) Bis 1991 einschließlich Kroatien, Slowenien und Bosnien-Herzegowina sowie Mazedonien, die seit 1992 bzw. 1993 selbständige Staaten sind. Jugoslawien 1992 Serbien, Mazedonien u. Montenegro, ab 1993 nur Serbien u. Montenegro.

5) Obwohl die CSFR im Jahre 1993 nicht mehr bestand, wurden dennoch Zuzüge aus dem Herkunftsland CSFR registriert.

6) Ab 1992 einschließlich der in Asien gelegenen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion.

Tabelle 26: Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach Zielländern von 1991 bis 2002

| Zielland | 1991 ¹ | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 |
|-------------------------------|-------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| Europa² | 440.891 | 558.923 | 642.479 | 552.622 | 505.349 | 499.628 | 568.896 | 554.742 | 476.445 | 496.901 | 444.876 | 454.099 |
| <i>dar. Ausländer</i> | <i>398.245</i> | <i>515.019</i> | <i>591.914</i> | <i>496.738</i> | <i>447.297</i> | <i>442.066</i> | <i>509.158</i> | <i>490.956</i> | <i>411.791</i> | <i>432.508</i> | <i>378.302</i> | <i>384.172</i> |
| EG-Staaten³ | 124.314 | 123.946 | 130.108 | 149.434 | 155.444 | 191.027 | 197.969 | 186.855 | 178.252 | 163.801 | 161.161 | 147.643 |
| Belgien | 4.401 | 4.494 | 4.476 | 5.136 | 4.827 | 4.940 | 4.936 | 4.926 | 4.864 | 4.220 | 4.255 | 4.565 |
| Bosnien-Herz. | - | 4.223 | 10.409 | 16.629 | 15.803 | 27.363 | 84.119 | 97.739 | 33.464 | 17.412 | 10.590 | 9.193 |
| Bulgarien | 3.555 | 10.887 | 35.017 | 18.000 | 10.445 | 7.067 | 6.368 | 4.879 | 5.503 | 6.747 | 8.048 | 8.682 |
| Dänemark | 2.465 | 2.625 | 3.647 | 4.232 | 4.194 | 4.097 | 3.863 | 3.809 | 3.492 | 2.805 | 2.816 | 2.974 |
| Estland (ab 1992) | - | 329 | 665 | 864 | 986 | 898 | 951 | 839 | 721 | 639 | 644 | 614 |
| Finnland | 1.820 | 1.819 | 2.373 | 2.887 | 3.348 | 3.725 | 3.361 | 3.116 | 2.880 | 2.800 | 2.658 | 2.658 |
| Frankreich | 16.944 | 17.214 | 17.593 | 19.155 | 19.296 | 19.480 | 20.606 | 20.325 | 21.173 | 19.415 | 19.234 | 19.815 |
| Griechenland | 16.258 | 17.102 | 18.358 | 20.167 | 20.268 | 21.044 | 22.678 | 20.845 | 20.292 | 19.383 | 19.688 | 19.998 |
| Großbrit.u. Nordirl. | 14.220 | 15.361 | 16.711 | 20.191 | 19.142 | 20.922 | 21.184 | 19.769 | 19.124 | 16.518 | 16.205 | 16.662 |
| Irland | 5.084 | 4.189 | 4.238 | 4.675 | 5.092 | 6.458 | 5.561 | 4.337 | 3.584 | 3.059 | 2.795 | 2.634 |
| Island | 285 | 259 | 306 | 332 | 351 | 329 | 360 | 329 | 343 | 346 | 298 | 268 |
| Italien | 39.207 | 35.405 | 33.524 | 34.970 | 36.602 | 39.404 | 40.758 | 39.867 | 38.367 | 36.707 | 36.104 | 36.535 |
| <i>dar. Ausländer</i> | <i>36.371</i> | <i>32.727</i> | <i>30.945</i> | <i>32.172</i> | <i>33.969</i> | <i>36.841</i> | <i>37.937</i> | <i>36.837</i> | <i>35.496</i> | - | - | <i>33.271</i> |
| Jugoslawien ⁴ | 53.571 | 95.720 | 73.763 | 62.557 | 40.620 | 34.469 | 44.691 | 45.281 | 48.477 | 9.620 | 36.268 | 36.616 |
| Kroatien | - | 28.709 | 25.229 | 28.750 | 22.273 | 17.499 | 19.210 | 19.816 | 13.673 | 13.265 | 14.233 | 13.728 |
| Lettland (ab 1992) | - | 426 | 1.118 | 1.663 | 1.284 | 1.278 | 1.483 | 1.442 | 1.394 | 1.451 | 1.290 | 1.378 |
| Litauen (ab 1992) | - | 460 | 1.136 | 1.792 | 2.028 | 2.047 | 1.876 | 1.663 | 1.505 | 1.699 | 1.953 | 2.290 |
| Luxemburg | 1.071 | 1.074 | 1.232 | 1.230 | 1.128 | 1.298 | 1.272 | 1.335 | 1.227 | 1.309 | 1.253 | 1.327 |
| Moldau (ab 1992) | - | 70 | 368 | 973 | 974 | 1.090 | 872 | 744 | 543 | 546 | 634 | 729 |
| Niederlande | 10.278 | 10.626 | 11.976 | 12.058 | 11.165 | 11.103 | 11.291 | 10.909 | 10.265 | 9.311 | 9.330 | 9.336 |
| Norwegen | 1.269 | 1.313 | 1.535 | 1.647 | 1.938 | 1.590 | 1.754 | 1.957 | 1.858 | 1.685 | 1.694 | 1.753 |
| Österreich | 17.137 | 15.692 | 15.032 | 15.152 | 14.430 | 14.537 | 15.025 | 14.377 | 15.221 | 15.112 | 14.875 | 15.929 |
| Polen | 118.029 | 112.062 | 104.789 | 70.322 | 77.004 | 78.889 | 79.062 | 70.626 | 69.507 | 71.409 | 76.021 | 78.739 |
| Portugal | 4.901 | 5.655 | 7.249 | 15.218 | 21.505 | 26.261 | 27.382 | 22.853 | 16.811 | 13.326 | 11.805 | 11.315 |
| Rumänien | 30.710 | 52.367 | 102.506 | 44.889 | 25.706 | 17.114 | 14.078 | 14.003 | 14.985 | 17.160 | 18.903 | 17.834 |
| Russland (ab 1992) | - | 6.650 | 11.375 | 15.359 | 17.202 | 15.137 | 12.902 | 11.688 | 11.369 | 12.670 | 13.468 | 14.923 |
| Schweden | 2.432 | 2.526 | 3.128 | 3.609 | 3.802 | 4.088 | 4.482 | 4.382 | 4.084 | 3.716 | 3.814 | 3.876 |
| Schweiz | 8.288 | 8.544 | 8.311 | 8.691 | 8.970 | 8.852 | 9.179 | 10.011 | 10.790 | 11.909 | 13.148 | 14.660 |
| Slowakische Rep. | - | - | 7.165 | 4.585 | 7.230 | 6.249 | 6.194 | 5.982 | 6.823 | 8.722 | 9.893 | 9.820 |
| Slowenien (ab 1992) | - | 1.671 | 2.321 | 2.899 | 2.605 | 2.575 | 2.424 | 2.315 | 2.058 | 2.012 | 2.516 | 2.502 |
| UdSSR (bis 1991) | 12.987 | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Spanien | 9.485 | 10.201 | 11.104 | 12.402 | 12.225 | 13.670 | 15.570 | 16.205 | 16.868 | 16.120 | 16.329 | 16.681 |
| <i>dar. Ausländer</i> | <i>6.189</i> | <i>6.503</i> | <i>7.126</i> | <i>7.626</i> | <i>7.154</i> | <i>8.215</i> | <i>9.248</i> | <i>8.848</i> | <i>9.660</i> | - | - | <i>9.914</i> |
| Tschechische Rep. | - | - | 14.375 | 9.947 | 9.598 | 8.963 | 8.776 | 7.500 | 7.864 | 9.368 | 9.304 | 9.691 |
| CSSR/CSFR ⁵ | 13.475 | 25.573 | 4.778 | 1.703 | 1.850 | 1.467 | 1.387 | 882 | 883 | - | - | - |
| Türkei | 36.763 | 41.038 | 47.115 | 47.174 | 44.129 | 44.615 | 47.120 | 46.255 | 42.131 | 40.369 | 37.268 | 36.740 |
| <i>dar. Ausländer</i> | <i>36.134</i> | <i>40.316</i> | <i>46.286</i> | <i>46.363</i> | <i>43.221</i> | <i>43.534</i> | <i>45.978</i> | <i>45.142</i> | <i>40.944</i> | - | - | <i>35.433</i> |
| Ukraine (ab 1992) | - | 901 | 3.562 | 5.785 | 6.205 | 4.618 | 4.487 | 4.238 | 4.544 | 4.659 | 5.942 | 6.578 |
| Ungarn | 15.278 | 21.627 | 25.597 | 22.525 | 19.338 | 17.603 | 15.796 | 12.805 | 13.204 | 14.973 | 15.661 | 16.411 |
| Weißrußl. (ab 1992) | - | 438 | 745 | 1.053 | 1.221 | 998 | 1.128 | 1.032 | 1.055 | 1.413 | 1.441 | 1.709 |

| Zielland | 1991 ² | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 |
|-------------------------------|-------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| Afrika | 25.332 | 30.639 | 41.701 | 38.494 | 28.450 | 25.499 | 27.121 | 29.894 | 26.034 | 25.247 | 22.965 | 23.647 |
| Amerika | 44.936 | 44.566 | 44.517 | 46.866 | 45.686 | 45.527 | 52.999 | 61.922 | 61.113 | 53.169 | 48.512 | 46.087 |
| USA | 29.057 | 29.928 | 29.348 | 31.079 | 29.285 | 29.377 | 35.866 | 42.880 | 42.306 | 35.891 | 31.186 | 28.758 |
| dar. Deutsche | 12.586 | 13.767 | 12.766 | 13.904 | 13.270 | 13.420 | 14.259 | 14.518 | 15.312 | 13.855 | 13.485 | 13.047 |
| Asien⁶ | 49.614 | 43.205 | 60.464 | 63.694 | 66.256 | 72.791 | 73.111 | 73.236 | 66.672 | 61.136 | 61.717 | 65.628 |
| Australien u. Ozeanien | 3.258 | 3.268 | 3.699 | 4.332 | 4.532 | 4.258 | 4.471 | 5.157 | 4.864 | 4.344 | 4.188 | 4.252 |
| Unbek. Ausland | 18.209 | 17.177 | 3.999 | 34.518 | 23.931 | 21.086 | 14.516 | 12.952 | 11.801 | 15.502 | 7.577 | 10.273 |
| Insgesamt | 582.240 | 701.424 | 796.859 | 740.526 | 698.113 | 677.494 | 746.969 | 755.358 | 672.048 | 674.038 | 606.494 | 623.255 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland ab dem 03.10.1990.

2) Ab 1992 einschließlich "Gebiet der ehemaligen Sowjetunion ohne nähere Angabe" (1992: 3.646; 1993: 4.533, 1994: 3.245; 1995: 2.351).

3) Summe einschl. Griechenland (ab 1981 zur EG), Spanien, Portugal (ab 1986 zur EG); d.h. EU der 12. Ab 1995 einschl. Finnland, Österreich, Schweden; d.h. EU der 15.

4) Bis 1991 einschließlich Kroatien, Slowenien und Bosnien-Herzegowina sowie Mazedonien, die seit 1992 bzw. 1993 selbständige Staaten sind. Jugoslawien 1992 Serbien, Mazedonien u. Montenegro, ab 1993 nur Serbien u. Montenegro.

5) Obwohl die CSFR im Jahre 1993 nicht mehr bestand, wurden dennoch Fortzüge dorthin registriert.

6) Ab 1992 einschließlich der in Asien gelegenen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion.

1.2 Zu- und Fortzüge nach Staatsangehörigkeit

Tabelle 27: Zuzüge über die Grenzen Deutschlands nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten von 1991 bis 2002

| Land der Staatsangehörigkeit | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 |
|------------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| Deutschland | 273.633 | 290.850 | 287.561 | 305.037 | 303.347 | 251.737 | 225.335 | 196.956 | 200.150 | 191.909 | 193.958 | 184.202 |
| Frankreich | 12.906 | 13.333 | 13.008 | 13.564 | 14.396 | 14.875 | 14.357 | 14.298 | 15.261 | 15.276 | 13.451 | 12.747 |
| Griechenland | 28.429 | 23.748 | 18.445 | 19.021 | 20.381 | 18.955 | 16.503 | 16.036 | 17.595 | 17.403 | 16.153 | 14.957 |
| Italien | 35.800 | 30.316 | 31.910 | 39.100 | 48.309 | 46.249 | 39.456 | 35.576 | 34.934 | 33.235 | 28.787 | 25.011 |
| Österreich | 13.486 | 12.979 | 12.050 | 10.810 | 11.292 | 10.678 | 10.521 | 11.065 | 11.878 | 11.863 | 11.614 | 10.167 |
| Portugal | 11.013 | 10.359 | 13.061 | 26.726 | 30.643 | 32.177 | 26.619 | 18.819 | 14.703 | 11.369 | 9.287 | 7.955 |
| Türkei | 82.635 | 81.303 | 68.466 | 64.725 | 74.517 | 74.144 | 56.992 | 49.178 | 48.129 | 50.026 | 54.695 | 58.128 |
| Jugoslawien ¹ | 221.511 | 280.532 | 156.253 | 67.571 | 56.448 | 44.547 | 32.702 | 61.880 | 90.508 | 34.267 | 28.779 | 26.420 |
| Bosnien-Herzegowina | | 60.629 | 92.640 | 65.238 | 54.623 | 11.141 | 6.837 | 8.473 | 10.222 | 10.421 | 12.656 | 10.489 |
| Kroatien | | 39.884 | 27.132 | 17.833 | 15.334 | 12.713 | 10.405 | 10.140 | 12.627 | 14.438 | 14.115 | 13.050 |
| Polen | 128.482 | 131.780 | 75.195 | 78.745 | 87.305 | 77.545 | 71.322 | 66.263 | 72.402 | 74.256 | 79.033 | 81.551 |
| Rumänien | 61.670 | 110.096 | 81.760 | 31.449 | 24.845 | 16.986 | 14.144 | 16.987 | 18.814 | 24.202 | 20.142 | 23.953 |
| Russische Föderation | 40.956 | 26.322 | 31.062 | 37.693 | 35.283 | 33.701 | 28.927 | 26.413 | 32.843 | 32.727 | 35.930 | 36.479 |
| Ukraine | | 6.555 | 12.274 | 13.940 | 15.399 | 13.710 | 12.525 | 14.121 | 15.285 | 18.470 | 20.307 | 20.578 |
| Ungarn | 24.763 | 27.844 | 24.164 | 19.186 | 18.627 | 16.571 | 11.140 | 13.283 | 14.893 | 16.056 | 17.039 | 16.506 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

¹ Ab 1992 Serbien und Montenegro (Restjugoslawien); ab 1992 werden Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Slowenien und seit August 1993 Mazedonien gesondert gezählt.

Tabelle 28: Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten von 1991 bis 2002

| Land der Staatsangehörigkeit | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 |
|------------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| Deutschland | 98.915 | 105.171 | 104.653 | 138.280 | 130.672 | 118.430 | 109.903 | 116.403 | 116.410 | 111.244 | 109.509 | 117.683 |
| Frankreich | 9.761 | 9.486 | 9.759 | 11.097 | 11.399 | 11.999 | 13.320 | 12.931 | 14.964 | 12.817 | 12.162 | 12.567 |
| Griechenland | 15.532 | 16.326 | 17.643 | 19.349 | 19.631 | 20.315 | 22.010 | 20.250 | 19.983 | 18.866 | 18.709 | 19.152 |
| Italien | 36.609 | 32.922 | 31.362 | 32.884 | 34.739 | 37.535 | 38.590 | 37.851 | 37.205 | 34.260 | 33.164 | 34.179 |
| Österreich | 12.757 | 10.919 | 10.402 | 10.426 | 9.846 | 10.079 | 10.568 | 9.657 | 9.678 | 9.691 | 9.076 | 9.261 |
| Portugal | 4.188 | 5.032 | 6.375 | 14.558 | 20.794 | 25.726 | 26.716 | 22.116 | 16.376 | 12.861 | 10.968 | 10.771 |
| Türkei | 36.639 | 40.727 | 46.642 | 47.378 | 44.366 | 45.030 | 46.820 | 47.154 | 42.923 | 40.263 | 36.495 | 36.750 |
| Jugoslawien ¹ | 53.937 | 103.650 | 82.298 | 72.644 | 47.158 | 39.593 | 54.455 | 58.484 | 56.249 | 95.057 | 37.668 | 37.925 |
| Bosnien-Herzegowina | | 3.582 | 9.140 | 17.195 | 17.398 | 28.303 | 85.262 | 105.774 | 44.055 | 22.308 | 11.173 | 9.168 |
| Kroatien | | 23.391 | 21.452 | 25.322 | 20.522 | 16.169 | 17.452 | 15.722 | 12.397 | 12.507 | 14.069 | 13.614 |
| Polen | 117.195 | 110.056 | 101.904 | 66.037 | 71.001 | 71.824 | 70.180 | 60.778 | 59.352 | 60.727 | 64.262 | 67.907 |
| Rumänien | 30.786 | 52.532 | 102.309 | 44.987 | 25.589 | 16.688 | 13.496 | 13.486 | 14.730 | 16.756 | 18.369 | 17.555 |
| Russische Föderation | 12.002 | 6.323 | 7.854 | 13.340 | 14.127 | 13.181 | 11.645 | 11.035 | 10.839 | 12.207 | 12.516 | 14.414 |
| Ukraine | | 762 | 3.226 | 5.417 | 5.868 | 4.566 | 4.370 | 4.471 | 5.014 | 4.893 | 5.959 | 7.127 |
| Ungarn | 14.880 | 20.893 | 24.849 | 21.826 | 18.662 | 16.946 | 15.065 | 12.175 | 12.560 | 14.407 | 14.828 | 15.688 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

¹ Ab 1992 Serbien und Montenegro (Restjugoslawien); ab 1992 werden Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Slowenien und seit August 1993 Mazedonien gesondert gezählt.

1.3 Zu- und Fortzüge nach Bundesländern

Tabelle 29: Zuzüge über die Grenzen Deutschlands nach Bundesländern von 1993 bis 2002

| Bundesland | 1993 | | 1994 | | 1995 | | 1996 | | 1997 | |
|------------------------|---------|----------------|---------|----------------|---------|----------------|---------|----------------|---------|----------------|
| | Gesamt | dar. Ausländer | Gesamt | dar. Ausländer | Gesamt | dar. Ausländer | Gesamt | dar. Ausländer | Gesamt | dar. Ausländer |
| Baden-Württemberg | 230.541 | 190.143 | 179.148 | 146.114 | 179.761 | 142.270 | 164.580 | 125.861 | 145.056 | 104.843 |
| Bayern | 227.738 | 191.110 | 170.635 | 140.746 | 163.398 | 137.259 | 142.840 | 120.060 | 130.560 | 109.778 |
| Berlin | 71.109 | 68.287 | 63.326 | 60.258 | 66.244 | 62.907 | 60.015 | 56.119 | 51.185 | 46.656 |
| Brandenburg | 43.905 | 22.352 | 26.078 | 14.032 | 29.112 | 16.165 | 34.702 | 16.918 | 27.713 | 13.410 |
| Bremen | 9.926 | 8.622 | 7.862 | 6.703 | 8.879 | 7.963 | 7.175 | 6.305 | 6.354 | 5.474 |
| Hamburg | 38.504 | 33.371 | 28.074 | 23.992 | 25.564 | 21.937 | 24.657 | 21.024 | 22.674 | 19.467 |
| Hessen | 121.997 | 100.607 | 89.215 | 72.934 | 87.208 | 73.979 | 75.736 | 64.229 | 66.983 | 56.190 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 10.960 | 8.575 | 9.936 | 7.247 | 8.661 | 7.639 | 8.336 | 7.594 | 6.893 | 6.228 |
| Niedersachsen | 94.089 | 68.753 | 151.259 | 61.633 | 158.093 | 60.671 | 132.553 | 52.041 | 117.354 | 46.529 |
| Nordrhein-Westfalen | 226.597 | 174.905 | 185.003 | 141.474 | 191.665 | 146.288 | 169.867 | 131.140 | 151.297 | 116.218 |
| Rheinland-Pfalz | 59.277 | 45.409 | 47.428 | 35.748 | 46.548 | 35.790 | 42.841 | 31.913 | 37.885 | 28.191 |
| Saarland | 12.938 | 9.732 | 9.909 | 7.388 | 9.859 | 7.597 | 9.096 | 6.951 | 7.852 | 6.026 |
| Sachsen | 29.149 | 19.625 | 32.997 | 23.243 | 39.957 | 31.927 | 36.542 | 28.586 | 29.712 | 24.921 |
| Sachsen-Anhalt | 19.452 | 14.406 | 14.460 | 8.981 | 14.346 | 10.654 | 15.176 | 12.087 | 11.749 | 9.502 |
| Schleswig-Holstein | 64.660 | 23.574 | 53.249 | 18.419 | 52.528 | 20.609 | 20.443 | 15.792 | 17.938 | 13.964 |
| Thüringen | 16.566 | 10.376 | 13.974 | 8.604 | 14.225 | 9.046 | 15.132 | 11.334 | 9.428 | 7.901 |

| Bundesland | 1998 | | 1999 | | 2000 | | 2001 | | 2002 | |
|------------------------|---------|----------------|---------|----------------|---------|----------------|---------|----------------|---------|----------------|
| | Gesamt | dar. Ausländer | Gesamt | dar. Ausländer | Gesamt | dar. Ausländer | Gesamt | dar. Ausländer | Gesamt | dar. Ausländer |
| Baden-Württemberg | 144.979 | 106.027 | 151.727 | 117.877 | 138.886 | 116.400 | 138.631 | 120.556 | 135.705 | 118.713 |
| Bayern | 129.629 | 110.674 | 143.997 | 124.006 | 143.456 | 122.635 | 152.643 | 132.433 | 141.595 | 122.696 |
| Berlin | 47.842 | 42.761 | 48.804 | 42.648 | 46.545 | 40.240 | 45.782 | 39.662 | 43.370 | 37.496 |
| Brandenburg | 21.993 | 11.543 | 21.736 | 11.937 | 10.913 | 9.377 | 11.257 | 10.079 | 11.815 | 10.464 |
| Bremen | 6.208 | 5.321 | 7.024 | 6.204 | 6.512 | 5.800 | 7.453 | 6.627 | 8.134 | 7.313 |
| Hamburg | 22.467 | 19.074 | 23.311 | 19.680 | 25.185 | 21.739 | 24.223 | 20.966 | 22.361 | 19.006 |
| Hessen | 67.080 | 55.857 | 75.899 | 64.553 | 74.133 | 63.161 | 77.300 | 66.135 | 72.953 | 61.729 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 6.133 | 5.602 | 7.588 | 7.083 | 6.990 | 6.399 | 6.974 | 6.381 | 7.197 | 6.573 |
| Niedersachsen | 101.597 | 47.559 | 118.429 | 56.383 | 146.079 | 59.969 | 158.246 | 65.010 | 150.146 | 64.981 |
| Nordrhein-Westfalen | 149.220 | 116.992 | 161.447 | 129.784 | 139.465 | 119.382 | 148.970 | 128.182 | 146.151 | 125.082 |
| Rheinland-Pfalz | 38.383 | 28.524 | 41.552 | 31.583 | 39.657 | 29.562 | 42.026 | 31.790 | 39.568 | 29.080 |
| Saarland | 7.344 | 5.707 | 8.360 | 6.634 | 7.684 | 5.972 | 7.790 | 6.112 | 7.697 | 5.930 |
| Sachsen | 23.454 | 20.087 | 24.000 | 21.402 | 20.560 | 18.445 | 20.528 | 18.768 | 20.470 | 18.776 |
| Sachsen-Anhalt | 11.583 | 9.803 | 12.382 | 10.838 | 9.756 | 8.834 | 10.593 | 9.704 | 10.416 | 9.438 |
| Schleswig-Holstein | 16.246 | 12.994 | 17.835 | 14.572 | 17.117 | 13.864 | 17.839 | 14.735 | 16.928 | 13.937 |
| Thüringen | 8.298 | 6.975 | 9.932 | 8.689 | 8.220 | 7.470 | 8.962 | 8.119 | 8.037 | 7.127 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 30: Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach Bundesländern von 1993 bis 2002

| Bundesland | 1993 | | 1994 | | 1995 | | 1996 | | 1997 | |
|------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| | Gesamt | dar. Ausländer | Gesamt | dar. Ausländer | Gesamt | dar. Ausländer | Gesamt | dar. Ausländer | Gesamt | dar. Ausländer |
| Baden-Württemberg | 160.056 | 144.950 | 149.666 | 127.648 | 140.026 | 117.987 | 117.648 | 97.816 | 136.009 | 116.028 |
| Bayern | 165.037 | 151.354 | 142.531 | 126.764 | 130.304 | 114.995 | 129.913 | 115.044 | 150.387 | 133.840 |
| Berlin | 41.947 | 39.221 | 46.078 | 42.715 | 44.020 | 40.347 | 45.750 | 41.790 | 52.147 | 47.636 |
| Brandenburg | 22.443 | 12.931 | 15.994 | 10.660 | 17.780 | 11.568 | 20.517 | 11.334 | 16.898 | 11.048 |
| Bremen | 6.919 | 6.245 | 5.963 | 5.230 | 5.702 | 4.863 | 5.478 | 4.518 | 5.810 | 4.928 |
| Hamburg | 23.748 | 21.769 | 20.802 | 18.563 | 18.577 | 16.137 | 18.375 | 15.927 | 22.477 | 20.078 |
| Hessen | 76.693 | 68.922 | 79.334 | 71.051 | 66.493 | 57.801 | 67.180 | 58.387 | 73.772 | 64.063 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 5.766 | 5.385 | 3.282 | 2.976 | 4.202 | 3.864 | 6.640 | 6.211 | 8.087 | 7.608 |
| Niedersachsen | 61.464 | 55.560 | 73.896 | 44.995 | 60.567 | 39.548 | 58.571 | 39.323 | 54.542 | 42.301 |
| Nordrhein-Westfalen | 144.673 | 126.677 | 124.943 | 105.233 | 112.209 | 92.309 | 118.571 | 97.674 | 133.890 | 113.302 |
| Rheinland-Pfalz | 33.143 | 27.966 | 42.373 | 31.706 | 36.436 | 25.713 | 30.597 | 21.933 | 30.327 | 23.388 |
| Saarland | 7.999 | 6.010 | 6.166 | 3.819 | 5.394 | 3.200 | 6.535 | 4.198 | 7.495 | 5.532 |
| Sachsen | 10.976 | 10.240 | 12.297 | 11.472 | 17.082 | 16.016 | 21.979 | 20.570 | 23.838 | 21.736 |
| Sachsen-Anhalt | 8.385 | 8.067 | 5.096 | 4.688 | 7.881 | 6.274 | 8.818 | 7.219 | 11.409 | 9.485 |
| Schleswig-Holstein | 40.696 | 20.206 | 32.427 | 15.460 | 25.994 | 11.776 | 13.337 | 10.324 | 14.021 | 10.908 |
| Thüringen | 5.367 | 5.156 | 6.707 | 6.295 | 5.446 | 5.043 | 7.585 | 6.796 | 5.860 | 5.185 |

| Bundesland | 1998 | | 1999 | | 2000 | | 2001 | | 2002 | |
|------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| | Gesamt | dar. Ausländer | Gesamt | dar. Ausländer | Gesamt | dar. Ausländer | Gesamt | dar. Ausländer | Gesamt | dar. Ausländer |
| Baden-Württemberg | 131.713 | 112.904 | 121.471 | 103.003 | 127.766 | 109.982 | 113.886 | 95.653 | 118.864 | 100.123 |
| Bayern | 155.083 | 137.099 | 127.535 | 108.197 | 122.236 | 104.700 | 112.937 | 94.901 | 119.398 | 100.563 |
| Berlin | 48.246 | 43.345 | 42.594 | 37.476 | 41.583 | 36.172 | 34.614 | 29.122 | 33.635 | 27.817 |
| Brandenburg | 14.041 | 8.939 | 13.774 | 9.250 | 7.971 | 6.884 | 7.459 | 6.225 | 8.806 | 7.139 |
| Bremen | 5.903 | 5.051 | 6.540 | 5.640 | 5.267 | 4.409 | 4.872 | 4.060 | 4.688 | 3.848 |
| Hamburg | 23.005 | 20.412 | 16.994 | 14.022 | 17.936 | 15.362 | 17.415 | 14.798 | 22.103 | 19.312 |
| Hessen | 72.499 | 62.845 | 66.778 | 56.990 | 66.869 | 57.208 | 74.513 | 64.828 | 63.288 | 53.166 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 4.816 | 4.226 | 5.191 | 4.483 | 4.197 | 3.498 | 4.253 | 3.341 | 4.659 | 3.825 |
| Niedersachsen | 55.189 | 43.893 | 48.883 | 38.727 | 56.139 | 41.191 | 46.394 | 36.106 | 50.918 | 38.438 |
| Nordrhein-Westfalen | 143.128 | 121.722 | 126.262 | 105.352 | 132.306 | 113.340 | 112.456 | 92.032 | 116.975 | 96.561 |
| Rheinland-Pfalz | 38.974 | 27.913 | 42.960 | 30.180 | 41.314 | 29.279 | 33.934 | 22.044 | 35.432 | 21.103 |
| Saarland | 9.293 | 7.305 | 6.017 | 4.127 | 5.691 | 4.039 | 4.885 | 3.106 | 4.789 | 2.975 |
| Sachsen | 22.047 | 19.820 | 18.430 | 16.243 | 16.564 | 14.520 | 14.307 | 12.005 | 13.571 | 11.285 |
| Sachsen-Anhalt | 11.890 | 8.155 | 8.925 | 6.412 | 8.040 | 6.343 | 6.493 | 4.787 | 7.754 | 5.581 |
| Schleswig-Holstein | 14.383 | 10.934 | 14.410 | 11.040 | 13.567 | 10.261 | 12.224 | 9.180 | 12.628 | 9.368 |
| Thüringen | 5.148 | 4.392 | 5.284 | 4.496 | 6.592 | 5.606 | 5.852 | 4.799 | 5.747 | 4.468 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Abbildung 41: Zuzüge im Jahr 2002 in die einzelnen Bundesländer pro 1.000 der Bevölkerung

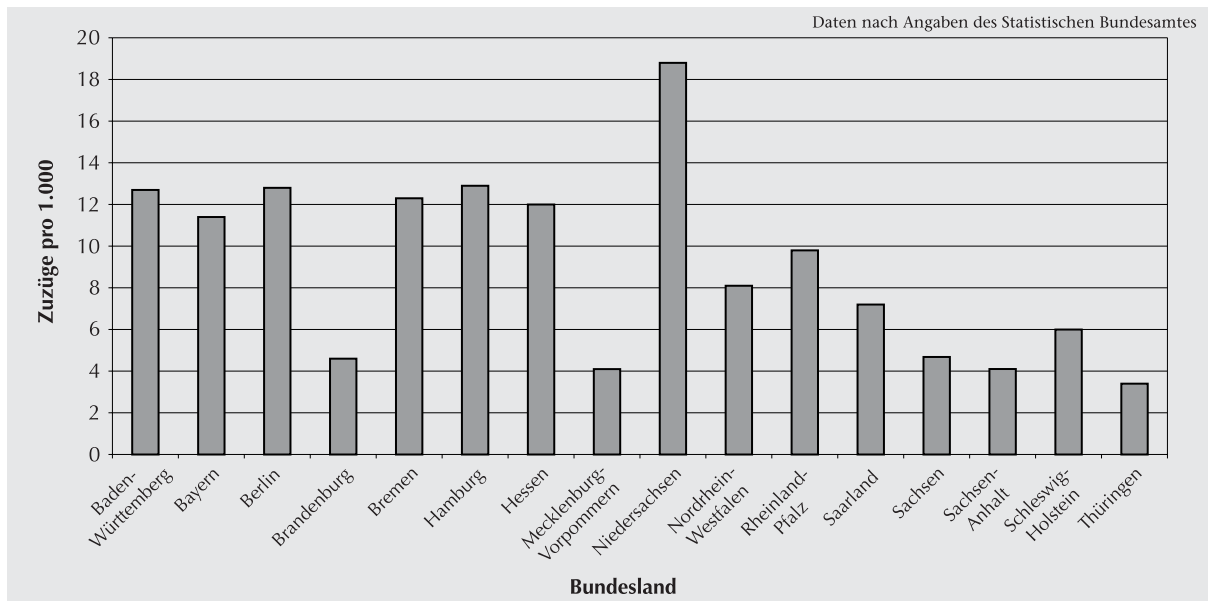
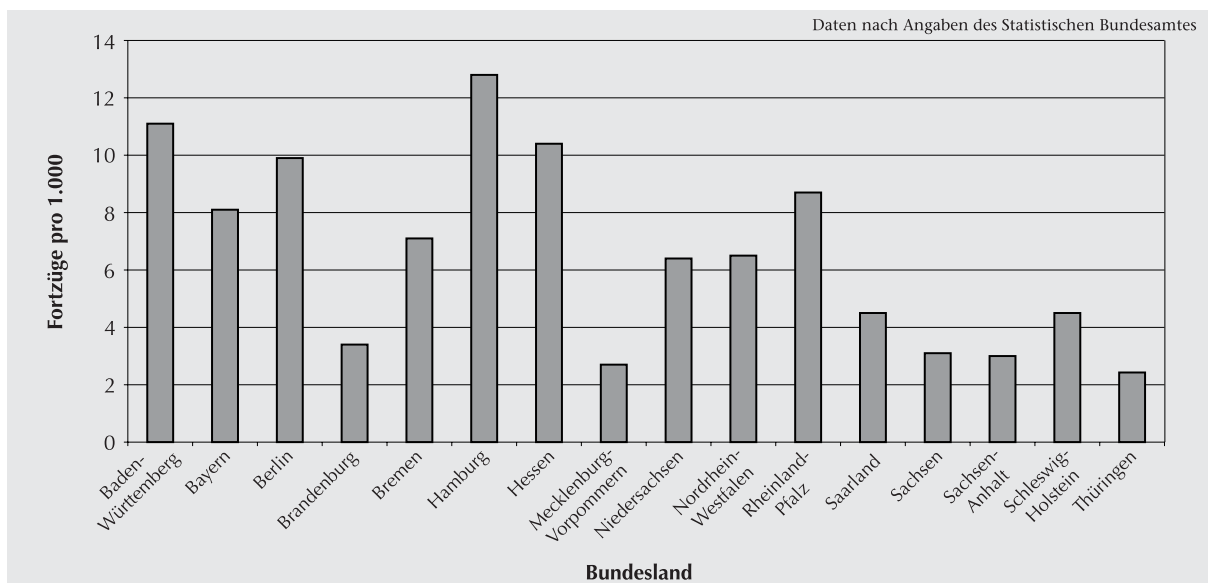


Abbildung 42: Fortzüge im Jahr 2002 aus den einzelnen Bundesländern pro 1.000 der Bevölkerung



1.4 Geschlechts- und Altersstruktur

Tabelle 31: Zu- und Fortzüge nach Geschlecht von 1990 bis 2002

| Jahr | Zuzüge | | | | Fortzüge | | | |
|-------------------|----------|----------|---------------------------|------------------|----------|----------|---------------------------|----------------|
| | männlich | weiblich | Frauenanteil ² | Gesamt | männlich | weiblich | Frauenanteil ² | Gesamt |
| 1990 | 695.231 | 561.019 | 44,7 | 1.256.250 | 327.796 | 246.582 | 42,9 | 574.378 |
| 1991 ¹ | 696.279 | 486.648 | 41,1 | 1.182.927 | 364.116 | 218.124 | 37,5 | 582.240 |
| 1992 | 911.771 | 577.678 | 38,8 | 1.489.449 | 450.544 | 250.880 | 35,8 | 701.424 |
| 1993 | 771.018 | 496.986 | 39,2 | 1.268.004 | 543.675 | 253.184 | 31,8 | 796.859 |
| 1994 | 631.596 | 438.441 | 41,0 | 1.070.037 | 483.819 | 256.707 | 34,7 | 740.526 |
| 1995 | 651.809 | 444.239 | 40,5 | 1.096.048 | 454.260 | 243.853 | 34,9 | 698.113 |
| 1996 | 571.876 | 387.815 | 40,4 | 959.691 | 442.324 | 235.170 | 34,7 | 677.494 |
| 1997 | 496.540 | 344.093 | 40,9 | 840.633 | 477.595 | 269.374 | 36,1 | 746.969 |
| 1998 | 473.145 | 329.311 | 41,0 | 802.456 | 470.639 | 284.719 | 37,7 | 755.358 |
| 1999 | 504.974 | 369.049 | 42,2 | 874.023 | 423.940 | 248.108 | 36,9 | 672.048 |
| 2000 | 487.839 | 353.319 | 42,0 | 841.158 | 426.798 | 247.240 | 36,7 | 674.038 |
| 2001 | 507.483 | 371.734 | 42,3 | 879.217 | 383.889 | 222.605 | 36,7 | 606.494 |
| 2002 | 481.085 | 361.458 | 42,9 | 842.543 | 390.764 | 232.491 | 37,3 | 623.255 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland ab dem 03.10.1990.

2) Frauenanteil in v. Hd.

Tabelle 32: Zu- und Fortzüge nach Altersgruppen von 1991 bis 2002

| Jahr | unter 18 Jahre | von 18 bis unter 25 Jahre | von 25 bis unter 40 Jahre | von 40 bis unter 65 Jahre | 65 u. mehr Jahre | Insgesamt |
|-----------------|----------------|---------------------------|---------------------------|---------------------------|------------------|------------------|
| Zuzüge | | | | | | |
| 1991 | 273.997 | 244.815 | 421.629 | 207.015 | 35.471 | 1.182.927 |
| 1992 | 326.292 | 321.925 | 549.644 | 253.622 | 37.966 | 1.489.449 |
| 1993 | 264.767 | 266.855 | 472.953 | 225.842 | 37.587 | 1.268.004 |
| 1994 | 219.467 | 214.676 | 390.628 | 208.364 | 36.902 | 1.070.037 |
| 1995 | 222.080 | 223.318 | 400.098 | 214.674 | 35.878 | 1.096.048 |
| 1996 | 182.704 | 209.205 | 354.299 | 185.667 | 27.816 | 959.691 |
| 1997 | 148.479 | 189.530 | 311.197 | 165.989 | 25.438 | 840.633 |
| 1998 | 138.144 | 189.076 | 297.003 | 156.123 | 22.110 | 802.456 |
| 1999 | 157.617 | 199.870 | 319.317 | 172.642 | 24.577 | 874.023 |
| 2000 | 132.060 | 200.550 | 316.640 | 169.656 | 22.252 | 841.158 |
| 2001 | 135.459 | 216.331 | 332.626 | 172.827 | 21.974 | 879.217 |
| 2002 | 123.743 | 209.000 | 319.601 | 168.157 | 22.042 | 842.543 |
| Fortzüge | | | | | | |
| 1991 | 92.098 | 105.419 | 234.615 | 131.098 | 19.010 | 582.240 |
| 1992 | 117.614 | 127.246 | 281.589 | 154.631 | 20.344 | 701.424 |
| 1993 | 116.463 | 147.831 | 336.427 | 177.622 | 18.516 | 796.859 |
| 1994 | 108.776 | 132.277 | 311.480 | 166.536 | 21.457 | 740.526 |
| 1995 | 95.878 | 119.218 | 295.688 | 165.405 | 21.924 | 698.113 |
| 1996 | 86.780 | 119.370 | 287.011 | 163.487 | 20.846 | 677.494 |
| 1997 | 105.582 | 125.848 | 315.369 | 177.117 | 23.053 | 746.969 |
| 1998 | 124.881 | 123.662 | 313.023 | 171.274 | 22.518 | 755.358 |
| 1999 | 93.872 | 119.776 | 280.443 | 157.268 | 20.689 | 672.048 |
| 2000 | 99.022 | 122.635 | 279.213 | 153.381 | 19.787 | 674.038 |
| 2001 | 69.298 | 112.109 | 255.780 | 149.535 | 19.772 | 606.494 |
| 2002 | 71.149 | 118.639 | 262.753 | 150.280 | 20.434 | 623.255 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

2. Die einzelnen Zuwanderergruppen

2.1 EU-Binnenmigration von EU-Staatsangehörigen

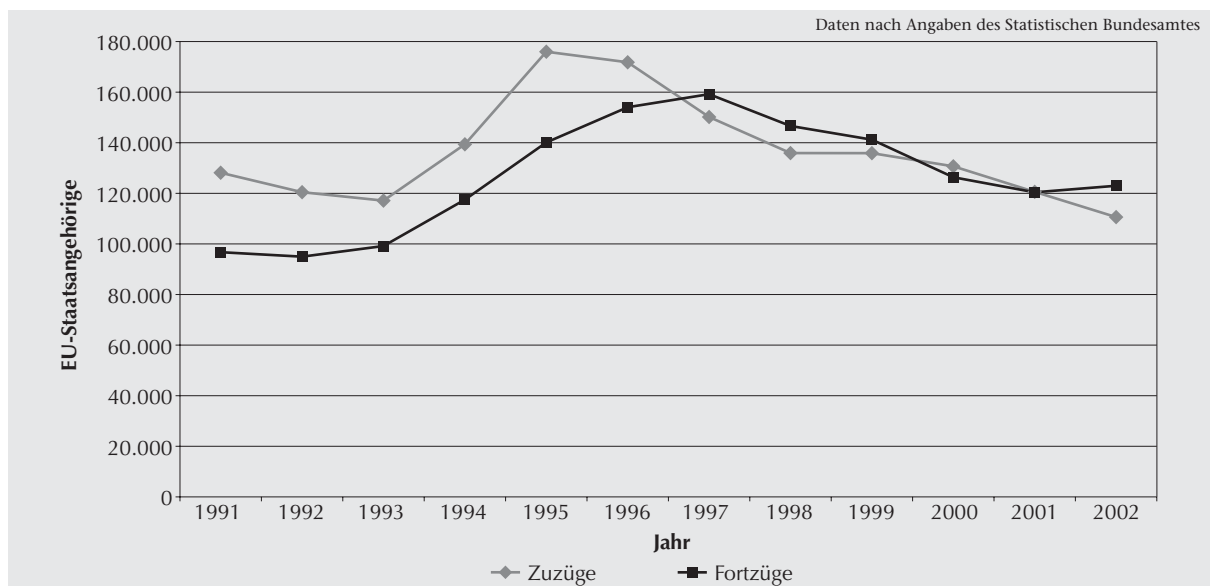
Tabelle 33: Zu- und Fortzüge von EU-Staatsangehörigen nach und aus Deutschland von 1991 bis 2002¹

| | Gesamt-zuzüge | Zuzüge von EU-Staatsangehörigen ¹ | in % | Gesamt-fortzüge | Fortzüge von EU-Staatsangehörigen ¹ | in % |
|------|---------------|--|------|-----------------|--|------|
| 1991 | 1.198.978 | 128.142 | 10,7 | 596.455 | 96.727 | 16,2 |
| 1992 | 1.502.198 | 120.445 | 8,0 | 720.127 | 94.967 | 13,2 |
| 1993 | 1.277.408 | 117.115 | 9,2 | 815.312 | 99.167 | 12,2 |
| 1994 | 1.082.553 | 139.382 | 12,9 | 767.555 | 117.486 | 15,3 |
| 1995 | 1.096.048 | 175.977 | 16,1 | 698.113 | 140.113 | 20,1 |
| 1996 | 959.691 | 171.804 | 17,9 | 677.494 | 154.033 | 22,7 |
| 1997 | 840.633 | 150.583 | 17,9 | 746.969 | 159.193 | 21,3 |
| 1998 | 802.456 | 135.908 | 16,9 | 755.358 | 146.631 | 19,4 |
| 1999 | 874.023 | 135.268 | 15,5 | 672.048 | 141.205 | 21,0 |
| 2000 | 841.158 | 130.683 | 15,5 | 674.038 | 126.360 | 18,7 |
| 2001 | 879.217 | 120.590 | 13,7 | 606.494 | 120.408 | 19,9 |
| 2002 | 842.543 | 110.610 | 13,1 | 623.255 | 122.982 | 19,7 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

¹ Staatsangehörige aus folgenden 14 EU-Staaten: Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden und Spanien. Deutsche bleiben unberücksichtigt.

Abbildung 43: Zu- und Fortzüge von EU-Staatsangehörigen von 1991 bis 2002



2.2 Ehegatten- und Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen

Tabelle 34: Erteilte Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Deutschland von 1996 bis 2002

| Zuzug von... | 1996 | in % | 1997 | in % | 1998 | in % | 1999 | in % | 2000 | in % | 2001 | in % | 2002 | in % |
|---------------------------------------|---------------|--------------|---------------|--------------|---------------|--------------|---------------|--------------|---------------|--------------|---------------|--------------|---------------|--------------|
| Ehefrauen zu ausländischen Ehemännern | 18.253 | 33,3 | 20.266 | 32,8 | 19.275 | 30,6 | 20.036 | 28,3 | 19.893 | 26,2 | 21.491 | 25,9 | 21.609 | 25,3 |
| Ehemännern zu ausländischen Ehefrauen | 9.479 | 17,3 | 8.770 | 14,2 | 7.990 | 12,7 | 7.711 | 10,9 | 7.686 | 10,1 | 7.780 | 9,4 | 8.164 | 9,6 |
| Kindern unter 18 Jahren ¹ | 11.593 | 21,1 | 14.868 | 24,1 | 14.591 | 23,2 | 16.892 | 23,9 | 17.699 | 23,3 | 19.760 | 23,9 | 21.284 | 25,0 |
| Ehefrauen zu deutschen Männern | 8.603 | 15,7 | 9.905 | 16,0 | 13.098 | 20,8 | 16.246 | 23,0 | 18.863 | 24,9 | 20.766 | 25,1 | 20.325 | 23,8 |
| Ehemännern zu deutschen Frauen | 6.958 | 12,7 | 7.931 | 12,8 | 8.038 | 12,8 | 9.865 | 13,9 | 11.747 | 15,5 | 13.041 | 15,7 | 13.923 | 16,3 |
| Gesamt | 54.886 | 100,0 | 61.740 | 100,0 | 62.992 | 100,0 | 70.750 | 100,0 | 75.888 | 100,0 | 82.838 | 100,0 | 85.305 | 100,0 |
| <i>darunter aus der Türkei</i> | <i>22.245</i> | <i>40,5</i> | <i>26.590</i> | <i>43,1</i> | <i>21.055</i> | <i>33,4</i> | <i>21.056</i> | <i>29,8</i> | <i>21.447</i> | <i>28,3</i> | <i>23.663</i> | <i>28,6</i> | <i>25.068</i> | <i>29,4</i> |

Quelle: Auswärtiges Amt

¹ Hier wird nicht zwischen dem Nachzug zu Ausländern (bis zum 16. Lebensjahr) und Deutschen (bis zum 18. Lebensjahr) unterschieden.

Tabelle 35: Erteilte Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Deutschland nach Herkunftsländern im Jahr 2002

| Zuzug von... | Ehefrauen zu ausländischen Ehemännern | Ehemännern zu ausländischen Ehefrauen | Ehefrauen zu deutschen Männern | Ehemännern zu deutschen Frauen | Kindern unter 18 Jahren ¹ | Gesamt |
|------------------------------|---------------------------------------|---------------------------------------|--------------------------------|--------------------------------|--------------------------------------|--------|
| Türkei | 8.335 | 4.849 | 1.999 | 4.247 | 5.638 | 25.068 |
| Ehem. Jugoslawien | 3.515 | 1.193 | 764 | 1.603 | 2.264 | 9.339 |
| Russische Föderation | 374 | 139 | 2.846 | 1.341 | 823 | 5.523 |
| Marokko | 816 | 285 | 1.063 | 1.117 | 513 | 3.794 |
| Thailand | 52 | 7 | 2.171 | 12 | 896 | 3.138 |
| Polen | 599 | 115 | 918 | 245 | 1.192 | 3.069 |
| Kasachstan | 74 | 63 | 1.005 | 667 | 206 | 2.015 |
| Iran | 532 | 192 | 231 | 91 | 408 | 1.454 |
| Ukraine | 134 | 38 | 378 | 118 | 776 | 1.444 |
| Rumänien | 143 | 38 | 714 | 154 | 294 | 1.343 |
| Tunesien | 110 | 18 | 174 | 688 | 124 | 1.114 |
| Albanien | 336 | 87 | 87 | 312 | 254 | 1.076 |
| Vietnam | 256 | 118 | 168 | 35 | 481 | 1.058 |
| Pakistan | 280 | 25 | 259 | 100 | 277 | 941 |
| Philippinen | 28 | 2 | 594 | 16 | 154 | 794 |
| Tschechische Republik | 154 | 17 | 204 | 24 | 243 | 642 |
| China | 234 | 91 | 97 | 55 | 152 | 629 |
| Bulgarien | 94 | 29 | 75 | 21 | 294 | 513 |

Quelle: Auswärtiges Amt

¹ Hier wird nicht zwischen dem Nachzug zu Ausländern (bis zum 16. Lebensjahr) und Deutschen (bis zum 18. Lebensjahr) unterschieden.

2.3 Spätaussiedler

Tabelle 36: Status von Spätaussiedlern von 1994 bis 2002

| Jahr | Spätaussiedler in eigener Person (nach § 4 BVFG) | in % | Ehegatten und Abkömmlinge (nach § 7 BVFG) | in % | Weitere Familienangehörige (nach § 8 BVFG) | in % |
|------|---|------|--|------|---|------|
| 1994 | 135.594 | 60,9 | 83.023 | 37,3 | 3.974 | 1,8 |
| 1995 | 120.806 | 55,4 | 90.795 | 41,7 | 6.297 | 2,9 |
| 1996 | 84.756 | 47,7 | 87.426 | 49,2 | 5.569 | 3,1 |
| 1997 | 53.382 | 39,7 | 75.033 | 55,8 | 6.004 | 4,5 |
| 1998 | 35.098 | 34,1 | 62.233 | 60,4 | 5.719 | 5,6 |
| 1999 | 30.944 | 29,5 | 64.599 | 61,6 | 9.373 | 8,9 |
| 2000 | 25.184 | 26,3 | 60.514 | 63,3 | 9.917 | 10,4 |
| 2001 | 23.992 | 24,4 | 62.645 | 63,6 | 11.847 | 12,0 |
| 2002 | 19.716 | 21,6 | 58.860 | 64,4 | 12.840 | 14,0 |

Quelle: Bundesverwaltungsamt

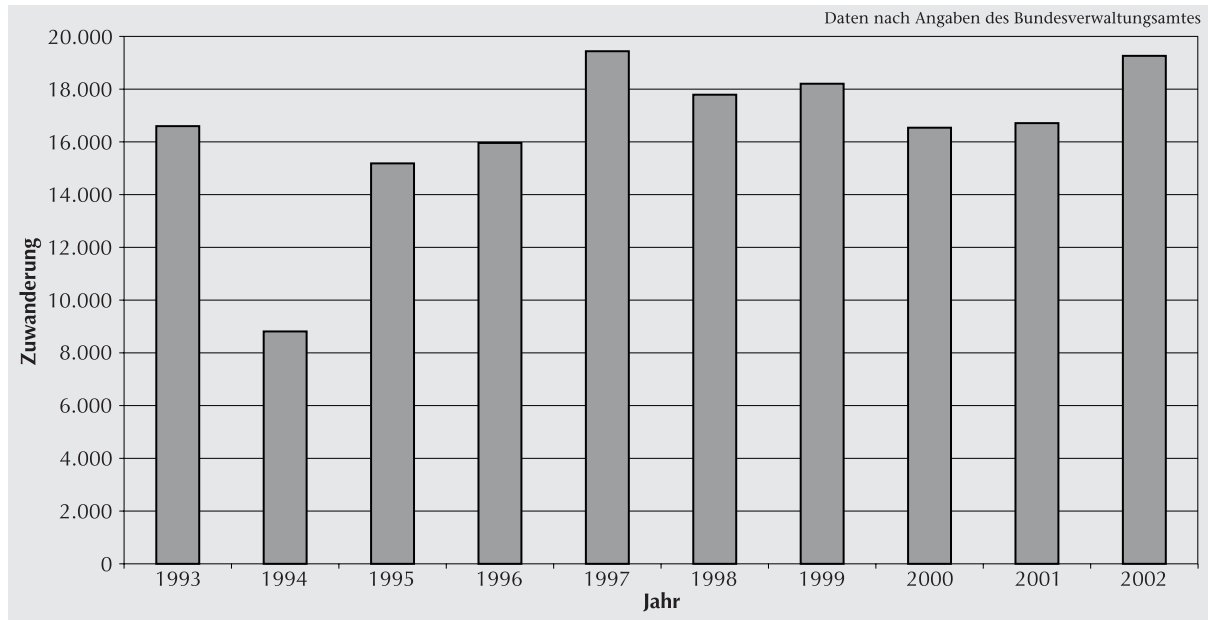
Tabelle 37: Zuzug von Spätaussiedlern in die Bundesrepublik Deutschland nach Altersgruppen von 1991 bis 2002

| Jahr | unter 18 Jahre | in % | von 18 bis unter 45 J. | in % | von 45 bis unter 65 J. | in % | 65 Jahre und älter | in % | Gesamt |
|------|----------------|------|------------------------|------|------------------------|------|--------------------|------|----------------|
| 1991 | 71.268 | 32,1 | 98.320 | 44,3 | 38.612 | 17,4 | 13.795 | 6,2 | 221.995 |
| 1992 | 81.188 | 35,2 | 99.045 | 43,0 | 34.620 | 15,0 | 15.712 | 6,8 | 230.565 |
| 1993 | 76.519 | 35,0 | 94.871 | 43,3 | 31.360 | 14,3 | 16.138 | 7,4 | 218.888 |
| 1994 | 76.739 | 34,5 | 98.124 | 44,1 | 31.147 | 14,0 | 16.581 | 7,4 | 222.591 |
| 1995 | 74.822 | 34,3 | 97.257 | 44,6 | 30.327 | 13,9 | 15.492 | 7,1 | 217.898 |
| 1996 | 59.564 | 33,5 | 80.545 | 45,3 | 26.056 | 14,7 | 11.586 | 6,5 | 177.751 |
| 1997 | 43.442 | 32,3 | 60.111 | 44,7 | 21.085 | 15,7 | 9.781 | 7,3 | 134.419 |
| 1998 | 32.837 | 31,9 | 46.777 | 45,4 | 16.564 | 16,1 | 6.902 | 6,7 | 103.080 |
| 1999 | 32.266 | 30,8 | 48.243 | 46,0 | 17.289 | 16,5 | 7.118 | 6,8 | 104.916 |
| 2000 | 28.401 | 29,7 | 44.315 | 46,3 | 16.580 | 17,3 | 6.319 | 6,6 | 95.615 |
| 2001 | 28.662 | 29,1 | 45.883 | 46,6 | 17.749 | 18,0 | 6.190 | 6,3 | 98.484 |
| 2002 | 25.561 | 28,0 | 43.080 | 47,1 | 16.752 | 18,3 | 6.023 | 6,6 | 91.416 |

Quelle: Bundesverwaltungsamt, Der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung (Info-Dienst Deutsche Aussiedler)

2.4 Jüdische Zuwanderer aus dem Gebiet der ehemaligen UdSSR

Abbildung 44: Zuzug jüdischer Personen aus der ehemaligen Sowjetunion in den Jahren 1993 bis 2002



2.5 Asylbewerberzugang

Tabelle 38: Asylantragsteller nach ausgewählten Herkunftsländern von 1990 bis 2002

| Herkunftsland | 1990 | % | 1991 ¹ | % | 1992 | % | 1993 | % | 1994 | % | 1995 ² | % |
|--|----------------|-------|-------------------|-------|----------------|-------|----------------|-------|----------------|-------|-------------------|-------|
| Europa | 101.631 | 52,6 | 166.662 | 65,1 | 310.529 | 70,9 | 232.678 | 72,1 | 77.170 | 60,7 | 67.411 | 52,7 |
| Polen | 9.155 | 4,7 | 3.448 | 1,3 | 4.212 | 1,0 | 1.670 | 0,5 | 326 | 0,3 | 119 | 0,1 |
| Rumänien | 35.345 | 18,3 | 40.504 | 15,8 | 103.787 | 23,7 | 73.717 | 22,9 | 9.581 | 7,5 | 3.522 | 2,8 |
| Türkei | 22.082 | 11,4 | 23.877 | 9,3 | 28.327 | 6,5 | 19.104 | 5,9 | 19.118 | 15,0 | 25.514 | 19,9 |
| Bulgarien | 8.341 | 4,3 | 12.056 | 4,7 | 31.540 | 7,2 | 22.547 | 7,0 | 3.367 | 2,6 | 1.152 | 0,9 |
| Jugoslawien ³ | 22.114 | 11,5 | 74.854 | 29,2 | 115.395 | 26,3 | 73.476 | 22,5 | 30.404 | 23,9 | 26.227 | 20,5 |
| Bosnien-Herzeg. | | | - | - | 6.197 | 1,4 | 21.240 | 6,6 | 7.297 | 5,7 | 4.932 | 3,9 |
| Russische Föd. ⁴ | | | 5.690 | 2,2 | 10.833 | 2,5 | 5.280 | 1,6 | 1.304 | 1,0 | 1.436 | 3,9 |
| Georgien | | | | | | | | | | | | |
| Afrika | 24.210 | 12,5 | 36.094 | 14,1 | 67.408 | 15,4 | 37.570 | 11,6 | 17.341 | 13,6 | 14.374 | 11,2 |
| Äthiopien | 2.068 | 1,1 | 3.096 | 1,2 | 1.592 | 0,4 | 688 | 0,2 | 946 | 0,7 | 1.168 | 0,9 |
| Algerien | 1.035 | 0,5 | 1.388 | 0,5 | 7.669 | 1,8 | 11.262 | 3,5 | 2.784 | 2,2 | 1.447 | 1,1 |
| Ghana | 3.786 | 2 | 4.541 | 1,8 | 6.994 | 1,6 | 1.973 | 0,6 | 300 | 0,2 | 275 | 0,2 |
| Nigeria | 5.399 | 2,8 | 8.358 | 3,3 | 10.486 | 2,4 | 1.083 | 0,3 | 838 | 0,7 | 1.164 | 0,9 |
| Togo | | | 810 | 0,3 | 4.052 | 0,9 | 2.892 | 0,9 | 3.488 | 2,7 | 994 | 0,8 |
| Zaire ⁵ | 1.389 | 0,7 | 2.134 | 0,8 | 8.305 | 1,9 | 2.896 | 0,9 | 1.579 | 1,2 | 2.546 | 2,0 |
| Amerika u. Australien⁶ | 402 | 0,2 | 293 | 0,1 | 356 | 0,1 | 287 | 0,1 | 214 | 0,2 | 235 | 0,2 |
| Asien | 60.900 | 31,5 | 50.612 | 19,8 | 56.480 | 12,9 | 50.209 | 15,6 | 31.249 | 24,6 | 45.815 | 35,8 |
| Afghanistan | 7.348 | 3,8 | 7.337 | 2,9 | 6.351 | 1,4 | 5.506 | 1,7 | 5.642 | 4,4 | 7.515 | 5,9 |
| Armenien | | | - | - | - | - | 6.469 | 2,0 | 2.127 | 1,7 | 3.383 | 2,6 |
| Aserbajdschan | | | | | | | | | | | | |
| Bangladesh | 482 | 0,2 | 1.228 | 0,5 | 2.395 | 0,5 | 1.166 | 0,4 | 678 | 0,5 | 994 | 0,8 |
| China | | | | | | | | | | | | |
| Indien | 5.612 | 2,9 | 5.523 | 2,2 | 5.798 | 1,3 | 3.807 | 1,2 | 1.768 | 1,4 | 2.691 | 2,1 |
| Irak | 707 | 0,4 | 1.384 | 0,5 | 1.484 | 0,3 | 1.246 | 0,4 | 2.066 | 1,6 | 6.880 | 5,4 |
| Iran | 7.271 | 3,8 | 8.643 | 3,4 | 3.834 | 0,9 | 2.664 | 0,8 | 3.445 | 2,7 | 3.908 | 3,1 |
| Libanon | 16.229 | 8,4 | 4.887 | 1,9 | 5.622 | 1,3 | 2.449 | 0,8 | 1.456 | 1,1 | 1.126 | 0,9 |
| Pakistan | 3.983 | 2,1 | 4.364 | 1,7 | 5.215 | 1,2 | 2.753 | 0,9 | 2.030 | 1,6 | 3.116 | 2,4 |
| Sri Lanka | 3.793 | 2 | 5.623 | 2,2 | 5.303 | 1,2 | 3.280 | 1,0 | 4.813 | 3,8 | 6.048 | 4,7 |
| Syrien | 3.913 | 2 | 1.588 | 0,6 | 1.330 | 0,3 | 983 | 0,3 | 933 | 0,7 | 1.158 | 0,9 |
| Vietnam | 9.428 | 4,9 | 8.133 | 3,2 | 12.258 | 2,8 | 10.960 | 3,4 | 3.427 | 2,7 | 2.619 | 2,0 |
| Staatenlose u.a. | 5.920 | 3,1 | 2.451 | 1,0 | 3.418 | 0,8 | 1.855 | 0,6 | 1.236 | 1,0 | 102 | 0,1 |
| Gesamt | 193.063 | 100,0 | 256.112 | 100,0 | 438.191 | 100,0 | 322.599 | 100,0 | 127.210 | 100,0 | 127.937 | 100,0 |

Fortsetzung zu Tabelle 38: Asylantragsteller nach ausgewählten Herkunftsländern von 1990 bis 2002

| Herkunftsland | 1996 | % | 1997 | % | 1998 | % | 1999 | % | 2000 | % | 2001 | % | 2002 | % |
|--|----------------|-------|----------------|-------|---------------|-------|---------------|-------|---------------|-------|---------------|-------|---------------|-------|
| Europa | 51.936 | 44,6 | 41.541 | 39,8 | 52.778 | 53,5 | 47.742 | 50,2 | 28.495 | 36,3 | 29.473 | 33,4 | 25.631 | 36,0 |
| dar. Polen | 137 | 0,1 | 151 | 0,1 | 49 | 0,0 | 42 | 0,0 | 141 | 0,2 | 134 | 0,2 | 50 | 0,1 |
| Rumänien | 1.395 | 1,2 | 794 | 0,8 | 341 | 0,3 | 222 | 0,2 | 174 | 0,2 | 181 | 0,2 | 118 | 0,2 |
| Türkei | 23.814 | 20,5 | 16.840 | 16,1 | 11.754 | 11,9 | 9.065 | 9,5 | 8.968 | 11,4 | 10.869 | 12,3 | 9.575 | 13,5 |
| Bulgarien | 940 | 0,8 | 761 | 0,7 | 172 | 0,2 | 90 | 0,1 | 72 | 0,1 | 66 | 0,1 | 814 | 1,1 |
| Jugoslawien ³ | 18.085 | 15,5 | 14.789 | 14,2 | 34.979 | 35,5 | 31.451 | 33,1 | 11.121 | 14,2 | 7.758 | 8,8 | 6.679 | 9,4 |
| Bosnien-Herzeg. | 1.939 | 1,7 | 1.668 | 1,6 | 1.533 | 1,6 | 1.755 | 1,8 | 1.638 | 2,1 | 2.259 | 2,6 | 1.017 | 1,4 |
| Russische Föd. ⁴ | 1.345 | 1,2 | 1.196 | 1,1 | 867 | 0,9 | 2.094 | 2,2 | 2.763 | 3,5 | 4.523 | 5,1 | 4.058 | 5,7 |
| Georgien | | | 2.916 | 2,8 | 1.979 | 2,0 | 1.096 | 1,2 | 801 | 1,0 | 1.220 | 1,4 | | |
| Afrika | 15.520 | 13,3 | 14.126 | 13,5 | 11.458 | 11,6 | 9.594 | 10,1 | 9.593 | 12,2 | 11.893 | 13,5 | 11.768 | 16,5 |
| dar. Äthiopien | 1.292 | 1,1 | 878 | 0,8 | 373 | 0,4 | 336 | 0,4 | 366 | 0,5 | 378 | 0,4 | 488 | 0,7 |
| Algerien | 1.417 | 1,2 | 1.586 | 1,5 | 1.572 | 1,6 | 1.473 | 1,5 | 1.379 | 1,8 | 1.986 | 2,2 | 1.743 | 2,5 |
| Ghana | 277 | 0,2 | 369 | 0,4 | 308 | 0,3 | 277 | 0,3 | 268 | 0,3 | | | | |
| Nigeria | 1.687 | 1,4 | 1.137 | 1,1 | 664 | 0,7 | 305 | 0,3 | 420 | 0,5 | 526 | 0,6 | 987 | 1,4 |
| Togo | 961 | 0,8 | 1.074 | 1,0 | 722 | 0,7 | 849 | 0,9 | 751 | 1,0 | 1.129 | 1,3 | 1.260 | 1,8 |
| Zaire ⁵ | 2.971 | 2,6 | 1.920 | 1,8 | 948 | 1,0 | 801 | 0,8 | 695 | 0,9 | 859 | 1,0 | 1.007 | 1,4 |
| Amerika u. Australien⁶ | 380 | 0,3 | 436 | 0,4 | 262 | 0,3 | 288 | 0,3 | 338 | 0,4 | 263 | 0,3 | 187 | 0,3 |
| Asien | 45.634 | 39,2 | 45.549 | 43,6 | 31.971 | 32,4 | 34.874 | 36,7 | 37.239 | 47,4 | 45.622 | 51,7 | 32.746 | 46,0 |
| dar. Afghanistan | 5.663 | 4,9 | 4.735 | 4,5 | 3.768 | 3,8 | 4.458 | 4,7 | 5.380 | 6,8 | 5.837 | 6,6 | 2.772 | 3,9 |
| Armenien | 3.510 | 3,0 | 2.488 | 2,4 | 1.655 | 1,7 | 2.386 | 2,5 | 903 | 1,1 | 913 | 1,0 | 894 | 1,3 |
| Aserbajdschan | | | | | 1.566 | 1,6 | 2.628 | 2,8 | 1.418 | 1,8 | 1.645 | 1,9 | 1.689 | 2,4 |
| Bangladesh | 934 | 0,8 | 1.278 | 1,2 | 541 | 0,5 | 449 | 0,5 | 205 | 0,3 | | | | |
| China | | | | | | | 1.236 | 1,3 | 2.072 | 2,6 | 1.531 | 1,7 | | |
| Indien | 2.772 | 2,4 | 1.860 | 1,8 | 1.491 | 1,5 | 1.499 | 1,6 | 1.826 | 2,3 | 2.651 | 3,0 | 2.246 | 3,2 |
| Irak | 10.842 | 9,3 | 14.088 | 13,5 | 7.435 | 7,5 | 8.662 | 9,1 | 11.601 | 14,8 | 17.167 | 19,4 | 10.242 | 14,4 |
| Iran | 4.809 | 4,1 | 3.838 | 3,7 | 2.955 | 3,0 | 3.407 | 3,6 | 4.878 | 6,2 | 3.455 | 3,9 | 2.642 | 3,7 |
| Libanon | 1.132 | 1,0 | 964 | 0,9 | 604 | 0,6 | 598 | 0,6 | 757 | 1,0 | 671 | 0,8 | 779 | 1,1 |
| Pakistan | 2.596 | 2,2 | 2.316 | 2,2 | 1.520 | 1,5 | 1.727 | 1,8 | 1.506 | 1,9 | 1.180 | 1,3 | 1.084 | 1,5 |
| Sri Lanka | 4.982 | 4,3 | 3.989 | 3,8 | 1.982 | 2,0 | 1.254 | 1,3 | 1.170 | 1,5 | 622 | 0,7 | 434 | 0,6 |
| Syrien | 1.872 | 1,6 | 1.549 | 1,5 | 1.753 | 1,8 | 2.156 | 2,3 | 2.641 | 3,4 | 2.232 | 2,5 | 1.829 | 2,6 |
| Vietnam | 1.130 | 1,0 | 1.494 | 1,4 | 2.991 | 3,0 | 2.425 | 2,5 | 2.332 | 3,0 | 3.721 | 4,2 | 2.340 | 3,3 |
| Staatenlose u.a. | 2.897 | 2,5 | 2.701 | 2,6 | 2.176 | 2,2 | 2.615 | 2,7 | 2.899 | 3,7 | 1.027 | 1,2 | 792 | 1,1 |
| Gesamt | 116.367 | 100,0 | 104.353 | 100,0 | 98.644 | 100,0 | 95.113 | 100,0 | 78.564 | 100,0 | 88.287 | 100,0 | 71.127 | 100,0 |

Quellen: Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (Geschäftsstatistik), Bundesministerium des Inneren, von Pollern (1991-2003)

¹ Ab 1991 Zahlen für Gesamtdeutschland.

² Das BAFl unterscheidet erst seit dem Jahr 1995 zwischen Erst- und Folgeanträgen. Für die Jahre ab 1995 wurden die Zahlen der Erstanträge verwendet.

³ Ab 1992 Serbien und Montenegro (Restjugoslawien); ab 1992 werden Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Slowenien und seit August 1993 Mazedonien gesondert gezählt. Die Zahl von 1992 für Jugoslawien beinhaltet noch die Asylbewerber aus Mazedonien.

⁴ Bis 1990 Zahlen für die Sowjetunion, 1991 und 1992 für die ehemalige Sowjetunion bzw. GUS, ab 1993 Russische Föderation.

⁵ Ab 1997: Demokratische Republik Kongo.

⁶ 1997 und 1998 nur Amerika (ohne Australien).

Tabelle 39: Die 10 Hauptherkunftsländer von Asylantragstellern von 1998 bis 2002

| | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | | | | |
|-------------|-----------|-------------------------|-----------|-------------------------|-----------|-------------------------|-----------|-------------------------|--------|
| Jugoslawien | 34.979 | Jugoslawien | 31.451 | Irak | 11.601 | Irak | 17.167 | Irak | 10.242 |
| Türkei | 11.754 | Türkei | 9.065 | Jugoslawien | 11.121 | Türkei | 10.869 | Türkei | 9.575 |
| Irak | 3.768 | Irak | 8.662 | Türkei | 8.968 | Jugoslawien | 7.758 | Jugoslawien | 6.679 |
| Afghanistan | 2.991 | Afghanistan | 4.458 | Afghanistan | 5.380 | Afghanistan | 5.837 | Russische Föderation | 4.058 |
| Vietnam | 2.955 | Iran | 3.407 | Iran | 4.878 | Russische Föderation | 4.523 | Afghanistan | 2.772 |
| Iran | 1.982 | Aserbeidschan | 2.628 | Russische Föderation | 2.763 | Vietnam | 3.721 | Iran | 2.642 |
| Sri Lanka | 1.979 | Vietnam | 2.425 | Syrien | 2.641 | Iran | 3.455 | Vietnam | 2.340 |
| Georgien | 1.753 | Armenien | 2.386 | Vietnam | 2.332 | Indien | 2.651 | Indien | 2.246 |
| Syrien | 1.655 | Syrien | 2.156 | China | 2.072 | Bosnien- Herzegowina | 2.259 | Syrien | 1.829 |
| Armenien | 27.393 | Russische Föderation | 2.094 | Indien | 1.826 | Syrien | 2.232 | Algerien | 1.743 |
| andere | 98.644 | andere | 26.381 | andere | 24.982 | andere | 27.815 | andere | 27.001 |
| insgesamt | insgesamt | 95.113 | insgesamt | 78.564 | insgesamt | 88.287 | insgesamt | 71.127 | |

Abbildung 45: Asylantragsteller aus der Bundesrepublik Jugoslawien nach Volksgruppenzugehörigkeit von 1995 bis 2002

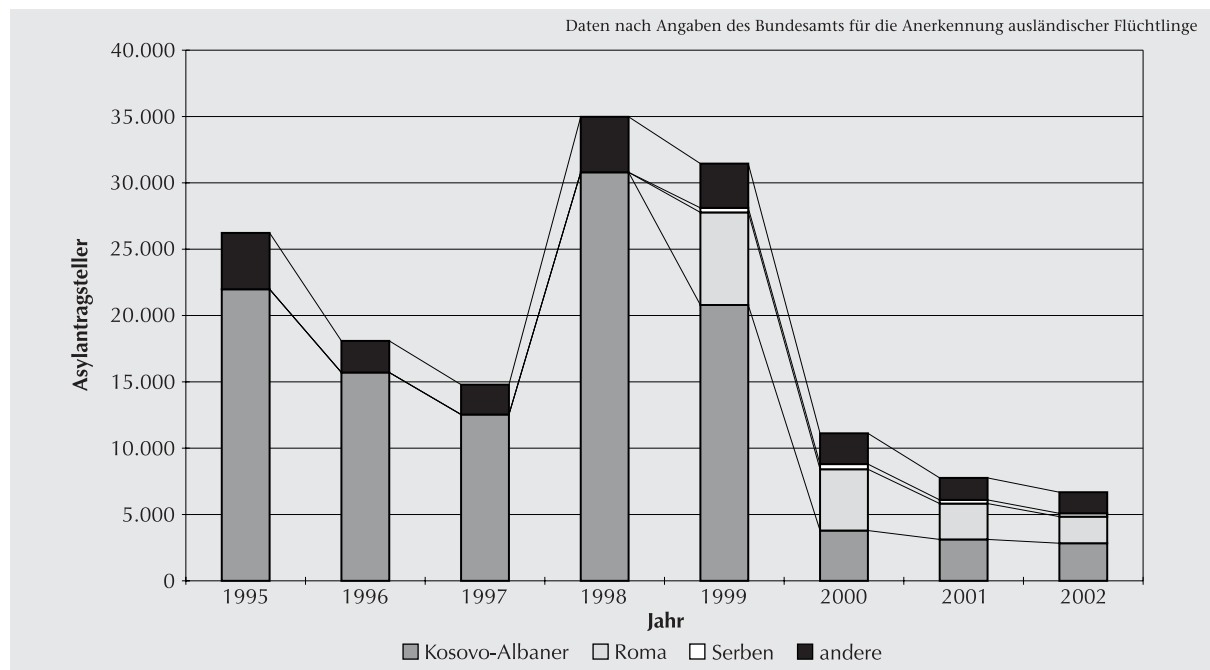


Abbildung 46: Asylantragsteller aus der Türkei nach Volksgruppenzugehörigkeit von 1995 bis 2002

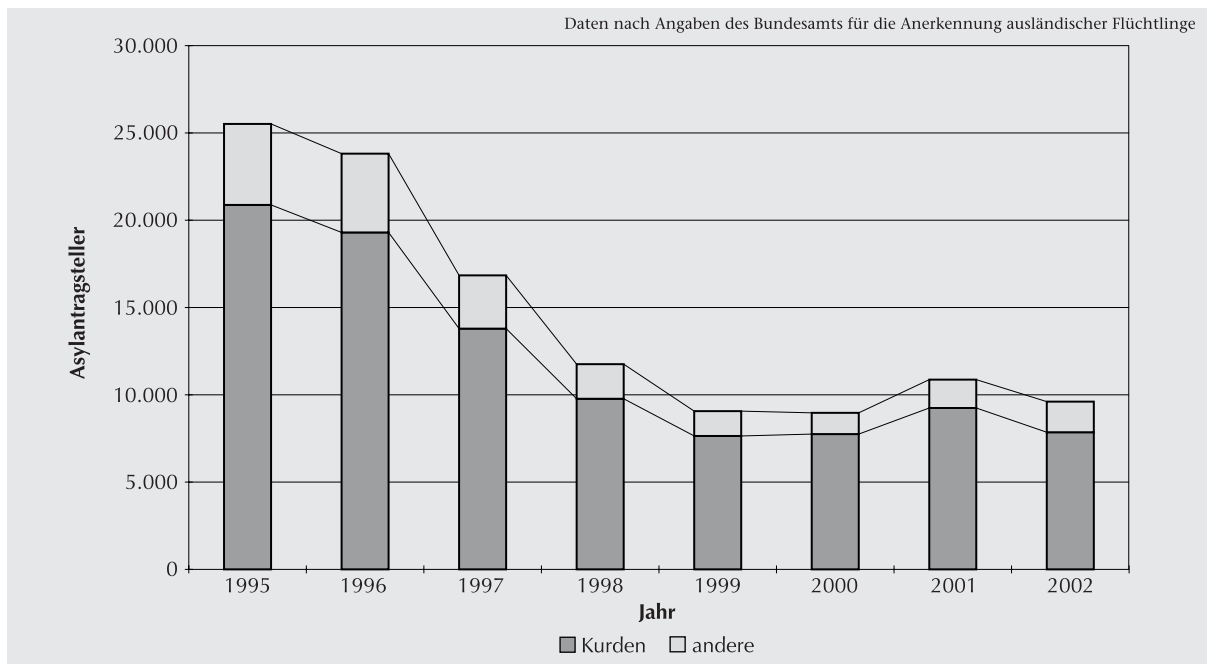


Abbildung 47: Asylantragsteller aus dem Irak nach Volksgruppenzugehörigkeit von 1995 bis 2002

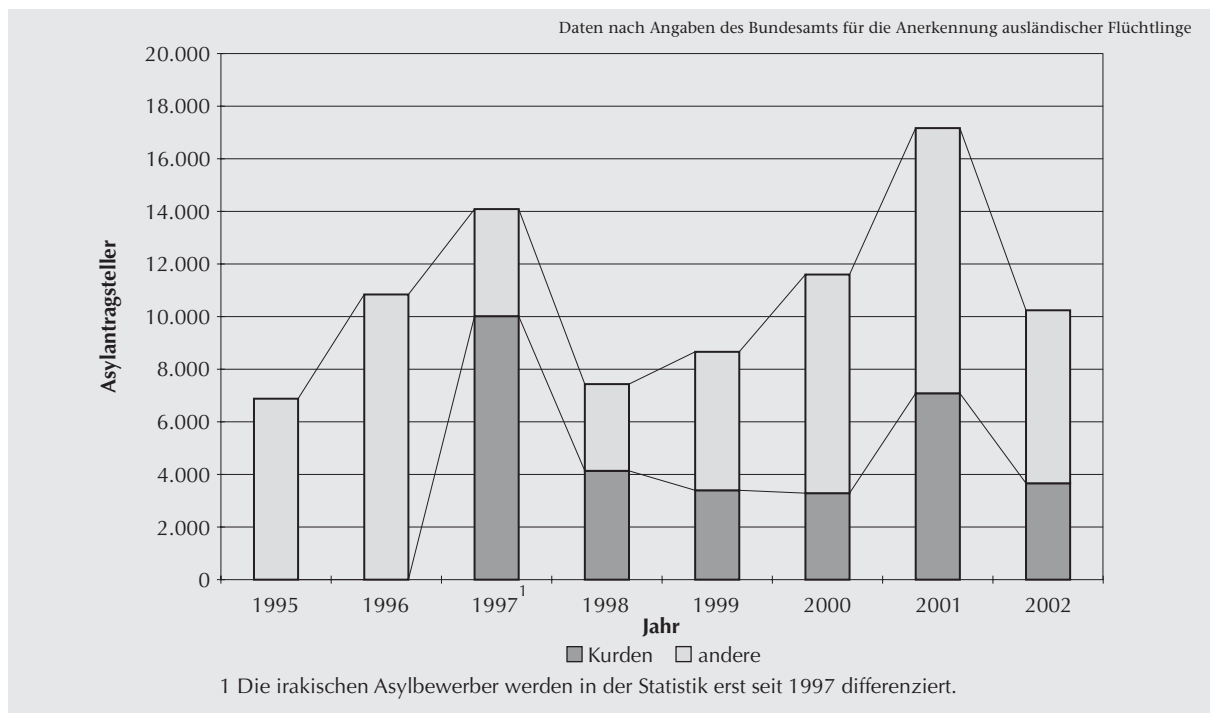


Abbildung 48: Entscheidungen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge von 1990 bis 2002

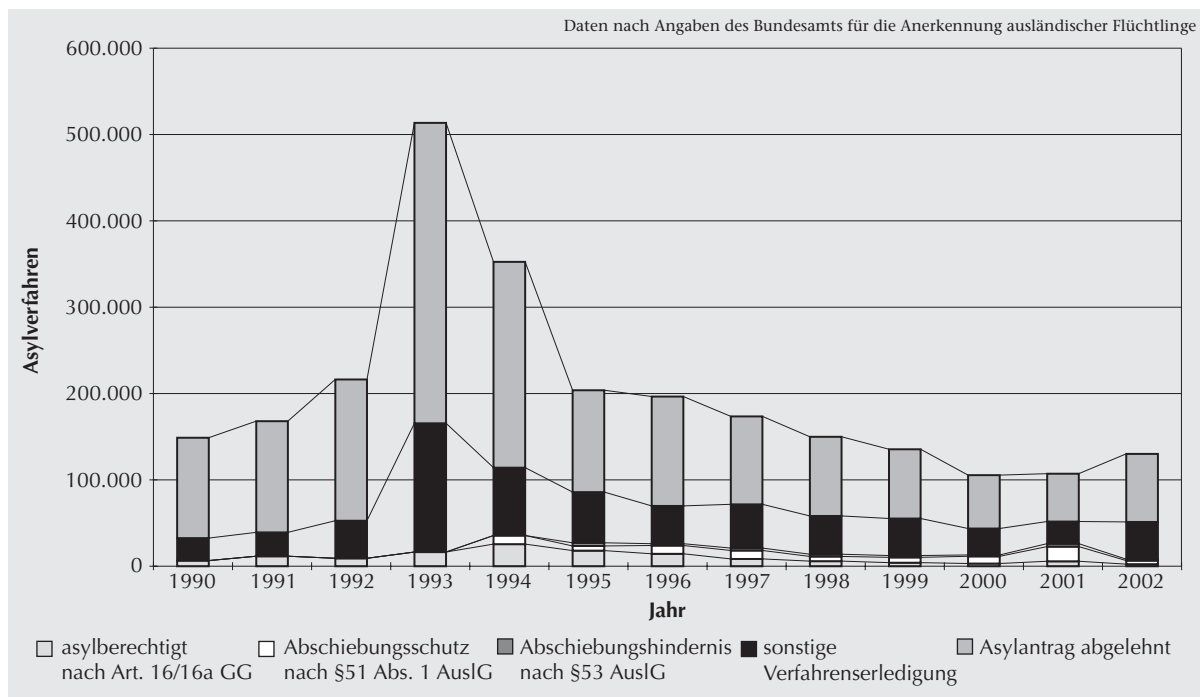


Abbildung 49: Entscheidungen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in % von 1990 bis 2002

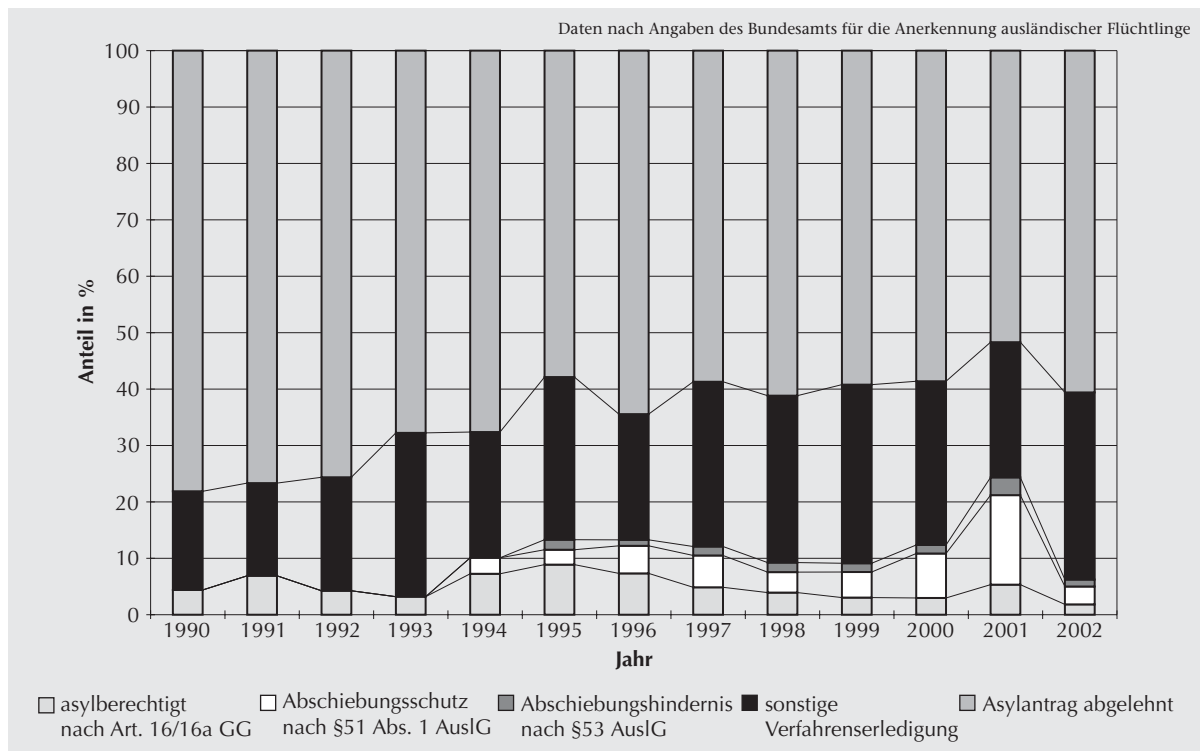


Tabelle 40: Entscheidungen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge nach Herkunftsländern im Jahr 2001

| Herkunftsland | Gesamtzahl der Entscheidungen über Personen | asylberechtigt nach Art.16a | in % | Abschiebeschutz gemäß § 51(1) AuslG | in % | Abschiebehindernis gemäß § 53 AuslG | in % | abgelehnte Anträge | in % | sonstige Verfahrenserledigung | in % |
|----------------------|---|-----------------------------|------|-------------------------------------|------|-------------------------------------|------|--------------------|------|-------------------------------|------|
| Irak | 16.353 | 598 | 3,7 | 9.508 | 58,1 | 48 | 0,3 | 5.346 | 32,7 | 853 | 5,2 |
| Türkei | 14.558 | 1.184 | 8,1 | 931 | 6,4 | 123 | 0,8 | 7.742 | 53,2 | 4.578 | 31,5 |
| BR Jugoslawien | 11.267 | 23 | 0,2 | 32 | 0,3 | 230 | 2,0 | 3.584 | 31,8 | 7.398 | 65,7 |
| Russische Föderation | 4.485 | 81 | 1,8 | 567 | 12,6 | 81 | 1,8 | 3.206 | 71,5 | 550 | 12,3 |
| Afghanistan | 11.601 | 2.746 | 23,7 | 4.486 | 38,7 | 2.189 | 18,9 | 1.006 | 8,7 | 1.174 | 10,1 |
| Iran | 4.795 | 395 | 8,2 | 406 | 8,5 | 23 | 0,5 | 2.957 | 61,7 | 1.014 | 21,2 |
| Vietnam | 4.002 | 1 | 0,0 | 8 | 0,2 | 10 | 0,3 | 3.477 | 86,9 | 506 | 12,6 |
| Indien | 2.836 | 1 | 0,0 | 5 | 0,2 | 4 | 0,1 | 2.399 | 84,6 | 427 | 15,1 |
| Syrien | 2.642 | 132 | 5,0 | 140 | 5,3 | 17 | 0,6 | 1.920 | 72,7 | 433 | 16,4 |
| Algerien | 2.079 | 11 | 0,5 | 14 | 0,7 | 14 | 0,7 | 1.532 | 73,7 | 508 | 24,4 |
| China | 1.409 | 28 | 2,0 | 64 | 4,5 | 6 | 0,4 | 1.199 | 85,1 | 112 | 8,0 |
| Aserbajdschan | 1.601 | 32 | 2,0 | 248 | 15,5 | 35 | 2,2 | 1.064 | 66,5 | 222 | 13,9 |
| Insgesamt | 107.193 | 5.716 | 5,3 | 17.003 | 15,9 | 3.383 | 3,2 | 55.402 | 51,7 | 25.689 | 24,0 |

Quelle: Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge

Tabelle 41: Entscheidungen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge nach Herkunftsländern im Jahr 2002

| Herkunftsland | Gesamtzahl der Entscheidungen über Personen | asylberechtigt nach Art.16a | in % | Abschiebeschutz gemäß § 51(1) AuslG | in % | Abschiebehindernis gemäß § 53 AuslG | in % | abgelehnte Anträge | in % | sonstige Verfahrenserledigung | in % |
|----------------------|---|-----------------------------|------|-------------------------------------|------|-------------------------------------|------|--------------------|------|-------------------------------|------|
| Irak | 12.439 | 459 | 3,7 | 2.432 | 19,6 | 73 | 0,6 | 8.323 | 66,9 | 1.152 | 9,3 |
| Türkei | 14.804 | 1.055 | 7,1 | 583 | 3,9 | 119 | 0,8 | 8.307 | 56,1 | 4.740 | 32 |
| BR Jugoslawien | 50.558 | 24 | 0,0 | 7 | 0,0 | 404 | 0,8 | 25.035 | 49,5 | 25.088 | 49,6 |
| Russische Föderation | 4.493 | 46 | 1,0 | 337 | 7,5 | 57 | 1,3 | 3.354 | 74,6 | 699 | 15,6 |
| Afghanistan | 1.164 | 12 | 1,0 | 12 | 1,0 | 266 | 22,9 | 7 | 0,6 | 867 | 74,5 |
| Iran | 3.743 | 284 | 7,6 | 251 | 6,7 | 29 | 0,8 | 2.177 | 58,2 | 1.002 | 26,8 |
| Vietnam | 2.841 | 0 | 0,0 | 6 | 0,2 | 4 | 0,1 | 2.308 | 80,4 | 553 | 19,3 |
| Indien | 2.569 | 0 | 0,0 | 7 | 0,3 | 3 | 0,1 | 2.182 | 84,9 | 377 | 14,7 |
| Syrien | 2.121 | 100 | 4,7 | 79 | 3,7 | 10 | 0,5 | 1.531 | 72,2 | 401 | 18,9 |
| Algerien | 2.210 | 4 | 0,2 | 4 | 0,2 | 3 | 0,1 | 1.730 | 78,3 | 469 | 21,2 |
| China | 1.625 | 12 | 0,7 | 18 | 1,1 | 5 | 0,3 | 1.442 | 88,7 | 148 | 9,1 |
| Aserbajdschan | 1.899 | 14 | 0,7 | 45 | 2,4 | 11 | 0,6 | 1.599 | 84,2 | 230 | 12,1 |
| Insgesamt | 130.128 | 2.379 | 1,8 | 4.130 | 3,2 | 1.598 | 1,2 | 78.845 | 60,6 | 43.176 | 33,2 |

Quelle: Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge

2.6 Kriegs-, Bürgerkriegs- und De-facto-Flüchtlinge

Tabelle 42: Zahl der Kriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina 1996 bis 2002

| Jahr | Zahl der Kriegsflüchtlinge ¹ |
|------|---|
| 1996 | 345.000 |
| 1997 | 245.000 |
| 1998 | 100.000 |
| 1999 | 50.000 |
| 2000 | 30.000 |
| 2001 | 24.000 |
| 2002 | unter 20.000 |

Quelle: Bundesministerium des Innern

1) Bei den angegebenen Zahlen handelt es sich um Bestandszahlen (nicht um Zuzugszahlen) zum Ende des jeweiligen Jahres.

Tabelle 43: Personen mit einer Duldung nach Aufenthaltsdauer und ausgewählten Herkunftsländern (Stand: 21. August 2002)

| Herkunftsland | bereits zum 1. Januar 1990 in Deutschland | bereits zum 1. Januar 1993 in Deutschland | bereits zum 1. Januar 1995 in Deutschland | bereits zum 1. Januar 1998 in Deutschland |
|---------------------|---|---|---|---|
| Bosnien-Herzegowina | 285 | 7.531 | 13.700 | 16.773 |
| Kroatien | 100 | 1.296 | 1.506 | 1.661 |
| Jugoslawien | 5.830 | 43.393 | 53.822 | 65.896 |
| Mazedonien | 267 | 939 | 1.031 | 1.172 |
| Türkei | 1.591 | 4.154 | 5.709 | 11.361 |
| Äthiopien | 55 | 430 | 633 | 1.194 |
| Kongo, Dem. Rep. | 45 | 677 | 880 | 1.765 |
| Armenien | - | 233 | 514 | 1.483 |
| Afghanistan | 90 | 603 | 1.137 | 4.236 |
| Sri Lanka | 138 | 595 | 875 | 1.930 |
| Vietnam | 228 | 2.947 | 3.503 | 4.401 |
| Irak | 13 | 52 | 72 | 1.250 |
| Iran | 229 | 416 | 593 | 1.593 |
| Libanon | 700 | 2.758 | 3.121 | 4.053 |
| Pakistan | 96 | 727 | 883 | 1.773 |
| Syrien | 209 | 713 | 867 | 1.992 |
| China | 10 | 683 | 798 | 1.576 |
| Insgesamt | 12.531 | 78.487 | 102.771 | 146.838 |

Quelle: Bundesverwaltungsamt (Ausländerzentralregister)

2.7 Werkvertrags-, Saison-, Gast- und Grenzarbeitnehmer sowie sonstige zeitlich begrenzte Arbeitsmigration aus Nicht-EU-Staaten

Tabelle 44: Erteilte Arbeitsgenehmigungen nach den Ausnahmetatbeständen der ASAV¹ und ausgewählten Staatsangehörigkeiten 2002

| Staatsangehörigkeit | § 2 Abs. 1 | § 2 Abs. 2 | § 2 Abs. 3 | § 2 Abs. 4 | § 3 | § 4 Abs. 1 | § 4 Abs. 2 | § 4 Abs. 3 | § 4 Abs. 4 |
|-----------------------|--------------|---------------|--------------|------------|---------------|----------------|--------------|------------|------------|
| Polen | 251 | 2.335 | 110 | 55 | 27.499 | 229.572 | 5.235 | 716 | 18 |
| Slowakische Republik | 34 | 1.113 | 66 | 8 | 3.090 | 9.182 | 284 | 0 | 2 |
| Tschechische Republik | 73 | 738 | 103 | 11 | 3.497 | 2.225 | 76 | 0 | 0 |
| Ungarn | 69 | 467 | 137 | 42 | 9.868 | 3.790 | 89 | 0 | 4 |
| Slowenien | 4 | 7 | 7 | 0 | 471 | 282 | 12 | 0 | 0 |
| Estland | 20 | 118 | 3 | 7 | 0 | 1 | 0 | 57 | 0 |
| Lettland | 60 | 226 | 2 | 7 | 350 | 1 | 0 | 6 | 0 |
| Litauen | 90 | 440 | 7 | 12 | 0 | 5 | 1 | 100 | 0 |
| Bulgarien | 61 | 540 | 38 | 6 | 248 | 1.306 | 11 | 1 | 0 |
| Rumänien | 105 | 1.200 | 45 | 12 | 5.956 | 18.588 | 1.374 | 1 | 0 |
| Kroatien | 21 | 49 | 53 | 1 | 1.385 | 5.345 | 78 | 0 | 0 |
| Türkei | 44 | 110 | 15 | 2 | 830 | 16 | 1 | 0 | 26 |
| Russische Föderation | 403 | 1.340 | 30 | 41 | 0 | 38 | 3 | 0 | 0 |
| Ukraine | 173 | 2.032 | 9 | 22 | 0 | 33 | 4 | 0 | 36 |
| insgesamt | 2.534 | 15.422 | 1.002 | 349 | 55.244 | 270.574 | 7.178 | 883 | 159 |

| Staatsangehörigkeit | § 4 Abs. 5 | § 4 Abs. 6 | § 4 Abs. 7 | § 4 Abs. 8 | § 4 Abs. 9 | § 5 Nr. 1 | § 5 Nr. 2 | § 5 Nr. 3 | § 5 Nr. 4 |
|-----------------------|------------|--------------|--------------|------------|------------|-----------|--------------|------------|-----------|
| Polen | 5 | 7 | 112 | 26 | 29 | 8 | 122 | 23 | 1 |
| Slowakische Republik | 0 | 0 | 38 | 3 | 1 | 3 | 44 | 2 | 0 |
| Tschechische Republik | 0 | 6 | 79 | 8 | 3 | 0 | 54 | 5 | 0 |
| Ungarn | 0 | 16 | 82 | 3 | 2 | 5 | 157 | 5 | 0 |
| Slowenien | 0 | 0 | 14 | 0 | 0 | 0 | 7 | 1 | 0 |
| Estland | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 8 | 0 | 0 |
| Lettland | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 6 | 0 | 0 |
| Litauen | 0 | 1 | 1 | 0 | 2 | 0 | 7 | 1 | 0 |
| Bulgarien | 0 | 3 | 11 | 1 | 0 | 1 | 40 | 2 | 0 |
| Rumänien | 1 | 2 | 43 | 1 | 1 | 2 | 45 | 8 | 0 |
| Kroatien | 0 | 1 | 22 | 1 | 1 | 0 | 10 | 6 | 0 |
| Türkei | 0 | 2 | 37 | 0 | 1 | 0 | 63 | 42 | 3 |
| Russische Föderation | 0 | 1 | 48 | 1 | 1 | 9 | 40 | 10 | 0 |
| Ukraine | 0 | 3 | 26 | 0 | 5 | 2 | 26 | 3 | 0 |
| insgesamt | 10 | 1.177 | 1.804 | 99 | 56 | 65 | 1.004 | 343 | 6 |

| Staatsangehörigkeit | § 5 Nr. 5 | § 5 Nr. 6 | § 5 Nr. 7 | § 5 Nr. 8 | § 6 | § 7 | § 8 | § 10 | sonstige | insgesamt |
|-----------------------|-----------|-----------|------------|--------------|--------------|-----------|--------------|-----------|--------------|----------------|
| Polen | 2 | 0 | 3 | 424 | 651 | 2 | 33 | 3 | 475 | 267.717 |
| Slowakische Republik | 2 | 0 | 1 | 717 | 0 | 0 | 8 | 1 | 37 | 14.636 |
| Tschechische Republik | 0 | 0 | 2 | 410 | 1.588 | 2 | 4 | 0 | 132 | 9.016 |
| Ungarn | 3 | 0 | 0 | 211 | 0 | 0 | 5 | 2 | 93 | 15.050 |
| Slowenien | 0 | 0 | 6 | 17 | 0 | 0 | 0 | 0 | 3 | 831 |
| Estland | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 4 | 219 |
| Lettland | 0 | 0 | 0 | 23 | 0 | 0 | 0 | 0 | 16 | 697 |
| Litauen | 0 | 0 | 0 | 10 | 0 | 0 | 0 | 0 | 29 | 706 |
| Bulgarien | 1 | 0 | 1 | 214 | 0 | 0 | 3 | 0 | 74 | 2.562 |
| Rumänien | 1 | 0 | 0 | 159 | 1 | 1 | 2 | 0 | 195 | 27.743 |
| Kroatien | 1 | 0 | 220 | 16 | 0 | 1 | 3 | 0 | 74 | 7.188 |
| Türkei | 1 | 0 | 0 | 18 | 0 | 0 | 37 | 0 | 804 | 2.052 |
| Russische Föderation | 3 | 0 | 0 | 653 | 0 | 1 | 1 | 0 | 485 | 3.108 |
| Ukraine | 6 | 2 | 2 | 335 | 3 | 0 | 20 | 0 | 277 | 3.019 |
| insgesamt | 25 | 7 | 261 | 4.238 | 2.302 | 14 | 1.647 | 18 | 7.448 | 373.869 |

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

1) Vgl. Übersicht auf Seite 65.

Tabelle 45: Werkvertragsarbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland nach Herkunftsländern von 1992 bis 2002 ¹

| Herkunftsland | 1992 | | 1993 | | 1994 | | 1995 | |
|--------------------------------|---------------|---------------------------|---------------|---------------------------|---------------|---------------------------|---------------|---------------------------|
| | Kontingent | Beschäftigte ² | Kontingent | Beschäftigte ² | Kontingent | Beschäftigte ² | Kontingent | Beschäftigte ² |
| Bosnien-Herzeg. | 400 | 49 | 370 | 1.272 | 1.030 | 1.172 | 990 | 989 |
| Bulgarien | 4.000 | 1.968 | 3.850 | 3.802 | 3.740 | 2.353 | 1.660 | 1.866 |
| BR Jugoslawien ³ | 9.920 | 8.862 | 7.790 | 2.657 | 1.730 | 15 | 1.650 | - |
| Kroatien | 2.000 | 298 | 1.850 | 4.792 | 5.260 | 5.296 | 5.010 | 4.542 |
| Lettland | 400 | 0 | 400 | 181 | 380 | 236 | 370 | 146 |
| Mazedonien | 200 | - | 190 | 472 | 490 | 667 | 480 | 712 |
| Polen | 35.170 | 51.176 | 33.180 | 19.771 | 31.710 | 13.774 | 22.560 | 24.499 |
| Rumänien | 7.000 | 7.785 | 6.630 | 13.542 | 6.360 | 2.196 | 4.150 | 276 |
| Slowakische Rep. | - | - | - | 414 | 2.690 | 1.427 | 1.570 | 2.036 |
| Slowenien | 1.000 | 321 | 930 | 1.805 | 2.010 | 1.350 | 1.920 | 1.184 |
| Tschechische Rep. ⁴ | 8.250 | 10.701 | 7.880 | 4.113 | 4.970 | 1.693 | 2.890 | 2.150 |
| Türkei | 7.000 | 441 | 6.480 | 1.454 | 6.100 | 1.575 | 5.800 | 1.603 |
| Ungarn | 14.000 | 12.432 | 13.664 | 14.449 | 13.220 | 8.890 | 12.870 | 9.165 |
| übrige Länder ⁵ | - | 869 | - | 1.413 | - | 572 | - | 244 |
| Gesamt | 89.340 | 94.902 | 83.214 | 70.137 | 79.690 | 41.216 | 61.920 | 49.412 |

| Herkunftsland | 1996 | | 1997 | | 1998 | | 1999 | |
|--------------------------------|---------------|---------------------------|---------------|---------------------------|---------------|---------------------------|---------------|---------------------------|
| | Kontingent | Beschäftigte ² | Kontingent | Beschäftigte ² | Kontingent | Beschäftigte ² | Kontingent | Beschäftigte ² |
| Bosnien-Herzeg. | 1.010 | 682 | 960 | 511 | 580 | 687 | 940 | 966 |
| Bulgarien | 1.690 | 989 | 1.610 | 1.229 | 800 | 688 | 1.560 | 1.402 |
| BR Jugoslawien ³ | 1.680 | - | 1.600 | 0 | 1.510 | 0 | 1.550 | 0 |
| Kroatien | 5.100 | 4.375 | 4.850 | 3.604 | 2.750 | 2.780 | 4.690 | 3.876 |
| Lettland | 380 | 179 | 370 | 274 | 240 | 167 | 360 | 178 |
| Mazedonien | 490 | 194 | 470 | 112 | 290 | 185 | 470 | 253 |
| Polen | 22.900 | 24.423 | 21.790 | 21.184 | 14.817 | 16.942 | 21.030 | 18.243 |
| Rumänien | 4.220 | 15 | 4.020 | 966 | 1.900 | 2.631 | 3.890 | 3.902 |
| Slowakische Rep. | 1.600 | 1.250 | 1.500 | 1.206 | 750 | 943 | 1.460 | 1.348 |
| Slowenien | 1.960 | 974 | 1.870 | 680 | 1.100 | 660 | 1.820 | 657 |
| Tschechische Rep. ⁴ | 2.940 | 1.947 | 2.810 | 1.439 | 2.000 | 1.060 | 2.730 | 1.366 |
| Türkei | 5.890 | 1.591 | 5.600 | 1.429 | 2.640 | 1.103 | 5.410 | 1.267 |
| Ungarn | 6.990 | 8.993 | 6.650 | 5.813 | 5.261 | 5.036 | 6.430 | 6.429 |
| übrige Länder ⁵ | - | 142 | - | 101 | - | 107 | - | 148 |
| Gesamt | 56.850 | 45.753 | 54.100 | 38.548 | 34.638 | 32.989 | 52.340 | 40.035 |

| Herkunftsland | 2000 | | 2001 | | 2002 | | 2003 | |
|--------------------------------|---------------|---------------------------|---------------|---------------------------|---------------|---------------------------|---------------|---------------------------|
| | Kontingent | Beschäftigte ² | Kontingent | Beschäftigte ² | Kontingent | Beschäftigte ² | Kontingent | Beschäftigte ² |
| Bosnien-Herzeg. | 970 | 884 | 1.030 | 1.148 | 1.860 | 1.478 | 1.020 | - |
| Bulgarien | 1.600 | 1.724 | 1.690 | 1.861 | 1.710 | 1.309 | 1.660 | - |
| BR Jugoslawien ³ | 1.590 | 0 | 1.680 | 103 | 2.650 | 659 | 2.580 | - |
| Kroatien | 4.810 | 5.136 | 5.080 | 5.211 | 5.140 | 4.595 | 4.930 | - |
| Lettland | 370 | 195 | 400 | 217 | 410 | 236 | 400 | - |
| Mazedonien | 490 | 335 | 520 | 451 | 530 | 340 | 520 | - |
| Polen | 21.550 | 18.537 | 22.710 | 21.797 | 22.950 | 21.193 | 22.290 | - |
| Rumänien | 3.990 | 5.239 | 4.220 | 3.728 | 4.270 | 3.285 | 4.150 | - |
| Slowakische Rep. | 1.500 | 1.543 | 1.570 | 1.488 | 1.590 | 1.268 | 1.540 | - |
| Slowenien | 1.870 | 536 | 1.980 | 716 | 1.210 | 655 | 1.970 | - |
| Tschechische Rep. ⁴ | 2.810 | 1.445 | 2.970 | 1.398 | 3.010 | 1.353 | 2.940 | - |
| Türkei | 5.550 | 1.296 | 5.860 | 1.420 | 5.920 | 1.572 | 5.750 | - |
| Ungarn | 6.600 | 6.705 | 6.980 | 7.263 | 7.060 | 7.466 | 6.870 | - |
| übrige Länder ⁵ | - | 107 | - | 101 | - | k.A. | - | - |
| Gesamt | 53.700 | 43.682 | 56.690 | 46.902 | 58.310 | 45.409 | 56.620 | - |

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

1) Im Gegensatz zu den Beschäftigtenzahlen, die Jahresdurchschnitte sind, werden die Kontingente vom 01.10. des Vorjahres bis zum 30.09. des Berichtsjahres erfasst.

2) Beschäftigte im Jahresdurchschnitt.

3) Ab 1992 erfolgte eine Aufgliederung nach den einzelnen Republiken. Ab Mai 1993 wurde das Kontingent wegen des UN-Embargos gesperrt.

4) Von 1992 bis Juli 1993 noch Zahlen für die CSFR, ab August 1993 erfolgt die Aufgliederung nach Tschechischer und Slowakischer Republik.

5) Werkvertragsarbeitnehmer aus Finnland, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, USA, Liechtenstein, Israel und Kanada. Mit diesen Staaten wurden keine Regierungsvereinbarungen geschlossen.

Tabelle 46: Vermittlungen von Saisonarbeitnehmern und Schaustellergehilfen in der Bundesrepublik Deutschland nach Herkunftsländern von 1991 bis 2002

| Herkunftsland | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 ⁴ | 1999 ⁵ | 2000 ⁶ | 2001 ⁷ | 2002 ⁸ |
|---------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| CSFR ¹ | 13.478 | 27.988 | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Jugoslawien ² | 32.214 | 37.430 | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Polen | 78.594 | 136.882 | 143.861 | 136.659 | 170.576 | 196.278 | 202.198 | 209.398 | 205.439 | 229.135 | 243.405 | 259.615 |
| Kroatien | - | - | 6.984 | 5.753 | 5.574 | 5.732 | 5.839 | 4.665 | 5.101 | 5.943 | 6.157 | 5.913 |
| Slowakische Rep. | - | - | 7.781 | 3.465 | 5.443 | 6.255 | 6.365 | 5.534 | 6.158 | 8.375 | 10.054 | 10.654 |
| Tschechische Rep. | - | - | 12.027 | 3.939 | 3.722 | 3.391 | 2.347 | 2.182 | 2.031 | 3.235 | 2.913 | 2.791 |
| Ungarn | 4.402 | 7.235 | 5.346 | 2.458 | 2.841 | 3.516 | 3.572 | 3.200 | 3.485 | 4.139 | 4.783 | 4.227 |
| Rumänien | - | 2.907 | 3.853 | 2.272 | 3.879 | 4.975 | 4.961 | 6.236 | 7.499 | 11.842 | 18.015 | 22.233 |
| Slowenien | - | - | 1.114 | 601 | 600 | 559 | 466 | 359 | 302 | 311 | 264 | 257 |
| Bulgarien ³ | - | - | 71 | 70 | 131 | 188 | 203 | 236 | 332 | 825 | 1.349 | 1.492 |
| Gesamt | 128.688 | 212.442 | 181.037 | 155.217 | 192.766 | 220.894 | 225.951 | 231.810 | 230.345 | 263.805 | 286.940 | 307.182 |
| Stornierungen | nicht erfasst | nicht erfasst | nicht erfasst | -17.398 | -16.176 | -22.970 | -20.085 | -23.883 | bereits abgezogen | bereits abgezogen | bereits abgezogen | bereits abgezogen |
| Nettovermittlungen | | | | 137.819 | 176.590 | 197.924 | 205.866 | 207.927 | 230.345 | 263.805 | 286.940 | 307.182 |

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

- 1) Bis einschl. 1992 Zahlen für CSFR; ab 1993 getrennt nach Tschechischer und Slowakischer Republik.
- 2) Bis einschl. 1992 Jugoslawien, ab 1993 Zahlen für die einzelnen Teilrepubliken. Regelung mit (Rest-)Jugoslawien ist ausgesetzt.
- 3) Für Bulgarien nur Berufe des Hotel- und Gaststättengewerbes.
- 4) Darunter 6.348 Nettovermittlungen von Schaustellergehilfen.
- 5) Darunter 6.987 Nettovermittlungen von Schaustellergehilfen.
- 6) Darunter 8.290 Nettovermittlungen von Schaustellergehilfen.
- 7) Darunter 9.002 Nettovermittlungen von Schaustellergehilfen.
- 8) Darunter 9.080 Nettovermittlungen von Schaustellergehilfen.

Tabelle 47: Vermittlungen von Gastarbeitnehmern in der Bundesrepublik Deutschland nach Herkunftsländern von 1991 bis 2002

| Herkunftsland | jährliches Kontingent | Vermittlungen | | | | | | | | | | | |
|-----------------------------------|-----------------------|---------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| | | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 |
| Albanien | 1.000 | - | 129 | 247 | 133 | 126 | 93 | 10 | 5 | 1 | - | - | - |
| Bulgarien | 1.000 | - | 3 | 176 | 323 | 326 | 304 | 245 | 351 | 378 | 658 | 776 | 648 |
| Estland ¹ | 200 | - | - | - | - | - | 1 | 2 | 1 | 1 | 2 | 7 | 4 |
| Lettland | 100 | - | 13 | 57 | 16 | 7 | 9 | 14 | 23 | 31 | 48 | 85 | 72 |
| Litauen ² | 200 | - | - | 2 | 89 | 105 | 82 | 29 | 49 | 34 | 57 | 110 | 126 |
| Polen | 1.000 | 398 | 750 | 943 | 1.002 | 967 | 722 | 654 | 576 | 592 | 654 | 858 | 786 |
| Rumänien | 500 | - | 189 | 562 | 531 | 526 | 507 | 395 | 412 | 523 | 1.465 | 514 | 510 |
| Russische Föderation ³ | 2.000 | - | - | - | 65 | 96 | 116 | 78 | 73 | 83 | 82 | 78 | 65 |
| Slowenien | 150 | - | - | - | - | - | - | 3 | 8 | 18 | 15 | 16 | 24 |
| Slowakische Republik ⁴ | 1.000 | - | - | 837 | 711 | 812 | 675 | 525 | 465 | 700 | 983 | 964 | 851 |
| Tschechische Republik | 1.400 | - | - | 1.577 | 1.209 | 1.224 | 754 | 381 | 330 | 422 | 701 | 796 | 652 |
| Ungarn ⁵ | 2.000 | 1.172 | 1.996 | 1.370 | 1.450 | 1.289 | 1.072 | 829 | 790 | 922 | 1.226 | 1.134 | 1.072 |
| Kroatien ⁶ | 500 | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | 54 |
| Gesamt | 11.050 | 1.570 | 3.080 | 5.771 | 5.529 | 5.478 | 4.335 | 3.165 | 3.083 | 3.705 | 5.891 | 5.338 | 4.864 |

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

- 1) Der Vertrag mit Estland ist erst am 21.8.1995 in Kraft getreten.
- 2) Vertrag galt erst ab Dezember 1993.
- 3) Kontingent galt erst ab Mitte 1994.
- 4) Die Vereinbarung mit der Slowakischen Republik ist vom März 1996.
- 5) Bis zum Jahr 1992 war das Kontingent 1.500, ab 1993 2.000.
- 6) Die Vereinbarung mit Kroatien wurde Ende 2002 geschlossen.

Tabelle 48: Vermittlung von Kranken- und Altenpflegekräften von 1996 bis 2002

| Herkunftsland | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 |
|------------------|------------|------------|------------|-----------|------------|------------|------------|
| Kroatien | 388 | 287 | 123 | 74 | 137 | 314 | 353 |
| Slowenien | 10 | 2 | 2 | - | 3 | 4 | 5 |
| Insgesamt | 398 | 289 | 125 | 74 | 140 | 318 | 358 |

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Tabelle 49: Vermittlungen von Haushaltshilfen im Jahr 2002

| Herkunftsland | Vermittlungen |
|-------------------|---------------|
| Polen | 862 |
| Slowenien | 4 |
| Ungarn | 90 |
| Slowakische Rep. | 103 |
| Tschechische Rep. | 43 |
| Insgesamt | 1.102 |

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Tabelle 50: Erteilte Arbeitserlaubnisse für Grenzgänger von 1999 bis 2002

| Herkunftsland | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 |
|------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| Insgesamt | 8.835 | 9.375 | 9.957 | 8.964 |
| davon: erstmalig beschäftigt | 2.276 | 2.152 | 2.736 | 2.292 |
| darunter: | | | | |
| Polen | 636 | 380 | 623 | 651 |
| Tschechische Republik | 1.486 | 1.675 | 2.029 | 1.588 |
| Schweiz ¹ | 154 | 97 | 84 | 53 |

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

1) Für das Jahr 2002 sind Arbeitserlaubnisse für Grenzgänger aus der Schweiz nur bis Ende Mai erteilt worden, da diese ab 1. Juni 2002 für eine Beschäftigung in Deutschland keine Arbeitsgenehmigung mehr benötigen.

2.9 Ausländische Studierende

Tabelle 51: Ausländische Studienanfänger an deutschen Hochschulen nach ausgewählten Herkunftsländern im Sommersemester 2002 und im Wintersemester 2002/2003

| Herkunftsland | Studienanfänger im Sommersemester 2002 | davon Bildungsausländer | Anteil der Bildungsausländer an den Studienanfängern |
|----------------------|--|-------------------------|--|
| Frankreich | 685 | 662 | 96,6 |
| Griechenland | 292 | 204 | 69,9 |
| Italien | 689 | 584 | 84,8 |
| Spanien | 509 | 461 | 90,6 |
| Bulgarien | 902 | 898 | 99,6 |
| Jugoslawien | 100 | 56 | 56,0 |
| Kroatien | 146 | 37 | 25,3 |
| Polen | 1.048 | 983 | 93,8 |
| Rumänien | 400 | 376 | 94,0 |
| Russische Föderation | 855 | 794 | 92,9 |
| Türkei | 734 | 340 | 46,3 |
| Ukraine | 477 | 438 | 91,8 |
| Kamerun | 320 | 315 | 98,4 |
| Marokko | 385 | 361 | 93,8 |
| USA | 793 | 780 | 98,4 |
| China | 2.399 | 2.348 | 97,9 |
| Iran | 151 | 110 | 72,8 |
| Korea (Republik) | 363 | 276 | 76,0 |
| Insgesamt | 18.970 | 17.153 | 90,4 |

| Herkunftsland | Studienanfänger im Wintersemester 2002/2003 | davon Bildungsausländer | Anteil der Bildungsausländer an den Studienanfängern |
|----------------------|---|-------------------------|--|
| Frankreich | 2.590 | 2.466 | 95,2 |
| Griechenland | 939 | 518 | 55,2 |
| Italien | 2.242 | 1.776 | 79,2 |
| Spanien | 2.343 | 2.158 | 92,1 |
| Bulgarien | 2.351 | 2.294 | 97,6 |
| Jugoslawien | 408 | 150 | 36,8 |
| Kroatien | 593 | 125 | 21,1 |
| Polen | 3.138 | 2.716 | 86,6 |
| Rumänien | 835 | 769 | 92,1 |
| Russische Föderation | 2.141 | 1.833 | 85,6 |
| Türkei | 2.945 | 970 | 32,9 |
| Ukraine | 1.430 | 1.145 | 80,1 |
| Kamerun | 602 | 585 | 97,2 |
| Marokko | 971 | 833 | 85,8 |
| USA | 1.650 | 1.586 | 96,1 |
| China | 4.889 | 4.637 | 94,8 |
| Iran | 445 | 231 | 51,9 |
| Korea (Republik) | 649 | 481 | 74,1 |
| Insgesamt | 49.596 | 41.327 | 83,3 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 52: Studienanfänger (Bildungsausländer) nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten 1999 bis 2002 (jeweils Sommersemester und darauffolgendes Wintersemester)

| Herkunftsland | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 |
|----------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| Frankreich | 3.124 | 3.136 | 3.225 | 3.128 |
| Griechenland | 733 | 726 | 754 | 722 |
| Italien | 2.087 | 2.242 | 2.274 | 2.360 |
| Spanien | 2.227 | 2.422 | 2.625 | 2.619 |
| Bulgarien | 1.204 | 1.945 | 2.678 | 3.172 |
| Jugoslawien | 169 | 114 | 220 | 206 |
| Kroatien | 141 | 143 | 147 | 162 |
| Polen | 2.362 | 2.660 | 3.208 | 3.699 |
| Rumänien | 640 | 797 | 1.057 | 1.145 |
| Russische Föderation | 1.807 | 2.070 | 2.504 | 2.627 |
| Türkei | 747 | 825 | 976 | 1.310 |
| Ukraine | 805 | 1.077 | 1.393 | 1.583 |
| Kamerun | 1.038 | 944 | 813 | 900 |
| Marokko | 713 | 890 | 968 | 1.194 |
| USA | 2.245 | 2.268 | 2.363 | 2.366 |
| China | 2.096 | 3.451 | 6.180 | 6.985 |
| Iran | 272 | 244 | 301 | 341 |
| Korea (Republik) | 529 | 652 | 692 | 757 |
| Insgesamt | 39.905 | 45.149 | 53.175 | 58.480 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 53: Ausländische Studenten nach Fächergruppen und den 12 häufigsten Ländern der Staatsangehörigkeit im Wintersemester 2001/2002

| Land der Staatsangehörigkeit | Insgesamt | dar. Bildungsausländer | in v. Hd. | Ausländische Studenten in der Fächergruppe | | | | | |
|------------------------------|----------------|------------------------|-------------|--|--|---------------------------------|-------------------------|---------------|--------------------------|
| | | | | Sprach-, Kulturwissenschaften | Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften | Mathematik, Naturwissenschaften | Ingenieurwissenschaften | Humanmedizin | Kunst, Kunstwissenschaft |
| Türkei | 24.041 | 5.188 | 21,6 | 3.286 | 9.360 | 3.747 | 5.558 | 1.444 | 335 |
| China | 14.070 | 13.523 | 96,1 | 1.889 | 3.965 | 3.355 | 3.751 | 224 | 433 |
| Polen | 10.936 | 8.827 | 80,7 | 3.604 | 4.427 | 1.028 | 901 | 233 | 523 |
| Russische Föderation | 8.383 | 7.098 | 84,7 | 2.539 | 2.707 | 1.350 | 758 | 234 | 658 |
| Griechenland | 7.451 | 3.391 | 45,5 | 1.852 | 2.297 | 1.014 | 1.028 | 820 | 270 |
| Bulgarien | 7.321 | 6.954 | 95,0 | 1.568 | 2.762 | 1.413 | 861 | 251 | 327 |
| Italien | 6.879 | 3.724 | 54,1 | 2.582 | 1.773 | 839 | 993 | 194 | 367 |
| Marokko | 6.765 | 5.570 | 82,3 | 771 | 1.108 | 1.569 | 3.065 | 87 | 20 |
| Österreich | 6.422 | 4.182 | 65,1 | 1.783 | 2.082 | 1.018 | 745 | 202 | 380 |
| Frankreich | 6.356 | 5.612 | 88,3 | 2.267 | 2.068 | 573 | 974 | 104 | 278 |
| Iran | 5.757 | 2.929 | 50,9 | 699 | 916 | 1.374 | 1.529 | 980 | 117 |
| Spanien | 5.665 | 4.015 | 70,9 | 1.911 | 1.486 | 698 | 1.000 | 156 | 307 |
| Insgesamt | 206.141 | 142.786 | 69,3 | 48.267 | 58.527 | 34.075 | 38.637 | 10.142 | 10.979 |
| dar. Bildungsausländer | 142.786 | | | 38.585 | 36.510 | 24.119 | 26.144 | 5.994 | 6.920 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 54: Ausländische Studenten nach Fächergruppen und den 13 häufigsten Ländern der Staatsangehörigkeit im Wintersemester 2002/2003

| Land der Staatsangehörigkeit | Insgesamt | dar. Bildungsausländer | in v. Hd. | Ausländische Studenten in der Fächergruppe | | | | | |
|------------------------------|----------------|------------------------|-------------|--|--|---------------------------------|-------------------------|---------------|--------------------------|
| | | | | Sprach-, Kulturwissenschaften | Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften | Mathematik, Naturwissenschaften | Ingenieurwissenschaften | Humanmedizin | Kunst, Kunstwissenschaft |
| Türkei | 24.114 | 5.728 | 23,8 | 3.338 | 9.225 | 4.008 | 5.558 | 1.314 | 340 |
| China | 20.141 | 19.374 | 96,2 | 2.439 | 5.965 | 4.836 | 5.493 | 274 | 664 |
| Polen | 12.601 | 10.284 | 81,6 | 4.159 | 4.976 | 1.182 | 1.132 | 288 | 602 |
| Bulgarien | 9.897 | 9.499 | 96,0 | 2.090 | 3.631 | 1.952 | 1.260 | 373 | 399 |
| Russische Föderation | 9.601 | 8.113 | 84,5 | 2.882 | 3.152 | 1.586 | 818 | 262 | 718 |
| Marokko | 7.421 | 6.159 | 83,0 | 815 | 1.312 | 1.715 | 3.345 | 93 | 23 |
| Griechenland | 7.254 | 3.292 | 45,4 | 1.762 | 2.261 | 1.030 | 1.037 | 751 | 260 |
| Italien | 7.074 | 3.827 | 54,1 | 2.595 | 1.802 | 921 | 1.038 | 197 | 402 |
| Österreich | 6.389 | 4.231 | 66,2 | 1.727 | 2.081 | 1.012 | 820 | 182 | 360 |
| Frankreich | 6.245 | 5.495 | 88,0 | 2.193 | 2.065 | 584 | 911 | 108 | 289 |
| Ukraine | 6.071 | 4.975 | 82,0 | 1.735 | 1.830 | 1.205 | 569 | 234 | 370 |
| Spanien | 5.773 | 4.179 | 72,4 | 1.872 | 1.450 | 748 | 1.114 | 173 | 317 |
| Iran | 5.334 | 2.810 | 52,7 | 638 | 852 | 1.379 | 1.391 | 840 | 109 |
| Insgesamt | 227.026 | 163.213 | 71,9 | 51.671 | 64.483 | 39.234 | 43.518 | 10.328 | 12.034 |
| dar. Bildungsausländer | 163.213 | | | 41.887 | 42.099 | 28.807 | 31.251 | 6.622 | 7.787 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

3. Unkontrollierte Migration

Tabelle 55: Aufgriffe von unerlaubt eingereisten Ausländern an den deutschen Grenzen und Zurückschiebungen von 1990 bis 2002

| | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 |
|--------------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| Land- und Seegrenzen | 7.152 | 23.587 | 44.949 | 54.298 | 31.065 | 29.604 | 27.024 | 35.205 | 40.201 | 37.789 | 31.485 | 28.560 | 22.638 |
| Luftweg ¹ | 13.067 | 10.967 | 13.521 | 17.993 | 21.983 | 13.718 | 16.948 | 13.917 | 14.775 | 12.988 | | | |
| Zurückschiebungen ² | 4.281 | 18.025 | 38.497 | 52.279 | 32.911 | 29.673 | 27.249 | 26.668 | 31.510 | 23.610 | 20.369 | 16.048 | 11.138 |

Quelle: Bundesgrenzschutz, BMI

1) Die Aufgriffe auf den Flughäfen werden nicht als unerlaubte Einreise betrachtet, da keine Grenzkontrollen passiert werden und der Einreisende nicht das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland betritt; daher Zurückweisung. Die Kategorie beinhaltet Ausländer (keine EU- und EWR-Angehörigen), die "ohne erforderliche Grenzübertrittsdokumente auf dem Luftweg" befördert wurden.

2) Die Zurückschiebungen sind immer Folge eines unerlaubten Aufenthaltes und erfolgen innerhalb der ersten 6 Monate nach Grenzübertritt (§ 61 Abs.1 AuslG). Sie erfolgten in den Anrainerstaat oder auf dem Luftweg direkt ins Heimatland.

Tabelle 56: Aufgriffe von unerlaubt eingereisten Ausländern an den Abschnitten der bundesdeutschen Grenzen von 1991 bis 2002

| Grenzabschnitte zu... | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 ³ | 2000 ⁴ | 2001 ⁵ | 2002 ⁶ |
|----------------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| Polen | 9.663 | 18.981 | 19.854 | 14.788 | 14.049 | 11.171 | 8.699 | 4.847 | 2.796 | 3.293 | 2.592 | 1.974 |
| Tschechische Republik | 10.350 | 21.863 | 29.834 | 11.321 | 9.730 | 10.805 | 14.390 | 19.203 | 12.846 | 11.739 | 7.141 | 2.500 |
| Österreich ¹ | 2.333 | 2.916 | 2.643 | 3.007 | 2.699 | 1.901 | 2.664 | 8.090 | | | | |
| Schweiz | 589 | 585 | 783 | 1.334 | 1.318 | 1.333 | 1.974 | 2.138 | 2.223 | | 946 | 844 |
| Dänemark | 344 | 372 | 840 | 381 | 362 | 296 | 242 | 324 | 1.007 | | | |
| Schengengrenzen | 249 | 174 | 212 | 161 | 1.268 | 1.473 | 5.507 | 3.357 | 15.616 | 12.725 | 16.377 | 15.679 |
| Seegrenzen (blaue Grenze) | 59 | 58 | 132 | 73 | 178 | k.A. | 95 | k.A. | 349 | | 122 | 481 |
| Gesamt (ohne Luftgrenzen) | 23.587 | 44.949 | 54.298 | 31.065 | 29.604 | 27.024 | 35.205 | 40.201 | 37.789 | 31.485 | 28.560 | 22.368 |
| Luftweg ² | 10.967 | 13.521 | 17.993 | 21.983 | 13.718 | 16.948 | 13.917 | 14.775 | 12.988 | | | |

Quelle: BMI, Bundesgrenzschutz

1) Seit der vollen Umsetzung des Schengener Durchführungsübereinkommens durch Österreich am 1. April 1998 ist die deutsch-österreichische Grenze Schengenbinnengrenze.

2) "Ohne erforderliche Grenzübertrittsdokumente auf dem Luftweg beförderte Ausländer"; ohne EU- und EWR-Staatsangehörige.

3) Von den 15.616 Aufgriffen an den Schengengrenzen wurden 10.980 an der deutsch-österreichischen Grenze verzeichnet. In der Gesamtzahl von 37.789 Aufgriffen sind 2.749 unerlaubt Eingereiste, die im Inland festgestellt wurden, sowie 203 Aufgriffe auf den Flughäfen enthalten.

4) Von den 12.725 Aufgriffen an den Schengengrenzen wurden 7.404 an der deutsch-österreichischen Grenze verzeichnet. In der Gesamtzahl von 31.485 Aufgriffen sind 2.247 unerlaubt Eingereiste, die im Inland festgestellt wurden, enthalten.

5) Von den 16.377 Aufgriffen an den Schengengrenzen wurden 8.210 an der österreichischen Grenze verzeichnet. In der Gesamtzahl von 28.560 Aufgriffen sind 488 Aufgriffe ohne Feststellung der Grenze und 894 Aufgriffe auf den Flughäfen enthalten.

6) Von den 15.679 Aufgriffen an den Schengengrenzen wurden 7.518 an der österreichischen Grenze verzeichnet. In der Gesamtzahl von 22.638 Aufgriffen sind 312 Aufgriffe ohne Feststellung der Grenze und 848 Aufgriffe auf den Flughäfen enthalten.

Tabelle 57: An bundesdeutschen Grenzen aufgegriffene Geschleuste, Schleuser sowie Schleusungsfälle von 1990 bis 2002

| | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 |
|--|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|--------|--------|--------|-------|-------|
| Aufgegr. Geschleuste | 1.794 | 1.802 | 3.823 | 8.799 | 5.279 | 5.848 | 6.562 | 8.288 | 12.533 | 11.101 | 10.320 | 9.194 | 5.713 |
| Aufgegriffene Schleuser | 847 | 619 | 1.040 | 2.427 | 1.788 | 2.323 | 2.215 | 2.023 | 3.162 | 3.410 | 2.740 | 2.463 | 1.844 |
| Schleusungsfälle | 598 | 398 | 699 | 1.731 | 1.419 | 1.700 | 1.775 | 1.707 | 2.725 | 2.829 | 2.740 | 2.567 | 1.837 |
| Geschleuste pro Schleusung | 3,0 | 4,5 | 5,5 | 5,1 | 3,7 | 3,4 | 3,7 | 4,9 | 4,6 | 3,9 | 3,8 | 3,6 | 3,1 |
| Aufgegr. Schleuser pro Schleusungsfall | 1,4 | 1,6 | 1,5 | 1,4 | 1,3 | 1,4 | 1,2 | 1,2 | 1,2 | 1,2 | 1,0 | 1,0 | 1,0 |

Quelle: Bundesgrenzschutz, BMI

Tabelle 58: Art des Aufenthalts von nichtdeutschen Tatverdächtigen in der Bundesrepublik Deutschland 1994 bis 2002

| Art des Aufenthalts | 1994 | | 1995 | | 1996 | | 1997 | | 1998 | |
|--|----------------|--------------|----------------|--------------|----------------|--------------|----------------|--------------|----------------|--------------|
| | Anzahl | % | Anzahl | % | Anzahl | % | Anzahl | % | Anzahl | % |
| illegal | 125.038 | 20,4 | 131.456 | 21,8 | 137.232 | 21,9 | 138.146 | 21,8 | 140.779 | 22,4 |
| Asylbewerber | 156.230 | 25,5 | 122.537 | 20,3 | 123.672 | 19,8 | 120.615 | 19,0 | 111.677 | 17,8 |
| Arbeitnehmer | 96.932 | 15,8 | 100.860 | 16,7 | 102.092 | 16,3 | 102.239 | 16,1 | 101.376 | 16,1 |
| Tourist / Durchreisende | 56.209 | 9,2 | 55.333 | 9,2 | 54.623 | 8,7 | 50.022 | 7,9 | 43.639 | 6,9 |
| Student / Schüler | 38.009 | 6,2 | 42.528 | 7,0 | 45.193 | 7,2 | 48.133 | 7,6 | 47.815 | 7,6 |
| Gewerbtreibende | 13.104 | 2,1 | 14.532 | 2,4 | 16.150 | 2,6 | 16.920 | 2,7 | 17.234 | 2,7 |
| Stationierungsstreitkräfte u. Angehörige | 4.649 | 0,8 | 2.819 | 0,5 | 2.735 | 0,4 | 2.889 | 0,5 | 2.886 | 0,5 |
| Sonstige | 122.820 | 20,0 | 133.437 | 22,1 | 143.888 | 23,0 | 154.516 | 24,4 | 163.071 | 25,9 |
| Gesamt | 612.991 | 100,0 | 603.502 | 100,0 | 625.585 | 100,0 | 633.480 | 100,0 | 628.477 | 100,0 |

| Art des Aufenthalts | 1999 | | 2000 | | 2001 | | 2002 | |
|--|----------------|--------------|----------------|--------------|----------------|--------------|----------------|--------------|
| | Anzahl | % | Anzahl | % | Anzahl | % | Anzahl | % |
| illegal | 128.320 | 21,3 | 124.262 | 21,1 | 122.583 | 21,6 | 112.573 | 19,9 |
| Asylbewerber | 107.550 | 17,9 | 94.078 | 16,0 | 81.438 | 14,3 | 78.953 | 13,9 |
| Arbeitnehmer | 99.848 | 16,6 | 102.282 | 17,4 | 99.237 | 17,5 | 99.302 | 17,5 |
| Tourist / Durchreisende | 38.566 | 6,4 | 38.294 | 6,5 | 39.916 | 7,0 | 42.298 | 7,5 |
| Student / Schüler | 46.274 | 7,7 | 44.941 | 7,6 | 43.157 | 7,6 | 42.685 | 7,5 |
| Gewerbtreibende | 16.602 | 2,8 | 16.448 | 2,8 | 15.808 | 2,8 | 16.236 | 2,9 |
| Stationierungsstreitkräfte u. Angehörige | 2.983 | 0,5 | 3.021 | 0,5 | 3.313 | 0,6 | 3.442 | 0,6 |
| Sonstige | 161.078 | 26,8 | 165.783 | 28,1 | 162.785 | 28,6 | 171.417 | 30,2 |
| Gesamt | 601.221 | 100,0 | 589.109 | 100,0 | 568.237 | 100,0 | 566.906 | 100,0 |

Quelle: Bundesministerium des Innern (Polizeiliche Kriminalstatistik)

1) Die Kategorie "Sonstige" umfaßt eine heterogen zusammengesetzte Restgruppe, zu der beispielsweise Erwerbslose, nicht anerkannte Asylbewerber, Flüchtlinge und andere Personengruppen gehören.

Tabelle 59: Illegale Ausländerbeschäftigung (Verstöße von Arbeitgebern und Arbeitnehmern) von 1992 bis 2002 (Fallzahlen)

| | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 |
|--|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| Alte Bundesländer | | | | | | | | | | | |
| Eingeleitete Bußgeld- und Strafverfahren | 44.795 | 69.718 | 71.576 | 71.092 | 75.661 | | | | | | |
| dar. Verwarnungen, Geldbußen, Strafanzeigen | 22.551 | 33.756 | 38.103 | 42.929 | 47.771 | | | | | | |
| dar. Strafanzeigen | 3.956 | 5.101 | 4.270 | 4.925 | 7.606 | | | | | | |
| Neue Bundesländer | | | | | | | | | | | |
| Eingeleitete Bußgeld- und Strafverfahren | 1.406 | 5.593 | 6.769 | 8.462 | 11.131 | | | | | | |
| dar. Verwarnungen, Geldbußen, Strafanzeigen | 508 | 2.864 | 4.054 | 5.959 | 7.536 | | | | | | |
| dar. Strafanzeigen | 175 | 783 | 1.011 | 1.561 | 1.541 | | | | | | |
| Deutschland insgesamt | | | | | | | | | | | |
| Eingeleitete Bußgeld- und Strafverfahren (Aufgriffe) | 46.201 | 75.311 | 78.345 | 79.554 | 86.792 | 78.551 | 75.390 | 76.500 | 64.351 | 50.743 | 60.417 |
| Verwarnungen und Geldbußen | 18.928 | 30.736 | 36.876 | 42.402 | 46.160 | 43.157 | 37.740 | 42.881 | 41.255 | 30.486 | 31.342 |
| Strafanzeigen (Abgabe an Staatsanwalt) | 4.131 | 5.884 | 5.281 | 6.486 | 9.147 | 11.484 | 10.597 | 9.919 | 11.374 | 10.409 | 13.728 |

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bundesanstalt für Arbeit

4. Zuwanderung im europäischen Vergleich

Tabelle 60: Zuzüge in Staaten der Europäischen Union und in die Schweiz in den Jahren 1991 bis 2002

| Zielland | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 |
|---------------------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| Belgien | 67.460 | 66.763 | 63.749 | 66.147 | 62.950 | 61.522 | 58.849 | 61.522 | 68.466 | 68.616 | | |
| Dänemark | 43.567 | 43.377 | 43.400 | 44.961 | 63.187 | 54.445 | 50.105 | 51.372 | 50.236 | 52.915 | 55.984 | 52.778 |
| Deutschland | 1.182.927 | 1.502.198 | 1.277.408 | 1.082.553 | 1.096.048 | 959.691 | 840.633 | 802.456 | 874.023 | 841.158 | 879.217 | 842.543 |
| Finnland | 19.001 | 14.554 | 14.975 | 11.611 | 12.222 | 13.294 | 13.564 | 14.192 | 14.744 | 16.895 | 18.955 | 18.113 |
| Frankreich | 102.109 | 110.667 | 116.161 | 82.770 | 77.000 | 73.983 | 102.417 | 138.388 | 104.398 | 119.250 | 140.953 | |
| Griechenland¹ | 24.436 | 32.132 | 27.129 | 18.287 | 20.859 | 22.214 | 22.078 | 12.630 | k.A. | k.A. | | |
| Irland | 33.300 | 40.704 | 34.702 | 30.112 | 31.207 | 39.162 | 43.985 | 44.036 | 47.522 | 42.268 | 46.200 | 47.500 |
| Italien | 126.935 | 113.916 | 100.401 | 99.105 | 96.710 | 171.967 | 162.857 | 156.885 | 189.876 | 236.292 | | |
| Luxemburg | 10.913 | 10.696 | 9.857 | 10.030 | 10.325 | 10.027 | 10.423 | 11.630 | 12.794 | 11.765 | 12.135 | 12.101 |
| Niederlande | 120.249 | 116.926 | 110.559 | 92.142 | 96.099 | 108.749 | 109.860 | 122.395 | 119.151 | 132.850 | 133.404 | 121.250 |
| Österreich | k.A. | k.A. | k.A. | 95.193 | k.A. | 69.930 | 70.122 | 72.723 | 86.710 | 79.278 | 89.928 | |
| Portugal¹ | k.A. | 13.735 | 9.852 | 5.653 | 5.025 | 3.644 | 3.298 | k.A. | 14.476 | 18.412 | | |
| Schweden | 49.731 | 45.419 | 61.872 | 83.598 | 45.887 | 39.895 | 44.818 | 49.391 | 49.839 | 58.659 | 60.795 | |
| Schweiz | 163.827 | 143.736 | 144.537 | 130.188 | 113.966 | 97.591 | 91.687 | 95.955 | 107.953 | 110.302 | 122.494 | |
| Spanien | 24.320 | 38.882 | 33.026 | 34.123 | 36.092 | 29.895 | 57.877 | 81.227 | 127.365 | 362.500 | 414.772 | 483.260 |
| Ver. Königreich | 267.000 | 267.600 | 265.100 | 314.400 | 311.900 | 317.800 | 326.100 | 390.300 | 453.800 | 483.400 | 479.600 | |

Quelle: Eurostat, Council of Europe, nationale statistische Ämter

1) nur ausländische Staatsangehörige

Abbildung 50: Zuzüge in die Staaten der europäischen Union und in die Schweiz in den Jahren 1991 bis 2001

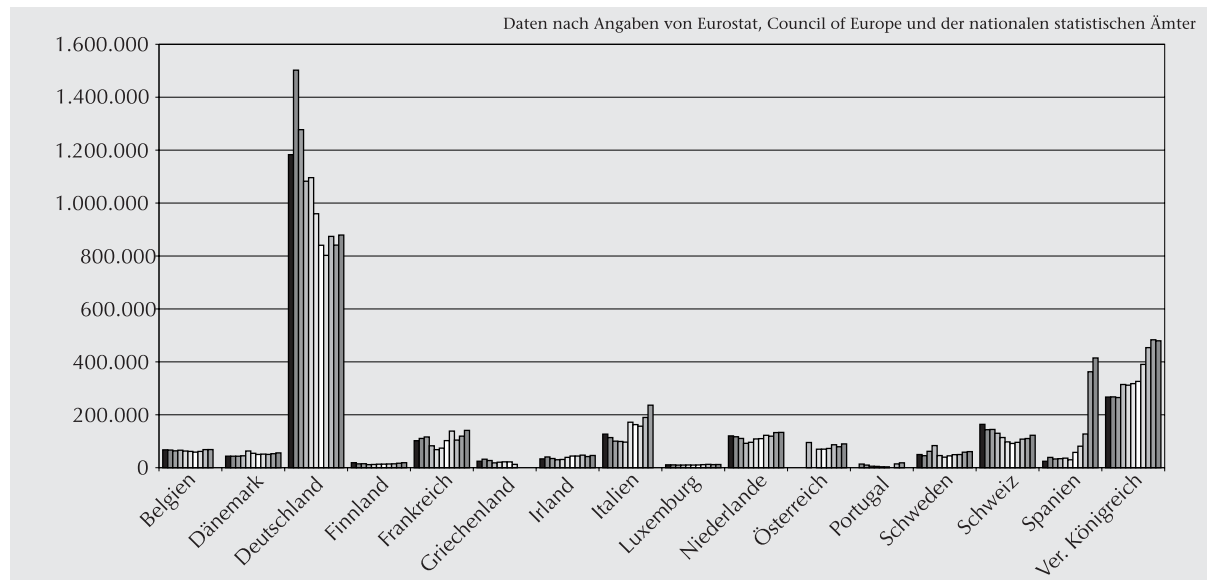
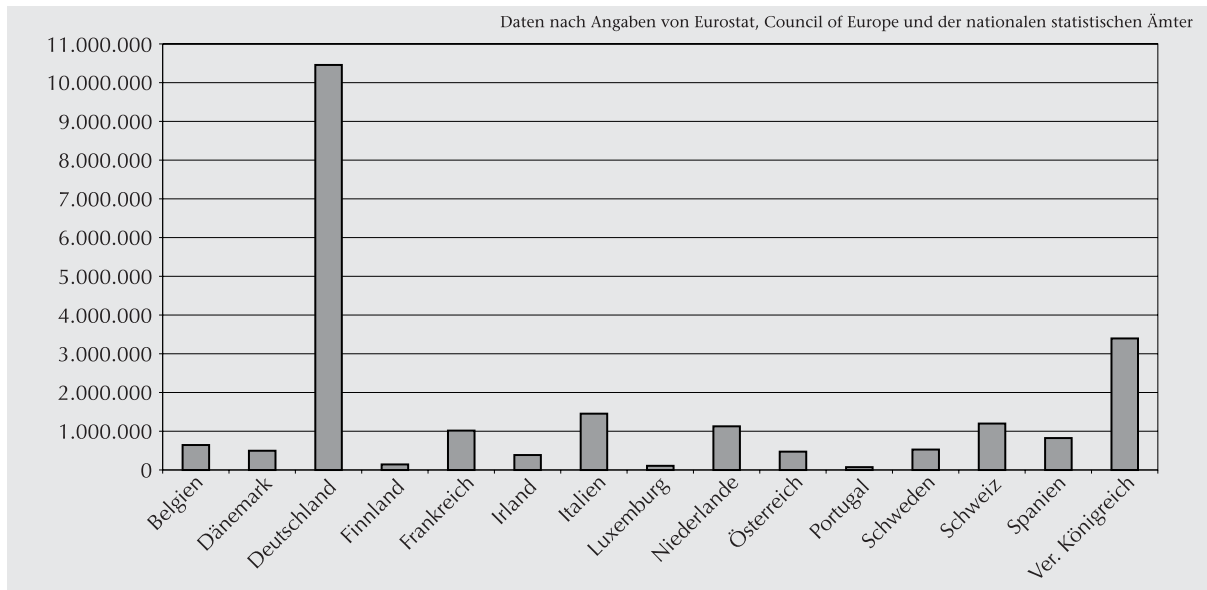


Abbildung 51: Kumulierte Zuzüge der Jahre von 1991 bis 2000 in die Europäische Union und in die Schweiz



5. Abwanderung aus Deutschland

Tabelle 61: Abschiebungen von Ausländern von 1990 bis 2002

| Jahr | Abschiebungen |
|-------------|----------------------|
| 1990 | 10.850 |
| 1991 | 13.668 |
| 1992 | 19.821 |
| 1993 | 47.070 |
| 1994 | 53.043 |
| 1995 | 36.455 |
| 1996 | 31.761 |
| 1997 | 38.205 |
| 1998 | 38.479 |
| 1999 | 32.929 |
| 2000 | 35.444 |
| 2001 | 27.902 |
| 2002 | 29.036 |

Quelle: Bundesgrenzschutz

6. Die Zahl der Ausländer in Deutschland

Tabelle 62: Ausländer und Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland von 1951 bis 2002

| Jahr | Gesamtbevölkerung ¹ | Ausländische Bevölkerung ² | Ausländeranteil in v.H. | Veränderung der ausl. Bev. in v. Hd. ³ |
|-------------------|--------------------------------|---------------------------------------|-------------------------|---|
| 1951 ⁴ | 50.808.900 | 506.000 | 1,0 | - |
| 1961 ⁴ | 56.174.800 | 686.200 | 1,2 | +35,6 |
| 1967 | 59.926.000 | 1.806.653 | 3,0 | +163,3 |
| 1968 | 60.345.300 | 1.924.229 | 3,2 | +6,5 |
| 1969 | 61.069.000 | 2.381.061 | 3,9 | +23,7 |
| 1970 | 60.650.600 | 2.976.497 | 4,9 | +25,0 |
| 1971 ⁴ | 61.502.500 | 3.438.711 | 5,6 | +15,5 |
| 1972 | 61.776.700 | 3.526.568 | 5,7 | +2,6 |
| 1973 | 62.090.100 | 3.966.200 | 6,4 | +12,5 |
| 1974 | 62.048.100 | 4.127.366 | 6,7 | +4,1 |
| 1975 | 61.746.000 | 4.089.594 | 6,6 | -0,9 |
| 1976 | 61.489.600 | 3.948.337 | 6,4 | -3,5 |
| 1977 | 61.389.000 | 3.948.278 | 6,4 | -0,0 |
| 1978 | 61.331.900 | 3.981.061 | 6,5 | +0,8 |
| 1979 | 61.402.200 | 4.143.836 | 6,7 | +4,1 |
| 1980 | 61.653.100 | 4.453.308 | 7,2 | +7,5 |
| 1981 | 61.719.200 | 4.629.729 | 7,5 | +4,0 |
| 1982 | 61.604.100 | 4.666.917 | 7,6 | +0,8 |
| 1983 | 61.370.800 | 4.534.863 | 7,4 | -2,8 |
| 1984 | 61.089.100 | 4.363.648 | 7,1 | -3,8 |
| 1985 | 61.020.500 | 4.378.942 | 7,2 | +0,4 |
| 1986 | 61.140.500 | 4.512.679 | 7,4 | +3,1 |
| 1987 ⁵ | 61.238.100 | 4.240.532 | 6,9 | -6,0 |
| 1988 | 61.715.100 | 4.489.105 | 7,3 | +5,9 |
| 1989 | 62.679.000 | 4.845.882 | 7,7 | +7,9 |
| 1990 | 63.725.700 | 5.342.532 | 8,4 | +10,2 |
| 1991 ⁶ | 80.274.600 | 5.882.267 | 7,3 | +10,1 |
| 1992 | 80.974.600 | 6.495.792 | 8,0 | +10,4 |
| 1993 | 81.338.100 | 6.878.117 | 8,5 | +5,9 |
| 1994 | 81.538.600 | 6.990.510 | 8,6 | +1,6 |
| 1995 | 81.817.500 | 7.173.866 | 8,8 | +2,6 |
| 1996 | 82.012.200 | 7.314.046 | 8,9 | +2,0 |
| 1997 | 82.057.400 | 7.365.833 | 9,0 | +0,7 |
| 1998 | 82.037.000 | 7.319.593 | 8,9 | -0,6 |
| 1999 | 82.163.500 | 7.343.591 | 8,9 | +0,3 |
| 2000 | 82.259.500 | 7.296.817 | 8,9 | -0,6 |
| 2001 | 82.440.400 | 7.318.628 | 8,9 | +0,3 |
| 2002 | 82.536.700 | 7.335.592 | 8,9 | +0,2 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Gesamtbevölkerung 1967 bis 1984 zum 30.09.; ab 1985 zum 31.12..

2) Ausländer 1967 bis 1984 zum 30.9.; ab 1985 zum 31.12.; Auszählung des Ausländerzentralregisters.

3) Jährliche Veränderung, d.h. Bezug auf das Vorjahr. Ausnahme: Veränderungsdaten für 1961 und 1967 beziehen sich auf die Jahre 1951 bzw. 1961

4) Zahlen zum 01.10.1951, 06.06.1961 (Volkszählungsergebnisse) bzw. zum 31.12.1971.

5) Zahl an die Volkszählung vom 25. Mai 1987 angepasst.

6) Zahlen ab dem 31.12.1991 für den Gebietsstand seit dem 03.10.1990.

Abbildung 52: Ausländer in Deutschland von 1967 bis 2002

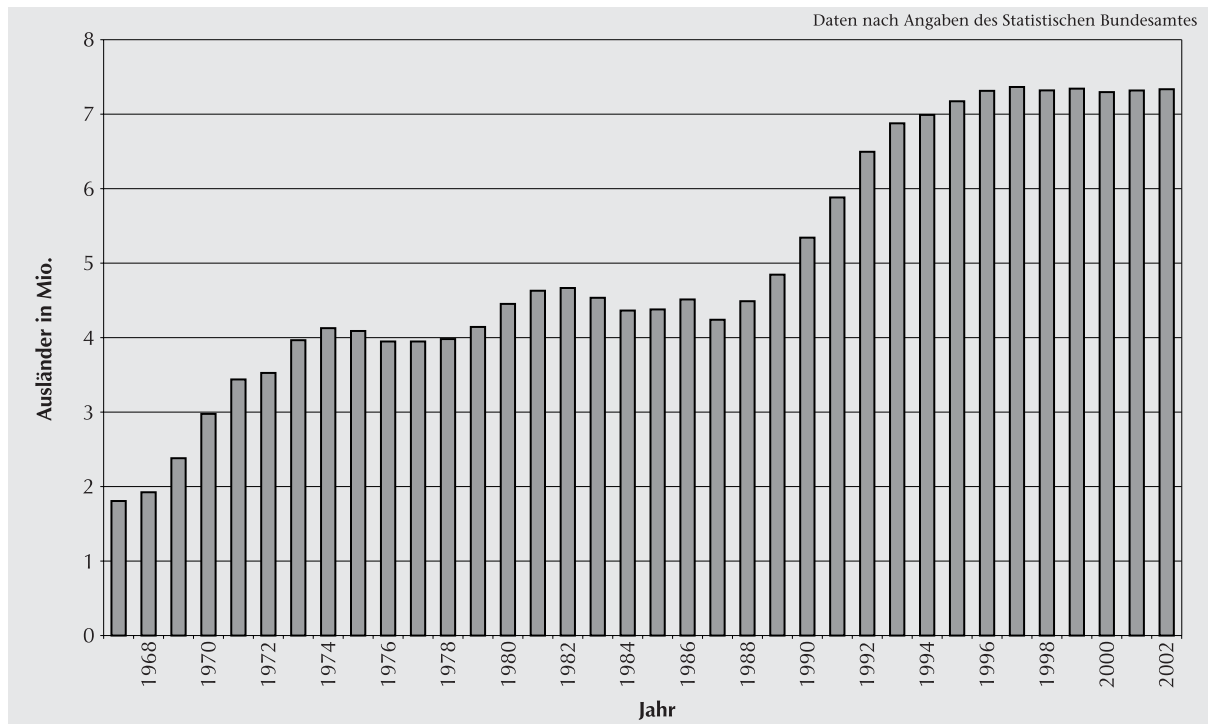


Tabelle 63: Einbürgerungen nach vorheriger Staatsbürgerschaft 1995 bis 2002

| | Insgesamt | Türkei | Iran | Jugoslawien | Afghanistan | Marokko | Libanon | Kroatien | Bosnien-Herzegowina | Vietnam |
|-------------|-----------|---------|--------|-------------|-------------|---------|---------|----------|---------------------|---------|
| 1995 | 71.981 | 31.578 | 874 | 3.623 | 1.666 | 3.397 | - | 2.637 | 2.010 | 3.430 |
| 1996 | 86.356 | 46.294 | 649 | 2.967 | 1.819 | 3.149 | 784 | 2.391 | 1.926 | 3.553 |
| 1997 | 82.913 | 39.111 | 919 | 1.989 | 1.454 | 4.010 | 1.134 | 1.789 | 995 | 3.119 |
| 1998 | 106.790 | 53.696 | 1.131 | 2.404 | 1.118 | 4.971 | 1.692 | 2.198 | 3.469 | 3.452 |
| 1999 | 143.267 | 103.900 | 1.863 | 3.608 | - | 4.980 | 2.515 | 1.648 | 4.238 | 2.597 |
| 2000 | 186.688 | 82.861 | 14.410 | 9.776 | 4.773 | 5.008 | 5.673 | 3.316 | 4.002 | 4.489 |
| 2001 | 178.098 | 75.573 | 12.020 | 12.000 | 5.111 | 4.425 | 4.486 | 3.931 | 3.791 | 3.014 |
| 2002 | 154.547 | 64.631 | 13.026 | 8.375 | 4.750 | 3.800 | 3.300 | 2.974 | 2.357 | 1.482 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

7. Mögliche Folgen der EU-Erweiterung für den Migrationsprozess

Abbildung 53: Zuwanderung aus den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern Ungarn, Polen, Tschechische und Slowakische Republik und Slowenien nach Deutschland von 1993 bis 2001

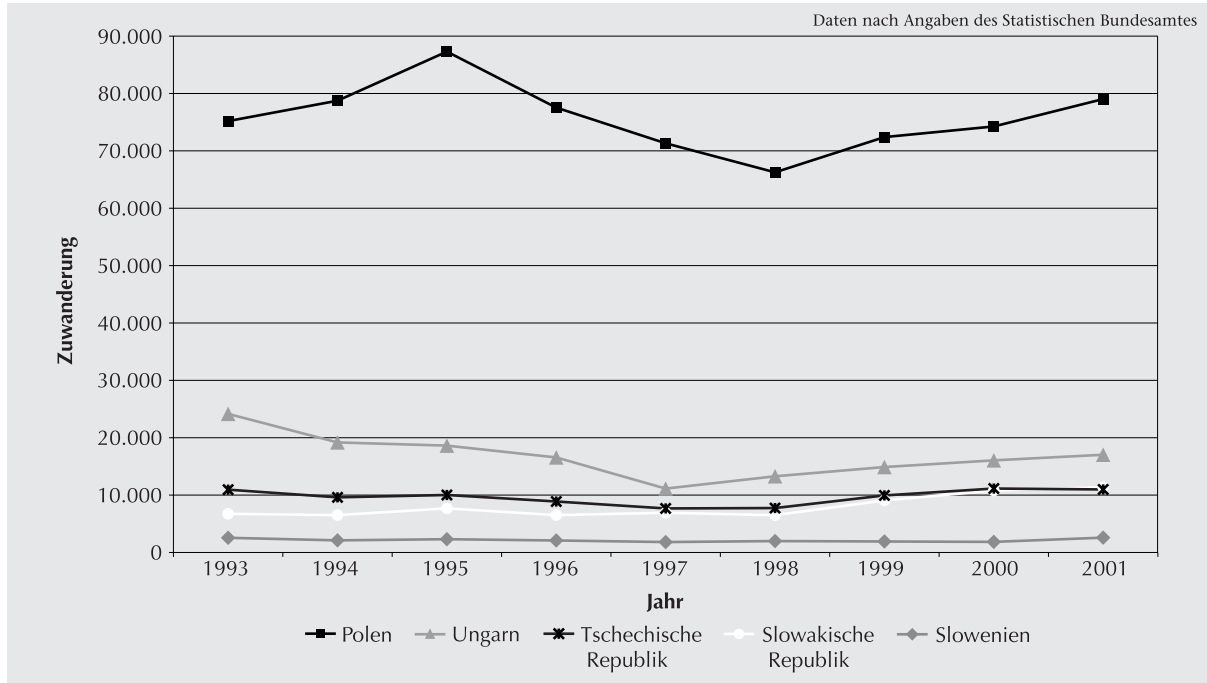


Abbildung 54: Erteilte Arbeitsgenehmigungen nach den Ausnahmetatbeständen der ASAV: EU-Beitrittsländer und andere Länder im Vergleich (Angaben in %)

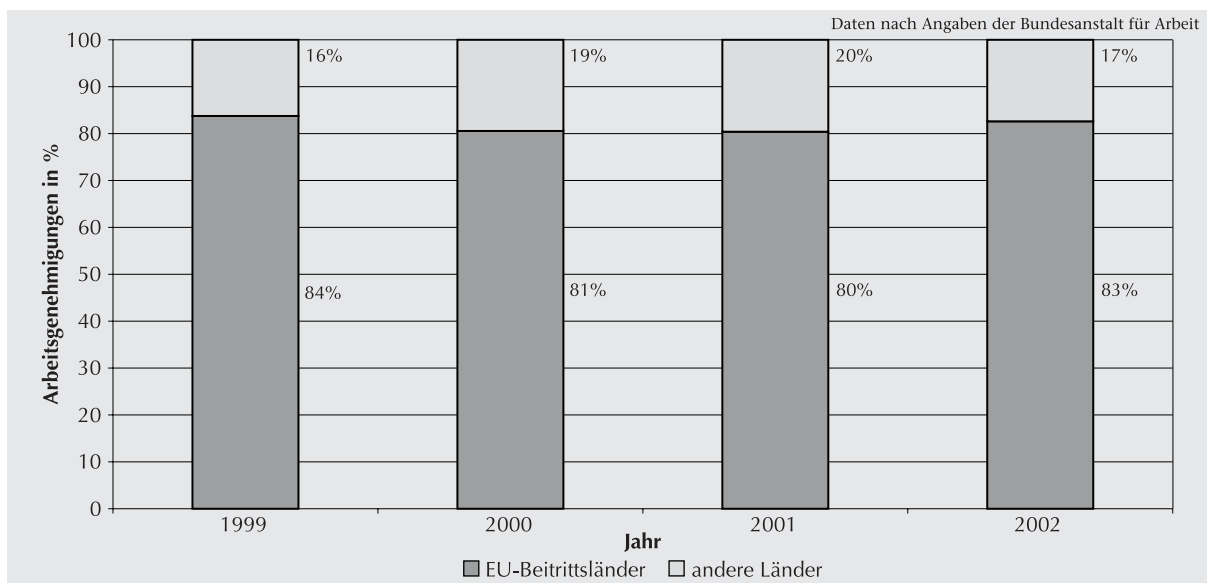


Abbildung 55: Erteilte Arbeitsgenehmigungen nach den Ausnahmetatbeständen der ASAV für die mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer von 1999 bis 2002

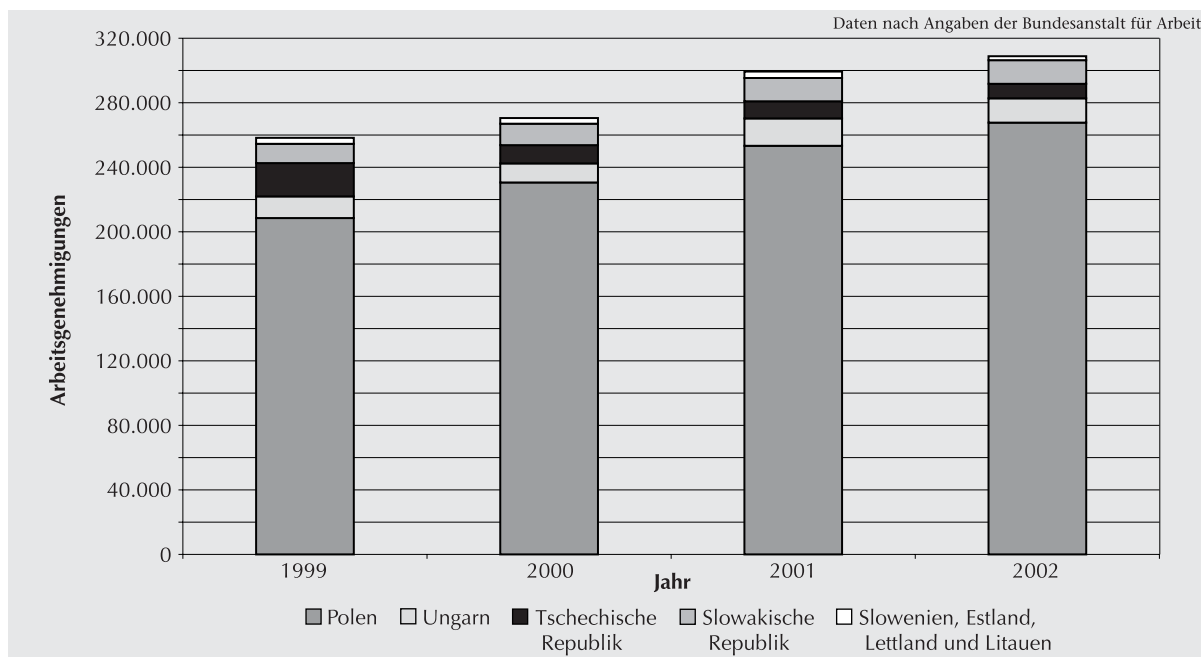


Abbildung 56: Werkvertragsarbeitnehmer der Beitrittsländer und übriger Länder im Vergleich von 1992 bis 2002 (Angaben in %)

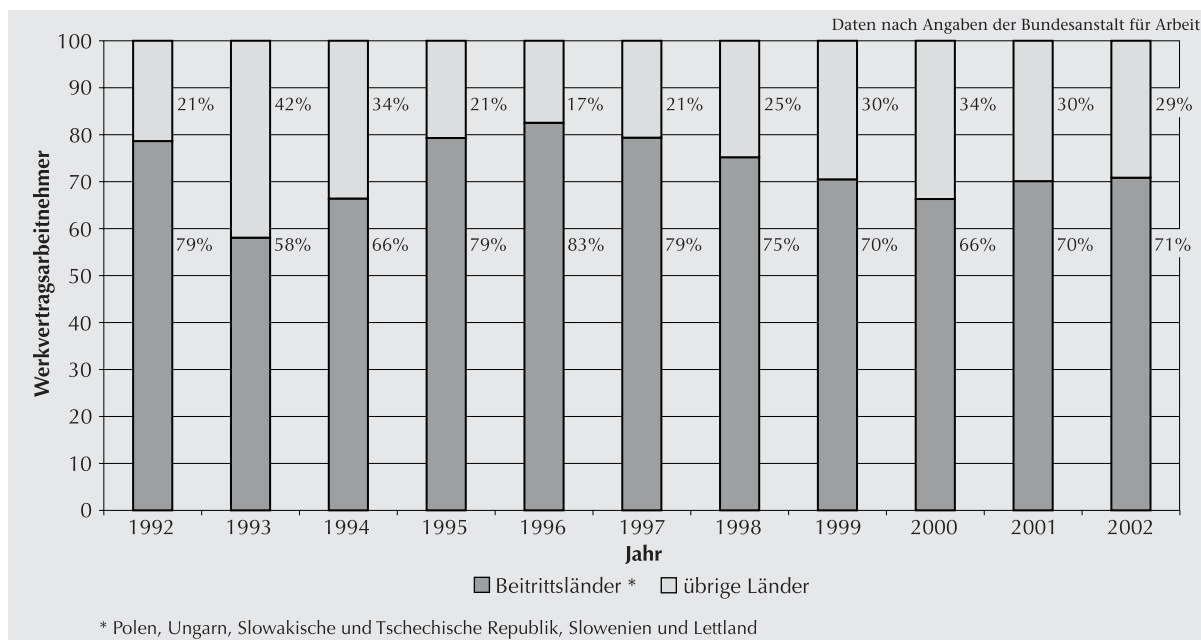


Abbildung 57: Saisonarbeitnehmer der Beitrittsländer und übriger Länder im Vergleich von 1993 bis 2002 (Angaben in %)

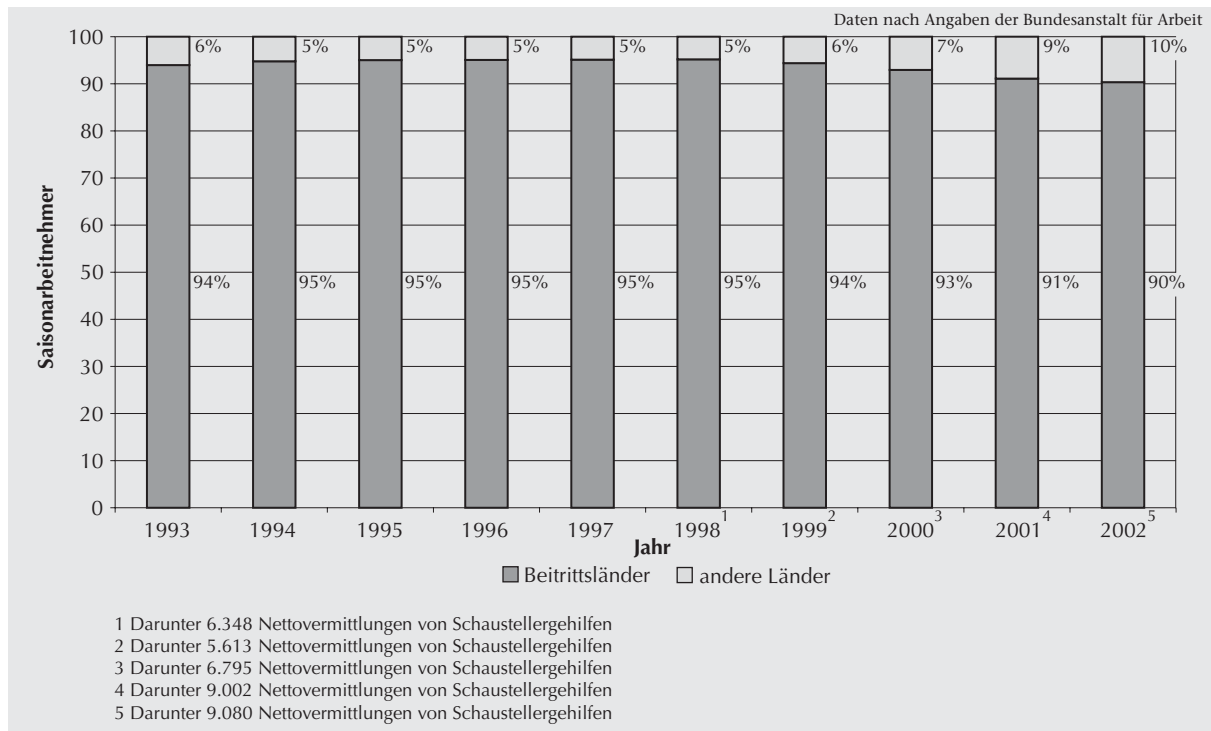


Abbildung 58: Zu- und Abwanderung von In- und Ausländern in Polen von 1990 bis 2001

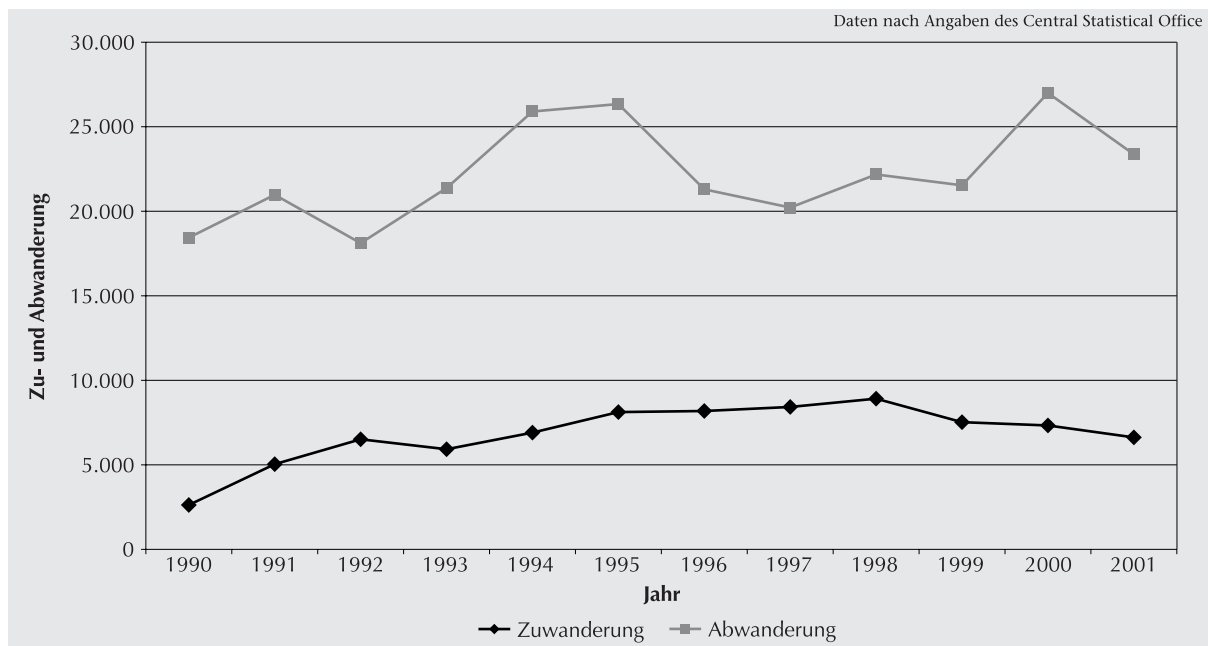


Tabelle 64: Zuwanderung nach Polen nach den häufigsten Herkunftsländern von 1990 bis 2001

| | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 |
|-----------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| Deutschland | 584 | 1.118 | 1.432 | 1.484 | 1.843 | 1.965 | 2.155 | 2.098 | 2.341 | 2.491 | 2.494 | 2.177 |
| Vereinigte Staaten | 393 | 710 | 1.031 | 982 | 1.175 | 1.356 | 1.343 | 1.197 | 1.274 | 1.333 | 1.185 | 1.008 |
| Russische Föderation | 365 | 905 | 1.087 | 883 | 294 | 289 | 313 | 304 | 304 | 143 | 129 | 125 |
| Kanada | 113 | 189 | 308 | 265 | 348 | 956 | 507 | 415 | 415 | 448 | 331 | 282 |
| Ukraine | - | - | - | - | 435 | 502 | 533 | 758 | 661 | 235 | 291 | 486 |
| Frankreich | 111 | 174 | 278 | 267 | 303 | 397 | 365 | 315 | 399 | 345 | 269 | 226 |
| andere | 1.060 | 1.944 | 2.376 | 2.043 | 2.509 | 2.656 | 2.970 | 3.339 | 3.522 | 2.530 | 2.632 | 2.321 |
| Insgesamt | 2.626 | 5.040 | 6.512 | 5.924 | 6.907 | 8.121 | 8.186 | 8.426 | 8.916 | 7.525 | 7.331 | 6.625 |

Quelle: Central Statistical Office; eigene Berechnungen

Abbildung 59: Zu- und Abwanderung von Ausländern in Ungarn von 1990 bis 2000

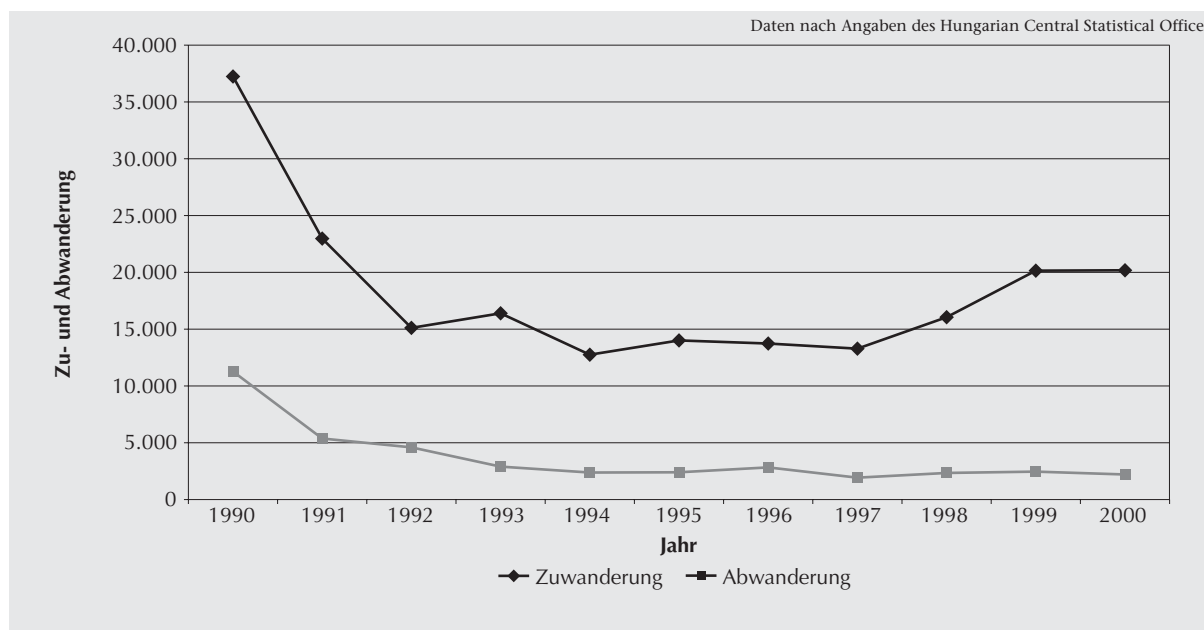


Tabelle 65: Zuwanderung von Ausländern nach Ungarn nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten 1990 und 1991 und von 1995 bis 2000

| | 1990 | 1991 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 |
|--------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| Rumänien | 29.617 | 10.940 | 5.101 | 4.161 | 3.979 | 5.504 | 7.845 | 8.894 |
| Ukraine | - | - | 1.324 | 1.426 | 1.390 | 1.766 | 2.420 | 2.427 |
| Jugoslawien | 426 | 4.030 | 1.301 | 870 | 836 | 1.490 | 2.490 | 1.777 |
| China | 658 | 2.067 | 1.206 | 1.781 | 1.740 | 1.282 | 1.185 | 1.066 |
| Deutschland | 533 | 439 | 443 | 579 | 641 | 677 | 820 | 785 |
| Slowakei | - | - | 233 | 277 | 268 | 403 | 594 | 1.034 |
| andere | 6.008 | 5.498 | 4.400 | 4.640 | 4.429 | 4.930 | 4.797 | 4.201 |
| Insgesamt | 37.242 | 22.974 | 14.008 | 13.734 | 13.283 | 16.052 | 20.151 | 20.184 |

Quelle: Hungarian Central Statistical Office; eigene Berechnungen

Literatur

- Bauer, Thomas/Zimmermann, Klaus 1999: Assessment of Possible Migration Pressure and its Labour Market Impact Following EU Enlargement to Central and Eastern Europe. IZA Research Report No. 3, Bonn
- Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen 2002: Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin und Bonn
- Berencsi, Zsuzsa / Sik, Endre 1995: Intentions to Emigrate and to Work Abroad in Hungary in 1993-1994, in: Fullerton, Maryellen u.a. (Hrsg.): Refugees and Migrants: Hungary at a Crossroads. Budapest, S. 129-142
- Bretz, Manfred 2002: Treffsicherheit von Bevölkerungsvorausberechnungen, in: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.): Demographische Vorausschätzungen – Grenzen und Möglichkeiten, Methoden und Ziele (= Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 104). Wiesbaden, S. 1-38
- Breuer, Toni 2002: Ein Dauerplatz an der Sonne. Europas Rentner zieht es nach Süden, in: Praxis Geographie 3/2002, S. 21-27
- Brücker, Herbert/Trübswetter, Parvati/Weise, Christian 2000: EU-Osterweiterung: Keine massive Zuwanderung zu erwarten, in: DIW-Wochenbericht 21/2000
- Bundesministerium des Innern (BMI) 2002: Innenpolitischer Bericht 1998-2002. Berlin
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) 2002: Deutsche Studierende im Ausland. Statistischer Überblick 1991-2000, Bonn
- Bundestagsdrucksache 14/9926: Langjähriger Aufenthalt bestimmter Flüchtlingsgruppen (vom 4. September 2002)
- Dinkel, Reiner 2001: Die bevölkerungsdynamischen Konsequenzen von kontinuierlicher Zu- und Abwanderung auf Bevölkerungszahl und Altersstruktur eines Landes, in: Currle, Edda/Wunderlich, Tanja (Hrsg.): Deutschland – ein Einwanderungsland? Rückblick, Bilanz und neue Fragen. Stuttgart, S. 351-388
- Dövényi, Zoltán 1997: Zeitliche und räumliche Aspekte der Migrationswellen in Ungarn 1918-1995, in: Seewann, Gerhard (Hrsg.): Migrationen und ihre Auswirkungen: das Beispiel Ungarn 1918-1995. München, S. 7-33
- Dövényi, Zoltán 2000: Ungarn im Spiegel der Ost-West-Wanderung, in: Fassmann, Heinz / Münz, Rainer (Hrsg.): Ost-West-Wanderung in Europa. Wien u.a., S. 183-194
- European Integration Consortium 2000: The Impact of Eastern Enlargement on Employment and Labour Markets in the EU Member States. Final Report, Berlin/Milano (Consortium leader: DIW, Hauptautoren: Böri, Tito/Brücker, Herbert)

- Fassmann, Heinz/Hintermann, Christiane 1997: Migrationspotential Ostmitteleuropa. Struktur und Motivation potentieller Migranten aus Polen, der Slowakei, Tschechien und Ungarn. ISR-Forschungsbericht 15, Wien
- Fassmann, Heinz/Münz, Rainer 2002: Die Osterweiterung der EU und ihre Konsequenzen für die Ost-West-Wanderung, in: Bade, Klaus/Münz, Rainer (Hrsg.): Migrationsreport 2002. Fakten – Analysen – Perspektiven, Frankfurt/New York, S. 61-97
- Fehrenbacher, Ansgar 2002: Personenfreizügigkeit zwischen den EG-Mitgliedstaaten und der Schweiz, in: ZAR 8/2002, S. 278-282
- Fertig, Michael/Schmidt, Christoph 2000: Aggregate-Level Migration Studies as a Tool for Forecasting Future Migration Streams. IZA Discussion Paper No. 183, Bonn
- Franzmeyer, Fritz/Brücker, Herbert 1997: Europäische Union: Osterweiterung und Arbeitskräftemigration, in: DIW-Wochenbericht 5/1997
- Gruber, Sabine/Rüßler, Harald 2002: Hochqualifiziert und arbeitslos. Jüdische Kontingentflüchtlinge in Nordrhein-Westfalen, Opladen
- Hárs, Ágnes / Sik, Endre / Tóth, Judit 2000: Hungary, in: Wallace, Claire / Stola, Dariusz (eds.): Central Europe: New Migration Space. London, S. 228-250
- Hönekopp, Elmar 2000: EU-Osterweiterung: Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte der Mitgliedsländer der Europäischen Union, in: Hrbek, Rudolf (Hrsg.): Die Osterweiterung der Europäischen Union. Problemfelder und Lösungsansätze aus deutscher und ungarischer Sicht. EZFF Occasional Papers Nr. 22, Tübingen, S. 116-142
- Kaiser, Claudia/Friedrich, Klaus 2002: Deutsche Senioren unter der Sonne Mallorcas. Das Phänomen Ruhesitzwanderung, in: Praxis Geographie 2/2002, S. 14-15
- Luy, Marc 2002: Die Bedeutung von Zuwanderung für die deutsche Bevölkerung, in: Praxis Geographie 2/2002, S. 26-31
- Morokvasic, Mirjana / de Tinguy, Anne 1993: Between East and West: A New Migratory Space, in: Rudolph, Hedwig / Morokvasic, Mirjana (Hrsg.): Bridging States and Markets. International Migration in the early 1990s. Berlin, S. 245-263
- Okólski, Marek 1994: Poland, in: Ardittis, Solon: The Politics of East-West Migration. New York, S. 51-67
- Okólski, Marek 2000: Polen - Wachsende Vielfalt von Migration, in: Fassmann, Heinz/Münz, Rainer (Hrsg.): Ost-West-Wanderung in Europa. Wien u.a., S. 141-162
- Peters, Wilfried 2003: Aussiedlerzuzug – Entwicklung und Perspektiven, in: ZAR 5/6/2003, S. 193-197
- von Pollern, Hans-Ingo 2003: Die Entwicklung der Asylbewerberzahlen im Jahre 2002, in: ZAR 3/2003, S. 103-108

- Pries, Ludger (Hrsg.) 1997: Transnationale Migration. Soziale Welt : Sonderband 12, Baden-Baden
- Reinberg, Alexander/Hummel, Markus 2003: Steuert Deutschland langfristig auf einen Fachkräftemangel zu? IAB-Kurzbericht Nr. 9/2003, Nürnberg
- Schreyer, Franziska 2003: Von der Green Card zur Red Card? IAB-Kurzbericht Nr. 7/2003, Nürnberg
- Schreyer, Franziska/Gebhardt, Marion 2003: Green Card, IT-Krise und Arbeitslosigkeit. IAB-Werkstattbericht Nr. 7/2003, Nürnberg
- Schröder, Birgit 2003: Die EU-Verordnung zur Bestimmung des zuständigen Asylstaats, in: ZAR 4/2003, S. 126-132
- Silagi, Michael 2001: Das Spätaussiedlerstatusgesetz – eine legislatorische Fehlleistung, in: ZAR 6/2001, S. 259-263
- Sinn u.a. (ifo-Institut) 2000: EU-Erweiterung und Arbeitskräftemigration: Wege zu einer schrittweisen Annäherung der Arbeitsmärkte. Ifo-Institut München
- Straubhaar, Thomas 2001: Ost-West-Migrationspotential: Wie groß ist es? HWWA Discussion Paper 137, Hamburg
- Tießler-Marenda, Elke 2002: Die neue Zuwanderungsregelung für Haushaltshilfen in Haushalten mit Pflegebedürftigen, in: ZAR 7/2002, S. 233-237
- UN Population Division 2000: Replacement Migration: Is It a Solution to Declining and Aging Populations?, New York
- Wallace, Claire / Stola, Dariusz 2000: Introduction: Patterns of Migration in Central Europe, in: Wallace, Claire / Stola, Dariusz (Hrsg.): Central Europe: New Migration Space. London, S. 13-44

Verzeichnis der Tabellen

Hinweis: Die Tabellen wurden im Textteil und daran anschließend im Anhang durchnummeriert. Im folgenden Tabellenverzeichnis werden die Tabellen nach Kapiteln (bezogen auf den Textteil und Anhang) geordnet aufgeführt.

1. Überblick über das gesamte Migrationsgeschehen in Deutschland

Tabelle 1: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands von 1991 bis 2002

1.1 Herkunfts- und Zielländer

Tabelle 25: Zuzüge über die Grenzen Deutschlands nach Herkunftsländern von 1991 bis 2002 (Anhang)

Tabelle 26: Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach Zielländern von 1991 bis 2002 (Anhang)

1.2 Zu- und Fortzüge nach Staatsangehörigkeit

Tabelle 2: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2002

Tabelle 27: Zuzüge über die Grenzen Deutschlands nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten von 1991 bis 2002 (Anhang)

Tabelle 28: Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten von 1991 bis 2002 (Anhang)

1.3 Zu- und Fortzüge nach Bundesländern

Tabelle 3: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach Bundesländern im Jahr 2002

Tabelle 29: Zuzüge über die Grenzen Deutschlands nach Bundesländern von 1993 bis 2002 (Anhang)

Tabelle 30: Fortzüge über die Grenzen Deutschlands nach Bundesländern von 1993 bis 2002 (Anhang)

1.4 Alters- und Geschlechtsstruktur

Tabelle 31: Zu- und Fortzüge nach Geschlecht von 1990 bis 2002 (Anhang)

Tabelle 32: Zu- und Fortzüge nach Altersgruppen von 1991 bis 2002 (Anhang)

2. Die einzelnen Zuwanderergruppen

2.1 EU-Binnenmigration

Tabelle 33: Zu- und Fortzüge von EU-Staatsangehörigen nach und aus Deutschland von 1991 bis 2002 (Anhang)

2.2 Ehegatten- und Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen

Tabelle 34: Erteilte Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Deutschland von 1996 bis 2002 (Anhang)

Tabelle 35: Erteilte Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Deutschland nach Herkunftsländern im Jahr 2002 (Anhang)

2.3 Spätaussiedler

Tabelle 4: Zuzug von Spätaussiedlern nach Herkunftsgebieten von 1990 bis 2002

Tabelle 36: Status von Spätaussiedlern von 1994 bis 2002 (Anhang)

Tabelle 37: Zuzug von Spätaussiedlern in die Bundesrepublik Deutschland nach Altersgruppen von 1991 bis 2002 (Anhang)

2.4 Jüdische Zuwanderer aus dem Gebiet der ehemaligen UdSSR

Tabelle 5: Zuwanderung jüdischer Personen aus der ehemaligen Sowjetunion von 1993 bis 2002

2.5 Asylzuwanderung

Tabelle 6: Hauptvolkszugehörigkeiten von Asylantragstellern der drei zugangsstärksten Herkunftsländer von 1995 bis 2002

Tabelle 7: Entscheidungen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge von 1990 bis 2002

Tabelle 38: Asylantragsteller nach ausgewählten Herkunftsländern von 1990 bis 2002 (Anhang)

Tabelle 39: Die 10 Hauptherkunftsländer von Asylantragstellern von 1998 bis 2002 (Anhang)

Tabelle 40: Entscheidungen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge nach Herkunftsländern im Jahr 2001 (Anhang)

Tabelle 41: Entscheidungen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge nach Herkunftsländern im Jahr 2002 (Anhang)

2.6 Kriegs-, Bürgerkriegs- und De-facto-Flüchtlinge

Tabelle 8: Zahl der De-Facto-Flüchtlinge 1996 bis 2002

Tabelle 42: Zahl der Kriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina 1996 bis 2002 (Anhang)

Tabelle 43: Personen mit einer Duldung nach Aufenthaltsdauer und ausgewählten Herkunftsländern (Stand: 21. August 2002) (Anhang)

2.7 Werkvertrags-, Saison-, Gast- und Grenzarbeitnehmer sowie sonstige zeitlich begrenzte Arbeitsmigration aus Nicht-EU-Staaten

Tabelle 9: Ausnahmetatbestände nach der Anwerbestoppausnahmereverordnung (ASAV)

Tabelle 44: Erteilte Arbeitsgenehmigungen nach den Ausnahmetatbeständen der ASAV und ausgewählten Staatsangehörigkeiten 2002 (Anhang)

Tabelle 45: Werkvertragsarbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland nach Herkunftsländern von 1992 bis 2002 (Anhang)

Tabelle 46: Vermittlungen von Saisonarbeitnehmern und Schaustellergehilfen in der Bundesrepublik Deutschland nach Herkunftsländern von 1991 bis 2002 (Anhang)

Tabelle 47: Vermittlungen von Gastarbeitnehmern in der Bundesrepublik Deutschland nach Herkunftsländern von 1991 bis 2002 (Anhang)

Tabelle 48: Vermittlung von Kranken- und Altenpflegekräften von 1996 bis 2002 (Anhang)

Tabelle 49: Vermittlungen von Haushaltshilfen im Jahr 2002 (Anhang)

Tabelle 50: Erteilte Arbeitserlaubnisse für Grenzgänger von 1999 bis 2002 (Anhang)

2.8 IT-Fachkräfte

Tabelle 10: Zusicherung von Arbeitserlaubnissen für ausländische IT-Fachkräfte im Zeitraum vom 1.8.2000 bis 31.12.2002

Tabelle 11: Erteilung von Arbeitserlaubnissen für ausländische IT-Fachkräfte im Zeitraum vom 1.8.2000 bis 31.12.2002

2.9 Ausländische Studierende

Tabelle 12: Ausländische Studierende an deutschen Hochschulen vom Wintersemester 1993/94 bis zum Wintersemester 2002/2003

Tabelle 13: Ausländische Studienanfänger an deutschen Hochschulen vom Sommersemester 1993 bis zum Wintersemester 2002/2003

Tabelle 51: Ausländische Studienanfänger an deutschen Hochschulen nach ausgewählten Herkunftsländern im Sommersemester 2002 und im Wintersemester 2002/2003 (Anhang)

Tabelle 52: Studienanfänger (Bildungsausländer) nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten 1999 bis 2002 (jeweils Sommersemester und darauffolgendes Wintersemester) (Anhang)

Tabelle 53: Ausländische Studenten nach Fächergruppen und den 12 häufigsten Ländern der Staatsangehörigkeit im Wintersemester 2001/2002 (Anhang)

Tabelle 54: Ausländische Studenten nach Fächergruppen und den 13 häufigsten Ländern der Staatsangehörigkeit im Wintersemester 2002/2003 (Anhang)

3. Unkontrollierte (irreguläre) Migration

Tabelle 55: Aufgriffe von unerlaubt eingereisten Ausländern an den deutschen Grenzen und Zurückschiebungen von 1990 bis 2002 (Anhang)

Tabelle 56: Aufgriffe von unerlaubt eingereisten Ausländern an den Abschnitten der bundesdeutschen Grenzen von 1991 bis 2002 (Anhang)

Tabelle 57: An bundesdeutschen Grenzen aufgegriffene Geschleuste, Schleuser sowie Schleusungsfälle von 1990 bis 2002 (Anhang)

Tabelle 58: Art des Aufenthalts von nichtdeutschen Tatverdächtigen in der Bundesrepublik Deutschland 1994 bis 2002 (Anhang)

Tabelle 59: Illegale Ausländerbeschäftigung (Verstöße von Arbeitgebern und Arbeitnehmern) von 1992 bis 2002 (Fallzahlen) (Anhang)

4. Zuwanderung im europäischen Vergleich

Tabelle 60: Zuzüge in Staaten der Europäischen Union und in die Schweiz in den Jahren 1991 bis 2002 (Anhang)

5. Abwanderung aus der Bundesrepublik Deutschland

Tabelle 61: Abschiebungen von Ausländern von 1990 bis 2002 (Anhang)

6. Die Zahl der Ausländer in Deutschland

Tabelle 14: Ausländer und Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland von 1991 bis 2002

Tabelle 15: Aufenthaltsstatus der ausländischen Wohnbevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten (Drittstaatsangehörige) am 31. Dezember 2002

Tabelle 62: Ausländer und Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland von 1951 bis 2002 (Anhang)

Tabelle 63: Einbürgerungen nach vorheriger Staatsbürgerschaft 1995 bis 2002 (Anhang)

7. Mögliche Folgen der EU-Erweiterung für den Migrationsprozess

7.1 Darstellung des Migrationsgeschehens zwischen Deutschland und den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern

Tabelle 16: Zu- und Fortzüge von Staatsangehörigen aus den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern nach und aus Deutschland von 1993 bis 2001

Tabelle 17: Erteilte Arbeitsgenehmigungen nach den Ausnahmetatbeständen der ASAV für die mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer von 1999 bis 2002

Tabelle 18: Werkvertragsarbeitnehmer in Deutschland nach Herkunftsländern von 1992 bis 2002

Tabelle 19: Vermittlungen von Gastarbeitnehmern in Deutschland nach Herkunftsländern von 1991 bis 2002

Tabelle 20: Vermittlungen von Saisonarbeitnehmern und Schaustellergehilfen in der Bundesrepublik Deutschland nach Herkunftsländern von 1993 bis 2002

Tabelle 21: Erteilte Arbeitserlaubnisse für ausländische IT-Fachkräfte im Zeitraum vom 1.8.2000 bis 31.12.2002

7.2 Das Migrationsgeschehen in Polen und Ungarn in den 90er Jahren

Tabelle 22: Zu- und Abwanderung von In- und Ausländern in Polen von 1990 bis 2001

Tabelle 23: Zu- und Abwanderung von Ausländern in Ungarn von 1990 bis 2000

Tabelle 64: Zuwanderung nach Polen nach den häufigsten Herkunftsländern von 1990 bis 2001 (Anhang)

Tabelle 65: Zuwanderung von Ausländern nach Ungarn nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten 1990 und 1991 und von 1995 bis 2000 (Anhang)

7.3 Prognosen auf der Basis der vorhandenen Studien zur EU-Erweiterung

Tabelle 24: Tabellarische Übersicht zu Schätzungen des Migrationspotenzials nach der EU-Erweiterung

Verzeichnis der Abbildungen

Hinweis: Die Abbildungen im Textteil und daran anschließend im Anhang sind durchnummeriert. Im folgenden Abbildungsverzeichnis werden die Abbildungen nach Kapiteln (bezogen auf den Textteil und Anhang) geordnet aufgeführt.

1. Überblick über das gesamte Migrationsgeschehen in Deutschland

Abbildung 1: Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands von 1991 bis 2002

Abbildung 39: Zuzüge von Deutschen und Ausländern von 1990 bis 2002 (Anhang)

Abbildung 40: Fortzüge von Deutschen und Ausländern von 1990 bis 2002 (Anhang)

1.1 Herkunfts- und Zielländer

Abbildung 2: Zu- und Fortzüge in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2002 (Ausländer und Deutsche)

Abbildung 3: Zuzüge im Jahr 2002 nach den sechs häufigsten Herkunftsländern und -regionen

Abbildung 4: Fortzüge im Jahr 2002 nach den sechs häufigsten Zielländern und -regionen

1.2 Zu- und Fortzüge nach Staatsangehörigkeit

Abbildung 5: Zuzüge im Jahr 2002 nach den sechs häufigsten Staatsangehörigkeiten

Abbildung 6: Fortzüge im Jahr 2002 nach den sieben häufigsten Staatsangehörigkeiten

1.3 Zu- und Fortzüge nach Bundesländern

Abbildung 7: Zu- und Fortzüge nach Bundesländern im Jahr 2002

Abbildung 41: Zuzüge im Jahr 2002 in die einzelnen Bundesländer pro 1.000 der Bevölkerung (Anhang)

Abbildung 42: Fortzüge im Jahr 2002 in die einzelnen Bundesländer pro 1.000 der Bevölkerung (Anhang)

1.4 Alters- und Geschlechtsstruktur

Abbildung 8: Frauenanteile bei den Zu- und Fortzügen in v. Hd. von 1974 bis 2002

Abbildung 9: Zuzüge und Gesamtbevölkerung nach Altersgruppen in v. Hd. im Jahr 2002

Abbildung 10: Fortzüge und Gesamtbevölkerung nach Altersgruppen in v. Hd. im Jahr 2002

2. Die einzelnen Zuwanderergruppen

Abbildung 11: Formen der Zuwanderung nach Deutschland

2.1 EU-Binnenmigration

Abbildung 12: Zuzüge von EU-Ausländern nach Deutschland im Jahr 2002

Abbildung 13: Fortzüge von EU-Ausländern aus Deutschland im Jahr 2002

Abbildung 43: Zu- und Fortzüge von EU-Staatsangehörigen von 1991 bis 2002 (Anhang)

2.2 Ehegatten- und Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen

Abbildung 14: Erteilte Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Deutschland von 1996 bis 2002

Abbildung 15: Erteilte Visa zum Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs nach Herkunftsländern im Jahr 2002

2.3 Spätaussiedler

Abbildung 16: Status von Spätaussiedlern 1993 bis 2002

Abbildung 17: Zuzug von Spätaussiedlern in die Bundesrepublik Deutschland nach Herkunftsländern von 1985 bis 2002

Abbildung 18: Altersstruktur der im Jahr 2002 zugezogenen Spätaussiedler und der deutschen Gesamtbevölkerung des Jahres 2001

2.4 Jüdische Zuwanderer aus dem Gebiet der ehemaligen UdSSR

Abbildung 44: Zuzug jüdischer Personen aus der ehemaligen Sowjetunion in den Jahren 1993 bis 2002 (Anhang)

2.5 Asylzuwanderung

Abbildung 19: Asylantragsteller in der Bundesrepublik Deutschland nach Herkunftskontinenten von 1990 bis 2002

Abbildung 20: Asylantragsteller (Erstanträge) nach den 10 häufigsten Herkunftsländern im Jahr 2002

Abbildung 21: Asylantragsteller (Erstanträge) nach den 4 häufigsten Herkunftsländern von 1998 bis 2002

Abbildung 22: Entscheidungen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge für irakische, türkische, jugoslawische und afghanische Staatsangehörige im Jahr 2001 in %

Abbildung 23: Entscheidungen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge für irakische, türkische, jugoslawische und afghanische Staatsangehörige im Jahr 2002 in %

Abbildung 45: Asylantragsteller aus der Bundesrepublik Jugoslawien nach Volksgruppenzugehörigkeit von 1995 bis 2002 (Anhang)

Abbildung 46: Asylantragsteller aus der Türkei nach Volksgruppenzugehörigkeit von 1995 bis 2002 (Anhang)

Abbildung 47: Asylantragsteller aus dem Irak nach Volksgruppenzugehörigkeit von 1995 bis 2002 (Anhang)

Abbildung 48: Entscheidungen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge von 1990 bis 2002 (Anhang)

Abbildung 49: Entscheidungen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in % von 1990 bis 2002 (Anhang)

2.7 Werkvertrags-, Saison-, Gast- und Grenzarbeitnehmer sowie sonstige zeitlich begrenzte Arbeitsmigration aus Nicht-EU-Staaten

Abbildung 24: Kontingente und tatsächlich beschäftigte Werkvertragsarbeitnehmer von 1992 bis 2002

Abbildung 25: Vermittlungen von Saisonarbeitnehmern und Schaustellergehilfen von 1994 bis 2002

2.9 Ausländische Studierende

Abbildung 26: Studienanfänger (Bildungsausländer) im Jahr 2002 nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten

3. Unkontrollierte (irreguläre) Migration

Abbildung 27: Aufgriffe von unerlaubt eingereisten Ausländern an den deutschen Grenzen von 1990 bis 2002

Abbildung 28: Aufgriffe von unerlaubt eingereisten Ausländern an den deutschen Grenzen nach Staatsangehörigkeiten im Jahr 2002

Abbildung 29: An deutschen Grenzen aufgegriffene Geschleuste und Schleuser von 1990 bis 2002

Abbildung 30: Unerlaubt (illegal) aufhältige Tatverdächtige in der Bundesrepublik Deutschland von 1994 bis 2002

Abbildung 31: Verwarnungen, Geldbußen und Strafanzeigen wegen illegaler Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland von 1992 bis 2002 (Arbeitgeber und Arbeitnehmer)

4. Zuwanderung im europäischen Vergleich

Abbildung 32: Zuwanderung im Jahr 2001 in ausgewählten Staaten der Europäischen Union und in der Schweiz

Abbildung 33: Zuwanderung im Jahr 2001 in die EU und in die Schweiz pro 1.000 der Gesamtbevölkerung

Abbildung 34: Kumulierte Zuwanderung der Jahre 1991 bis 2000 in die Europäische Union und in die Schweiz pro 1.000 der Gesamtbevölkerung

Abbildung 50: Zuzüge in die Staaten der europäischen Union und in die Schweiz in den Jahren 1991 bis 2001 (Anhang)

Abbildung 51: Kumulierte Zuzüge der Jahre von 1991 bis 2000 in die Europäische Union und in die Schweiz (Anhang)

6. Die Zahl der Ausländer in Deutschland

Abbildung 52: Ausländer in Deutschland von 1967 bis 2002 (Anhang)

7. Mögliche Folgen der EU-Erweiterung für den Migrationsprozess

7.1 Darstellung des Migrationsgeschehens zwischen Deutschland und den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern

Abbildung 35: Zuzüge von Staatsangehörigen aus den mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsländern nach Deutschland von 1993 bis 2001

Abbildung 36: Zuzüge aus den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern nach Deutschland von 1993 bis 2001 (Angaben in %)

Abbildung 53: Zuzüge aus den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern Ungarn, Polen, Tschechische und Slowakische Republik und Slowenien nach Deutschland von 1993 bis 2001 (Anhang)

Abbildung 54: Erteilte Arbeitsgenehmigungen nach den Ausnahmetatbeständen der ASAV: EU-Beitrittsländer und andere Länder im Vergleich (Angaben in %) (Anhang)

Abbildung 55: Erteilte Arbeitsgenehmigungen nach den Ausnahmetatbeständen der ASAV für die mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer von 1999 bis 2002 (Anhang)

Abbildung 56: Werkvertragsarbeitnehmer der Beitrittsländer und übriger Länder im Vergleich von 1992 bis 2002 (Angaben in %) (Anhang)

Abbildung 57: Saisonarbeitnehmer der Beitrittsländer und übriger Länder im Vergleich von 1993 bis 2002 (Angaben in %) (Anhang)

7.2 Das Migrationsgeschehen in Polen und Ungarn in den 90er Jahren

Abbildung 37: Zuwanderung nach Polen nach den sechs häufigsten Herkunftsländern von 1990 bis 2001

Abbildung 38: Zuwanderung von Ausländern nach Ungarn nach den sechs häufigsten Staatsangehörigkeiten von 1995 bis 2000

Abbildung 58: Zu- und Abwanderung von In- und Ausländern in Polen von 1990 bis 2001 (Anhang)

Abbildung 59: Zu- und Abwanderung von Ausländern in Ungarn von 1990 bis 2000 (Anhang)